München 1980

DIE ATLANTISCHEN BEZIEHUNGEN 1969 – 1973

Konzeption, Strategie und Praxis
der Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und Westeuropa
aus amerikanischer Perspektive

Inaugural–Dissertation
zur
Erlangung des Doktorgrades
der Philosophie
an der
Ludwig–Maximilians–Universität

vorgelegt
von
Eva-Maria Wüstefeld
aus Krailling

1980

Ebenhausen / Isar 1981

Digitized by the Internet Archive
in 2026

https://archive.org/details/IA41535726_0019

DIE ATLANTISCHEN BEZIEHUNGEN 1969 – 1973

Konzeption, Strategie und Praxis
der Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und Westeuropa
aus amerikanischer Perspektive

Inaugural–Dissertation
zur
Erlangung des Doktorgrades
der Philosophie
an der
Ludwig–Maximilians–Universität

vorgelegt
von
Eva-Maria Wüstefeld
aus Krailling

Ebenhausen / Isar 1981

UNIV.
LEIDEN
BIBL.

Referent: Prof. Dr. Gottfried-Karl Kindermann
Korreferent: Prof. Dr. Friedrich Georg Friedmann
Tag der Promotion: 28. Juli 1980

MEINEM VATER FRIEDRICH WÜSTEFELD
IN DANKBARER ERINNERUNG

VORWORT

Das Thema der vorliegenden Studie über die Konzeption, Strategie und Praxis der Beziehungen zwischen den atlantischen Partnern Vereinigte Staaten und Westeuropa, gesehen aus der Perspektive und untersucht anhand der außenpolitischen Jahresberichte der Nixon-Administration, wurde unter Anleitung des Vorstandes des Seminars für Internationale Politik am Geschwister-Scholl-Institut der Ludwig-Maximilians-Universität, München, Herrn Professor Dr. phil. Gottfried-Karl Kindermann, entwickelt und unter seiner Ägide durchgeführt.

Meinem Doktorvater Herrn Professor Kindermann sei hiermit sehr herzlich für seine Bemühungen und vor allem die Geduld gedankt, mit der er die langfristige Entstehung dieser Arbeit begleitet hat.

Besonderen Dank schulde ich der Stiftung Wissenschaft und Politik, Ebenhausen/Isar, meinen dortigen Vorgesetzten und Kollegen, die mich freundschaftlich und hilfreich auf meinem Weg zum Ziel begleiteten.

Aufrichtigen Dank möchte ich vor allem dem Direktor der SWP, Herrn Professor Dr. jur. Klaus Ritter, sagen, der mit großem Verständnis die persönlichen und beruflichen Hürden bewältigen half und mir die Stiftung Wissenschaft und Politik stets offenhielt.

Für die sehr offene Diskussion und kritische Durchsicht der Arbeit bin ich Herrn Professor Nathan Leites von der RAND Corporation in Santa Monica, Kalifornien, zu tiefem Dank verpflichtet.

Ohne die Hilfsbereitschaft von Uwe Nerlich, SWP, des Botschafters a.D. Dr. Martin Hillenbrand, Direktor des Atlantic Institute in Paris und vor allem von Helmut C. Sonnenfeldt, Mitglied der Brookings Institution in Washington, D.C., der sich zu mehreren Gesprächen bereitfand und mir mit Rat und Tat zur Seite stand, hätte die Arbeit weit weniger problemlos vollendet werden können. Ihnen allen sei herzlicher Dank gesagt.

Unendlicher Dank gebührt jedoch meinem Vater, Friedrich Wüstefeld, ohne dessen Beistand dies alles nicht zustande gekommen wäre.

Inhalt Seite

VORWORT

A. EINLEITUNG 1

B. DIE AUSSENPOLITIK DER VEREINIGTEN STAATEN FÜR DIE SIEBZIGER JAHRE.

1970: A NEW STRATEGY FOR PEACE 5

I. Einführung: Die Neuorientierung der amerikanischen Außenpolitik 5

1. Eine neue Ära 6

2. Der Rahmen für einen dauerhaften Frieden 7

II. Der National Security Council (NSC): reformiertes Instrumantarium einer neuen Außenpolitik 13

1. Der NSC und sein System: Entstehung und Organisation 1947 - 1969 13

2. Die Zentralisierung des außenpolitischen Entscheidungsmechanismus im Weißen Haus: Der NSC unter Nixon und Kissinger 16

III. Partnerschaft und die Nixon-Doktrin: Europa 21

1. Die Phase des Übergangs zwischen den Administrationen 21

2. Die neue atlantische Partnerschaft 26

3. Europäische Verteidigung und Sicherheit 28

4. Eine Ära der Verhandlungen in Europa 30

C. DIE AUSSENPOLITIK DER VEREINIGTEN STAATEN FÜR DIE SIEBZIGER JAHRE

1971: BUILDING FOR PEACE 33

I. Einführung: Die Periode des Übergangs in der Außenpolitik und die neue amerikanische Rolle 33

II. Im Bezugsfeld nationaler Interessen: Europa 37

1. Atlantische Partnerschaft und europäische Einheit 37

2. Verteidigung im Bündnis: Truppenstationierung und Lastenteilung im Verteidigungskonzept der USA und der NATO 40

a) die Mansfield Resolution 42

b) der gemeinsame Verteidigungsauftrag 48

D. DIE AUSSENPOLITIK DER VEREINIGTEN STAATEN FÜR DIE SIEBZIGER JAHRE

1972: THE EMERGING STRUCTURE OF PEACE 52

I. Das "Watershed Year" - Ein Überblick 52

1. Die Philosophie einer neuen amerikanischen Außenpolitik 52

2. Die Politik des Durchbruchs in den atlantischen Beziehungen 60

a) Die Beseitigung der wirtschaftlichen Bedrohung auf die Bündniseinheit 61

b) Die Evolution der politischen und Verteidigungsbeziehungen 64

II. Die Gebiete der großen Veränderungen: Europa und die Atlantische Allianz 68

1. Europäische Einheit und die Atlantische Partnerschaft 68

2. Verteidigung im Bündnis 72

a) NATO-Strategie und NATO-Streitkräfte 73

b) U.S.-Streitkräfte in Europa 75

c) Ost-West-Beziehungen in Europa 77

d) die Lastenteilung 79

E. DIE AUSSENPOLITIK DER VEREINIGTEN STAATEN FÜR DIE SIEBZIGER JAHRE

1973: SHAPING A DURABLE PEACE 84

I. Einführung: Der historische Kontext 84

1. Der Friedensansatz der Nixon-Administration 86

a) These 1 86

b) These 2 89

c) These 3 95

d) These 4 96

e) These 5 98

f) These 6 102

g) These 7 104

h) These 8 106

II. Die Stärkung der Partnerschaften: Europa und die Atlantische Allianz 108

1. Atlantische Partnerschaft und Europäische Einheit 120

a) Die wirtschaftliche Dimension 120

b) Verteidigung im Bündnis 129

c) Ausbauprogramme und Teilung der Verteidigungslasten 134

d) Die Rolle der Streitkräfte der Vereinigten Staaten 137

e) Unvollendete Aufgaben 139

2. Diplomatie in der Allianz: Interessen und Kritik 142

F. DAS "JAHR EUROPAS"

DIE REDE VON HENRY A. KISSINGER AM 23. APRIL 1973: DER AUFRUF ZUR ERNEUERUNG DER ATLANTISCHEN PARTNERSCHAFT 145

I. Die weltpolitische Lage zu Beginn des Jahres 1973 145

II. "Eine neue Ära": amerikanisch-europäische Beziehungen im Bezugsfeld eines interdependenten internationalen Systems 151

III. Die Agenda für die Zukunft: Eine neue Atlantikcharta 161

IV. Globale versus regionale Interessen 1973: Beispiele divergierender Sicherheitsinteressen im Bündnis 166

G. SCHLUSSBETRACHTUNG 173

H. ANHANG 177

I. Literaturverzeichnis 177

II. Abkürzungsverzeichnis 192

A. EINLEITUNG

Als Richard M. Nixon am 20. Januar 1969 in das Amt des Präsidenten der Vereinigten Staaten eingesetzt wurde, befand er sich am Ende dieses Jahrzehnts ähnlich wie John F. Kennedy am Ausgang der sechziger Jahre mit der Aufgabe konfrontiert, die Entwicklungen im internationalen System in eine Neuordnung außenpolitischer Verfahrensweisen zu integrieren.

Die Hoffnungen und Versprechungen des Neubeginns von 1961, mit dem die amerikanische Nation Loyalität gegenüber den alten Verbündeten beweisen, Freiheit für die sich allmählich aus den Abhängigkeiten alter, kolonialer Herrschaftsstrukturen lösenden Nationen erkämpfen, Fortschritt für die in Armut, Aggression oder Subversion gepeinigten Völker der Dritten Welt bringen und schließlich auf dem Verhandlungswege zu neuen, ausgewogeneren Beziehungen mit den traditionell gegnerischen Staaten des kommunistischen Machtbereichs gelangen wollte, waren weitgehend unerfüllt geblieben.

In ihren inneren Strukturen waren die Vereinigten Staaten durch schwerwiegende soziale und wirtschaftliche Probleme gespalten; außenpolitisch befanden sie sich durch die permanente Eskalation weltweiten Krisen- und Konfliktmanagements seit Beendigung des zweiten Weltkrieges und besonders durch ihr Engagement im Vietnamkrieg in einer Phase weittragender Verstrickungen, deren negative Wirkungen die Atmosphäre innenpolitischer Spannungen nur verstärkte.

In der Herausforderung des schleichenden Verlustes amerikanischer Superiorität im globalen Kräfteverhältnis schließlich erkannte die neue Administration die unausweichliche Notwendigkeit, aus dem Wandel von der absoluten Prädominanz im internationalen System zu einer Position, die nach wie vor von immensem internationalem Einfluß getragen war [1], neue Konzeptionen für die amerikanische Außenpolitik zu entwickeln.

---

1) vgl. hierzu Henry A. Kissinger: White House Years. Little, Brown and Company, Boston, Toronto, 1979, S. xxi

So entstand im Zuge der Veränderung von einem breitgestreuten internationalen Engagement zu einer selektiven Außenpolitik mit Konzentration auf einzelne Aspekte außen-, sicherheits- und wirtschaftspolitischer Strömungen der Gedanke, grundlegende Prinzipien für eine neue Friedensordnung festzulegen. Diese Friedensordnung, die eine dauerhafte Struktur internationaler Beziehungen schaffen sollte, fand ihren Niederschlag in der Formulierung eines Rahmenwerkes für die künftige Außenpolitik der Nixon-Administration, das gestützt auf die Basis einer "Drei-Säulen'Theorie" die Behandlung grundlegender außenpolitischer Fragen erlaubte und in eine neue "Philosophie der Außenpolitik" einmündete.

Die der erweiterten Nixon-Doktrin inhärente "Drei-Säulen-Theorie" beinhaltete im wesentlichen drei grundlegende Prinzipien, die eine neue "Philosophie" amerikanischer Außenpolitik kennzeichneten: Partnerschaft, Stärke und Bereitschaft zu Verhandlungen. Geleitet von diesen Grundforderungen plante die Nixon-Administration, ein Gebäude für einen dauerhaften Frieden zu gestalten, innerhalb dessen durch eine Bestätigung der partnerschaftlichen Interessen in den bestehenden Bündnissen unter Verknüpfung mit einer Stärkung gemeinsamer Verteidigungspositionen die Voraussetzungen für den geplanten Dialog mit den kommunistischen Ländern, insbesondere der Sowjetunion und der Volksrepublik China, geschaffen und somit eine neue Ära der Entspannungspolitik zwischen Ost und West eingeleitet werden konnte.

Aus der Vielschichtigkeit der wesentlichen Problemelemente dieser einerseits so global orientierten und andererseits so spezifisch regional ausformulierten außenpolitischen Konzeption ergab sich somit zwangsläufig das Problem, Orientierungspunkte für die Spezifizierung einer Analyse der Außenpolitik der Administration Richard Nixons herauszufiltern.

Über verschiedene zunächst sehr weitgespannte Ansätze konzentrierte sich das Interesse an einer Analyse der Außenpolitik der Vereinigten Staaten ab 1969 schließlich auf die amerikanisch-europäischen Beziehungen. Der Kern der vorliegenden Thematik kristallisierte sich bei der Lektüre der außenpolitischen Jahresberichte, die Richard Nixon während seiner ersten Amtszeit jährlich dem Kongress vorlegte, heraus.

Im Umfeld der internationalen Beziehungen der USA in den Jahren 1969 - 1973 spielten die Atlantischen Beziehungen hier eine prominente Rolle.

Aus dem komplizierten, engmaschigen Gewebe neuer amerikanischer Friedenspolitik, von der Formulierung einer "New Strategy For Peace" 1969 über die Periode des Übergangs in der Außenpolitik und die neue amerikanische Rolle im Prozess des "Building For Peace" 1970 zu der Phase, in der 1971 durch "The Emerging Structure of Peace" die großen Erfolge des vierten Amtsjahres Richard Nixons, 1972, das sich ihm berechtigterweise als das hoffnungsvolle Jahr des "Shaping A Durable Peace" darstellte, ermöglicht wurden, war Europa nicht mehr herauszutrennen. Friktionen, die durch die Präokkupation der Nixon-Administration mit den drei großen Schritten der Kriegsbeendigung in Vietnam, der Öffnung nach China und der Verträge und Abkommen zu SALT I mit der Sowjetunion in der Atlantischen Allianz entstanden waren, gaben Anlaß, 1973 zum "Jahr Europas", einem speziell den Beziehungen zu den westeuropäischen Bündnispartnern gewidmeten Jahr, zu erklären.

Welche Entwicklungen in den Jahren 1969 - 1972 zu einem solchen Schritt führten, und an welchen Realitäten sich die Erklärung Henry Kissingers des "Year of Europe" 1973 zu messen hatte, soll in der folgenden Untersuchung aufgezeigt werden.

Da die Fülle an Materialien zum Thema europäisch-amerikanischer Beziehungen während der Nixon-Ära geradezu erdrückend ist [1], wurde für diese Arbeit der Modus gewählt, die Außenpolitik der Vereinigten Staaten gegenüber Westeuropa in ihrer Konzeption, ihrer Strategie und ihrer Praxis streng anhand der Dokumente zu untersuchen, die sowohl in ihrem perspektivisch-deklaratorischen als auch retrospektiv analytischen Wert einzigartig sind: die außenpolitischen Jahresberichte Richard M. Nixons und die Rede Henry A. Kissingers zum "Jahr Europas".

---

1) Auch Henry Kissinger stellt im Vorwort zu seinen Erinnerungen an seine Jahre im Weißen Haus 1969 - 73 fest: " When an historian deals with previous centuries, the problem is to find sufficient contemporary material; when he writes of modern diplomacy, the problem is to avoid being inundated by it." a.a.O., S. xxii

Einem besseren Verständnis der Problematik erwiesen mehrere Gespräche mit Henry Kissinger's ehemaligem Berater und Experten für europäische Fragen, Helmut C. Sonnenfeldt, und mit dem damaligen Undersecretary of State for European Affairs und späteren Botschafter der Vereinigten Staaten in Bonn, Martin J. Hillenbrand, unschätzbare Dienste. Die außenpolitischen Jahresberichte der Nixon-Administration, deren durch Kissinger angeregter, innovatorischer Wert

> " ... was to serve as a conceptual outline of the President's foreign policy, as a status report, and as an agenda for action. It could simultaneously guide our bureaucracy and inform foreign governments about our thinking " 1)

und die "invaluable in conveying nuances of change to foreign governments" 2) waren, sowie die Rede Kissingers zum Jahr Europas wurden durch ihre Anmerkungen und Kommentare aus der oft kontroversen Sicht des Weißen Hauses einerseits und der des State Department andererseits für eine Analyse der amerikanischen Außenpolitik speziell Europa gegenüber transparenter und ideal ergänzt.

---

1) White House Years, a.a.O., S. 158

2) ebenda

B. DIE AUSSENPOLITIK DER VEREINIGTEN STAATEN FÜR DIE SIEBZIGER JAHRE
1970 : A NEW STRATEGY FOR PEACE

I. Einführung: Die Neuorientierung der amerikanischen Außenpolitik

Ein amerikanisches Spezifikum ist der unbeugsame Stolz seines Volkes auf das Land Amerika. Seine Politiker haben dies zu allen Zeiten erkannt, gepflegt und ausgenutzt. Richard Nixon war einer der Präsidenten, die sich besonders zu Beginn ihrer Präsidentschaft unermüdlich in der Betonung von Status und Rolle der Vereinigten Staaten in der Weltpolitik übten.

So schreibt er gleich auf der ersten Seite seines ersten außenpolitischen Jahresberichtes von 1970

> " ... all Americans must understand that because of its strength, its history and its concern for human dignity, this nation occupies a special place in the world. Peace and progress are impossible without a major American role," 1)

um seinen Neuansatz in der Außenpolitik zu untermauern.

Er unterläßt es auf den folgenden Seiten kaum (wie auch immer wieder im ganzen Bericht überhaupt), wieder und wieder auf dem solchermaßen sorgfältig vorbereiteten Boden der "amerikanischen Verantwortung" darauf hinzuweisen, daß die ersten Schritte zu einem Neuansatz in der amerikanischen Geschichte getan seien, wie es eine "neue Ära" in den internationalen Beziehungen verlange, womit an dieser Stelle in geschickter Bescheidenheit das Faktum übergangen wird, daß der neue Präsident sich selbst als Initiator der neuen Ära selbstverständlich und schlechthin versteht. 2)

---

1) Richard M. Nixon: United States Foreign Policy For the 1970's. A New Strategy For Peace. A Report by the President of the United States to the Congress, February 18, 1970, United States Information Service, S. 1

2) ebenda, S. 1 f

1. Eine neue Ära

Um die Bedeutung der "neuen Ära" zu illustrieren, folgt ein notwendigerweise kurzer, nützlicher und partiell für amerikanische Belange angenehm einseitiger Geschichtsunterricht.

Innerhalb weniger Sätze wird die Nachkriegszeit für beendet erklärt und den von Kriegsschäden endgültig genesenen europäischen und japanischen Alliierten "wachsende Stärke" und somit eine "größere Rolle" zugestanden. [1]

Man würdigt das mühevolle Entstehen neuer Nationen und ihren Weg vorbei an kommunistischen Penetrationsversuchen zu einer von nationalem Identitätsbewußtsein geprägten Souveränität.

Es wird der Bruch des monolithischen kommunistischen Blocks vorgestellt, der der chinesisch-sowjetischen Allianz und der Vertrauensbruch der Sowjetunion gegnüber ihren Bündnispartnern, also der Aufbruch der kommunistischen Einheit schlechthin.

Der Verlust der amerikanischen nuklearen Superiorität, die Entwicklung der Waffentechnologie, die Parität der Supermächte auf dem Gebiet der strategischen Waffen und China als neuer Nuklearwaffenstaat schließen den internationalen Überblick, nicht ohne daß auf die Notwendigkeit einer Beendigung des nuklearen Wettrüstens hingewiesen worden wäre.

Etwas abgerückt von der historisch bedingten Nüchternheit der vorangegangenen Absätze konstatiert der Präsident schließlich eine Abkehr von den "ismen" des vorangegangenen Jahrhunderts, den "ideological accessories of the intellectual debate" [2] und schreibt der "Rastlosigkeit der Jugend" beider Lager rasch die Notwendigkeit zu einem neuen "ismus", dem "Idealismus" zu, um Herausforderung und Chance für das Amerika der siebziger Jahre klarzustellen. [3]

---

1) A New Strategy For Peace, op. cit., S. 2

2) ebenda

3) ebd.; in den folgenden Jahresberichten wiederholt sich diese Art von Vorspann, in dem versucht wird, durch einen durchaus wertenden Überblick über die vergangenen Ereignisse ein Klima für das Neue des jeweiligen Berichts zu schaffen

In dieser Herausforderung sieht Richard Nixon die Basis für eine Aufgabe, die der Tradition der "grand designs" in der amerikanischen Politik entgegenkommt: weltweiter Friede und Fortschritt.

Haben sich die Gründungsväter noch die Grundrechte "Life, Liberty and the pursuit of Happiness" versprochen [1], so wurde ein Jahrhundert später schon der Anspruch erhoben "to make the world safe for democracy" [2]; es ist also fast eine logische Folge (und natürlich eine in der jüngsten Geschichte der Vereinigten Staaten begründete Notwendigkeit), daß Richard Nixon getreu der amerikanischen Tradition nun den Anspruch erheben sollte "to make the world safe for peace".

Seit der Beendigung des zweiten Weltkriegs waren die USA weltweit in Krisenmanagement und Konfliktbeseitigung engagiert gewesen. Korea-, Suez-, Kongo- und Kubakrise, das Engagement im Vietnamkrieg und schließlich die Nahostkriege hatten es nicht verfehlt, den außenpolitischen Entscheidungsträgern ein Gefühl der Unverzichtbarkeit auf amerikanisches Engagement im internationalen Krisengeschehen zu vermitteln und zu bestätigen; im Volk - soweit es "politisch dachte" - jedoch war durch diese Ereignisse der Wunsch nach nachhaltigem Disengagement erweckt. Frieden war somit in beider Verständnis zu einem magischen Begriff geworden.

2. Der Rahmen für einen dauerhaften Frieden

Für Richard Nixon muß ein neuer Friede also eine dauerhafte Struktur internationaler Beziehungen schaffen, die die Ursachen des Krieges verhindert oder beseitigt. [3] Er geht daher davon aus, daß ein dauer-

---

1) The Declaration of Independence - 1776. In Congress, July 4, 1776. The Unanimous Declaration of the Thirteen States of America. Documents illustrative of the Formation of the Union of the American States, 69th Congress, 1st Session, House Document No. 398, Washington, D.C., 1927, S. 22

2) Präsident Woodrow Wilson hatte beim Eintritt der USA in den ersten Weltkrieg (im April 1917) erklärt: "We enter this war to make the world safe for democracy"

3) A New Strategy For Peace, a.a.O., S. 3

hafter Frieden eine Außenpolitik erfordert, die von drei grundlegenden Prinzipien geleitet wird:
Partnerschaft, Stärke und die Bereitschaft zu Verhandlungen.

Diese Grundforderungen bilden die drei Säulen seines Rahmens für einen dauerhaften Frieden.

Das Prinzip "Frieden durch Partnerschaft" ist eingebettet in die Nixon-Doktrin. [1] In diesem Kapitel wird nun neben die Verpflichtung gegenüber verbündeten und befreundeten Nationen ein außenpolitisches Interessenspektrum gestellt, das den Beweis antreten soll, daß Amerika fern von jedem Isolationismus eine "gesunde" Außenpolitik in Erfüllung seiner Interessen betreiben will:

> " Our objective ... is to support our i n t e r e s t s over the long run with a sound foreign policy. The more that policy is based on a realistic assessment of our and others' interests, the more effective our role in the world can be. We are not involved because we have commitments; we have commitments because we are involved. Our interests must shape our commitments, rather than the other way around." [2]

Was immer die Erwartungen zumindest der westlichen Welt in die neue Administration gewesen sein mögen - welchen Stellenwert das nationale Interesse einnimmt, wird spätestens hier transparent:

> " We will view new commitments in the light of a careful assessment of our own national interests and those of other countries, of the specific threats to those interests, and of our capacity to counter those threats at an acceptable risk and cost." [3]

An den so zitierten Stellen finden sich Schlüsselsätze, die in ihrem ganzen positiven Tenor bei genauerer Betrachtung gerade die Bündnispartner beizeiten darauf hätten hinweisen müssen, daß die neue Administration der Vereinigten Staaten wenig geneigt war, von der tradi-

---

1) es bildet mit den Komponenten "Stärke" und "Bereitschaft zu Verhandlungen" eine der drei Säulen der zur Nixon-Doktrin ausformulierten Guam-Doktrin

2) A New Strategy For Peace, S. 5

3) ebenda, S. 6

tionellen Führungsrolle der vergangenen Jahrzehnte abzurücken.

Somit stellt sich die Frage, ob seitens der USA in diesem Zusammenhang Partnerschaft als verpflichtungsbildendes Interesse zu verstehen ist.

Die Normalität, offenbar noch von wenig negativen Gefühlen begleitet, mit denen die Substantive "Partnerschaft", "gemeinsame Interessen" und "Bereitschaft zu Verhandlungen" mit der gegnerischen Seite in bezug auf die ins Auge gefaßte Europapolitik angewandt werden, verschleiern den Ausblick auf den Grad der Verpflichtung, die das amerikanische Interessezu übernehmen bereit ist. Hier wird nicht von der Herrschaft des einen über den anderen gesprochen, wohl aber über den gemeinsamen Vorteil; es ist nicht von Beschützern und "Beschützten" die Rede, sondern von gleichwertigen Partnern. Daß diese wohlgesetzte Partnerschaft ihren Preis haben muß, findet sich deutlich in der Festlegung der Rangfolge von Interesse und Verpflichtung.

In der Frage um die "Stärke" der Vereinigten Staaten sieht Richard Nixon in dieser ersten außenpolitischen Jahreserklärung die Verteidigungsstärke als das zweite Element eines dauerhaften Friedens. Eine umfassende politische Planung und objektive Überprüfung von Verteidigungsprogrammen wird nicht zuletzt in ihrer Wichtigkeit für die NATO hervorgehoben: hier bezeichnet Nixon die Vereinigten Staaten als e i n Führungsmitglied der atlantischen Allianz; kraft dieser Rolle "sind Doktrin und Streitkräfte (der USA) für die Politik und Planung der NATO entscheidend." [1)]

Auch hier bildet das Maß an Interesse den Grad an Verpflichtung. Daraus ergibt sich für die Europäer eine Art "Benehmensabhängigkeit" [2)] gegenüber der amerikanischen Garantie. Ein sicherheitspolitisches Interesse zu erwecken ist eine Seite, die in der neueren Geschichte der Beziehungen der beiden Kontinente begründet ist, dieses Interesse jedoch im Sinne

---

1) A New Strategy For Peace, S. 8

2) ein von Professor Nathan Leites geprägter Begriff, den er speziell auf das Problem des Verhältnisses USA - Westeuropa häufig anwandte. Als Freund ungewöhnlich deskriptiver und ausdrucksstarker Formulierungen war er stets bemüht, die Sinngehalte von Aussagen zu ergründen und entsprechend zu bezeichnen.

einer Verpflichtung des Bündnispartners zu wahren, eine andere.

Europäische Stimmen erkannten durchaus noch während der Nixon-Administration, daß "es von den Europäern abhängt, ob das Bündnis für die USA bedeutsam bleibt." [1] Deutlich bezeichnete ein britischer Kommentar die Lage: "The difficulty, with an animal as powerful as the US, is to provide assurances without creating alarm." [2]

Gerade in bezug auf die europäische Komponente in der amerikanischen Verteidigungsplanung sind die Relationen von Interesse und Verpflichtung, von Abhängigkeit und Garantie, von Führungsmacht und Anerkennung derselbigen, von Kalkulierbarkeit und Nichtkalkulierbarkeit des Partners so komplex und schwer regulierbar, daß Nixon schon sehr früh ein Hauptgewicht auf die Bündnisproblematik legen mußte, um den dritten Pfeiler seiner Friedensstruktur, den Willen zu Verhandlungen, nicht zu gefährden.

Die sogenannte "Ära der Verhandlungen", der geplante Dialog zur Überwindung von Meinungsdisparitäten mit den kommunistischen Ländern, mußte, soweit er sich im europäischen Raum abspielen sollte, durch Einigkeit mit den atlantischen Partnern abgesichert werden. Ebenso wie die neue deutsche Ostpolitik für eine amerikanische Neuorientierung nach Osten richtungsweisend war, sollten bündnispolitische Beratung und Einigung die europäischen Truppenreduzierungsgespräche MBFR und die Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, KSZE, absichern.

Im letzten der einleitenden Kapitel seines ersten außenpolitischen Jahresberichtes erklärt Richard Nixon, sich über die Verhandlungsphase keinen Illusionen hinzugeben. Obgleich er sich der Komplexität und Kompliziertheit seines Vorhabens bewußt ist,

> " We know that there are enduring ideological differences. We are aware of the difficulty in moderating tensions that arise form the clash of national interests. These differences will not be dissipated by changes of atmosphere or dissolved in cordial personal relations between statesmen. They involve strong convictions and contrary philosophies, necessities of national security, and the

---

1) diese Äußerung wird Manfred Wörner zugeschrieben

2) Frank Giles in: Sunday Times, No. 42, May 25, 1975, S. 5

> deep-seated differences of perspectives formed by geography and history. [1]

verzichtet er auch in diesem Konzeptpunkt nicht auf die akzentuierte Betonung des nationalen Interesses:

> " The United States, like any other nation, has interests of its own, and will defend those interests. But any nation today must define its interests with special concern for the interests of others. If some nations define their security in a manner that means insecurity for the other nations, then peace is threatened and the security of all is diminished." [2]

Und erwartungsgemäß [3] läßt er diesen sehr bestimmten Äußerungen versöhnliche Worte folgen, in denen er das wiederholte Ziel erklärt, mit geduldigen und präzisen Bemühungen konträre Interessen in konkreten Fragen in Einklang zu bringen. Diese Feststellung wird mit dem Zitat einer Äußerung des Außenministers William Rogers verstärkt, der wie sein Präsident betont:

> " In this the United States will continue to play an active role in concert with our allies." [4]

Diese kontinuierliche Beachtung der Bündnispartner, sei es in Anerkennung ihrer partnerschaftlichen Funktionen oder sei es in Voranstellung der Führungsposition der Vereinigten Staaten, richtet Richard Nixon zu diesem Zeitpunkt natürlich auf die g e s a m t e n Bündnisverpflichtungen der USA aus.

Ziel der Analyse der vier außenpolitischen Jahresberichte soll, wie in der Einleitung dargestellt, jedoch sein, die Entwicklung der Planung der Außenpolitik unter Nixon hinsichtlich Westeuropa zu überprüfen, um die Grundvorstellungen und -bedingungen aufzuzeigen, aus denen schließlich die Erklärung des Jahres 1973 zum "Year of Europe" resultierte. Daher werden die sich auf andere Sektoren der Weltpolitik beziehenden Themenkreise ausgeklammert, es sei denn, es ergibt sich die eine oder andere Querverbindung zur atlantischen Frage.

---

1) A New Strategy For Peace, S. 9

2) ebenda

3) "erwartungsgemäß" im Sinne einer fast abzählbaren Regelmäßigkeit im Wechsel zwischen "Drohgebärde" und "Versöhnlichkeitsgeste", die wie ein roter Faden das Einführungskapitel durchziehen.

4) loc. cit. in Anm. 1, hier: S. 10

Eine Ausnahme von dieser Konzeption soll die Behandlung des Kapitels über das System des National Security Council bilden, dem unter Richard Nixon und Henry Kissinger eine neue Bedeutung in der außenpolitischen Planung und Kontrolle zugekommen war. Der NSC wird in der Analyse der atlantischen Beziehungen der Jahre 1969 - 1973 nicht mehr gesondert behandelt werden, mag aber erklärend im Hintergrund mancher für die Bündnispolitik entscheidend wirkenden Konsultations- und Entscheidungsmechanismen der ersten Nixon-Administration stehen.

II. Der National Security Council (NSC) : reformiertes Instrumentarium einer neuen Außenpolitik

1. Der NSC und sein System: Entstehung und Organisation 1947 - 1969

Nach Beendigung des zweiten Weltkrieges waren sich in den Vereinigten Staaten die zivilen wie militärischen Befehlshaber darüber klargeworden, daß die bestehenden Institutionen für außen- und sicherheitspolitische Beratung und Entscheidungsfindung längst nicht ausreichten. [1] So war man einiggeworden, ein Koordinierungs- und Integrationsorgan für die verschiedenen Ämter und Abteilungen auf der obersten Regierungsebene zu schaffen. 1947 führte der Kongress zur Klärung von Fragen zur nationalen Sicherheit den National Security Council (NSC) ein, dessen Statuten vorsahen, daß die Funktion des Rates

> " shall be to advise the President with respect to the integration of domestic, foreign, and military policies relating to the national security so as to enable the military services and the other departments and agencies of the Government to cooperate more effectively in matters involving the national security." [2]

und daß der Sicherheitsrat weiterhin, unter der stetigen Leitung des Präsidenten, die Verpflichtung habe,

> " 1) to assess and appraise the objectives, commitments, and risks of the United States in relation to our actual and potential military power, in the interest of national security, for the purpose of making recommendations to the President in connection therewith;"

---

1) Die während des Krieges selbstverständliche Zusammenarbeit ziviler und militärischer Gewalten sollte in institutionalisierter Weise fortgeführt werden. Ekkehart Krippendorf zitiert in seinem Buch "Die amerikanische Strategie - Entscheidungsprozess und Instrumentarium der amerikanischen Außenpolitik" (Suhrkamp-Verlag, Frankfurt am Main, 1970, S. 132) eine Bemerkung von Senator Jackson, der den NSC als eine "Kodifizierung" der amerikanischen "Kriegserfahrungen" bezeichnet hat. (Henry M. Jackson, Vorsitzender des Senats- Unterausschusses "on National Policy Machinery" des "Committee on Government Operations" hatte sich in entsprechenden Hearings - u. a. - ab 1959 einige Jahre lang mit der Rolle des NSC beschäftigt)

2) Henry M. Jackson (Hrsg.): The National Security Council - Jackson Subcommittee Papers on Policy-Making at the Presidential Level. Frederick A. Praeger, New York, 1965, S. 296

und

" 2) to consider policies on matters of common interest to the departments and agencies of the Government concerned with the national security and to make recommendations to the President therewith." [1]

Gleichzeitig mit dem Nationalen Sicherheitsrat wurde durch dieselbe Gesetzgebung das Verteidigungsministerium geschaffen und unter die Leitung und Verantwortlichkeit des Verteidigungsministers gestellt.

Das NSC-Gremium besteht aus dem Präsidenten, dem Vize-Präsidenten, dem Außen- und dem Verteidigungsminister, sowie dem Direktor des Büros für Notstandsplanung. Das Gesetz sah weiterhin vor, daß durch Anordnung des Präsidenten auf Vorschlag und mit Zustimmung des Senats auch die Minister und Staatssekretäre anderer Ministerien als Ratsmitglieder fungieren können.

Die Statuten wurden später durch Zusatzartikel erweitert, wodurch der Direktor der Central Intelligence Agency (CIA) und der Vorsitzende der Vereinigten Stabschefs (JCS) als gesetzliche Ratgeber in die enge Gruppe um den Präsidenten einbezogen wurden.

Zum National Security Council gehört das sogenannte NSC-System, das seit der Gründung im Jahre 1947 eine sehr spezifische, hochinstitutionalisierte und bürokratisierte Struktur entwickelt hat. Träger des Systems sind zwei interministerielle Ausschüsse, der "Planungsstab" und der "Operations Coordinating Board" [1], deren beider Vorsitz der persönliche Berater des Präsidenten für Fragen der nationalen Sicherheit innehat.

Der Planungsstab liefert die vorbereitende "Papierarbeit" [2] auf der Staatssekretärsebene des Sicherheitsrates.

---

1) Andrew M. Scott und Raymond H. Dawson (Hrsg.): Readings in the Making of American Foreign Policy, The Macmillan Company, New York, 1965, S. 336 ff

2) ebd., S. 338: bei Scott & Dawson wird das NSC-System als hochformalisiertes und komplexes "policy paper production" System bezeichnet. Henry A. Kissinger scheint theoretisch in seinem Aufsatz "The Policy-maker and the Intellectual" (vgl. Scott & Dawson, loc. cit., S. 321) diese Strukturierung nur gutzuheißen: "The essence of a good administration is coordination among the specialized functions of a bureaucracy", hat aber später eben diese Koordination in einer beispiellos informellen Art und Weise außerhalb jeder bürokratischer Grenzen zu umgehen verstanden

Obgleich formal vom Präsidenten berufen, orientieren sich seine Mitglieder vorzugsweise an den Interessen der einzelnen Ministerien, bevor konkrete "Empfehlungen" an ihn weitergeleitet werden.

Im gleichen Sinne operiert der Operations Coordinating Board (OCB), der im Gegensatz zum Planungsstab nicht an der Entscheidungen vorbereitenden Phase mitarbeitet, sondern die vom Sicherheitsrat zur Ausführung vorgeschlagenen Aktionen zwischen NSC, Ministerien und Ämtern und dem Präsidenten vermittelt und koordiniert.

Die einzelnen Präsidenten maßen dem NSC während seines gut dreißigjährigen Bestehens eine sehr unterschiedliche Bedeutung bei. Präsident Eisenhower nutzte ihn im besten Gründungssinne. Während er, um die Effizienz des Security Council zu stärken, sogar den "Operations Coordinating Board" 1957 eingeführt hatte [1], lehnte schon vier Jahre später Präsident Kennedy in seiner Administration eben diesen Rat mit einer neuen Verordnung [2] ab mit der Begründung, daß er dessen Funktionen fortan unter der Verantwortung des Außenministers und des Weißen Hauses, also sich selbst, sehen wolle. Kennedy, dessen persönliche Passion die Außenpolitik war, bevorzugte nicht nur ein informelles Informationssystem, bei dem er durchaus selbst auch zum Hörer griff, sondern wollte auch zu einem möglichst frühen Zeitpunkt die Entscheidungsoptionen auf seinem Schreibtisch haben. In diesem Sinne antwortete auch sein Sicherheitsberater, McGeorge Bundy, auf eine schriftliche Anfrage von Senator Henry M. Jackson, ob man nicht wie unter Eisenhower Memoranden über die Arbeit des NSC herausgeben könne, mit dem Hinweis, daß der NSC niemals das einzige Beratungs- und Entscheidungsinstrument für den Präsidenten gewesen sei noch in Zukunft sein sollte, sofern es die Probleme der nationalen Sicherheit beträfe.

---

1) Vgl. Henry M. Jackson, a.a.O.:
"Executive Order 10700 by President Eisenhower, Further Providing for the Operations Coordinating Board, February 27, 1957",
S. 299 - 301

2) ebenda, S. 304 - 305:
"Statement by President Kennedy Abolishing the Operations Coordinating Board, February 19, 1961"

So sagte er:

> " The National Security Council is one instrument among many; it must never be made an end in itself." 1)

Als Präsident Johnson die Regierung übernahm, war eine gewisse Kontinuität in dieser Art der Behandlung des NSC gewahrt: nicht nur bevorzugte er Kennedys Art der informellen Information [2], er hatte auch mit Walt Rostow einen ähnlich starken persönlichen Berater und Vorsitzenden des NSC-Planungsstabes und des OCB wie sein Vorgänger mit McGeorge Bundy. Allerdings hatte sich in dieser Phase vielleicht mehr als jemals zuvor der Nationale Sicherheitsrat durch die Geschehnisse in Vietnam in entscheidender Weise mit Sicherheitsfragen zu beschäftigen. [3]

2. Die Zentralisierung des außenpolitischen Entscheidungsmechanismus im Weißen Haus: der NSC unter Nixon und Kissinger

Außen- und Sicherheitspolitik sollten auch in der Nixon-Administration die Hauptbetätigungsfelder des Nationalen Sicherheitsrats bilden. Dies lag nicht nur primär an der außenpolitischen Orientierung des neuen Präsidenten, sondern auch am Interessenfeld des Mannes, den er sich zum Sicherheitsberater bestellt hatte: Henry A. Kissinger. Kissinger, schon aufgrund seiner akademischen Laufbahn und dem daraus resultierenden Themenkreis seiner Veröffentlichungen stark außen- und sicherheitspolitisch ausgeprägter Provenienz, zeigte innenpolitisch

---

1) Scott & Dawson, a.a.O., S. 347

2) Admiral Thomas Moorer weist in einer Ansprache vor dem Current Strategy Forum, Naval War College, im Juni 1975, darauf hin, daß Präsident Johnson eine Leidenschaft für Geheimniskrämerei hegte und meistens bei informellen Zusammenkünften wie z.B. dem sogenannten "tuesday lunch" mit nur drei bis vier anwesenden Personen seine Entscheidungen besprach und traf. Vgl. Strategic Review, Fall 1975, S. 8

3) vgl. D. O. A. Wolf: "Präsidenten-Krieg" in Vietnam ? Oldenbourg, München, 1973, aus dessen Analyse des Tonking-Golf-Zwischenfalls immer wieder Hinweise auf Beratungen Johnsons mit dem NSC - auf welcher formellen oder informellen Basis auch immer - zu finden sind

wenig Interesse und wirtschaftspolitisch Kenntnislücken - Eigenschaften, die er durchaus mit seinem neuen Arbeitgeber teilte. Beide mußten Interesse an einer Zentralisierung des außenpolitischen Entscheidungsmechanismus im Weißen Haus haben: während Kissinger, wie später evident werden sollte, "unfähig war, Autorität zu delegieren" [1], bevorzugte Nixon es, Probelmstellungen konzentriert mit einem kleinen Stab zu erledigen und sie nicht an den großen Regierungsapparat heranzutragen.

Aus dieser Präferenz machte Nixon schon in seinem ersten Amtsjahr kein Geheimnis; so schrieb er in dem NSC-Kapitel seines ersten außenpolitischen Jahresberichtes:

> " The new NSC system is designed to make certain that clear policy choices reach the top, so that the various positions can be fully debated in the meeting of the Council ... I refuse to be confronted with a bureaucratic consensus that leaves me no options but acceptance or rejection, and that gives me no way of knowing what alternatives exist." [2]

Um sich gegen den demokratischen Konsensus von außen abzusichern, flocht er im Inneren ein engmaschiges Netz der Zusammenarbeit. Er verdoppelte die Zahl des Mitarbeiterstabes im NSC-System; es wurden eine Reihe von Komitees gebildet, die unter der Ägide Kissingers und auf der Staatssekretärsebene die Ressorts verbinden sollten. Von diesen Ausschüssen stammten die "National Security Study Memoranda", über die nach entsprechender Beratung mit Kissinger und Besprechungen mit dem Sicherheitsrat auf Kabinettsebene der Präsident entschied und seine Entscheidung den Exekutivorganen in Form eines "National Security Decision Memorandum" mitteilte. [3]

Verdichtet wurde diese Arbeitsweise durch sowohl die Kissinger von Nixon zugewiesene Bedeutung als "Verkehrspolizist" [4] zwischen dem

---

1) I.M. Destler: "Can One Man Do?" in: Foreign Policy, No. 5, Winter 1971 - 72, S. 36 - 37

2) A New Strategy For Peace, S. 15

3) Wilfrid L. Kohl: The Nixon-Kissinger Foreign Policy System and U.S. - European Relations: Patterns of Policy Making. In: World Politics, Volume XXVIII, No. 1, October 1975, S. 7

4) Marvin and Bernard Kalb: Kissinger. Little, Brown and Company, Boston-Toronto, 1974, S. 80

NSC und dem Präsidenten als auch die ihm überlassene Freiheit in der Wahl seines Mitarbeiterstabes. Diese Mannschaft Kissingers, die aus vielschichtig ausgebildeten und erfahrenen Intellektuellen bestand [1], konnte ihrerseits für die Durchsetzung des Nixon'schen "Optionswunsches" garantieren.

Das Wissen um die Option bzw. die Alternative, die für die Entscheidungsfindung auf präsidentieller Ebene gegeben ist, stellte Richard Nixon mit fünf weiteren zentralen Punkten zu einem Aufgabenkatalog für den ersten NSC seiner Administration zusammen; als Grundforderungen an eine politische Führung in den siebziger Jahren bezeichnete er

1) eine kreative Außenpolitik, die vorbei an reinem Krisenmanagement initiativ und innovativ wirkt;
2) eine systematische politische Planung, die Problemstrukturen aufzeigt und sortiert, b e v o r Notsituationen entstehen;
3) eine Bestimmung und Aufbereitung der Fakten durch Sonderausschüsse zur Vorbereitung und Information des Präsidenten und der Mitglieder des Sicherheitsrates;
4) die Präsentation der vollen Bandbreite von Optionen für die Beurteilung und Entscheidung außenpolitischer Fragen, deren konstitutionelle Verantwortlichkeit Richard Nixon allein auf dem Präsidenten lasten sieht;
5) ein optimales Krisenmanagement durch eine vorzeitige integrierte Notstandsplanung innerhalb eines gesonderten Ausschusses [2]; und
6) eine kontinuierliche Koordination und Überprüfung der "angewandten" Politik, also ergänzend zu den Planungs- und Programmierungsvorgängen im NSC-System ein Kontrollorgan für die Ausführungsphase in der Außenpolitik. [3]

---

1) vgl. M. &. B. Kalb, op. cit., Kapitel 5: Henry's Wonderful Machine, S. 78 ff

2) es handelte sich hier um die "Washington Special Actions Group", die speziell in Krisensituationen wie im Falle des 4. Nahostkrieges 1973 eingesetzt wurde und intensiv mit dem Präsidenten beriet.

3) die ausführliche Aufgabenbeschreibung, nach den oben aufgeführten sechs Punkten geordnet, findet sich im Kapitel "The National Security Council System" in: A New Strategy For Peace, S. 11 - 16

Walt Rostow, der Sicherheitsberater von Lyndon B. Johnson, hat an den außenpolitischen Jahresberichten von Richard Nixon kritisiert, daß vieles als Innovation dargestellt wird, was lediglich eine kontinuierliche Fortschreibung historischer Ereignisse sei. [1] Sofern es um die Formulierung der "neuen" Aufgaben des National Security Council geht, hat er mit dieser Feststellung recht. Allein die Aufstellung des sechsteiligen Aufgabenkatalogs bietet im Einzelnen nichts Neues: die dargelegte Systematik des Planungs- und Entscheidungsprozesses gehorcht den Gesetzen der grundlegenden Entscheidungstheorien der Internationalen Politik. Die Unterbringung von zur Bearbeitung anstehenden Sachgebieten wie Krisenmanagement, Energiekontrolle, Verteidigungsplanung, Rüstungskontrollverhandlungen und "Intelligence" - Fragen in Sonderausschüssen [2] diktieren praktisch die Zeitereignisse und entsprechen den Kongressgepflogenheiten. [3] Dramatisierte Aussagen wie "We do not want to exhaust ourselves managing crises; our basic goal is to shape the future" [4] haben höchstens deklaratorischen Wert; in der amerikanischen Sprache gibt es die schöne und treffende Bezeichnung "truism" für diese Art der sich in die Selbstverständlichkeit ihrer Bedeutung verkehrenden Begriffe.

---

1) Walt W. Rostow: The Diffusion of Power 1957 - 1972. The Macmillan Company, New York, 1972, S. 563

2) Die hier als Sonderausschüsse bezeichneten sieben "supporting committees" waren die

1. Washington Special Action Group;
2. Energy Review Group;
3. Defense Program Review Committee;
4. Senior Review Group;
5. Under Secretaries Committee;
6. Verification Panel dealing with SALT and MBFR;

und 7. National Security Council Intelligence Committee.

Diese Aufstellung entstammt dem Aufsatz von General Thomas H. Moorer, a.a.O., S. 8 - 9

3) Wer sich mit amerikanischer Innen- wie Außenpolitik beschäftigt, stößt unweigerlich irgendwann auf das Meer von Senats- und Repräsentantenhausausschüssen nebst Unterausschüssen, Sonderkomitees und ad-hoc-Ausschüssen, deren bürokratische Zuordnung oft nur schwer zu bestimmen ist, die aber ein feines, weitgehend unverzichtbares Netz politischer Information und Beratung bilden.

4) A New Strategy For Peace, S. 11

Aber bei aller berechtigten Kritik darf nicht übersehen werden, daß zum einen Richard Nixon als erster Präsident nach den Gründungsjahren des NSC den Council seinergesetzlichen Bestimmung entsprechend wiederaufgegriffen und mit Henry Kissinger zusammen den Sinn dieser Beratungsinstitution erneuert hat und er zum anderen durch sein Abrücken von der "experimentellen Initiative" [1] seiner Vorgänger zugunsten einer institutionalisierten und formalisierten Problemlösungskapazität zumindest in der Anfangsphase seiner ersten Amtszeit entscheidende Initiativen in der Außenpolitik ergreifen konnte, deren Konzeption und Auswirkungen auch für die atlantischen Beziehungen der Jahre 1969 - 1973 von Bedeutung waren.

---

1) Walt W. Rostow, a.a.O., S. 575

III. Partnerschaft und die Nixon-Doktrin: Europa

1. Die Phase des Übergangs zwischen den Administrationen

Noch unter dem Eindruck der sowjetischen Intervention in der Tschechoslowakei stehend, war im Herbst 1968 die Diskussion um die europäisch-amerikanischen Beziehungen und den Standort und Stellenwert des atlantischen Bündnisses aktualisiert worden. Nicht nur in den Vereinigten Staaten stand man quasi am Vorabend der Präsidentschaftswahlen vor der Frage, wie eine neue Administration die Beziehungen zu den westeuropäischen Partnern gestalten würde.

Die aufgrund der aktuellen Entwicklungen auf November vorgezogenen Wintertagungen der NATO widmeten diesem Aspekt größte Aufmerksamkeit. Die Vereinigten Staaten, nach langen Jahren intensiven außen- wie verteidigungspolitischen Engagements unter innenpolitischen Druck geraten, sahen sich vorwiegend durch den Kongress gedrängt, das als solches empfundene Überengagement bei den überseeischen Verbündeten zu reduzieren. [1] Nachdem die Europäer jedoch in der "zweiten" Amtszeit von Präsident Johnson schon empfindliche Reduzierungen hatten hinnehmen müssen, [2] berührte sie die amerikanische innenpolitische Diskussion wenig; ihnen galt es, angesichts der sowjetischen Macht-

---

1) Schon 1966 hatte der demokratische Senator Mike Mansfield einen Entwurf zu einer Resolution über die Verminderung der amerikanischen Streitkräfte in Europa vorgelegt, mit der er im Mai 1971 zur Abstimmung vor den amerikanischen Senat trat.
vgl. Helga Haftendorn: Abrüstungs- und Entspannungspolitik zwischen Sicherheitsbefriedigung und Friedenssicherung. Bertelsmann Universitätsverlag, Düsseldorf, 1974, S. 240 - 241

2) Zwischen der Amtsübernahme Präsident Johnsons 1963 und 1966 hatte die Zahl der in Europa stationierten Truppen zwischen 380 000 und 360 000 geschwankt. In den Jahren 1966 - 1968 wurde die Zahl drastisch auf 316 000 reduziert. Der Trend dauerte bis in die Nixon-Administration hinein an: 1970 erreichte die Truppenstärke mit 291 000 Mann einen Tiefstand.
Für Zahlenvergleiche siehe H.A.S.C. No. 93 - 41, Military Commitments to Europe, Hearings before the Ad Hoc Subcommittee of the Committee on Armed Services, House of Representatives, 93rd Congress, 2nd Session, U.S. Government Printing Office, Washington, D.C., 1974, S. 133

demonstration die Verteidigung des eigenen Territoriums gesichert zu sehen. So besann man sich wieder auf die alte amerikanische Forderung, die europäischen Bündnispartner sollten einen verstärkten eigenen Verteidigungsbeitrag leisten; [1] umso mehr, als sowohl der scheidende als auch jeder der potentiellen nächsten Präsidenten, Nixon und Humphrey, erklärt hatten, daß diese Forderung aufrecht erhalten werde. [2]

Ohne zu wissen, wie der neue Präsident endgültig planen würde, wählte man so den Weg zwischen dem vertretbaren Eigeninteresse und auch einer möglicherweise negativen Disposition der amerikanischen Regierung, ohne vorläufig von deren innenpolitischen Schwierigkeiten berührt zu werden.

Als dann Richard Nixon gewählt wurde und mit ihm ein Präsident mit einem intensiven "europäischen Interesse" [3] an die Regierungsspitze der Vereinigten Staaten trat, reagierten die Europäer zunächst abwartend. Zu viele Fragen hatte die Johnson-Administration offen gelassen, als daß man eine kontinuierliche Fortsetzung einer bestimmten Europa-Politik hätte erwarten können. Zu viele Lasten hatte die neue Regierung zu übernehmen, als daß eine Konzentration auf Westeuropa abzusehen war: innenpolitisch war die von Kennedy angestrebte Bürgerrechtspolitik zur Gleichstellung von Schwarz und Weiß noch zu keiner befriedigenden Lösung gekommen, außenpolitisch belastete mehr denn je der unbewältigte Krieg in Vietnam.

---

1) In die Empfehlungen der Nordatlantischen Versammlung während ihrer 14. Jahreskonferenz in Brüssel vom 11. bis 15. November 1968 wurden die Hauptforderungspunkte Europäische Einigung (hier: Empfehlung über eine gemeinsame europäische Rüstungsbehörde als Beitrag zur Einigung), Stärkung der konventionellen Streitkräfte und Zahlungsbilanzausgleich aufgenommen. Das Kommuniqué über die Ministertagung des Nordatlantikrates am 15. und 16. November 1968 in Brüssel schloß sich im wesentlichen den Empfehlungen der Versammlung an.
vgl. Europa-Archiv, 24. Jg., Folge 1 / 1969, S. D 23 - 25 bzw. S. D 26 - 28

2) Der britische Verteidigungsminister, Denis Healey, hatte in einer Rede vor dem British Atlantic Committee in London am 6. 11. 1968 auf diesen Umstand hingewiesen: Europa-Archiv, 24. Jg., Folge 1 / 1969 S. D 14 - 15

3) Seit seiner Zeit als Vizepräsident unter Dwight D. Eisenhower hatte Nixon aus dem Gesamtfeld der Außenpolitik, der stets seine Präferenz gegolten hatte, die Sowjetunion und Europa als Hauptinteressengebiete herausdestilliert

Außerdem befand sich die Europa-Politik der Vereinigten Staaten seit Ende der fünfziger Jahre, also seit dem Ende der Wiederaufbauphase Europas in einer Stagnation. Zu sehr beschäftigt mit der Frage der Parität oder Disparität mit der Sowjetunion und nicht zuletzt durch das südostasiatische Engagement in eine sich dem Gaullismus nähernde nationalistische außenpolitische Perzeption gedrängt [1] hatte man es versäumt, die für das Bestehen des Bündnisses so zentralen und notwendigen politischen Ziele zu definieren.

So hatte Richard Nixon mit gutem Grund dem Thema Europa zentrales Interesse zugemessen. Europa, das er als "Eckstein in der Struktur eines dauerhaften Friedens" [2] bezeichnet, war politisch beweglicher geworden und bot somit einen differenzierteren Aufgabenbereich, den Nixon seinen drei Elementen eines dauerhaften Friedens zuordnet. In der Evolution der europäisch-amerikanischen Beziehungen sieht er die Notwendigkeit, das Raster der amerikanischen Prädominanz den veränderten Realitäten anzupassen.

> " We must extend our joint endeavor into another dimension of common challenges"

steht für seine Aufforderung, die Partnerschaft in der Allianz zu stärken:

> " For if we cannot maintain and develop further such a relationship with our North Atlantic Allies, the prospects for achieving it with our other friends and allies around the world are slim indeed." [3]

Dies gilt als die Basis, auf der durch die gemeinsame Stärke die gemeinsamen Interessen gegenüber der Umwelt verteidigt werden müssen. Auf die Integration der Streitkräfte soll nun die Harmonisierung der politischen Ziele und Mittel erfolgen, die eine langfristige rationale Verteidigungsstellung im Bündnis ermöglichen muß.

---

1) vgl. W. Kaltefleiter: Europe and the Nixon Doctrine: A German Point of View. In: Orbis, Spring 1973, S. 86 f

2) A New Strategy For Peace, S. 17

3) ebenda

> "This requires a common understanding of the nature of the dangers today and tomorrow, and on nuclear and non-nuclear strategy and forces..., common policies for the pursuit of security through arms control, as well as through military strength." 1)

Diese Positionen sind entsprechend der Grundkonzeption der "Drei-Säulen-Theorie" Ausgangspunkt für die Verhandlungen um die durch die Teilung Europas fortbestehenden Probleme.

> " Our efforts to pursue genuine relaxation of tensions between East and West will be a test of the new trans-Atlantic partnership." 2)

In der Formulierung, wie diese zum Test stehende neue Partnerschaft aussehen sollte, wird ein auf beiden Seiten des Atlantiks oft gehörter und ebensooft überhörter Begriff in den Focus des Interesses gerückt: die "reife" (sprich verantwortungsbewußte) Partnerschaft. Nixon suchte grundsätzlich die partnerschaftliche Verpflichtung Amerikas gegenüber Europa zu bestätigen und gibt dies hier als Kernpunkt seiner Europareise zu verstehen, die ihn schon nach Ablauf des ersten Amtsmonats seiner Präsidentschaft, im Februar 1969, in die Zentren europäischer Politik führte. 3)

Er hatte damit gerade im Hinblick auf seine spätere Entspannungspolitik den Schritt getan, den schon der hochqualifizierte Außenminister Harry S. Trumans, Dean Acheson, als "ebenso fundamentales wie oft mißachtetes Prinzip" erachtet hatte:

---

1) A New Strategy For Peace, S. 18

2) ebenda

3) auf dieser vom 23. Februar bis 2. März 1969 dauernden Reise sprach Nixon vor dem Nordatlantikrat in Brüssel, vor dem Bundestag in Bonn und führte Gespräche in London, Rom und Paris. Er unterließ auch nicht die üblichen polulären Auftritte wie eine Ansprache bei den Siemens-Werken in Berlin und einen Besuch im Vatikan

vgl. hierzu die Originaltexte in: Public Papers of the Presidents of the United States, Richard Nixon 1969. United States Government Printing Office, Washington, D.C., S. 126 - 176

" ... bei der Organisierung und Aufrechterhaltung der Macht (sind) die Beziehungen zu jenen Staaten die wichtigsten, mit denen geographisch sowie in bezug auf ihre Interessen und Ziele der engste Kontakt besteht. Der oberste Grundsatz muß sein, Vertrauen und Verlaß auf diese Beziehungen zu bewahren... Hier befindet sich die Zentralmacht, die ein nicht-kommunistisches Weltsystem tragen wird... Wenn das Zentrum nicht fest ist, können auch die Beziehungen zur Peripherie keine Stärke vermitteln." 1)

Auch dem Ansatz Kennedys zum "Grand Design" [2], das als Schlüsselkonzept die atlantische Partnerschaft als Gegengewicht zum kommunistischen Block und gleichzeitig die wirtschaftliche Entwicklung der Dritten Welt sowie eine dynamisierte Beteiligung der Vereinigten Staaten am Nutzeffekt der Europäischen Gemeinschaft beinhaltete, lag der Versuch zugrunde, die westlichen Länder wieder enger zusammenzuschließen, um eine gemeinsame Aktionsbasis nicht nur antipodisch zur Sowjetunion sondern auch im Hinblick auf eine Kooperation auf der Nord-Süd-Achse zu besitzen. Es galt, mit Kennedy's Worten, ein sich "nach-Innen-Kehren" der westlichen Länder zugunsten eines sich "nach-Außen-Kehrens" zu verhindern [3]; und es galt mit allen Kräften eine Abspaltung der damals großen Drei in eine "Festung Amerika", ein "Little England" und "La France Seule" [4] zu vermeiden.

---

1) Dean Acheson: Macht und Diplomatie. Verlag für Politik und Wissenschaft, Köln, 1958, S. 94
Acheson bezieht sich mit dieser Äußerung auf Europa und die Staaten der westlichen Hemisphäre, also Kanada und Lateinamerika. Als Peripherie bezeichnet er hier nicht weiter spezifiziert Asien und Afrika

2) die Angleichung innenpolitischer Verfahrensweisen an Verantwortlichkeiten in der Außenpolitik

3) Präsident Kennedy hatte in einer Pressekonferenz Anfang 1962 gesagt: " I'm hopeful as Western Europe is strengthened and the Common Market strengthened, that they will assume - not turn in, but rather out, and use the increased economic power of Western Europe to assist in maintaining the independence ... all around the globe." Aus: The President's News Conference of February 7, 1962, in: Public Papers of the Presidents of the United States, John F. Kennedy 1962. United States Government Printing Office, Washington, D.C., 1963, S. 125

4) Joseph Kraft: The Grand Design - From Common Market to Atlantic Partnership. Harper & Brothers, New York, 1962, S. 45

Nachdem Johnson Kennedy's europäisches Erbe nicht angetreten hatte, war es nicht nur Nixon's Aufgabe sondern auch seine Chance, das atlantische Thema wiederaufzugreifen und einen Einigungskurs anzusteuern. Er war sich wohl auch in dieser Sektion seines breiten außenpolitischen Programms der Richtigkeit der Bedeutung bewußt , die der stellvertretende Außenminister der Johnson-Administration, Nicholas Katzenbach, kurz vor den Wahlen 1968 der neuen Regierung zugemessen hatte:

> " Die nächste Regierung ... wird den Ton für die siebziger Jahre angeben, wie die Regierung John Kennedy's dies für die sechziger Jahre getan hat." 1)

2. Die neue atlantische Partnerschaft

Wie er seine Chance zu nutzen hatte, wußte Richard Nixon genau. Die drohende Abspaltung der westeuropäischen Partner von den Vereinigten Staaten ebenso wie untereinander war am besten aufzufangen durch das Versprechen, den Partner sukzessiv gleichberechtigt werden zu lassen. Als erster Schritt bot sich eine Neuordnung im gegenseitigen Konsultationsverfahren an:

> " For too long in the past, the United States had led without listening, talked to our allies instead of w i t h them, and informed them of new departures instead of deciding with them." 2)

Der zweite Schritt auf der Ebene der partnerschaftlichen Verantwortlichkeit sollte der evolutionären Entwicklung Westeuropas auf dem Wirtschafts- und Verteidigungssektor Rechnung tragen. In der Erkenntnis, daß der mit dem Kriegsende geschaffene status quo im Jahre 1970 nicht in der etablierten Form der Beziehungen bestehen bleiben konnte, bezeichnet Nixon als in dieser Gegenwart einzig mögliche Konstante die "Unausweichlichkeit der Veränderung" 3). Auf dem Wege zu einer neuen Konstanten,

---

1) Nicholas Katzenbach: Rede vor der Versammlung der WEU in Paris am 16. Oktober 1968 über die atlantische Partnerschaft. In: Europa-Archiv, Jg. 24, Folge 1 / 1969, S. D 3

2) A New Strategy For Peace, S. 18

3) ebd., S. 19

einer ausgewogenen Verbindung und einer aufrichtigeren Partnerschaft zwischen Europa und den Vereinigten Staaten, mußten schon zu diesem relativ frühen Zeitpunkt Modalitäten für das ebenso massiv wie unauffällig angestrebte Abrücken der USA von seiner dominanten Vormachtstellung im atlantischen Bündnis gefunden werden. So logisch und richtig in seiner außenpolitischen Konsequenz Zeitpunkt und Ziel der Nixon'schen Europareise waren, so wenig scheinen seine damaligen Gastgeber realisiert zu haben, wie deutlich schon in der resümierenden Darstellung seines ersten außenpolitischen Jahresberichtes die Erhebung der Europäer zu gleichberechtigten Partnern mit dem 1973 explizit geforderten Preis verbunden war:

> " ... the balance of burdens and responsibilities must gradually be adjusted, to reflect the economic and political realities of European progress." 1)

Da aber, wie bereits erwähnt, zunächst die europäisch-amerikanische Einheit gewahrt sein mußte, erschienen solch deutliche Hinweise noch gekoppelt mit der neuen Anerkennung:

> " Our allies will deserve a voice in the alliance and its decisions commensurate with their growing power and contributions." 2)

Die schon von Katzenbach prospektiv für die neue Regierung erläuterte

> " Erkenntnis, ...daß unser Engagement weniger breit gestreut, sondern selektiver sein sollte, als es für die letzten zwanzig Jahre charakteristisch war," 3)

wird schließlich mit einer deutlichen Zusage aufgefangen:

> " As we move from dominance to partnership, there is the possibility that some will see this as a step toward disengagement. But in the third decade of our commitment to Europe, the depth of our relationship is a fact of life. We can no more disengage from Europe than from Alaska." 4)

---

1) A New Strategy For Peace, S. 20

2) ebd.

3) Nicholas Katzenbach, a.a.O., S. D 5

4) loc. cit. in Anm. 1

Überleitend zu einem Abschnitt, der Mittel und Ziele des amerikanischen Engagements in Westeuropa erläutern soll, dem Kapitel "Europäische Verteidigung und Sicherheit", greift Richard Nixon noch eines der Ergebnisse auf, die seine Europa-Reise gebracht hatten. In seiner Pressekonferenz vom 4. März 1969, in der er einführend bemerkt hatte, daß die Unterstützung der Vereinigten Staaten nicht nur der Atlantischen Allianz sondern auch dem Konzept und Ideal der europäischen Einheit gelte, wies er grundsätzlich darauf hin, daß die USA ihre Grenzen in bezug auf eine europäische Einigung wohl kenne:

> " Americans cannot unify Europe. Europeans must do so. And we should not become involved in differences among Europeans in which our vital interests are not involved." 1)

3. Europäische Verteidigung und Sicherheit

Beide oben genannten Feststellungen werden im Bericht über die neue Strategie wiederholt und bestätigt. So will man sich primär auf die traditionelle amerikanische Rolle auf europäischem Gebiet konzentrieren: die Sicherung der nuklearen Abschreckung und ein hinreichendes Engagement, um die machtvolle militärische Präsenz der UdSSR in Osteuropa auszubalancieren. Zu diesem Zweck, so werden entsprechende Äußerungen des Außen- und des Verteidigungsministers vom Dezember 1969 in Brüssel bestätigt, wolle man die "Kampftruppen in im wesentlichen unveränderter Stärke bis mindestens Mitte 1971 in Europa belassen." 2) Eine Woche nach Erscheinen des Jahresberichts des Präsidenten folgte eine weitere Aussage des Verteidigungsministers Melvin R. Laird, der in seinem Bericht zur Verteidigung die Beibehaltung der gegenwärtigen Truppen-

---

1) Public Paper of the Presidents, Richard Nixon 1969, a.a.O., S. 180

2) William P. Rogers vor der Belgisch-Amerikanischen Gesellschaft in Brüssel am 6. Dezember 1969 über Fragen der europäischen Sicherheit. In: Europa-Archiv, 25. jg., Folge 4 / 1970, S. D 83

vgl. hierzu ebenda: Dokumente zur europäischen Sicherheit und zur westlichen Verteidigungspolitik, S. D 75 - 100

stärke für das Haushaltsjahr 1971 betonte. [1]

Es blieb offensichtlich dem Präsidenten überlassen, dieser zugesicherten Verteidigungshilfe noch einen weiteren Beweis der Beachtung der europäischen Verteidigungssituation beizufügen. [2]

In einer nach drei Schwerpunkten gegliederten Untersuchung plante er, unter Abstimmung mit den Positionen der Verbündeten die amerikanische Strategie für die Verteidigung Westeuropas zu überprüfen. Dieser Untersuchung sollten dem außenpolitischen Jahresbericht zufolge folgende Überlegungen zugrunde liegen:

Erstens die fundamentale Veränderung im strategischen Gleichgewicht zwischen den USA und der UdSSR, die die Frage nach der relativen Rolle der strategischen nuklearen Streitkräfte, der konventionellen Streitkräfte und der taktischen nuklearen Waffen aufwirft.

Zweitens die verschiedenen Positionen westlicher Strategen zur Lösung einiger Kernfragen, die sich von dem Problem der realistischen Einschätzung der Bedrohung Westeuropas bis hin zur Frage des Einsatzes taktischer Nuklearwaffen erstrecken.

Drittens die endgültige Lösung der trotz einer Einigung über die Strategie der "flexible response" noch bestehenden Meinungsunterschiede über die Verteilung der Lasten, die zur "Unterhaltung" dieser Strategie lebensnotwendig sind. [3]

---

1) Defense Report - Statement of Secretary of Defense Melvin R. Laird Before the House Subcommittee on Department of Defense Appropriations on the Fiscal Year 1971 Defense Program and Budget. February 25, 1970. U.S. Government Printing Office, Washington, D.C., 1970, S. 54

   Diese Anmerkung geht insofern weiter als die des Präsidenten, als das amerikanische Haushaltsjahr damals im Juli (hier: Juli 1971) des laufenden Jahres begann und im Juni des folgenden Jahres beendet wurde

2) Im Verteidigungsbericht Melvin Lairds findet sich außer der oben erwähnten Aussage in bezug auf den Einsatz der "general purpose forces" auf dem europäischen Gefechtsfeld keine Stellungnahme des Verteidigungsministeriums; in diesem Zusammenhang wird lediglich auf die entsprechenden Ausführungen des Präsidenten verwiesen.Vgl. ebd., S. 54 - 55

3) A New Strategy For Peace, S. 21 - 22
   vgl.hierzu auch die Kapitel II und III des Defense Reports von Melvin Laird, loc. cit., S. 34 - 59

Zur Lösung dieses Fragenkatalogs fordert Richard Nixon die offene Auseinandersetzung, die sich nicht mit "formalen, Grundsatzprobleme überdeckenden Vereinbarungen" begnügt oder sich " einer Sprache bedient, die gerade dadurch akzeptabel ist, daß sie die divergierendsten Interpretationen zuläßt." [1]

4. Eine Ära der Verhandlungen in Europa

Zieht man eine schrittweise Lösung dieser "inneratlantischen" Problematik in Betracht, so mußte sich durch die Konsolidierung im europäisch-amerikanischen Verhältnis der Weg zu Verhandlungen im gesamteuropäischen Raum öffnen. Hier stellte sich an der Wende zu den siebziger Jahren nicht nur die Aufgabe, in Verhandlungen über beiderseitige ausgewogene Truppenreduzierungen einzutreten, sondernauch die durch "Teilung Europas" so dringend gewordenen Nachfolgeprobleme um die Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten und um Berlin zu lösen.

Richard Nixon erklärt in diesem Punkt die grundsätzliche Bereitschaft der Vereinigten Staaten, diese Fragen "in any suitable forum" [2] zu verhandeln. Er gibt damit den Weg frei auch für die einzelnen Bündnispartner - und hier vornehmlich derBundesrepublik, deren "neue Ostpolitik" ein so wichtiger Baustein für die "Ära der Verhandlungen" sein sollte - bilateral den Ausgleich mit Osteuropa zu suchen, denn

> "Relations between East and West must be dealt with on several levels and it would be wrong to believe that one single grand conference can encompass all existing relationships." [3]

Nur auf einem solchermaßen festgefügten Sicherheitsgebäude - innerhalb der Allianz und außerhalb in der Auseinandersetzung mit dem Osten - sieht Richard Nixon 1969/70 die Möglichkeit, auch die in dem "gemeinsamen

---

1) A New Strategy For Peace, S. 22

2) ebd., S. 24

3) ebenda

Idealen und dem gemeinsamen Erbe" [1] der westlichen Nationen eingeschlossenen wirtschaftlichen und sozialen Aufgaben adäquat zu behandeln. Noch ist seine am Ende des Europa gewidmeten Kapitels dieses ersten außenpolitischen Jahresberichtes aufgestellte "Agenda für die Zukunft" entsprechend der Doktrin vorrangig der Sicherheit und Stärke der Allianz gewidmet. Noch stellt sich die Partnerschaft als eine am Verhandlungstisch zu lösende Aufgabe dar. Und noch gibt man den neuen Fragen Zeit, beraten zu werden, denn

> " They deal with the vast sweep of history, they need the most thorough deliberations. The deliberations will continue; we have the chance today to build a tomorrow worthy of our common heritage." [2]

Wie weit sich diese hoffnungsvolle Perspektive für die Atlantische Allianz bis zum Jahre 1973 praktizieren lassen sollte und welchen rein pragmatischen Veränderungen sie von Seiten der Nixon-Administration unterworfen sein würde, wird die Analyse der folgenden Jahresberichte zeigen.

Interessant ist abschließend zu diesem ersten Jahresbericht noch ein Blick auf das Schlußkapitel, das Richard Nixon "einer neuen Definition des Friedens" widmet. Diese Definition umfaßt sieben Prinzipien, die er sowohl für die Gegner der Vereinigten Staaten als auch für ihre Bündnispartner als gültig ansieht. Die für seine Außenpolitik wichtigsten Prinzipien hat er bereits erläutert:

- "Peace requires confidence"
- "Peace requires partnership"
- "Peace requires strength"
- "Peace must be shared".

Die beiden Prinzipien

- "Peace must be just"

und - "Peace must be generous"

ergeben sich beinahe zwanghaft aus der Konfliktsituation Vietnam.

---

2) op. cit. in Anm. 1, S. 27
In seinen außenpolitischen Äußerungen betreffend die Beziehungen zu Westeuropa betont Richard Nixon wiederholt das Faktum der "Common Heritage" als alle Interessen verbindendes Element zwischen den Vereinigten Staaten und Westeuropa.

1) A New Strategy For Peace, S. 26

Das abschließende Prinzip jedoch bietet sich an, auf die Situation von 1973 angewandt zu werden:

> " And Peace must be practical. It can only be found when nations resolve real issues, and accomodate each other's real interests." 1)

---

1) A New Strategy For Peace, S. 114

C. DIE AUSSENPOLITIK DER VEREINIGTEN STAATEN FÜR DIE SIEBZIGER JAHRE 1971 : BUILDING FOR PEACE

Als Präsident Nixon im Februar 1971 seinen zweiten außenpolitischen Jahresbericht dem Kongress übermittelte, bestätigte er in einer begleitenden Botschaft den nach eigenen Worten vor seiner Inauguration gefaßten Entschluß zu dieser alljährlichen Berichterstattung mit der Begründung:

> " In a democracy, policy is the public's business. I believe the President has an obligation to lay before the American people and its Congress the basic premises of his policy and to report fully on the issues, developments, and prospects confronting the Nation." 1)

Obgleich er die direkten Adressaten dieser Auffassung das amerikanische Volk und "seinen" Kongress nannte, mußten sich - und nicht nur zur Rekapitulation - alle diejenigen Staaten angesprochen fühlen, die nach Nixons außenpolitischer Perzeption Partner für die Mitarbeit am "Aufbau des Friedens" und Ansprechpartner für eine Hinwendung zu diesem Ziel sein sollten.

I. Einführung: Die Periode des Übergangs in der Außenpolitik und die neue amerikanische Rolle

Richard Nixon, der sein erstes Amtsjahr tatsächlich primär zur "Skizzierung einer neuen amerikanischen Rolle" 2) benutzt hatte, sieht in dem vorliegenden Bericht zur amerikanischen Außenpolitik des Jahres 1970 die Erfolge seiner Administration darin, daß

---

1) The President's Message to the Congress Transmitting the Second Annual Report on United States Foreign Policy. February 25, 1971, in: U.S. Foreign Policy For the 1970's: Building For Peace. A Report to the Congress by Richard Nixon, President of the United States, February 25, 1971, S. 5

2) ebd., The President's Report to the Congress, February 25, 1971, S. 5

> " ... we implemented policies which embody our new purpose. ...our fundamental goal ...is to get at the roots of crises and to build a durable structure of international relationships." 1)

Er betont, daß in diesem Bericht weit über eine Bestandsaufnahme hinaus die Prämissen und die "Philosophie" seiner Außenpolitik sowie aktuelle Ereignisse im Kontext mit ihrer weiteren Wirkung besprochen werden sollten. 2)

Den Denkstrukturen der hier entworfenen Außenpolitik der Nixon-Administration liegen wie immer historisch verankerte Entwicklungen zugrunde:

> " America has always had a belief in a purpose larger than itself. Two centuries ago our mission was to be a unique exemplar of free government. Two decades ago it was to take up worldwide burdens of securing the common defense, economic recovery, and political stability.
>
> Today we must work with other nations to build an enduring structure of peace." 3)

Was Nixon so in sehr vereinfachter Form formuliert, ebnet ihm den Weg zu der Auffassung:

> " Partnership that was always theoretically desirable is now physically and psychologically imperative." 4)

Doch auch mit Hilfe der Doktrin 5), die er in diesem Jahresbericht zum ersten Mal nicht als reine Projektion sondern gemessen an zwei Jahren persönlicher Anwendung in der Außenpolitik präsentiert, gelingt es Richard Nixon nicht, annähernd so überzeugungskräftig zu wirken wie in seinem euphorischen Bericht zur neuen Strategie des Friedens.

---

1) op. cit. in Anm. 2

2) vgl. ebd., S. 5 - 6

3) Building For Peace, a. a. O., S. 7

4) ebenda

5) vgl. hierzu Kapitel B. I. 2.: Der Rahmen für einen dauerhaften Frieden und Kapitel B. III: Partnerschaft und die Nixon-Doktrin: Europa

Das hat seinen natürlichen Grund darin, daß sich im Ablauf einer halben Amtszeit die Grenzen für das Machbare herauskristallisiert haben. Die Doktrin, zunächst angewandt auf eine "Vietnamisierung" des Krieges in Südostasien und eine weitere Reduzierung in anderen ostasiatischen Gebieten einerseits und die so problematisch verlaufende Rückbesinnung auf den klassischen atlantischen Partner Westeuropa andererseits, löst zu diesem Zeitpunkt mehr Kontroversen aus als sie Erfolge vorzuweisen hat. Die Verhandlungsphase, die die späteren Entspannungstriumphe mit der UdSSR und vor allem der Volksrepublik China bringen sollte, steckte noch zu sehr in den Kinderschuhen, als daß sie Nixons Wertskala entsprechend hätte austarieren können.So dürfte es nicht nur im Wesen dieses amerikanischen Präsidenten gelegen sondern geradezu einer Notwendigkeit entsprochen haben, die Darstellung der eigenen Außenpolitik mit entsprechendem Werbeeffet zu versehen.

Gerade die europäische Situation bedurfte eines solchen besonderen Vorgehens.

Nach den im ersten und zweiten Jahr der Nixon-Administration erfolgten Regierungswechseln in den wichtigsten Häusern der europäischen Partner, Frankreich, Großbritannien und der Bundesrepublik Deutschland, und den damit verbundenen Umorientierungen in deren Außenpolitik mußten die Vereinigten Staaten versuchen, Zugang zu den esoterischen Zielsetzungen ihrer Ver/bündeten zu erlangen.

Die neue Ostpolitik der Bundesrepublik unter Willy Brandt war als Grundlage für die eigene Öffnung gegenüber den kommunistischen Ländern wichtig; das britische Interesse, nun vor allem auf die Frage nach seiner Rolle in der Europäischen Gemeinschaft gerichtet, mußte unter dem neuen Premierminister Edward Heath und seinem Außenminister Alec Douglas-Home in bezug auf das atlantische Bündnis rückversichert werden [1]; Frankreich

---

1) vgl. hierzu besonders die Reden von Heath und Douglas-Home vom 2. Juli 1970 vor dem britischen Unterhaus, in denen das Interesse an den Vereinigten Staaten lediglich mit ihrer Rolle als Garant einer starken Nordatlantischen Allianz begründet und die zu erwartende Aufforderung der USA, einen größeren Anteil der Verteidigungslasten zu übernehmen, abwartend beurteilt wird.
In: Europa-Archiv, 25. jg., Fole 15-16 / 1970, S. D 375 - 378:
Zur Außenpolitik der neuen britischen Regierung

schließlich sah in den Vereinigten Staaten ein Land, das bei aller betonten Solidarität mit seinen Verbündeten gezwungen war, wegen der vor allem durch die fortschrittliche Technologie auf dem Waffensektor gewachsenen Bedrohung durch die UdSSR "sich eine gewisse Handlungsfreiheit vorzubehalten" [1] und bestätigte damit seine eigene seit 1966 von der militärischen Integration der NATO abgespaltene Politik.

Die Probleme der europäischen Einigung spiegelten sich in den langwierigen Verhandlungen zum Beitritt von Großbritannien und Irland [2] sowie Dänemark und Norwegen zu den Europäischen Gemeinschaften wieder, und im Kreise der NATO-Staaten herrschte Beunruhigung über die schon 1969 massiv im amerikanischen Senat lautgewordenen Stimmen, die der Ansicht waren, daß für den Schutz der europäischen Nationen und insbesondere der "mächtigen Nation" [3] Bundesrepublik Deutschland die Präsenz der amerikanischen Truppen überflüssig sei, da er durch den nuklearen Schirm der USA hinreichend garantiert sei.

Vor diesem Hintergrund muß man schließlich das im Teil II der außenpolitischen Jahreserklärung Richard Nixons unter der Rubrik "Relating National Interests" untergebrachte Kapitel verstehen, das Europa gewidmet ist.

---

1) Erklärung des französischen Außenministers, Maurice Schumann, zur Einleitung einer außenpolitischen Debatte der Nationalversammlung am 28. April 1970. In: Europa-Archiv, 25. Jg., Folge 11 / 1970, S. D 246

2) Die Verhandlungen waren von englischer und irischer Seite u. a. problematisch, da der Umstellungsprozess von Insel- und Empiredenken besonders in den Bevölkerungsgruppen nur mühsam vonstatten ging, denen ein solcher Beitritt vor allem zugute kommen sollte: der "lower class", also den Arbeitern, und den Angestellten der "middle class". Die unternehmerischen Angehörigen der middle class standen der Beitrittsabsicht weit positiver gegenüber, da, wie die Verfasserin sich 1971 in Großbritannien und Irland häufig bestätigen ließ, durch den neuen Wettbewerb Arbeits- und Produktionsanreize erwartet wurden, während die Arbeiterschaft und ihnen verbundene Angehörige der Labour Party um Arbeitsplätze fürchteten.

3) Senator (dem.) Stephen Young vor dem amerikanischen Senat nach: Senator Young fordert Abzug von US-Truppen. In: Die Welt, 27. Juni 1969, S. 4

II. Im Bezugsfeld nationaler Interessen: Europa

1. Atlantische Partnerschaft und europäische Einheit

Angesichts einer solch vielfältig verzweigten Interessenlage seitens der Europäer war es für einen amerikanischen Präsidenten mit den weltpolitischen Plänen eines Richard Nixon absolut notwendig, Westeuropa seiner Bedeutung zu versichern:

> " Western Europe is central because its nations are rich in tradition and experience, strong economically, and vigorous in diplomacy and culture; they are in a position to take a major part in building a world of peace." 1)

Die im ersten Jahresbericht verkündete "Agenda für die zukünftigen Beziehungen mit Westeuropa" 2) bleibt verbindlich,

> " ... for its tasks are rooted in our fundamental purposes, and are part of an historical process." 3)

Diese fundamentalen Absichten der Vereinigten Staaten und den historischen Prozess, in den die Partner beiderseits des Atlantiks eingebunden sind, schildert Richard Nixon hier unter den verschiedenen Aspekten der sich neu entwickelnden Partnerschaft, der Frage der europäischen Einigung, der technologischen, Umwelts- und Sozialprobleme moderner Gesellschaften, der Verteidigung im Bündnis, der Bedrohung und der NATO-Strategie und der damit zusammenhängenden militärischen Situation in Europa, der Lastenverteilung, der in Westeuropa stationierten US-Truppen und schließlich im Lichte der Ost-West-Beziehungen in Europa. 4)

Obwohl Präsident Nixon in diesem umfassenden Themenkatalog, der alle notwendigen Problemkreise für eine Zusammenarbeit aufzeigt, die "Verbündeten nicht als Teilstücke in einem amerikanischen 'Grand Design'" 5)

---

1) Building For Peace, S. 12

2) vgl. ebd., S. 23 und Richard Nixon: A New Strategy For Peace, a.a.O., S. 27

3) loc. cit. in Anm. 1

4) vgl. Building For Peace, S. 12 - 19

5) ebd., S. 12

verstanden haben möchte, weist doch seine ganze Konzeption auf eine den historischen Entwicklungen der vorangegangenen zehn Jahre angepaßte Fortschreibung des ursprünglichen Plans hin. Es ist nicht zu beweisen, daß Richard Nixon Kennedy's Initiative als eine Fesselung der Ideen- und Entscheidungsfreiheit der westeuropäischen Staaten beurteilt oder gar bezeichnet hätte [1], der Hinweis jedoch, daß die eigene Administration fernab von einem "Grand Design" die verschiedensten europäischen Aktivitäten akzeptieren würde [2], spricht dafür.

Um auch wirklich keinen Zweifel an seiner positiven Einstellung gegenüber den Alleingängen der Bündnispartner zu erwecken, geht er noch einen Schritt weiter. In der Freiheit und Unabhängigkeit der Europäer sieht er die Möglichkeit zu einer festen Verknüpfung von Autonomie und Einheit:

> " Our allies' new spirit of independence, reflecting as it does their vitality as nations, can be a source of strength. But our cohesion, too, is a source of strength, which makes possible the freedom of action of individual allies. We must learn to reconcile autonomy and unity. This is America's commitment, and the Alliance's challenge." [3]

Die Unabhängigkeit zeigt sich allerdings von europäischer Seite als nicht perfekt:

---

1) in der vorliegenden Literatur über Nixon und seine politische Laufbahn finden sich keine Hinweise auf bestimmte Äußerungen betreffend des "Grand Design". Es ist allerdings bemerkenswert, wie feindselig Richard Nixon der Person John F. Kennedys und dessen, was er repräsentierte, gegenübergestanden haben muß (vgl. z.B. Arthur Woodstone: Nixon's Head. St. Martin's Press, New York, 1972, Kapitel 8 und 9), sodaß die Vermutung naheliegt, daß Nixons negative Beurteilung primär dem ehemaligen Konkurrenten, viel weniger aber einem akzeptablen wenn nicht gar notwendigen außenpolitischen Konzept galt.

2) vgl. Nixon's Äußerungen zu französischen, britischen und deutschen Aktionen des Jahres 1970, in: Building For Peace, S. 12

3) Building For Peace, S. 13
An Textstellen wie dieser drängt sich besonders dem Europäer der Vergleich auf, wie sehr die amerikanische Nation kurz vor ihrem 200-jährigen Bestehen die Vorzeichen, denen sie ihr Entstehen verdankt, umgekehrt hatte.

> " ... their attitudes are ambivalent. They still look to America for leadership in European diplomacy and defense even while they assert their autonomy. They still presuppose a strong American military presence in Europe while they no longer act as dependent." 1)

So wichtig oder auch suspekt muß dem amerikanischen Präsidenten diese divergierende europäische Haltung erschienen sein, daß er noch im Herbst 1970 Europa - diesmal mit Konzentration auf die Südflanke der NATO - erneut besuchte. 2)

Gerade die Mittelmeerländer stellten im Rahmen der von den Amerikanern grundsätzlich begrüßten europäischen Einigungsbemühungen Probleme besonderer Art dar, denn sie gehörten weder der EG noch der NATO geschlossen an und waren dennoch für beide von handels- und verteidigungspolitischer Bedeutung. So mußte Richard Nixon der amerikanischen Forderung Nachdruck verleihen, bald zu entscheiden, wie sie ihre Rolle in der Welt und ihre Beziehungen zu den Vereinigten Staaten sehen wollten, denn

> " ... we must define our self-interest in the widest terms and fix our sights on our fundamental rather than tactical purposes." 3)

---

1) Building For Peace, S. 13
Die oben erwähnte Umkehrung fand allerdings insofern vor zweihundert Jahren ungleich viel konsequenter statt, als die neu verfassungsmäßig verankerten Vereinigten Staaten von Amerika seit der Unabhängigkeitserklärung eine konsequente und unwiderrufliche Trennung vom europäischen Ursprungsland vollzogen hatten.
Vgl. hierzu z.B. Henry S. Commager und Richard B. Morris (Hrsg.): The Spirit ofSeventy-Six. The Bobbs Merrill Company, Inc., Indianapolis und New York, 1958, und
Formation of the Union of the American States, a.a.O.

2) Schon im Verlauf des Jahres 1970 hatte er wiederholt führende europäische Politiker zu Beratungen in Washington empfangen.
Vgl.Building For Peace, S. 13, einschlägige Dokumente des Europa-Archiv, Jahrgang 25, 1970 und der Public Papers of the Presidents, Richard Nixon, 1970, Government Printing Office, Washington, D.C., 1971

3) Building For Peace, S. 14

"Form und Grad der Einigung" [1] sollte den Europäern überlassen sein. Mit einer solchen "single entity making policy for Western Europe in all fields, including diplomacy and defense" [2] würde man schließlich die komplementären amerikanisch-europäischen Interessen koordinieren können.

2. Verteidigung im Bündnis: Truppenstationierung und Lastenteilung im Verteidigungskonzept der USA und der NATO

Hauptziel einer solchen Koordinierung mußte nach wie vor die gemeinsame Verteidigung sein. Um Strategie und Verteidigungslage im Bündnis zu überprüfen, hatte Präsident Nixon im "System" des National Security Council eine Studie in Auftrag gegeben, der sich dank der Initiative von NATO-Generalsekretär Manlio Brosio [3] die am integrierten Verteidigungsprogramm der NATO beteiligten Verbündeten anschlossen.

Im November 1970 war man dann in Nationalen Sicherheitsrat soweit, daß die unter der Bezeichnung "National Security Study Memorandum No. 84" [4] laufende Studie zur Diskussion gestellt werden konnte. Vor dem Hintergrund der SALT-Verhandlungen in Helsinki und unter Berücksichtigung von Vorschlägen für die Gespräche über beiderseitige ausgewogene Truppenreduzierungen, MBFR, sollten für den Rest der siebziger Jahre die Grundsatzprobleme amerikanischer Truppenstationierungen auf westeuropäischem Territorium geklärt werden. Während die amerikanische Position hauptsächlich von Haushaltsfragen getragen schien, war die europäische Studie mehr auf qualitative Verbesserungen des NATO- Verteidigungspotentials (und natürlich auch deren Finanzierung) ausgerichtet. Und während die Vereinigten Staaten nicht zuletzt wegen Vietnam für das nächste Haushaltsjahr einem wachsenden Defizit entgegen-

---

1) Building For Peace, S. 14

2) ebenda

3) die Initiative war der Auffo-rderung Nixons gefolgt; vgl. Building For Peace, S. 15

4) vgl. Chalmers M. Roberts in der Washington Post vom 12. November 1970, S. 1 und 18: Da diese Memoranden über längere Zeit hinweg unveröffentlicht bleiben und sich in den verschiedenen Nachrichtendiensten auch keine weiteren Hinweise finden ließen, stützen sich die hier gemachten Aussagen vornehmlich auf oben genannten Artikel.

sahen und sich Verteidigungsminister Laird somit unter Druck gesetzt fand, die Ausgaben des Pentagon zu kürzen [1], sprachen die Europäer unbeirrt von der "Allianz für die siebziger Jahre", die

> " ... für unsere Sicherheit unverzichtbar und zugleich das notwendige Fundament jeglicher Entspannungspolitik (bleibt). Das Bündnis muß solange fortbestehen, bis europäische Sicherheit auch ohne Abstützung auf Militärallianzen möglich wird. Ehe dies nicht der Fall ist, muß die NATO die militärischen Anstrengungen ihrer Mitglieder weiter so koordinieren, daß jeder mögliche Gegner von Gewaltandrohung oder Gewaltanwendung abgeschreckt bleibt, und bei einem Angriff dem Angegriffenen erfolgreich militaerischen Schutz gewährleisten." [2]

Die Minister der am integrierten Verteidigungsprogramm der NATO beteiligten Länder gehen in ihrer Erklärung vom 2. Dezember 1970 über die genannte "Allianz für die siebziger Jahre" mit der Ansicht der Bundesrepublik Deutschland konform:

> " Das Vorhandensein umfangreicher nordamerikanischer Streitkräfte in Europa ist für eine wirksame Abschreckung und Verteidigung und als Demonstration der Solidarität der NATO politisch und militärisch notwendig. Ihr Ersatz durch europäische Streitkräfte wäre keine Lösung... [3]

Die Europäer hatten allerdings einen hinreichend triftigen Grund, sich so vehement für die Beibehaltung der amerikanischen Truppenpräsenz auszusprechen, einen Grund, der auch einen erheblichen Teil zu der

---

1) Laird bezeichnete in seinem Verteidigungsbericht von 1970 den Verteidigungshaushalt als ein "rock bottom budget".
Vgl. Statement of Secretary of Defense Melvin R. Laird Before the House Subcommittee on Department of Defense Appropriations on the Fiscal Year 1971 Defense Program and Budget. February 25, 1970. U.S. Government Printing Office, Washington, D.C., 1970.
Für weitere, auch numerische Vergleiche siehe außerdem:
Department of Defense Appropriations for 1971. Hearings before a Subcommittee of the Committee on Appropriations, House of Representatives, 91st Congress, 2nd Session, Part 1. U.S. Government Printing Office, Washington, D.C., 1970, S. 81 - 90 (Army), S. 605 - 613 (Air Force), S. 729, 768 - 769 (Navy) und allgemein für "Forces in Europe" S. 354 - 355

2) Weißbuch 1970. Zur Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland und zur Lage der Bundeswehr. Hrsg. vom Bundesminister der Verteidigung. Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, Bonn, 1970

3) Europa-Archiv, 26. Jg., Folge 3 / 1971, S. D 82

Entscheidung beigetragen haben muß, die Posture der NATO zu überprüfen: die seit Mitte des Jahres 1969 andauernde inneramerikanische Diskussion um einen von dem Majoritätenführer des Senats, dem demokratischen Senator Mike Mansfield, geforderten Truppenabzug aus Europa.

a) Die Mansfield-Resolution

Mansfield hatte zum ersten Mal im Januar 1967 eine Resolution im Senat eingebracht, in der er mit der Unterstützung von damals 43 Senatoren den Abzug von einem Großteil der zu diesem Zeitpunkt ungefähr 320 000 auf europäischem Gebiet stationierten amerikanischen Soldaten forderte. Durch die sowjetische Invasion in der Tschechoslowakei 1968 hatte er seinen Resolutionsantrag vorübergehend zurückgestellt mit der Begründung

> " the matter of U.S. troop withdrawal should be held in abeyance (until) all Soviet and other forces are pulled out of CSSR and there is a lessening of tension (in Europe)." [1]

Aber schon im Sommer 1969 nahm Mansfield seine Kampagne wieder auf und stürzte Regierung und Kongress in Interessenkonflikte, die auch den Europäern nicht verborgen bleiben konnten. [2]

Nachdem der demokratische Senator Young (Mitglied des Wehrausschusses) den Rückzug von mindestens zwei Drittel der in der Bundesrepublik stationierten Streitkräfte gefordert [3] und laut Meldungen vom August 1969 auch Verteidigungsminister Laird einen Truppenabzug aus Europa als möglich bezeichnet hatte [4], mußte zumindest von der Bundesrepublik, die zur selben Zeit mit den USA ihr neues Devisenausgleichsabkommen über eine Ausgleichssumme von 3.04 Milliarden schloß [5], Einspruch erwartet werden.

---

1) zitiert in Tom Lambert: Mansfield to Renew Proposal to Pull GIs out of Europe. In: International Herald Tribune, 11. Juli 1969, S. 1

2) John C. Garnett bezeichnet in seinem Beitrag über die "European Security and an Enlarged Community" Senator Mansfield sogar als "mindestens so wichtig wie Bundeskanzler Brandt und Präsident Pompidou für die europäische Zukunft." In: John C. Garnett (Hrsg.): The Defense of Western Europe. Macmillan, London, 1974, S. 61

3) vgl. Die Welt, 27. Juni 1969, S. 4

4) vgl. SZ, WELT und NZZ vom 26. August 1969

5) siehe: Deutsch-amerikanischer Devisenausgleich. Das neue Abkommen gibt USA finanzielle Vorteile. In: Die Welt, 11. Juli 1969, S. 5

Der Vertrag war gültig bis Juli 1971, womit sich die Bundesrepublik "für zwei Jahre ... die Erhaltung der Kampfkraft der US-Streitkräfte in Deutschland erkauft" [1] hatte. Der damalige Außenminister Willy Brandt reagierte prompt mit einem entsprechenden Hinweis. Das Pentagon erklärte daraufhin, daß keine Pläne für einen Abzug von Kampftruppen aus dem NATO-Bereich existierten. [2]

Trotz fortgesetzten Bohrens Mansfields schloß sich nun auch das State Department der Versicherung an, daß die Mansfield-Resolution für die Exekutive nicht zwingend sei. [3]

Im Januar 1970 schließlich trat die Administration zum ersten Mal massiv gegen Mansfield und seine Senatsfreunde an. Der stellvertretende Außenminister Elliot L. Richardson erklärte in einer Ansprache vor dem Chicago Council on Foreign Relations, daß die Nixon-Administration jegliche Reduzierung als "militärisch unklug", "politisch verwirrend" und "finanziell insignifikant" betrachte. [4] Um einer mehrheitlichen Beschlußfassung im Senat [5] zuvorzukommen, mehrten sich die Bemühungen der Exekutive, auf der Ebene des burden-sharing im Sinne der entsprechenden Auslegungen der Nixon-Doktrin initiativ zu werden. Außerdem wurde vermehrt Wert auf das Argument gelegt, daß über Truppenabzüge erst dann gesprochen werden könne, wenn ein solcher Schritt mit entsprechenden Vereinbarungen mit der Sowjetunion über beiderseitige Truppenreduzierungen abgesichert wäre.

Inzwischen hatten die Argumente der Regierung für eine Beibehaltung der Truppenpräsenz in Europa im eigenen Lande Unterstützung von Seiten des Militärs, der Diplomatie und der Wissenschaft gewonnen.

---

1) Lothar Ruehl: Lairds eiserner Rechen. In: Die Welt, 23. August 1969, S. 2

2) vgl. FAZ, 27. August 1969, S. 1 und U.S. Wireless Bulletin, 2. Dezember 1969, S. 1

3) vgl. Herbert von Borch: Rogers sucht Vertrauensbasis mit Scheel. In: SZ, 3. Dezember 1969, S. 7

4) vgl. U.S. Wireless Bulletin, January 21, 1970: Richardson Address on Western Europe, NATO, S. 1 - 9

5) zu diesem Zeitpunkt hatte Mike Mansfield bereits 51 Senatoren zur Unterstützung seiner Resolution gewinnen können.

General Westmoreland, der Vorsitzende der Vereinigten Stabschefs des US-Heeres und der NATO-Oberbefehlshaber General Andrew J. Goodpaster äußerten sich entschieden gegen eine Truppenreduzierung. [1)]

Der NATO-Botschafter der Vereinigten Staaten, Robert Ellsworth, befürchtete eine Schwächung der NATO.Er benutzte ein von vielen geteiltes Argument, daß die USA nicht über die Vietnam-Problematik eine Analogie zu Europa ziehen dürften, wo sie über viele Jahre hinweg "erfolgreich zur Abschreckung gegen eine Aggression" eingesetzt worden seien. [2)]

George F. Kennan, in den fünfziger Jahren Botschafter der Vereinigten Staaten in Moskau und seit 1963 Professor für Geschichte am Institute for Advanced Studies in Princeton, warnte aus der Erfahrung des mit Theorie wie Praxis vertrauten Historikers und Diplomaten vor einem Rückzug aus Europa und fügte hinzu, daß entsprechend seiner Vorschläge seit 1959 eine "beiderseitige Verminderung" von Truppen analog mit dem Warschauer Pakt die einzige Basis für eine solche Überlegung sein dürfe. [3)]

Auch die Politikwissenschaftler schlossen sich den Reihen der Befürworter an.

---

1) vgl. FAZ, 5. März 1970, S. 5
und SZ, 5. März 1970, S. 6 sowie
Die Welt, 4. Juni 197o, S. 2

2) U.S. Wirless Bulletin, 10. März 1970, S. 1

Ein Kommentar zu der Entgegnung Elliot Richardsons auf die Mansfield-Kampagne (vgl. Richardson Address on Western Europe, op. cit.) sieht in der Mansfield-Resolution den fundamentalen Trugschluß darin, daß

> " ... it caters to the neo-isolationist emotions set off in the country by errors and failures in Vietnam. The United States can disengage from Vietnam, difficult as that has become, because it should never have become involved there on a large scale. It cannot disengage from the North Atlantic basin in which it lives."

In: NYT, 27. Januar 1970, S. 6

3) U.S. Wireless Bulletin, 5. März 1970, S. 5

Das "Center for Strategic and International Studies" an der Georgetown University veröffentlichte in einem Report die Empfehlung an die amerikanische Regierung, "essentially the present levels" der Truppen der Vereinigten Staaten auf mindestens weitere drei Jahre in Europa zu belassen. Allerdings nannte man hierfür die eigenwillige Begründung, daß ein substantieller Rückzug u.a. zu einem Rutsch einiger Verbündeter (gemeint war die Bunderepublik Deutschland) in Richtung auf eine Anpassung an die UdSSR führen könnte. [1]

Wesentlich realistischer lesen sich die Vermutungen Professor Hans J. Morgenthaus, des Direktors des "Center for the Study of American Foreign Policy" an der Universität Chicago. In seinen Überlegungen um eine "Vietnamisierung" [2] Europas schreibt er der NATO keine größere Funktion als die eines "trip wire" für den Warschauer Pakt zu und resümiert, daß somit die in der Bundesrepublik stationierten Truppen Amerikas in realiter primär eine symbolische Funktion ausübten, deren Festlegung auf eine Anzahl von sechs Divisionen er als "accident of history" bezeichnet, die trotz aller Irrelevanz jedoch

> " ... makes it impossible to openly and drastically reduce that number without reducing at the same time the weight of the symbolic function." 3)

Diese Tatsache erlaubt ihm den Schluß, daß wegen dieser Anzahl von Divisionen die Amerikaner die "prisoners of history" [4] seien, untrennbar an die Erfüllung ihrer symbolischen Funktion gebunden und daher unmöglich in der Lage, "offen und drastisch" Truppen zu reduzieren.

---

1) vgl. William Beecher: U.S. Urged to Keep Up NATO Level. In: NYHT, 10. April 1969, S. 1

2) Morgenthau benutzt hier diesen aus dem Sprachgebrauch Richard Nixons entlehnten Begriff für einen Rückzug amerikanischer Truppen aus Vietnam und eine sukzessive Übergabe des Kriegsgeschehens in südvietnamesische Hand nicht: er bietet sich aber im Zusammenhang mit der Nixon-Doktrin für eine Transponierung auf die europäische Problematik an, wie es in der einschlägigen Literatur auch des öfteren geschehen ist, wenn man sich nicht des Begriffes "Europäisierung" bediente.

3) Hans J. Morgenthau: History's Prisoners: Six U.S. Divisions. In: IHT, 4. März 1970, S. 4

4) ebenda

Einzig die Administration schien sich über die Länge der Diskussion in Widersprüche zu verwickeln.

Richard Nixon schreibt in seiner Retrospektive über die Verteidigung im Bündnis des Jahres 1970, daß

> " many voters, legislators and officials in Western countries have raised questions about the continuing burden of defense budgets ..., because they did not see a clear rationale for the forces proposed." [1]

Gegen diese Einschätzung spricht einiges.

Die Reaktion der Europäer auf die oben geschilderten divergierenden Meldungen aus den Vereinigten Staaten schwankten zwischen einem bereitschaftlichen Akzeptieren der die Präsenz rückversichernden Äußerungen aus dem Weißen Haus, dem Pentagon und dem State Department und - vor allem von Seiten der Bundesrepublik Deutschland - warnender Beschwörung der Allianz. [2]

Beide Reaktionen, so passiv erstere auch erscheinen mag, sprechen kaum für die Richtigkeit der These, daß eine Diskussion um die Verteilung der Verteidigungslasten eine europäische Vorstellung von erwünscht reduzierten amerikanischen Truppenstärken implizierte.

Nixons eigene, wiederholte Zusicherung einer Beibehaltung der bestehenden Verteidigungspositionen wäre überflüssig gewesen, hätte es unter den Europäern nicht Abzugsbefürchtungen, sondern -forderungen gegeben. Indikatoren für eine Destabilisierung der Gesamtsituation waren vielmehr, soweit vorhanden, amerikanischen Ursprungs.

So erreichte im Mai 1970 die Stärke der in Europa stationierten Truppen mit 291 000 Mann [3] einen Tiefstand. Obgleich es sich bei der neuesten

---

1) Building For Peace, S. 15

2) vgl. hierzu insbesondere Lothar Ruehl: Gespräch mit Bundesverteidigungsminister Helmut Schmidt über die Sicherheitsinteressen der Bundesrepublik und Europas: Die Europäer können US-Truppen nicht ersetzen. In: Die Welt, 16. Februar 1970, S. 6 und 7, sowie Helmut Schmidt: Bonn and the U.S. Presence. In: Washington Post, 2. April 1970

3) U.S. Military Commitments to Europe, a.a.O., S. 133

Reduzierung um 10 000 Mann lediglich um Versorgungs- und Verwaltungspersonal gehandelt hatte, war dieser Schritt nicht gerade vertrauensbildend im Hinblick auf die deklarierte Position der Regierung.

Die europäischen NATO-Partner, von denen immerhin acht zum großen Teil an den exponierten Flanken gelegene Länder [1] ihr Verteidigungsbudget für 1970 erhöht hatten [2], sahen sich außerdem mit einem reduzierten Verteidigungshaushalt der Vereinigten Staaten konfrontiert.

In seinem Statement in der Haushaltsbewilligungsdebatte für das Haushaltsjahr 1971 hatte der Secretary of the Army, Stanley R. Resor, schon von "signifikanten Heeresbudgeteinsparungen" in den Haushaltsjahren 1968 - 1971 gesprochen, die sich über den Zeitraum dieser drei Jahre auf 5.08 Milliarden Dollar beliefen. [3] Verteidigungsminister Melvin R. Laird sprach in demselben Hearing von einer Reduzierung des Verteidigungshaushalts von 6.09 Milliarden Dollar im angegebenen Zeitraum und bezeichnete den neuen Haushalt als " rock-bottom budget that in real terms is only about 7% above the peacetime FY 1964 level." [4]

Daß diese Einsparungen am Budget, von dem allein für die in der Bundesrepublik stationierten Truppen 3.08 Milliarden DM aufgewandt wurden [5], nicht nur in einer verstärkten Verlagerung der Lasten auf die europäischen Bündnispartner resultieren würde, war nun nicht mehr von der

---

1) Es handelte sich um Belgien, die Bundesrepublik Deutschland, Luxemburg, Griechenland, die Niederlande, Norwegen, Portugal und die Türkei.
Vgl. Peter Stafford: Nixon stands firm on Europe troops. In: Times, 15. 1. 1970, S. 5

2) Die Bundesrepublik hatte eine Ausgabensteigerung von ca. 1.03 Mrd. DM (= 6.09 %) vorgenommen, worin in den Verteidigungsausgaben des Bundes für Stationierungskräfte 636.07 Mio. DM gegenüber 629.00 Mio. DM im Jahre 1969 enthalten waren.

3) Department of Defense Appropriations For 1971, Hearings Before a Subcommittee of the Committee on Appropriations, House of Representatives, 91st Congress, 2nd Session, Part 1. U.S. Government Printing Office, Washington, D.C., 1970, S. 5

4) ebd., S. 167. Vgl. auch Anm. 1), S. 37
"Peacetime" heißt zu diesem Zeitpunkt immer "vor dem Vietnamkrieg".

5) vgl. Elke Thiel: Die atlantischen Beziehungen im Zeichen währungspolitischer Veränderungen. SWP - S 201, Ebenhausen, Februar 1972, S. 48

Hand zu weisen. Laird und Außenminister Rogers deuteten dies im weiteren Verlauf des Jahres 1970 wiederholt mehr oder minder deutlich an.

Jedoch wurde, bevor es zu irgendwelchen weitreichenderen Entscheidungen in dieser Auseinanderstzung kam, durch die fortgesetzten Spannungen im Nahen Osten die Aufmerksamkeit der Vereinigten Staaten auf ihre verschiedenen Friedensinitiativen für dieses Gebiet umgelenkt. Auch hierin ist ein Grund für die Reise Präsident Nixons in die europäischen Mittelmeerländer zu suchen, hatte er doch nicht nur die unverminderte amerikanische Präsenz im Mittelmeerraum zu bestätigen, sondern auch im Zuge dieser Demonstration das Interesse und Verständnis der Europäer für ein "außereuropäisches Engagement" [1], von dem diese sich nicht unmittelbar tangiert fühlten, zu gewinnen.

Um den Auftrag der amerikanischen Truppen, "to aid in deterrence and to defend if deterrence fails" [2] erfüllen zu können, mußte den europäischen Bündnispartnern klargemacht werden, daß diese Aufgabe nicht von den Vereinigten Staaten allein getragen und nicht ausschließlich auf die Bedrohung durch den Warschauer Pakt bezogen werden könne.

b) Der gemeinsame Verteidigungsauftrag

Nixons Erklärung am Ende seiner zweiten Europa-Reise vor der Presse in Limerick, Irland, die durch eine endgültige Bekräftigung des Willens der Exekutive, keinesfalls unilaterale Truppenabzüge aus Europa zuzulassen, einen gewissen Schlußpunkt unter die Debatte des Jahres 1970 setzte, diente hervorragend zu diesem Zweck. Die Nixon-Doktrin, in ihren

---

1) vgl. Henry Kissinger: Die NATO ist aus den Fugen. In: Welt am Sonntag, 15. 2. 1970

Henry Kissinger kritisiert in diesem Beitrag zu den "mangelnden Verteidigungsanstrengungen der europäischen Verbündeten" die von ihm als Paradoxon bezeichnete Tatsache, daß die "zunehmende wirtschaftliche Stärke und das wachsende politische Selbstvertrauen Europas" die Europäer dazu verleitet habe, in "Unruheherden außerhalb Europas ... keine unmittelbare Bedrohung ihrer Unabhängigkeit oder Sicherheit" zu sehen.

2) Building For Peace, S. 15

möglichen Implikationen auf Westeuropa bisher fast ausschließlich als verdecktes Rückzugskonzept und Mittel zur einseitigen Belastung der Europäer interpretiert, wurde hier erneut als Grundlage einer Zusammenarbeit auf der Basis geteilter Verantwortlichkeiten perzipiert:

> " I know that the Nixon Doctrine has sometimes been inaccurately described as one that would allow the United States to reduce its responsibilities in the world. That is not the case. The purpose of the Nixon Doctrine is to provide a policy under which the United States (can act) with others. And in NATO that is our policy." 1)

In diesem Sinn läßt sich auch die wenige Tage vorher dem Generalsekretär der NATO, Manlio Brosio, mitgeteilte Auffassung Richard Nixons interpretieren, daß er einen Ausbau der Truppenstärke und der Waffendepots der europäischen Bündnispartner für wichtiger halte als einen finanziellen Beitrag zu den 300 000 in Europa stationierten amerikanischen Soldaten. 2)

Besonders galt es natürlich die NATO-Strategie zu wahren, in der sich Nixon mit den Bündnispartnern darüber einig erklärte, daß die Flexibilität in der Reaktion auf einen Angriff gewahrt bleiben müßte und daher "a strong and credible deployment of modernized NATO conventional forces" unverzichtbar sei, "capable of rapid mobilization and reinforcement and of sustaining a successful initial forward defense against conventional attack." 3)

Die Umwandlung der Nixon-Doktrin in der Übersetzung vom asiatischen auf den europäischen Raum in ein burden-sharing auf viel breiterer Ebene als der des finanziellen Lastenausgleichs mußte als Ergänzungsstück zu einer Aufrechterhaltung der amerikanischen Truppenpräsenz in Europa ein vitales Anliegen einer effektiven Bündnispolitik sein.

---

1) Nixon Trip Summary, Dublin, Ireland, October 5, 1970. In: U.S. Wireless Bulletin, 6. 10. 1970, S. 6

2) vgl. Drew Middleton: Nixon Wants NATO to Furnish Troops Not Cash. In: NYT, 8. Oktober 1970, S. 3

3) Building For Peace, S. 15

Nur in einer funktionsfähigen Kombination aus beiden Komponenten würde eine Desintegration des Bündnisses verhindert, die Kontinuität der deutschen Ostpolitik gewährleistet, die Interessen der USA im Nahen Osten gewahrt und die Chance zu Verhandlungen mit der UdSSR über eine beiderseitige Truppenverminderung sowie über die Begrenzung strategischer Rüstung ungestört bleiben. [1)]

Nixons nicht besonders neue Erkenntnis, "reconciliation in Europe is in the interest of peace" [2)], und das Bekenntnis

> " It had come clear to me that without undiminished American participation in European defense, neither the Alliance's strategy, nor America's commitment, nor Western cohesion would be credible" [3)]

sollten somit richtungsweisend bleiben für seine Politik im Jahre 1971. Alle schon im ersten außenpolitischen Jahresbericht für die Allianz entworfenen Zielsetzungen wurden unverändert beibehalten. [4)]

Im Hinblick auf eine innerpolitische Absicherung für seine Pläne brauchte Richard Nixon sich zum Ende des Jahres 1970 auch keine Sorgen zu machen. Im Oktober 1970 hatte es im Senat eine Gegenbewegung zur Mansfield-Resolution gegeben: der republikanische Senator Charles McCurdy Mathias brachte u.a. mit der Unterstützung von Senator Javits und dem Minoritätenführer Scott eine Resolution ein, die sowohl den europäischen NATO-Mitgliedern als auch dem Senat ein größeres Mitspracherecht bei den die NATO betreffenden Entscheidungen garantieren sollte. [5)] Im Dezember 1970 gewährte das Pentagon in seiner Budget-Vorlage für das Haushaltsjahr 1971 der Regierung die Mittel zur Beibehaltung der Truppenstärken in Europa.

---

1) vgl. Building For Peace, "East West Relations in Europe", S. 19

2) ebenda

3) ebd., S. 16

4) loc. cit. in Anm. 1

5) vgl. U.S. Wireless Bulletin, 23. 10. 1970, S. 16 und Europa-Archiv, 26. Jg., Folge 3 / 1971, S. D 61

Von den Ministern der Eurogroup schließlich wurde am 1. Dezember die Entschließung vermeldet, gemeinsame Anstrengungen zur Verbesserung der NATO-Infrastruktur unternehmen zu wollen. Diesen Beschluß honorierte Richard Nixon nicht nur in einer Botschaft an den Nordatlantikrat [1], sondern auch in seinem Fazit zu dem Europa-Kapitel seines außenpolitischen Jahresberichtes zum Jahr 1970

> " I have repeatedly emphasized that the Nixon Doctrine is a philosophy of invigorated partnership, not a synonym for American withdrawal. Our relationship with Western Europe proves it." [2]

---

1) vgl. Kommuniqué über die Sitzung der Verteidigungsminister der Europäischen Gruppe in der NATO am 1. Dezember 1970 in Brüssel. In: Europa-Archiv, 26. Jg., Folge 3 / 1971, S. D 73 und Botschaft des Präsidenten der Vereinigten Staaten, Richard M. Nixon, an den Nordatlantikrat vom 3. Dezember 1970. In: Europa-Archiv, 26. Jg., Folge 3 / 1971, S. D 73 - 74

2) Building For Peace, S. 19

D. DIE AUSSENPOLITIK DER VEREINIGTEN STAATEN FÜR DIE SIEBZIGER JAHRE 1972 : THE EMERGING STRUCTURE OF PEACE

I. Das "Watershed Year" - Ein Überblick

Das Jahr 1971 - das dritte der ersten Nixon-Administration - wird von Richard Nixon in seinem im Februar 1972 dem Kongress vorgelegten dritten Jahresbericht als "Watershed Year" bezeichnet. Die in beiden vorangegangenen Reports dargelegte Situation einer seit Ende der Nachkriegsperiode veränderten Welt und die "philosophische Konzeption", auf die sich die spezifischen Handlungsweisen in der neuen amerikanischen Außenpolitik der siebziger Jahre stützen, werden hier erneut aufgegriffen, um dem Rezipienten die "intellektuelle Basis" [1], auf der die außenpolitischen Aktionen von 1971 beruhen, zu erläutern.

Für den mit den vorangegangenen Jahresberichten vertrauten Leser vertieft sich die Einsicht, daß die außenpolitische Konzeption, die Richard Nixon als seine "philosophischen Überzeugungen" bezeichnet, eine logische Aneinanderreihung von Grundprinzipien bedeutet, die sich nach wie vor historischen Gegebenheiten und Notwendigkeiten beugt, als neu jedoch nur die erstaunliche - zumindest verbale- Konsequenz bezeichnet werden kann, mit der der Präsident seine Friedensroute verfolgt.

1. Die Philosophie einer neuen amerikanischen Außenpolitik

Der erste der neuen Leitgedanken für die "Philosophie" Richard Nixons bestärkt den zu Beginn des 20. Jahrhunderts entstandenen Führungsanspruch der amerikanischen Nation:

> " A leading American role in world affairs continues to be indispensable to the kind of world our own well-being requires." 2)

---

1) alle: United States Foreign Policy For the 1970's: The Emerging Structure of Peace. A Report by Richard Nixon to the Congress, February 1972, S. 1

2) ebd., S. 2

Obgleich in der seit 1970 unverändert gebliebenen Perzeption der neuen Weltsituation die gewachsene Rolle der westlichen Bündnispartner, die verstärkte Eigenverantwortlichkeit der kolonialen Nachfolgestaaten, und durch Veränderung im kommunistischen Machtbereich und in der strategischen Gleichgewichtssituation mit der Sowjetunion die Lasten der Weltführung zugunsten einer "verantwortlichen, aber zurückhaltenden amerikanischen Rolle" [1] gleichmäßiger verteilt werden sollten, gibt der Präsident der Vereinigten Staaten die eigentliche Führungsposition nicht im geringsten ab.

Es erscheint auf den ersten Blick nicht evident, daß Richard Nixon diesen Führungsanspruch wie einen roten Faden durch die Leitsätze seiner "Philosophie" bzw. seines außenpolitischen Programms führt. Dennoch zeigt sich bei genauerer Überprüfung jeder einzelne hier aufgelistete Grundgedanke eng daran angelehnt. Die erste und oberste Legitimierung für dieses Vorgehen ist wiederum in der Nixon-Doktrin und dem an sie angeschlossenen Friedensplan zu finden. Sowohl die Drei-Säulen-Theorie der Doktrin als auch die sukzessive Verwirklichung in den verschiedenen Phasen des Entwurfes, des Aufbaus und der sich nunmehr verdeutlichenden Struktur der neuen Friedensstrategie [2] bedürfen eines zentralen Leitorgans, das nur auf der Ebene der Supermacht zu finden ist.

Gerade auf dieser Ebene jedoch gehen die beiden Hauptkontrahenten von Ost und West, die UdSSR und die USA, dem Ende ihrer absoluten Nachkriegsvorherrschaft entgegen und verbreitern sowohl das Spektrum der Mitarbeit an der von Nixon propagierten Friedensstruktur als

---

1) op. cit., Anm. 2

2) vgl. die außenpolitischen Jahresberichte der Jahre 1970-1972: "A New Strategy For Peace (für die Phase des Entwurfes und der Planung)" "Building For Peace" (für die Aufbau- und Ausbauphase); und "The Emerging Structure of Peace" (Kristallisation der Neuansätze in der Außenpolitik der Nixon-Administration).

auch die Notwendigkeit der Neuverteilung der Verantwortlichkeiten:

> " The end of the bipolar postwar world opens to this generation a unique opportunity to create a new and lasting structure of peace."

und

> " The end of bi-polarity requires that the structure must be built with the resources and concepts of many nations — for only when nations participate in creating an international system do they contribute to its vitality and accept its validity." [1)]

Henry Kissinger hat gerade in dieser Beendigung der Bipolarität (zumindest der militärischen) Chance wie Gefahr für das internationale System erkannt:

> " A bipolar world loses the perspective for nuance; a gain for one side appears as an absolute loss for the other." [2)]

Die "kleineren Länder", die "zwischen dem Verlangen nach Schutz und dem Wunsch, der Dominanz der Großmächte zu entrinnen" [3)] schwanken, entfernen sich durch den Wandel zur politischen Multipolarität zunächst aus dem Dunstkreis der sie beeinflussenden und beherrschenden Supermacht und irritieren deren fast normativ festgelegtes Balancemuster. Somit kann eine graduelle Rückkehr zur Nuancierung zwischen den Supermächten stattfinden.

Andererseits führt eine Verringerung der Starrheit im internationalen System zu einer verminderten "Lenkbarkeit" [4)] und wachsendem Nationalismus

---

1) The Emerging Structure of Peace, op. cit., S. 2 und 3

2) Henry A. Kissinger: American Foreign Policy. Exp. Ed., W. W. Norton & Company, Inc., New York, 1974, S. 56

3) ebenda

4) Für den hier von Kissinger angewandten Terminus "manageability" gibt es eigentlich kein passendes Äquivalent in der deutschen Sprache, doch kommt "Lenkbarkeit" der in diesem Zusammenhang notwendigen Aussage am nächsten. Vgl. ebd., S. 57

als "Ausdruck immer kühner werdender Geltendmachung eigenen Willens" [1] von Seiten sowohl der Bündnispartner als auch nicht alliierter Länder. Dies führt zwangsläufig dazu, daß

> " Traditional uses of power have become less feasible, and new forms of pressure have emerged as a result of transnational loyalties and weak domestic structures. [2]

Da "wenige Länder das Interesse und nur die Supermächte die Quellen zur Information über globale Fragen" [3] haben, ist im Resultat

> " ... diplomacy ... often geared to domestic politics and more concerned with striking a pose than contributing to international order. Equilibrium is difficult to achieve among states widely divergent in values, goals, expectations, and previous experience." [4]

Solche Überlegungen legen die Vermutung nahe, daß auch Richard Nixon seine Erwartung, im Zuge der Multipolarisierung eine größtmögliche Anzahl von Nationen außerhalb der alten bipolaren Achse für den Aufbau eines neuen internationalen Systems zu gewinnen, nur unter dem Aspekt einer Führung Amerikas als erfüllbar betrachtet haben kann.

In einer solchen Konstellation ist nicht nur die Beibehaltung freundschaftlicher Beziehungen zu den Bündnispartnern Voraussetzung, sondern auch deren verstärkter Einsatz für gemeinschaftliche Zielsetzungen:

> " Our friendships are constant, but the means by which they are mutually expressed must be adjusted as world conditions change. The continuity and vigor of our alliances require that our friends assume greater responsibilities for our common endeavors." [5]

Sowohl die partnerschaftlichen Beziehungen als auch die notwendige Motivierung der Europäer zur Erfüllung gemeinschaftlicher Zielsetzungen befanden sich jedoch zu einem Zeitpunkt, in dem die Vereinigten

---

1) Henry A. Kissinger: American Foreign Policy, op. cit., S. 56

2) ebenda

3) ebd., S. 57

4) ebenda

5) The Emerging Structure of Peace, a.a.O., S. 3

Staaten ihre Prioritäten anderweitig gesetzt hatten, in einer schwierigen Phase des Übergangs. Die Annäherung an Moskau und Peking sowie das auf Entscheidung drängende Problem des Vietnamkrieges und die ungelöste Nahost-Frage hatten nicht nur die Europäer mit ihren wirtschaftlichen und verteidigungspolitischen Fragen auf die Wartebank gesetzt [1], sondern zusätzlich die Partner durch die "direkte Annäherung an die Gegner", die "Institutionalisierung der Gipfeldiplomatie" und somit ein Umgehen der "schwerfälligen Mechanismen der Bündniskonsultation" [2] in Schranken zurückverwiesen, die in jeder Hinsicht als überkommen bezeichnet worden waren.

Auch an diesem vierten Punkt der "Philosophie einer neuen amerikanischen Außenpolitik" beweist sich somit die konsequente Gegenwart des amerikanischen Führungsanspruchs.

Der veränderten politischen Umwelt, mit der sich zu arrangieren Richard Nixon als Voraussetzung für die Kontinuität der Bündnisbeziehungen postuliert, wurde als ultimativer Zielsetzung der Friedensstrategie des Präsidenten noch zu Beginn des Jahres 1971 von den Amerikanern selbst weitgehend mit Mißtrauen begegnet. Die amerikanische Vorstellung befand sich China und der Sowjetunion gegenüber noch zu sehr in der Ära des "Containment" Trumans und der Schritt von der Konfrontation zu Verhandlungen mit der kommunistischen Welt mußte angesichts des fortdauernden Krieges in Vietnam und des wiederholt aufbrennenden Konflikts in Nahost zu Mißverständnissen führen. [3]

---

1) James Chace und Earl C. Ravenal (Hrsg.): Atlantis Lost. U.S.-European Relations After the Cold War. New York University Press, New York, 1976, S. XIV

2) vgl. Stanley Hoffman in: Atlantis Lost, loc. cit., S. 17 - 19

Hoffman sieht in der neuen Außenpolitik der Nixon-Kissinger-Administration eine dreifache Veränderung gegenüber der trotz allem konstanten U.S.-Außenpolitik gegenüber Europa:

1. Eine Veränderung in der Substanz, eine in der Folge der neuen "Friedensstruktur" entstehende Transformation vom "Containment" zu globaler Bewegung;
2. eine Veränderung im Stil, die die Vereinigten Staaten aus der "Partnerschaft der Freien Welt" heraus in die durch das "linkage"-Prinzip Kissingers vertretene Konzeptio des "nationalen Interesses" und einen globalen "neo-isolationistischen" Stil hat wechseln lassen und

Fortsetzung s. folgende Sei

Um klarzustellen, daß das umfassende Ziel der Nixon-Doktrin, die durch Stärke und Partnerschaft gestützten bzw. ermöglichten "bedeutsamen Verhandlungen" mit dem Gegner, den ebenso logischen wie langwierigen Ablösungsprozess von der Konfrontation bedeutet,

> " ... when we talk about an era of negotiation rather than confrontation, we must remember that negotiation means exactly that" 1)

war es für Richard Nixon notwendig, auch diesen Punkt verbunden mit den daraus entstehenden Konsequenzen für die Vereinigten Staaten wie auch für ihre Bündnispartner in seine "Philosophie" der neuen amerikanischen Außenpolitik mitaufzunehmen.

Um solche weitgreifenden Veränderungen in Angriff nehmen zu können, ist es zunächst unerläßlich, nach den Ursachen der Konfrontation zu forschen:

> " Our enmities are not immutable, and we must be prepared realistically to recognize and deal with their causes. 2)

Die Wahrung der nationalen Interessen, in Nixons erstem außenpolitischen Jahresbericht oberstes Anliegen und bestimmender Faktor für alle

---

Fortsetzung Anm. 2) der vorhergehenden Seite:

3. eine Veränderung in der Taktik, durch die Kissinger sowohl Nixon's "stabile (Welt-) Strukturen als auch die Konsolidierung der Interessen der Vereinigten Staaten zu erreichen sucht."

3) bezeichnendes Beispiel für solche Mißverständnisse war die Frage einer Journalistin vom Public Broadcasting Service, Nancy H. Dickerson, die angesichts der fortgesetzten Konfliktführung der Vereinigten Staaten im Versprechen Nixons, aus einer Ära der Konfrontation in eine Ära der Verhandlungen einzutreten, wegen der zögernden oder bis dahin gar erst inoffiziell ablaufenden Verhandlungsdiplomatie eine Rückkehr zum Kalten Krieg mit der Sowjetunion zu beobachten glaubte.
Vgl. "A Conversation With the President", Interview With Four Representatives of the Television Networks, January 4, 1971.
In: Public Papers of the Presidents of the United States, Richard M.Nixon, 1971. U.S. Government Printing Office, Washington, D.C., 1972, S. 14

---

1) Public Papers of the Presidents... 1971, a.a.O., S. 14

2) The Emerging Structure of Peace, S. 3

außenpolitischen Verpflichtungen, wird nun einer gewissen Beschränkung und Anpassung an den Verhandlungspartner untergeordnet:

> " This requires mutual self-restraint and a willingness to accomodate conflicting national interests through negotiation rather than confrontation." [1]

Eine solche Beschränkung zugunsten eines positiven Verhandlungsablaufs muß sich zwangsläufig auch in einer möglichen zustandekommenden internationalen Vereinbarung, sei sie bilateral oder multilateral, niederschlagen und kann somit in einem Abkommen verankert werden. Da jedoch die reine vertragliche Verankerung staatlichen Willens lediglich den Ausgangspunkt beschlossener gemeinsamer Aktivitäten bilden kann, muß gemeinsamer Erfolg von gemeinsamem Handeln bestimmt sein:

> " Agreements are not, however, an end in themselves. They have permanent significance only when they contribute to a stable structure of peace which all countries wish to preserve because all countries share its benefits." [2]

Gemeinsames Handeln jedoch muß koordiniert und dirigiert werden, um seine Ziele zu erreichen. Das Angebot Richard Nixons, in den beschriebenen drei Phasen eine stabile Friedensstruktur zum Wohle aller an ihrem Aufbau beteiligter und davon profitierender Länder zu schaffen, impliziert den Wunsch, die Leitfunktion für diese Aufgabe zu übernehmen.

Fast am Rande scheint in dieser ebenso einfach strukturierten wie schwierig realisierbaren Programmatik die "neue Dimension des internationalen Lebens" [3], die Fortschritte in Wissenschaft und Technologie, angesiedelt zu sein. Nixon unterschätzt jedoch in keiner Weise ihre Bedeutung für die Zusammenarbeit auf internationaler Ebene aber auch die Hindernisse, die sie für eben diese Bereiche der internationalen

---

1) The Emerging Structure of Peace, S. 3

2) ebd.

3) ebenda

Beziehungen aufwirft:

> " The global community faces a series of urgent problems and opportunities which transcend all geographic and ideological borders. Is is the distinguishing characteristic of these issues that their solution requires international cooperation on the broadest scale." 1)

Nicht zuletzt als Präsident der praktisch seit ihrem Bestehen als Inkarnation des Fortschritts betrachteten Vereinigten Staaten galt es für Richard Nixon zu Beginn der siebziger Jahre die Paradoxien modernster Technologie [2] mit dem Gedanken an die "bare necessities" menschlichen und damit politischen Überlebens zu vereinbaren. Außerdem war Nixon der erste Präsident der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg, der zugleich mit der außergewöhnlichen Chance, die festgefahrenen Verhaltensmuster der vorangegangenen 25 Jahre zu durchbrechen, auch vor der unausweichlichen Notwendigkeit stand, auf den verschiedensten Sektoren der Außenpolitik innovatorisch wie ordnend zu wirken.

Und so sehr er sich als Initiator und somit Führungspersönlichkeit einer bahnbrechenden Weltpolitik sah, so sehr war er sich der Notwendigkeit bewußt, diese Politik auf Kraft und Willen der anderen Länder abstützen zu müssen:

> " We must, therefore, be willing to work with all countries - adversaries as well as friends - toward a structure of peace to which all nations contribute and in which all nations have a stake." 3)

Sein neuester Jahresbericht sollte über die ersten Entwicklungen in der Anwendung seiner hier skizzierten "Philosophie" Rechenschaft ablegen.

---

1) The Emerging Structure of Peace, S. 3

2 so z.B. der als bahnbrechend für die verschiedensten Technologiesektoren gefeierten ersten Mondlandung vom 20. Juli 1969 versus der für Abrüstungsmaßnahmen verhandelten modernen Waffentechnologie.

3) loc. cit., Anm. 1

2. Die Politik des Durchbruchs in den atlantischen Beziehungen

Richard Nixon konstatiert in seinem außenpolitischen Jahresbericht für 1971 in den Beziehungen zum Osten wie auch dem Westen eine Politik des Durchbruchs. Die großen Schritte in Richtung einer Öffnung nach China, die im Februar 1972 schließlich zum ersten Besuch eines amerikanischen Präsidenten in der Volksrepublik führen sollten und die sich in einer Serie von Verträgen niederschlagende intensivierte Verhandlungsdiplomatie mit der Sowjetunion erlaubten es den Vereinigten Staaten, ihre westlichern Allianzen flexibler zu gestalten. 1)

Diese neue Flexibilität, als endgültige Ablösung von der Nachkriegspolitik schon in seinem ersten Jahresbericht avisiert, sollte beide Seiten der atlantischen Allianz von ihren traditionellen Abhängigkeitsprinzipien entbinden:

> " Our allies are not longer willing to have the alliance rest only on American prescriptions - and we are no longer willing to have our alliances depend for their potency and sustenance primarily on American contributions." 2)

Zum ersten Mal findet nun auch in Nixons Jahresberichten das Faktum Erwähnung, daß auf dem Wege zur Einigung Europas und durch Japans Status als drittgrößte Industriemacht der Erde die Vereinigten Staaten "unausweichlich in wirtschaftlichen Wettbewerb" 3) mit den europäischen Bündnispartnern eintreten müßten. Wieweit jedoch die Versicherung

> " We recognize .... the necessity and right of reinvigorated Europe and Japan to pursue their own political initiatives, just as we wish to pursue ours" 4)

---

1) vgl. auch Richard Nixon in: The Emerging Structure of Peace, a.a.O., S. 6:

"Our allies are no longer addressed primarily to the containment of the Soviet Union and China behind an American shield. They are, instead, addressed to the creation with those powers of a stable world peace."

2) ebd.

3) ebd.

4) ebenda

nicht nur auf wirtschaftlichem Sektor wirklich verbindlich und verwirklichungswürdig für Richard Nixon erschien, sollte erst später zum Testfall werden.

Der "Durchbruch" in den Beziehungen der Bündnispartner, von dem Richard Nixon hier spricht, hatte vorläufig weniger damit zu tun, daß seine Politik es vollbracht hätte, die Europäer wie Japaner zu vollständig gleichwertigen und autonomen Partnerstaaten zu erheben. Vielmehr sollte im außenpolitischen Denken Amerikas fixiert werden, daß die Bündnisbeziehungen sich in Zukunft eher entlastend denn belastend auf das wirtschaftliche wie verteidigungspolitische Kontingent der Vereinigten Staaten auswirken würde.

So nennt er als erste der beiden Hauptentwicklungen des Jahres 1971

a) "Die Beseitigung der wirtschaftlichen Bedrohung auf die Bündniseinheit" [1]

Durch Interessenkonflikte in der Währungs-, Handels- und Energiepolitik hatten Anfang der siebziger Jahre die nach Beendigung des Zweiten Weltkriegs fest etablierten Wirtschaftsbeziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und Westeuropa sowie Japan tiefgreifende Störungen erlitten. Für das Jahr 1971 war vor allem die Währungskrise bestimmend. Das amerikanische Zahlungsbilanzdefizit, das zumindest bei seinen westlichen Partnern zu einem wachsenden "Dollarüberhang" [2] geführt hatte, zwang einige Währungen zur Freigabe der Wechselkurse und in der Reaktion dazu die amerikanische Regierung, die Gold-Konvertibilität des Dollars aufzuheben. Damit hatte der Dollar zunächst seine Rolle als Leitwährung verloren. Um aber zumindest die Zahlungsbilanz der Vereinigten Staaten vor einer weiteren Verschlechterung zu schützen, führte Richard Nixon entsprechend seiner Ankündigung vom 15. August 1971

---

1) The Emerging Structure of Peace, S. 6

2) So Dieter Dettke: Allianz im Wandel. Amerikanisch-europäische Sicherheitsbeziehungen im Zeichen des Bilateralismus der Supermächte. Alfred Metzner Verlag GmbH, Frankfurt am Main, 1976, S. 33. Vgl. auch ebenda, S. 124 - 132

eine Importsteuer ein, "to make certain that American products will not be at a disadvantage because of unfair exchange rates." [1] In seinem Jahresbericht verteidigt er diese Maßnahmen als "im eigenen nationalen Interesse und dem der Verbündeten ... durch gesunden politischen und wirtschaftlichen Menschenverstand diktiert" [2] und, obgleich unilateral getroffen, als Initialschritt für eine zu erwartende multilaterale Lösung des Währungsproblems.

Diese Lösung herbeizuführen war nun nicht allein durch die Interessendivergenzen innerhalb der Europäischen Gemeinschaften ein diffiziles Unternehmen. Es galt auch in einem gemeinschaftlichen Versuch dem Wirtschaftspartner USA eine Politik auf der "Grundlage der Gegenseitigkeit und gegenseitiger Vorteile" [3] mit der strikten Betonung auf dem Faktor der "Gegenseitigkeit" nahezulegen.

Obgleich der Wechsel von der "policy of benign neglect" [4] der Anfangsjahre der Nixon-Administration zu den drastischen Maßnahmen vom August 1971 den Willen der amerikanischen Regierung signalisiert hatte, sich - wenn auch einseitig - an der Beseitigung der internationalen Währungskrise zu beteiligen, stand Europa nach wie vor am Scheideweg zu einer "Expansion liberaler Handelsbeziehungen" einerseits und der

---

1) Richard Nixon: Address to the Nation Outlining A New Economic Policy: "The Challenge of Peace", August 15, 1971. In: Public Papers of the Presidents of the United States, 1971, a.a.O., S. 889

2) The Emerging Structure of Peace, S. 7

4) vgl. James A. Nathan und James K. Oliver: United States Foreign Policy and World Order. Little, Brown & Company, Boston, Toronto, 1976, S. 417 - 418 und

Elke Thiel: Der Preis für währungspolitische Selbständigkeit. In: Wirtschaftswoche, 25. Jg., Nr. 33, 13. 8. 1971, S. 21

3) aus der Presseverlautbarung über die 181. Tagung des Rates der Europäischen Gemeinschaften am 11. und 12. Dezember 1971 (Auszug betr. Beziehungen zu den Vereinigten Staaten . In: Europa-Archiv, 27. Jg., Folge 1 / 1972, S. D 22

"Bildung eines restriktiven, protektionistischen Blocks" [1] andererseits. Nur gemeinsames Handeln konnte hier über eine Neuordnung entscheiden.

In einem Kommuniqué über seine Beratungen mit Georges Pompidou [2] vereinbarte Richard Nixon mit dem französischen Staatspräsidenten die Bereitschaft, eine Neuordnung der Wechselkurse durch eine Abwertung des Dollars und eine Aufwertung einiger weiterer Währungen zu erreichen. Ihre Auffassung, daß die Neuordnung von "broader permissible margins of fluctuation around the newly established exchange rates" [3] begleitet sein sollte, fand schließlich ihren Niederschlag in dem Kommuniqué, das die "Zehnergruppe" zum Abschluß ihrer Ministertagung in Washington am 17. und 18. Dezember 1971 unterzeichnete. [4] Neben einer Neufestsetzung der Wechselkurse nach Eigenentscheidung der einzelnen Regierungen und einer Abwertung des US-Dollars entschied man sich für eine 2 % höher als zuvor liegende Schwankungsbreite der Währungen. Gleichzeitig wurde die im August verordnete Importsteuer der Vereinigten Staaten aufgehoben.

Dies nahm Richard Nixon zum Anlaß, in seinem Jahresbericht den Vollzug des ersten Schrittes zu der von den Europäern geforderten gemeinsamen Aktion auf der Basis der Gegenseitigkeit zu vermelden:

> " ... we have acted together to meet our economic problems in a way which strengthens our unity and guarantees our continued cooperation. We have, therefore, put behind us the imminent danger that conflicting interests would lead to the unravelling of free world cohesion." [5]

---

1) so Senator Mike Mansfield in einem Bericht an den außenpolitischen Ausschuß des Senats über eine Informationsreise durch einige Staaten Westeuropas mit dem Ziel, europäische Raktionen auf die neue Wirtschaftspolitik der Nixon-Administration kennenzulernen: Western Europe and the New Economic Policy. Report of Sen. Mike Mansfield to the Committee on Foreign Relations, United States Senate, October 1971, Washington, D.C., 1971, S. 1

2) Frankreich hatte als einziges EG-Mitglied gegen einen freien Wechselkurs und für eine Aufrechterhaltung der Franc-Parität entschieden.

3) Joint Statement Following Meetings in the Azores With President Pompidou of France. December 14, 1971. In: Public Papers of the Presidents, 1971, a.a.O., S. 1190

4) vgl. das Kommuniqué über die Ministertagung der Zehnergruppe in Washington am 17. und 18. Dezember 1971. In: Europa-Archiv, 27. Jg., Folge 1 / 1972, S. D 23 - 24

5) The Emerging Structure of Peace, S. 7

Die zweite der beiden Hauptentwicklungen des Jahres 1971 in der Politik des "Durchbruchs" mit den Bündnispartnern wurde in der "Evolution unserer politischen Beziehungen und denen der Verteidigung" [1] gesehen.

b) Die Evolution der politischen und Verteidigungsbeziehungen

Da Nixon die Partnerschaft zu den Europäern als eine "mannigfaltige und dynamische Koalition selbstbewußter und unabhängiger Staaten" [2] anerkennt, zieht er für seine Administration erneut den Schluß, daß die Vereinigten Staaten "ihre prädominierende Rolle verändert haben, in der sie Initiative und Führungskraft ihrer Alliierten akzeptieren und fördern." [3]

Mit seinem untrüglichen Sinn für den Pathos des Augenblicks und in den Anforderungen an seine eigene Zeitgeschichte gut beraten, erhebt er den Partner Westeuropa zum Rückgrat seiner weltpolitischen Ambitionen:

> " Our basic common interests establish the requirement, and maturity and statesmanship furnish the tools for the basic harmony of our policies." [4]

Die Annäherung an China und die Sowjetunion werden als konsonanter Schritt zur Unterstützung jener Maßnahmen genannt, mit Hilfe derer die Bündnispartner eine autonomere Politik einleiteten.

In fünf Punkten stellt Richard Nixon die Initiativen heraus, in denen er eine erfolgreiche Zusammenarbeit zwischen den Vereinigten Staaten und Westeuropa sowie Japan für erwiesen betrachtet.

Drei davon betreffen die traditionellen Eckpfeiler der seit Gründung der NATO bestehenden europäischen Partnerstaaten der USA: Großbritannien, Frankreich und die Bundesrepublik Deutschland.

---

1) The Emerging Structure of Peace, S. 7

2) ebd., S. 7 - 8

3) ebd., S. 8

4) ebenda

Der am 23. Juni 1971 beschlossene Beitritt Großbritanniens zur Europäischen Gemeinschaft, von den Regierungen Frankreichs und der Bundesrepublik mit "guter Hoffnung" und "Vertrauen" [1] bzw. mit "Genugtuung" [2] akzeptiert, bedeutete für Richard Nixons Perzeption eines "dynamischen Großbritanniens" in einem "stärkeren Europa" [3] einen wichtigen Fortschritt auf dem Wege der von ihm so oft beschworenen europäischen Integration.

Die Verständigung mit Georges Pompidou am 13. und 14. Dezember auf den Azoren über die Neuordnung der Wechselkurse und ihre Auswirkung auf die darauffolgenden Beschlüsse der Gemeinschaft beinhalteten nicht nur den persönlichen Triumph Nixons, nach so langer Zeit der Uneinigkeit eine weiterreichende Einigung initiiert zu haben, sondern barg auch die Genugtuung, sich gerade mit dem Partnerstaat, dessen Austritt aus der militärischen Integration des Bündnisses eng mit dieser Problematik zusammengehangen hatte [4], koordiniert zu haben.

Das Treffen mit Bundeskanzler Willy Brandt in Key Biscayne am 28. und 29. Dezember 1971 hatte außer Aspekten der Zusammenarbeit in der Währungs- und Außenhandelspolitik der beiden Staaten und der Europäischen Gemeinschaften und in Verteidigungsfragen innerhalb der NATO sowie einem Meinungsaustausch über KSZE und MBFR zu einer Solidaritätserklärung der Vereinigten Staaten mit der Bonner Ostpolitik geführt, in der das Viermächte-Abkommen über Berlin vom 3. 9. 1971 und die damit implementierten Verträge [5] zwischen der Bundesrepublik und der DDR als "wich-

---

1) Staatspräsident Georges Pompidou in einem Fernsehinterview vom 23. Juni 1971, in dem er der Hoffnung Ausdruck verlieh, Großbritannien werde sich weg von seinen britischen Traditionen hin zu Europa entwickeln können.
In: Europa-Archiv, 26. Jg., Folge 14 / 1971, S. D 340 - 342

2) Bundeskanzler Willy Brandt bezeichnete den Beitritt Großbritanniens als wichtigen Schritt nach vorn in der Friedenspolitik der EG sowohl innerhalb der Atlantischen Allianz als auch in Beziehung zu den osteuropäischen Staaten. Erklärung vor dem deutschen Bundestag, vom 24. Juni 1974.
In: Europa-Archiv, 26. Jg., Folge 14 / 1971, S. D 342 - 344

3) The Emerging Structure of Peace, S. 8

4) vgl. Elke Thiel, a.a.O., S. 21

5) Mit der Unterzeichnung des Berlin-Abkommens beauftragte die Bundesregierung Egon Bahr, neben den Verhandlungen über ein Transitabkommen zur Ausfüllung des Viermächteabkommens auch Gespräche über die Vorbereitung eines allgemeinen Verkehrsabkommens zwischen den beiden deutschen Staaten zu führen.

tige Elemente der gemeinsamen westlichen Politik" [1] gewürdigt wurden. Der vierte Punkt auf der Liste der Initiativen hebt erneut auf die Notwendigkeit einer "klaren und wohlüberlegten Strategie" [2] und eines Konsensus mit den westeuropäischen Partnern über ein ausgeglicheneres burden-sharing ab.

Das Abkommen über die Rückgabe des seit der Eroberung im Frühjahr 1945 unter US-amerikanischer Verwaltung stehenden Luftstützpunktes Okinawa an Japan, das Richard Nixon mit Premierminister Sato am 17. Juni 1971 in San Clemete unterzeichnete [3], besiegelte nicht nur die Beendigung langer über diese Frage zwischen den USA und Japan ausgefochtener Auseinandersetzungen. Es diente auch dem Zweck der Besänftigung der Japaner, die in der Öffnung nach China eine Bedrohung der amerikanisch-japanischen Beziehungen gesehen hatten, und letztlich einer Rückversicherung der Allianz mit Japan für die Vereinigten Staaten selbst. [4]

Bei einer solchen Vielfalt von außenpolitischen Schritten allein auf dem Sektor der Zusammenarbeit mit den Bündnispartnern nimmt es nicht Wunder, daß manches unkoordiniert mit der gleichzeitig betriebenen détente-Politik gegenüber der Sowjetunion und China erschien. Richard Nixon nennt selbst einige Gründe dafür:

---

1) Joint Statement Following Meetings With Chancellor Willy Brandt of the Federal Republic of Germany in Key Biscayne, Florida. December 29, 1971. In: Public Papers of the Presidents, 1971, a.a.O., S. 1214

2) The Emerging Structure of Peace, S. 8

3) Statement on Occasion of Signing of Agreement Between the United States and Japan About the Reversion of Okinawa to Japan, June 17, 1971. In: Public Papers..., loc. cit., S. 737

4) Nicht zuletzt durch die Nixon-Doktrin und die daraus erwachsenen Konsequenzen für die Vereinigten Staaten als "pazifische Macht" war Japan in Zweifel geraten, welchen Stellenwert es im Spielraum des "nationalen Interesses" der Nixon-Administration künftig einnehmen würde.
Vgl. hierzu Donald C. Hellman: Japan and East Asia. The New International Order. Praeger, New York, Washington, 1972, S. 127 - 137

" In the true nature of things, progress in all areas could not be achieved simultaneously - and this led for a time to understandable concern that our interests in some areas were being sacrificed to the need for progress in others. Our approach to China had an impact on Japan, as did our negotiations with the Soviet Union on our friends in Western Europa. Our unilateral economic measures affected both. As a result, our relations with our allies appeared for a period of several months to be somewhat out of phase with the innovations taken in our relations with our adversaries." 1)

Wie weit sich die Fortschritte in den atlantischen Beziehungen zwischen projektierten Zielen und einem "Problem of Timing" 2) wirklich auspendeln sollten, zeigt - in der Interpretation des Weißen Hauses - das im Teil II des Berichtes zur Außenpolitik des Jahres 1971 unter den "Areas of Major Change" eingestufte Kapitel über Europa und die Atlantische Allianz.

---

1) The Emerging Structure of Peace, S. 9

2) ebenda

II. Die Gebiete der großen Veränderungen: Europa und die Atlantische Allianz

Die Bestandsaufnahme der atlantischen Beziehungen des Jahres 1971 führt gleich zu Beginn der Ausführungen von Richard Nixon auf einen Widerspruch per se, der zunächst zweifeln läßt, ob der Präsident hier bewußt kontradiktorische Rhetorik betreibt, oder ob er in der festen Überzeugung argumentiert, daß jeder noch so unabhängige Schritt der europäischen Partner eigentlich nur der weisen Lenkung der Vereinigten Staaten folgt. Der Grund zu dieser Überlegung findet sich in der an sich antipodischen Darstellung von Zielen amerikanischer Außenpolitik und europäischer Realität. Richard Nixon gerät hier in eine Art Zielkonflikt: die verschiedenen Prozesse europäischer Einigung, von Nixon als "meßbar nähergerückte fundamentale Ziele der Politik der Vereinigten Staaten gegenüber Europa" [1] bezeichnet, erschienen ebenso erwünscht wie unbequem. Die Verselbständigung der europäischen Partnerstaaten in Fragen der europäischen Integration mit allen ihren Bereichen der Zusammenarbeit auf politischem, verteidigungspolitischem und wirtschaftlichem Gebiet sowie Fragen der Ost-West-Beziehungen wird ebenso als Erfüllung der Ziele amerikanischer Europapolitik gelobt wie als die Partnerschaft zersetzendes Element getadelt.

1. Europäische Einheit und Atlantische Partnerschaft

Richard Nixon läßt es nicht an Bereitschaft fehlen, Gründe für eine fast permanente Fehlperzeption der Lage von amerikanischer Seite zu nennen. Aus der Aufbauphase der späten vierziger und der fünfziger Jahre, die so gänzlich von der amerikanischen Führung abgehangen hatte, resultierte die Evolution europäischer Stärke und Einheit als gemeinsames Interesse. Jedoch,

> "Cooperation came so easily that it was widely assumed for years in the United States that a strong and united Europe would readily take up a large part of the American burden, while still accepting American leadership." [2]

---

1) The Emerging Structure of Peace, S. 42

2) ebd., S. 43

Wie auch Henry Kissinger 1973 in seiner Rede zum "Jahr Europas" in der Folge das Entstehen von "new assertions of national identity and national rivalry" [1] konstatieren sollte, Probleme also, die "neue Formen kooperativen Handelns" [2] erfordern, gibt Richard Nixon zu diesem frühen Zeitpunkt zu erkennen, daß er die Fragen bezüglich nationaler Identität und Rivalität an die Basis seines Handelns zu stellen gedenkt. Da

> " ... a self-respecting nation or group will take up a burden only if it sees it as its own burden" 3)

muß er die Erweiterung der Europäischen Gemeinschaften um vier neue Mitgliedsländer als wichtigen Integrationsschritt betrachten. Diese Veränderung kann nun, da vorher als ein Ziel der amerikanischen Aussenpolitik gegenüber Europa verkündet, nur mit zurückhaltend-positivistischer Beurteilung akzeptiert werden:

> " The United States is realistic. This change means the end of American tutelage and the end of the era of automatic unity. But discord is not inevitable either. The challenge to our maturity and political skill is to establish a new practice in Atlantic unity - finding common ground in a consensus of independent policies instead of in deference to American prescriptions." 4)

Eben dieses "Ende amerikanischer Vormundschaft" aber führt auf den zu Beginn dieses Kapitels statuierten Vorbehalt zurück, daß der amerikanische Präsident sich im Jahre 1971 in einem Zielkonflikt befunden habe. Die Erwähnung der Annäherung an "fundamentale Ziele" amerikanischer Außenpolitik gegenüber Europa einerseits und die Abhebung eines Konsensus unabhängiger Politik gegenüber amerikanischer Bevormundung andererseits läßt in all den faszinierten und faszinierenden Kommentaren Richard Nixons zum in den atlantischen Beziehungen des

---

1) Henry Kissinger: The Year of Europe. Address delivered to the Associated Press Annual Luncheon, New York, April 23, 1973. In: American Foreign Policy, a.a.O., S. 165

2) ebenda

3) The Emerging Structure of Peace, S. 44

4) ebenda

Jahres 1971 Erreichten den wirklichen Willen vermissen, Europa seine eigene Identität zuzumessen.

Obgleich traditionellerweise in den Berichten zur Lage der Nation der Innenpolitik Vorrang gegeben wird, ist recht aufschlußreich, daß die in seinem außenpolitischen Jahresbericht als "Durchbruch" bezeichnete Europapolitik des Jahres 1971 weder in der Kurzform [1], vorgetragen vor dem Kongress am 20. Januar 1972, noch in der am selben Tag ebenfalls dem Kongress übersandten Langform [2] Erwähnung fand. Außenpolitische Äußerungen behielt man sich hier für die Vietnamfrage und die Entspannungspolitik mit der Sowjetunion und der Volksrepublik China vor.

Sicher mußten, gemessen an der Bedeutung, die eine Beendigung des Vietnamkrieges und das Vorantreiben der détente mit Moskau und Peking für die amerikanische Außenpolitik und somit unweigerlich für eine Stabilisierung der weltpolitischen Lage haben würde, die vergleichsweise "konfliktfreien" atlantischen Beziehungen vor solchen Initialschritten zurückstehen. Die "essentielle Harmonie in unseren Absichten" [3], die sich "aus gleichartigen kulturellen und philosophischen Werten ergibt, ... für den Frieden und die Entwicklung der Welt wesentlich" [4], und die das"dauerhafte Bindeglied zwischen einem sich vereinigenden Europa und den Vereinigten Staaten" [5] bildet, war allerdings nicht so natürlich gewachsen, als daß sie eine Garantie für Beständigkeit hätte bedeuten können.

Der Sinn der Nixon-Doktrin aber mußte durch eine größtmögliche Annäherung an eine solche Garantie erfüllt werden, sollte doch durch die Grundpfeiler "Partnerschaft" und "Stärke" die Verhandlungsdiplomatie mit den Zielstaaten amerikanischer Entspannungspolitik abgestützt werden.

---

1) State of Union Text I. In: Nixon - The Third Year of His Presidency. Congressional Quarterly, Washington, D.C., S. 3 - 5

2) Text of Nixon's State of the Union Address II. Ebd., S. 3 - 19

3) The Emerging Structure of Peace, S. 44

4) So Joseph E. Slater und Shepard Stone in ihrem Vorwort zur Studie von Karl Kaiser: Die europäische Harausforderung an die USA. Piper, München, 1973, S. 11

5) loc. cit., Anm. 3

An diesem Punkt offenbaren sich einige wichtige Negativa, die den von Nixon geprägten Begriff des "Watershed Year" [1] für die bahnbrechenden Ereignisse von 1971 auch ins Gegensätzliche umkehren lassen. Das, was der Präsident in seinem außenpolitischen Jahresbericht lediglich als ein "Problem of Timing" [2] darstellt, erweist sich zunehmend als eines seiner diffizilsten außenpolitischen Vorhaben:

> " We continue to feel that political and defense cooperation within Europe will be the fulfillment of European unity. European and American interests in defense and East-West diplomacy are fundamentally parallel and give sufficient incentive for coordinating independent policies. Two strong powers in the West would add flexibility to Western diplomacy, and could increasingly share the responsibilities of decision." 3)

Ein solches "Vereinigtes Europa" als starker Partner in einer möglichen pentagonalen Welt [4] bedeutete jedoch in der außenpolitischen Lage von 1971 wenig mehr als einen überbewertenden Vorgriff auf eine erst im Laufe von Jahren realisierbare Situation und barg somit die Gefahr einer Vorspiegelung von Tatsachen, die so eindeutig abgegrenzt zumindest zu diesem Zeitpunkt gar nicht im Interesse der Vereinigten Staaten liegen konnten.

---

1) Vgl. The Emerging Structure of Peace, S. 1: 1971 - The Watershed Year.

2) ebd., S. 9

3) ebd., S. 45

4) vgl. hierzu James A. Nathan und James K. Oliver, a.a.O., S. 405 ff

Nixon selbst hatte nicht von einer "pentagonalen" Welt gesprochen, sondern von fünf Machtzentren auf wirtschaftlicher Basis, denen er Westeuropa (mit Großbritannien im Gemeinsamen Markt) zurechnete:

> " ... instead of there being just two super powers, when we think in economic terms and economic potentialities, there are five great power centers in the world today."

siehe: Remarks to Midwestern News Media Executives Attending a Briefing on Domestic Policy in Kansas City, Missouri. July 6, 1971. In: Public Papers of the Presidents, 1971, a.a.O., S. 806

Dieses statement in Kansas City, von dem übrigens Henry Kissinger, der sich zu diesem Zeitpunkt in China aufhielt, erst erfuhr, als Chou en Lai es ihm auf einem chinesischen "news ticker" zeigte, schlug sich erst in der europäischen Resonanz in der Befürchtung nieder, daß Nixon hier beabsichtigt habe, Europa mit der UdSSR, China und Japan zu evaluieren.

Schließlich sollte die europäische Einheit nicht "an end in itself" [1], also eine europäische Lösung für die Europäer, sondern auch Instrument zur Förderung größerer atlantischer Einheit sein.

Auf währungs- und handelspolitischem Gebiet hatte die amerikanische Regierung mit den Maßnahmen vom August 1971 schon bewiesen, daß sie ihren Beitrag zur Gemeinschaft nicht primär "europäisch" zu gestalten geneigt war, sondern daß gemeinsame Problemlösungen auch weiterhin im Kielwasser ihrer autonomen Entscheidungen schwimmen sollten. [2]

2. Verteidigung im Bündnis

In der durch den Nordatlantikvertrag festgeschriebenen gemeinsamen Verteidigungspolitik befand sich Richard Nixon jedoch wieder im Interessengefälle zwischen Bündnisverpflichtung und nationalen Forderungen. So stellt er in dem vorliegenden Jahresbericht von 1971 in Fortsetzung der inneramerikanischen Auseinandersetzungen des Jahres 1970 über die Stationierungspolitik der Vereinigten Staaten in Europa zum Thema "Verteidigung im Bündnis" die "grundlegende Sicherheitsfrage":

> " Do we have a clear rationale for our force deployments today, or are they the vestige of military and political conditions of two decades ago?" [3]

---

1) Helmut C. Sonnenfeldt, heute Professor an der Brookings Institution und vielfältiger Beratungstätigkeit auf internationaler Ebene nachgehend, war zu jenem Zeitpunkt Mitglied des NSC und im Kissinger-Stab dessen persönlicher Berater. Er äußerte im Zusammenhang mit Kommentaren zu der Perzeption Nixons einer "pentagonalen" Welt, die er in einem persönlichen Gespräch mit der Verfasserin gab, zur Frage der Auswirkungen auf die europäische Einheit: "We in the United States have to ask the additional question of what does it do for Atlantic Unity", eine Frage, die er als absolut "inevitable" bezeichnete. (Ebenhausen / Isar, 19. 7. 1978)

2) Das exclusive französisch-amerikanische Treffen auf den Azoren folgte ja erst im Dezember des Jahres 1971, ohne das das Smithsonian-Agreement vom 18. Dezember 1971, das die Gruppe der Zehn zur Lösung von Zahlungsbilanzproblemen geschlossen hatte, nicht möglich gewesen wäre.

3) The Emerging Structure of Peace, S. 47

a) NATO - Strategie und NATO-Streitkräfte

In direkter Anlehnung an Artikel 3 - 5 des Nordatlantikvertrages [1] wird die vereinbarte Funktion der Streitkräfte der NATO bestätigt: " ... to deter war - and to defend our nations if war breaks out." [2]

Die im Vorjahr gemeinsam überarbeitete NATO-Strategie, die angesichts des fortschreitenden Ausbaus der Präsenz der Sowjetunion im Mittlemeer und im Nordatlantik die Bestätigung einer "flexible strategy, resting on deployment of appropriate forward defenses" [3] erbracht hatte, wirft nun erneut die Frage nach der konventionellen Komponente der Verteidigung im Bündnis auf. Der Verlust der nuklearen Vorherrschaft der USA macht eine "konventionelle Option durch die NATO" [4] unverzichtbar.

Da die Nixon-Administration außerdem détente nicht mit der Aufgabe lebensnotwendiger Positionen verwechselt hatte, findet sich hier die zusätzliche Bestätigung für die konventionellen Streitkräfte als notwendiger Ergänzung des "backbone of our deterrent" [5], der nuklearen Streitkräfte der Vereinigten Staaten:

> " ... in today's strategic conditions, our willingness to defend ourselves is made most credible by our willingness and ability to resist at every level of force or threat of force." [6]

Diese Darstellung geht konform mit Überlegungen, die Henry Kissinger schon 1960 über Strategie und Kriegführung im allgemeinen und über die NATO-Strategie im besonderen angestellt hatte.

In seinen Ausführungen über einen potentiellen begrenzten Krieg - ob nuklear oder nicht nuklear - mit der Sowjetunion auf europäischem

---

1) vgl. Nordatlantikvertrag vom 4. April 1969 in: Handbuch der NATO, Frankfurt am Main, 1957, S. 345 - 346

2) The Emerging Structure of Peace, S. 47

3) ebd.

4) ebd., S. 48

5) ebd.

6) ebenda

Territorium befand er, daß

> " Conventional forces should not be considered a substitute for a limited nuclear war capability but as a complement to it." 1)

Die Theorie verwerfend, daß

> " The logical solution to NATO's strategic problem would be a specialization of functions, by which we concentrate on nuclear forces and our allies on conventional arms" 2)

stellte er jedoch schon zu jenem Zeitpunkt fest, daß

> " Many pronouncements of high American officials have given rise to the impression that we consider every increase in European military strength a substitute for our own forces. This has fortified the already powerful reluctance of our allies to make greater efforts. To be sure, some of their objections were based on the same fiscal thinking as that of the Eisenhower Administration. But they have also been inhibited by their conviction that the practical effect of the course being urged on them would be to substitute forces with inferior equipment - at least to the extent that they do not possess nuclear weapons - for the present United States commitment." 3)

Um diesen Eindruck der europäischen NATO-Partner, der sich bis in den hier besprochenen Zeitraum hinein gerade durch solche Bestrebungen wie die der Mansfield-Resoltuion halten sollte, zu korrigieren, greift die Nixon-Administration in der Frage der Truppenstationierungen und der Verteilung der Verteidigungslasten mit verstärkter Betonung die Bestätigung ihres Verteidigungsauftrages im Bündnis auf und kommentiert mit nunmehr nuancierterem Nachdruck die Kostenverteilungsbemühungen der Europäer im Jahre 1971.

---

1) Henry A. Kissinger: The Necessity For Choice. Prospects of American Foreign Policy. Harper & Brothers, New York, 1961, S. 86

2) ebd., S. 116

3) ebd., S. 117

b) U.S. - Streitkräfte in Europa

Was Robert Pfaltzgraff im Herbst 1971 in einer kurzen Analyse der Nixon-Doktrin in ihren Folgen für die Sicherheit Westeuropas zwar als "Grundlinie der amerikanischen Politik", aber doch lediglich als den Wunsch, "soweit wie möglich einen Rest amerikanischer Sicherheitsgarantie für Westeuropa aufrechtzuerhalten" [1], bezeichnet, wird in Richard Nixons Bericht an den Kongress jeglicher Minimalisierung enthoben:

> " ... our force level is essential for the support of the agreed defense strategy that maintains our cohesion and the stable military balance in contemporary conditions. To undermine either for budgetary reasons would be false economy and foolish policy." [2]

Auch im Hinblick auf die zu diesem Zeitpunkt noch hinreichend neue und ungeklärte Position der Vereinigten Staaten in den Gesprächen über beiderseitige ausgewogene Streitkräftereduzierungen [3], MBFR, steht für Richard Nixon eine Veränderung der amerikanischen Präsenz in Europa völlig außer Diskussion:

> " ... major unilateral reductions by the United States would upset the balance of conventional forces in Central Europe and leave NATO with no options in a crisis other than capitulation or immediate resort to nuclear weapons. This would undermine the strategy that the Alliance has accepted as the most rational for the contemporary military balance." [4]

---

1) Robert L. Pfaltzgraff, Jr.: Probleme der Sicherheit Westeuropas unter der Nixon-Doktrin. In: Europa-Archiv, 26. Jg., Folge 18, 1971, S. 631

2) The Emerging Structure of Peace, S. 49

3) Die Vereinigten Staaten, bislang durch ihre Interessen in den SALT-Verhandlungen präokkupiert, hatten erst im Mai 1971 offizielle Schritte für eine Teilnahme an den Gesprächen eingeleitet Vgl.hierzu Helga Haftendorn, a.a.O., S. 256 - 257 und die Erklärung des amerikanischen Außenministeriums vom 17. Mai 1971 betr. beiderseitige und ausgewogene Truppenverminderungen in Europa. In: Europa-Archiv, 26. Jg., Folge 14, 1971, S. D 348 - 349

4) loc. cit., Anm. 2)

Darüberhinaus weiß der amerikanische Präsident die Gunst der Stunde zu nutzen: gestützt durch die Ablehnung der Mansfield-Resolution im Senat im Mai 1971 eröffnet er dem Kongress die nichtsbeschönigenden Fakten dieses Aspekts der atlantischen Beziehungen:

> " If the U.S. did not carry i t s crucial share of the common burden, there would be no prospect of our allies' making up the difference. Not only would they lose confidence in our pledges; they would lose confidence in the very possibility of Western European defense. Our allies would feel themselves increasingly alone. Atlantic cohesion would weaken. In the shadow of Soviet power, Western Europe would be drawn against its will, away from its Alliance ties." [1]

Nun resultiert diese Aussage nicht nur aus der Erkenntnis, daß die Erwartung eines positiven "feedback" [2] in einem Partnerschaftsverhältnis eine Sache beiderseitigen Willens zum Engagement welcher Art auch immer ist, sondern auch aus der Notwendigkeit, den Europäern im Interesse des Zusammenhalts der Allianz auch die Umkehrbarkeit der ansonsten so eingleisig wirksamen "Benehmensabhängigkeit" [3] Europas von den Vereinigten Staaten zu demonstrieren.

Es war in der Erwartung der Geschehnisse von 1972, der dramatischen Öffnung nach der Volksrepublik China und beginnender Arrangements mit der Sowjetunion sowieso gegeben, die Verbindung zwischen sicherheitspolitischen Absprachen und anderen Aspekten der Beziehungen im Bündnis allmählich aufzubauen; außerdem entsprach dieser Wunsch Nixons, die Verteidigungsbeziehungen durch anderweitige Bemühungen um ein vertrauensvolleres Verhältnis zwischen den Partnern abzustützen, Vorstellungen, die er schon vor seiner Präsidentschaft gehegt und in konkreter Form

---

1) The Emerging Structure of Peace, S. 49

2) Mit dem Problem des Feedback, der Rückkoppelung, haben sich hinreichend viele Sozialwissenschaftler auseinandergesetzt. Eine der klarsten und für unser Beispiel treffendsten Definitionen findet sich bei W. S. McCulloch: Summary of the Points of Agreement Reached in the Previous Nine Conferences on Cybernetics: "Rückkoppelung wurde definiert als Modifizierung der Eingabe (input) durch die Ausgabe (output); Gewinn wurde definiert als der Quotient aus Eingabe und Ausgabe; ..."
zitiert in: Karl W. Deutsch: Politische Kybernetik. Modelle und Perspektiven. Rombach, Freiburg im Breisgau, 2.Aufl., 1970, S. 263

3) vgl. Anm. 2) auf S.

erstmals 1969 vor der NATO in einem Vorschlag zur Zusammenarbeit vorgebracht hatte, aus dem später das "Committee on the Challenges of Modern Society", CCMS [1], entstehen sollte.

Gerade die Mitwirkung in einem solchen Gremium, das sich im Rahmen der NATO über die Grenzen des Bündnisses hinweg im Sinne eines Gegenstücks zu den militärischen Sicherheitsfunktionen um ein verstärktes Maß an zivilem Schutz und Kontrolle der Umwelt der "modernen Gesellschaft" bemühen sollte, bedeutete für die Vereinigten Staaten eine ideale Chance, atlantischen Zusammenhalt nicht nur zu demonstrieren, sondern auch zu sichern. Verbunden in der gemeinsamen Sorge um die "technologischen, umweltbedingten, und sozialen Probleme moderner Gesellschaften, die alarmierende Ausmaße annehmen" [2], ließen sich neue Felder der Zusammenarbeit aufbereiten, die in der Summe einen erheblichen Teil der 1973 propagierten linkage-Politik im Verbund mit der Sowjetunion einnehmen sollte.

c) Ost-West-Beziehungen in Europa

Außerdem galt es im Jahre 1971 mehrere Vorbedingungen für eine erfolgreiche Verhandlungsdiplomatie der Vereinigten Staaten zu erfüllen, die alle unmittelbar mit einer gesicherten militärischen Präsenz in Westeuropa zusammenhingen. So befanden sich die Gespräche der Bundesrepublik Deutschland mit der DDR auf "halbem Wege". Nach den Verträgen mit der UdSSR und mit Polen 1970 [3], die vorbereitend auf eine deutsch-deutsche Regelung wirkten, indem sie voraussehbare Widerstände in Moskau und Warschau beiseiteräumten, durfte die Aussicht auf ein die Berlin-Frage regelndes Abkommen der Vier Mächte [4] ebenso wenig gefährdet werden

---

1) Der Ausschuß wurde am 6. November 1969 auf eine Initiative von Richard M.Nixon hin als Instrument des North Atlantic Council zur Lösung von Umwelt- und Energiefragen sowie von Problemen im Zusammenhang mit der "Lebensqualität" gegründet. In der Organisationsstruktur der NATO ist das CCMS der zivilen Organisation zugeordnet und gehört damit außer zu den "principal committees of the North Atlantic Council" auch zum "Defence Planning Committee (DPC)", also den Ausschüssen des Rats/DPC und dem internationalen Stab der NATO, innerhalb dessen es zu den "NATO International Staff Divisions" gehört.

Fortsetzung s. folgende Seite

wie die zu erwartenden Verträge beider deutscher Staaten bis hin zum Verkehrs- und schließlich Grundvertrag. [1] Eine so unerläßliche Voraussetzung für einen für alle akzeptablen und von allen akzeptierten Modus vivendi zu schaffen, der den umstrittenen und in Frage gestellten status quo, das Gegeneinander, auf ein geregeltes Nebeneinander mit der tentativen Perspektive auf eine begrenztes Miteinander umformen sollte, durfte nicht durch eine Schwächung der amerikanischen Posture, die ja auch als Schwächung der amerikanischen Garantie perzipiert worden wäre, riskiert werden.

Das enge Zusammenwirken der Vier Mächte in dem Berlin-Abkommen kennzeichnete nicht nur den direkten Zusammenhang des Deutschlandproblems mit anderen Fragen der europäischen Sicherheit, es eröffnete auch erstmals eine realistischere Perspektive für eine KSZE und für die später partiell parallel laufenden MBFR-Verhandlungen. [2]

Entwicklungen solchen Ausmaßes waren durch innerамerikanische Entwicklungen wie die Debatte um die Mansfield-Resolution kaum zu stören. In Abwägung einer von Mansfield im Mai 1971 geforderten Reduzierung der in Europa stationierten amerikanischen Truppen von den bestehenden

---

Fortsetzung Anm.1) der vorhergehenden Seite:

siehe: NATO.-Facts and Figures. NATO Information Service, Brüssel, Januar 1976, S. 179 - 192

2) Building For Peace, a.a.O., S. 14
Zum CCMS und seiner Rolle vgl. auch: Public Papers of the Presidents, Richard Nixon, 1971, Item No. 48, 75 und 256

3) das deutsch-sowjetische Gewaltverzichtsabkommen vom 12. 8. 1970 und der deutsch-polnische Vertrag zu einer Normalisierung des Verhältnisses der beiden Staaten vom 7. 12. 1970

4) vgl. Vier-Mächte-Abkommen über Berlin:
Quadripartite Agreement on Berlin Signed at Berlin Concluding First Phase of Negotiations, Sept. 3, 1971. In: Department of State Bulletin, Vol. LXV, No. 1683, Sept. 27, 1971, S. 317 - 325

---

1) vgl. Verkehrsvertrag vom 26. 5. 1972. In: Europa-Archiv, 27. Jg., Folge 13 / 1972, S. D 320 - 328

und: Vertrag über die Grundlagen der Beziehungen, 8. 11. 1972, Presse- und Informationsamt der Bundesregierung.

2) vgl. hierzu: The Emerging Structure of Peace, S. 51 - 58

300 000 auf 150 000 [1] waren eine hinreichend große Anzahl von Senatoren mit der Regierung einig darüber, daß " ... if we hit them (Europa, Anm. d. Verf.) with this one, I think it may collapse the whole Atlantic structure" und "the troop cut might mean disaster if it upset negotiations for force reductions in both the NATO and Warsaw Pact camps." [2] So wurde, nachdem Präsident Nixon eine "major bipartisan offensive" [3] gegen Mansfields neuestes Begehren eröffnet und er noch dazu unerwartete Hilfestellung durch das "Signal von Tiflis" [4], die Bereitschaftserklärung Leonid Breschnews an die NATO, die Gespräche über MBFR nunmehr aufzunehmen, erhalten hatte, der Antrag Senator Mansfields am 20. Mai 9171 im Senat endgültig mit einer Mehrheit von 61 gegen 36 Stimmen [5] abgelehnt.

d) Die Lastenteilung

Damit war allerdings eine andere und nicht minder brennende Frage, die des burden-sharing, noch immer nicht gelöst. Die im Zweijahresturnus stattfindenden Offsetabkommensgespräche mit der den größten Teil der Verteidigungslasten auf europäischer Seite tragenden Bundesrepublik konnten zwar mit der Summe von zwei Milliarden wieder zu einem positiven Abschluß gebracht werden, doch konnte man sie weder als "langfristige Lösung" betrachten, noch konnte man sich von der Belastung befreit fühlen, daß "they strain Alliance relations each time they come up for renewal." [6] Außerdem blieben die Verteidigungsbeiträge der restlichen europäischen NATO-Partner nach wie vor ein offenes Problem.

---

1) vgl. Chalmers M. Roberts. U.S. Forces in Europe. D-Day Plus 20. In: IHT, 14. 5. 1971, S. 4

2) Senator Jacob K. Javits (R) und Senate GOP leader Hugh Scott in: IHT, 13. 5. 1971

3) Carroll Kilpatrick: Nixon Mounts Drive to Bar Cut in NATO. In: Washington Post, 14. 5. 1971, S. 1

4) Erklärung vom 15. 5. 1971 in Tiflis.
Vgl. hierzu: Breznev Aids Nixon in Senate on NATO. In: IHT, 17. 5. 1971, S. 6 und Helga Haftendorn, a.a.O., S. 257

5) vgl. Ablehnung der Initiative Mansfields - Ein Erfolg Nixons. In: FAZ , 21. 5. 1971

6) The Emerging Structure of Peace, S. 51

Diese Tatsache mußte einen begünstigenden Einfluß auf den Entschluß Senator Mansfields gehabt haben, im Herbst 1971 trotz seiner im Mai erlittenen Niederlage erneut eine Vorstoß zur Reduzierung amerikanischer Truppenpräsenz in Europa zu unternehmen. Einige Äußerungen, die er dem amerikanischen Nachrichtenmagazin "Newsweek" [1] gegenüber machte, zeigen ein ziemlich vernichtendes und der amerikanischen Regierungsmeinung völlig konträr laufendes Bild seiner Einschätzung der europäischen NATO-Situation.

Die MBFR-Verhandlungen, kaum erst in eine Annäherungsphase an eine praktikable Verhandlungsebene innerhalb der allgemeinen Entspannungsbemühungen [2] gebracht und von Richard Nixon als "Herzstück des Sicherheitsproblems in Europa" [3] bezeichnet, deren Vorbereitung eine Angelegenheit der gesamten Allianz sei und nicht etwa Thema rein bilateraler Verhandlungenzwischen den USA und der UdSSR, bezeichnet Mansfield schlicht als eine "Farce" und in keinster Weise mit den von ihm geforderten Truppenabzügen verknüpft. Mögliche Erschütterungen des atlantischen Verhältnisses durch eine negative Reaktion der Europäer auf die geforderte Reduzierung amerikanischer Truppen von vier Divisionen auf eine sieht Mansfield ungerührt als "Europe's problem". Ganz gegensätzlich des von Nixon und seinen Ministern für Verteidigung, Melvin R. Laird, und des Äußeren, William P. Rogers, kontinuierlich über das Jahr 1971 hinweg betonten und in den jeweiligen Jahresberichten [4] konfirmierten Willens zum unverändert starken Verteidigungsbeitrag im Bündnis gilt Mansfields Blick nicht der außenpolitischen Dimension, wie sie sich

---

1) Mike Mansfield Talks About Troop Cuts. In: Newsweek, September 20, 1971, S. 23

2) Helga Haftendorn bezeichnet die MBFR-Politik als "in ihrem Inhalt ... gleichzeitig Sicherheits- und Entspannungspolitik, in ihrer Methode West- und Ostpolitik." In: Abrüstungs- und Entspannungspolitik..., a.a.O., S. 272

3) The Emerging Structure of Peace, S. 56

4) Statement of Secretary of Defense Melvin R. Laird before the House Armed Services Committee on the Fiscal Year 1972 - 1976 Defense Program and the 1972 Defense Budget, March 9, 1971, Washington, D.C., 3. 1. 1971 und:
United States Foreign Policy 1971, A Report of the Secretary of State, William P. Rogers, Washington, D.C., 1972, sowie:
Richard M. Nixon: The Emerging Structure of Peace, a.a.O.

politisch-diplomatisch darstellt. Sein Interesse konzentriert sich vielmehr auf wirtschaftlich-soziale Probleme, wirtschaftliche, wie er sie durch unzureichendes burden-sharing mit folgender finanzieller "Austrocknung" (allerdings inclusive Vietnam, wie er zugibt) und falscher Investitionspolitik auf dem industriellen Sektor sieht und soziale, soweit es den in seinen Augen in mehrerer Hinsicht unzulässigen Zustand der in Europa stationierten Truppen betrifft.[1)]

Richard Nixon macht in seinem außenpolitischen Jahresbericht 1971 deutlich, daß er eine endgültige Lösung des Offset-Problems nicht allein als Sicherung der amerikanischen Truppenpräsenz in Europa betrachten würde, sondern vornehmlich als Basis für einen die Verteidigungsplanung der gesamten Allianz betreffenden modus operandi:

> " ... we should work toward arrangments whereby the United States could maintain its forces in Europe with balance of payments consequences no different from those of maintaining the same forces in the United States. This would neutralize the balance of payments issue and allow the Alliance to plan its forces on security criteria." 2)

Senator Mansfield hingegen sieht die Allianz als Einheit nur in den Punkten, in denen sie die Vereinigten Staaten nicht belastet und Europa nach reinen Kriterien der Nützlichkeit für das eigene Land. Die Frage der europäischen Einigung, von der amerikanischen Regierung zu diesem Zeitpunkt zumindest mit bejahender Wachsamkeit betrachtet, stellt sich für Mansfield nicht: "... it's their show, not ours." [3)]

Nachdem Truppenreduzierungen für ihn nicht Aufgabe bzw. Thema multilateralen decision-makings zu sein schienen, sondern eher ein Warten auf Reaktion von Staat B auf Aktion von Staat A [4)], wagte er sich im

---

1) " ... there is too much fat in the U.S. forces ... By cutting down, we will have a tough, lean, professional presence in Europe." Mike Mansfield in Newsweek, op. cit. in Anm. 2

2) The Emerging Structure of Peace, S. 51

3) Mike Mansfield, a.a.O.

4) vgl. ebenda seine Schlußbemerkung zur Perspektive sowjetischer Truppenreduzierungen außerhalb entsprechender Abkommen:

Fortsetzung s. folgende Seite

November erneut mit einem Zusatz zu der Vorlage über die Bewilligung der Verteidigungsmittel vor den Bewilligungsausschuß des Senats, um eine Reduzierung der amerikanischen Truppen in Europa um rund 60 000 auf nicht mehr als 250 000 Mann, auszuführen bis zum 15. Juni 1972, zu beantragen.

Nachdem der Unterausschuß für Verteidigungsbewilligungen der Vorlage zunächst am 18. November mit 14 gegen 13 Stimmen stattgegeben hatte, lehnte der Senat wiederum ab, diesmal mit 54 gegen 39 Stimmen. Zu dieser erneuten Ablehnung dürften zwei Stimmen aus der Administration beigetragen haben, die beim Unterausschuß für Verteidigungsbewilligung und dem Vorsitzenden des Militärausschusses des US-Senats, dem demokratischen Senator John C. Stennis, massive Bedenken angemeldet hatten.[1)]

Bezeichnend ist, daß die Mansfield-Diskussion später nicht nur keinerlei Erwähnung in dem außenpolitischen Jahresbericht des Präsidenten an den Kongress fand. Auch der Verteidigungsminister stand zu der in seinem Defense Report 1971 bestärkten Darstellung der Nixon'schen "Friedensstrategie", in der eine "cohesive NATO" Hand in Hand mit den Punkten "burden-sharing", security assistance" und "regional cooperation" den Partnerschaftspfeiler bilden, der Pfeiler der Stärke im "theater" von den USA und ihren Verbündeten gewährleistet [2)] werden und im Zusammenspiel der Nixon-Doktrin und der "National Security Strategy of Realistic Deterrence" die "Baseline Forces" des Haushaltjahres 1972 für Europa mit ca. 300 000 Mann erhalten [3)] bleiben sollte.

Fortsetzung Anm. 4) der vorhergehenden Seite:

"... in the wake of the Berlin agreement, and in the light of the forthcoming German-Soviet and German-Polish treaties, as well as the European Security conference, maybe if the U.S. cuts back, the Soviets will cut, too."

1) Vgl. hierzu den Wortlaut der Schreiben von Verteidigungsminister Laird an den Unterausschuß für Verteidigungsbewilligung des Senats und von Präsident Nixon an den Senator John C. Stennis. In: Amerika-Dienst, No. 26, 1971

2) Vgl. Abbildung 3 in: Statement of Secretary of Defense Melvin R. Laird, a.a.O., S. 159

3) vgl. Abbildung 4, ebd., S. 161

So stand am Ende des Jahres 1971 ein dem Kongress gegenüber eher gestärktes Weißes Haus vor den kommenden Aufgaben der Allianz.

Richard Nixon, der es geradezu "als historische Pflicht der 'leaders' in der Westlichen Allianz" versteht, die "Verhältnisse, die unsere Erfolge stützen, zu erhalten" [1], mahnt effektvoll zur Einheit:

> " If we allow the independent vigor of our seperate states to pull us apart, if we neglect the prerequisites of security that have sustained us and kept the peace for 27 years, if we pursue illusory forms of detente instead of the substance - then the coming decade will bring new dangers instead of new triumphs." 2)

---

1) The Emerging Structure of Peace, S. 58

2) ebenda

E. DIE AUSSENPOLITIK DER VEREINIGTEN STAATEN FÜR DIE SIEBZIGER JAHRE 1973 : SHAPING A DURABLE PEACE

Am 3. Mai 1973 übermittelte Richard Nixon dem Kongress seinen vierten, umfangreichsten und letzten außenpolitischen Jahresbericht.

Unter Inanspruchnahme der Begriffe "Verständnis" und "Demokratie" warb er erstmals in der von seiner Administration begründeten Tradition solcher Jahresberichte bei dem Kongress u n d der Bevölkerung der Vereinigten Staaten um "einen neuen Konsensus zur Unterstützung einer verantwortlichen Außenpolitik für die siebziger Jahre." [1)]

Mit den komplementären Jahresberichten des Außen- und des Verteidigungsministers, die beide kurze Zeit vorher veröffentlicht worden waren [2)], sollte noch eindringlicher die "fundamentale Bedeutung", die die Nixon-Administration "sowohl der Artikulierung als auch der Ausführung von auswärtiger Politik" [3)] beimaß, in verstärktem Maße hervorgehoben werden, um "über unsere Absichten und unseren Platz in der Welt zu informieren und den nationalen Dialog darüber zu erweitern." [4)]

I. Einführung: Der historische Kontext

Wie immer geht Richard Nixon auch in diesem Bericht mit den einführenden Bemerkungen auf den historischen Kontext der amerikanischen Außenpolitik zu Beginn seiner Administration ein. Unter Berücksichtigung der Tatsache, daß alle vier außenpolitischen Jahresberichte von Henry Kissinger und seinem Stab geschrieben worden waren [5)], durch die sich die Akribie

---

1) Aus dem Begleitbrief Richard Nixon's an den Kongress zur Übersendung seines Berichts über die Außenpolitik des Jahres 1972: United States Foreign Policy For the 1970's: Shaping A Durable Peace. A Report by President Richard Nixon to the Congress, May 3, 1973.

2) Vgl. United States Foreign Policy 1972. A Report of the Secretary of State, William P. Rogers, Washington, April 19, 1973 und Secretary of Defense Melvin R. Laird's Annual Defense Department Report, April 3, 1973.

3) loc. cit. in Anm. 1

4) ebenda

5) Dies bestätigt sowohl Helmut Sonnenfeldt, Kissinger's Berater, als auch Stephen R. Graubard in seinem Buch: Kissinger. Portrait of A Mind. W. W. Norton, New York, 1974. S. 271

erklärt, mit der diese geschichtsbewußte Übung auch hier wieder durchexerziert wird, läßt sich dennoch eine gewisse Beharrlichkeit der Couleur Richard Nixons dort erkennen, wo der Friedensbegriff dazu neigt, von der neugewonnenen Nüchternheit dieses Berichts in die optimistische Wortgewaltigkeit der ersten Stunde [1] zurückzufallen:

> " ... we saw the potential and the imperative of a pluralistic world. We believed we could move from an environment of emergencies to a more stable international system. We made our new purpose a global structure of peace - comprehensive because it would draw on the efforts of other countries; durable because if countries helped to build it, they would also help to maintain it." [2]

Um dieser "fundamentalen Vision" [3], dem Ziel, aus den 1969 bis 1971 vorgenommenen Schritten durch Formulierung einer "neuen Friedensstrategie", durch Implementierung neuer politischer Maßnahmen zum "Aufbau des Friedens" und das Entstehen einer "globalen Friedensstruktur" dank essentieller Durchbrüche in der Außenpolitik zu der "Gestaltung eines dauerhaften Friedens" [4] zu gelangen, hatte man tatsächlich ein breites Spektrum außenpolitischer Planungs- und Entscheidungsarbeit abgedeckt; so bietet es sich an, auf der Grundlage der von Richard M. Nixon und Henry A. Kissinger dargestellten Strukturen und Entwicklungen in der amerikanischen Außenpolitik die Einbindung ihres Friedensbegriffes in die weltpolitische Lage des Jahres 1972 kurz zu beleuchten.

---

1) Vgl. hierzu Nixon's Inaugurationsrede: The Second Inaugural Address of President Nixon. Delivered on January 20, 1973. In: Department of State Bulletin, Vol. LXVIII, No. 1754, February 5, 1973, S. 125 - 127 und vor allem die Einführung zu seinem ersten außenpolitischen Jahresbericht "A New Strategy For Peace", a.a.O., S. 1 - 10

2) Shaping A Durable Peace, a.a.O., S. 5

3) ebenda

4) vgl. die Jahresberichte 1970 - 1972 und "Shaping A Durable Peace", S. 5

1. Der Friedensansatz der Nixon-Administration

a) These 1: "Peace could not depend solely on the uneasy equilibrium between two nuclear giants." [1]

Die schrittweise Annäherung an eine Politik der Verhandlungen von einer Position der Stärke aus sollte 1972 erste größere Erfolge zeigen. Im Mai 1972, nach einer letzten geheimen Vorbereitungsreise von Kissinger und vier seiner Mitarbeiter aus dem Stab des National Security Council [2] im April, reiste Richrad Nixon als erster Präsident der Vereinigten Staaten nach Moskau. Am 8. Mai, zwei Wochen vor Antritt des Besuchs, war es noch zu einer Gefährdung der geplanten Reise in die Entspannung gekommen: nach Beratungen im NSC hatte Nixon im Zuge des Vietnamkrieges die Verminung des Hafens von Haiphong und sechs anderer nordvietnamesischer Häfen sowie die Bombardierung von nordvietnamesischen Nachschublinien angeordnet, eine Tatsache, die von der sowjetischen Nachrichtenagentur "Tass" als völlig "unzulässige Bedrohung für die Sicherheit sowjetischer und anderer Schiffe" und als "offene Akte der Aggression", die die "Normen des internationalen Rechts" [3] verletzten, verurteilt wurden. Gleichzeitig mit dem sowjetischen Protest weilten jedoch Botschafter Anatolij F. Dobrynin und der Außenhandelsminister Nikolai S. Patolichev zu letzten Orientierungsgesprächen mit Nixon und Kissinger in Washington; am 22. Mai eröffnete Richard Nixon die kurze und erfolgreiche Serie von gegenseitigen Besuchen der USA und der UdSSR, die die Entspannungspolitik entscheidende Schritte vorantreiben sollte.

Begleitet von Einzelabkommen zu Problemen primär aus dem wirtschaftlichen und technologischen Bereich fand zunächst die erste Verhandlungsrunde der Gespräche zur Begrenzung strategischer Rüstung, SALT I, ihren formalen Abschluß am 26. Mai 1972 in der Unterzeichnung eines Vertrages

---

1) Shaping A Durable Peace, S. 5

2) es handelte sich um Helmut Sonnenfeldt, Winston Lord, Peter Rodman und John Negroponte

3) Lester A. Sobel (Hrsg.): Kissinger and détente. Facts on File, New York, 1975, S. 125 - 126

zur Begrenzung von ABM (antiballistic missile) - Systemen, eines Interimsabkommens über die Begrenzung von strategischen Offensivwaffen über einen Zeitraum von maximal fünf Jahren und eines Protokolls über die Begrenzung von SLBMs (submarine-launched ballistic missiles) als Teil des Interimsabkommens. [1] Zum Abschluß der Moskauer Gespräche unterzeichneten Leonid I. Breschnew und Richard M. Nixon am 29. Mai eine zwölf Punkte umfassende Prinzipienerklärung, in der beide Seiten ihren Willen zur politischen, sicherheitspolitischen, wirtschaftlichen, wissenschaftlich-technologischen und kulturellen Zusammenarbeit auf der Basis der friedlichen Koexistenz deklarierten. [2] Das am selben Tag veröffentlichte Schlußkommuniqué [3] beinhaltete neben Aspekten der unterzeichneten Verträge u.a. auch Bemerkungen zu Europa betreffenden Fragen.

Wie schon in der Prinzipienerklärung legte man hier Grundideen und -absichten späteren Handelns fest, wie sie dann auch im Falle Europas Eingang in der Schlußakte der KSZE (Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa) finden sollten:

> " The USA and the USSR are prepared to make appropriate contributions to the positive trends of the European continent toward a genuine detente and the development of relations of peaceful cooperation among states in Europe on the basis of the principles of territorial integrity and inviolability of frontiers, non-interference in internal affairs, sovereign equality, independence and renunciation of the use or threat of force." [4]

---

1) Vgl. hierzu Lester A. Sobel, op. cit., S. 127 - 130, sowie die Vertragstexte S. 130 - 133. Siehe auch die kritischen Anmerkungen zu SALT I in Lawrence L. Whetten: Contemporary American Foreign Policy. Lexington Books, D.C. Heath and Company, Lexington, Mass., 1974, S. 132 - 138 und John Newhouse: Cold Dawn. The Story of SALT. Holt, Rinehart and Winston, New York, 1973

2) Vgl. Text of the Basic Principles of Relations Between the United States of America and the Union of the Soviet Social Republics, May 29, 1972, in: Public Papers of the Presidents, Richard Nixon 1972, Government Printing Office, Washington, D.C., 1974, S. 633-635

3) Vgl. Public Papers, loc. cit. in Anm. 2): Joint Communiqué Following Discussions With Soviet Leaders, May 29, 1972, S. 635 - 642

In einer Rede, die Richard Nixon nach seiner Reise, die ihn außerdem nachÖsterreich, in den Iran und nach Polen geführt hatte, vor dem Kongress hielt und die durch live-Übertragung in Rundfunk und Fernsehen gleichzeitig auch die amerikanische Öffentlichkeit unterrichtete, reichten die Begeisterung über das jüngst Erreichte und die dämpfende, traditionelle Mahnung an die ideologische Gegnerschaft der Sowjetunion gegenüber "einiger der grundsätzlichsten Werte" [1] der Vereinigten Staaten einander die Hand.

Auch in seinem außenpolitischen Jahresbericht sieht er zwar die "responsibility to work for positive relations with the Soviet Union" [2], findet aber andererseits "ample proof that assertions of good will or transitory changes in climate would not erase the hard realities of ideological opposition, geopolitical rivalry, competing alliances, or military competition" [3]. Die Prinzipienerklärung, trotz ihrer tieferen Bedeutung als Initialschritt auf der Suche nach einem neuen Gleichgewicht, konnte vorläufig jedoch noch keine sicherheitsgarantierendere Relevanz als die einer richtungsweisenden Vorlage haben:

> " The principles to which we agreed in Moscow are like a road map. Now that the map has been laid out, it is up to each country to follow it. The United States intends to adhere to these principles. The leaders of the Soviet Union have indicated a similar intention." [4]

Diesem ersten Versuch, eine sowjetisch-amerikanische "reduction in tactical maneuvering at each other's expense in favor of our shared interest

---

1) Address to a Joint Session of the Congress on Return From Austria, the Soviet Union, Iran, and Poland. June 1, 1972. In: Public Papers 1972, a.a.O., S. 664.
Vgl. hierzu auch besonders den Korb 1" der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975: "Fragen der Sicherheit in Europa". In: Europa - Archiv, 30.Jg., Folge 17 / 1975, S. D 438 - 443, Teil 1.a): Erklärung über die Prinzipien, die die Beziehungen der Teilnehmerstaaten leiten."

2) Shaping A Durable Peace, S. 5

3) ebd.

4) loc. cit., Anm. 1)

in avoiding calamities collision, in profiting from cooperation, and in building a more stable world" [1] herbeizuführen, war die spektakuläre Öffnung nach China vorausgegegangen, die Anlaß zu einer ganz pragmatischen Feststellung gegeben hatte :

b) These 2: "Peace could not exclude a fourth of humanity." [2]

Die Kontakte zu diesem Viertel der Menschheit, das die USA beschlossen hatten, in ihr Friedensgebäude miteinzubeziehen, standen unter ungewöhnlichen Vorzeichen:

> " ... der amerikanische Präsident (besuchte) ein Land .., mit dem die Vereinigten Staaten nicht nur keine diplomatischen Beziehungen unterhalten, sondern von dem sie auch zwei Jahrzehnte bitterster Feindschaft trennen. Der Besuch Nixons in China hatte also die schwierige Normalisierung des zwischenstaatlichen Verhältnisses überhaupt erst einzuleiten." [3]

Wie weit die Nixon-Administration hier überhaupt in ein Niemandsland des einander Kennes vorstoßen mußte, läßt sich am deutlichsten an den Presseberichten vom Februar 1972 ablesen, die das Erlebnis China mit Detailberichten aus dem täglichen Leben Pekings, Hang-chows oder Shanghais fast über die politische Berichterstattung zu setzen schienen. [4]

Allerdings stellten die Arbeitsvorgänge beider Regierungen während der acht Tage, die die amerikanischen Besucher in der Volksrepublik verbrachten, eine politische und diplomatische Übung dar, deren Formen man wohl als höchst ungewöhnlich bezeichnen kann:

---

1) Building For Peace, S. 5

2) ebd., S. 6

3) Joachim Glaubitz: Das amerikanisch-chinesische Gipfeltreffen vom Februar 1972. In: Europa-Archiv, 27. Jg., Folge 6 / 1972, S. 193

4) vgl. hierzu die amerikanische Tages- und Wochenpresse vom Februar und März 1972, sowie den noch im März erschienenen Überblicksband "The President's Trip to China". Bantam Books, New York, Toronto, 1972.

Einerseits wurden die Verhandlungen in völliger Geheimhaltung geführt. So bestand die erste konkrete Information, die nach außen gelangte, in dem Kommuniqué, das am 27. Februar in Shanghai [1] veröffentlicht wurde. Obgleich auch darin nur die Grundzüge der Verhandlungen zum Ausdruck kamen, sollte es das einzige offizielle Schriftstück dieser Begegnung zwischen den Vereinigten Staaten und der Volksrepublik China bleiben. [2]

Andererseits erfuhr der Pekinger Gipfel die oben bereits erwähnte außergewöhnliche Publizität, die sich in den Augen eines amerikanischen Korrespondenten folgendermaßen darstellte:

> " ... President Nixon and Chinese Premier Chou En-lai were costarred in a week-long, live and living color extravaganza - a production of electronic age "circuses" for the public watching as an earlier public watched the great spectaculars produced by the Roman emperors." 3)

Stellt man nun die Frage nach den unmittelbaren Ergebnissen der "drei Jahre sorgfältiger Basisarbeit" [4], wie sie sich noch im Jahre 1972 praktisch darstellten, so fällt übergreifend über das gesamte Geschehen

---

1) vgl. Joint Statement Following Discussions With Leaders of the People's Republic of China. February 27, 1972.
In: Public Papers of the Presidents, 1972, a.a.O., S. 376 - 379

2) Henry Kissinger war der einzige, der nach der Veröffentlichung des Kommuniqués noch in Shanghai eine außerordentliche Pressekonferenz abhielt. Er hatte ungezählte Stunden in Verhandlungen mit Chiao Kuan-hua, dem stellvertretenden Außenminister, Chou En-lai's rechter Hand in Fragen der Außenpolitik und Chefdelegierter der ersten Abordnung der VR China in der UNO, verbracht und mit ihm die gemeinsame Schlußerklärung erarbeitet. Obgleich Richard Nixon insgesamt ca. 30 Stunden in formellen Arbeitssitzungen mit der chinesischen Führung verbracht hatte, bezeichneten die amerikanischen Pressesprecher Henry Kissinger und Chiao Kuan-hua als die wahren Diplomaten des Pekinger Gipfels.

3) R. H. Shackford: The Working Side. In: The President's Trip to China. a.a.O., S. 21
Shackford ist Auslandskorrespondent und Nachrichtenkommentator der Scripps-Howard Newspaper Alliance. Schon 1964 hatte er eine Artikelserie über die VR China geschrieben, um die amerikanische Öffentlichkeit an Probleme hinter dem "Bambus-Vorhang", wie es damals hieß, heranzuführen.

4) Building For Peace, S. 10

dieser "historischen Mission" [1] das Konzept absoluter Konvergenz einerseits und freier Äußerung verschiedener Standpunkte andererseits auf:

Für Verlauf und Ergebnis des Peking-Besuchs zentral bestimmend war ohne Zweifel das Treffen zwischen Richard Nixon und Mao Tse-tung, mit dem Mao seine Zustimmung zu dem der chinesischen Führung bestimmt nicht leicht fallenden Kurswechsel gegenüber den USA demonstrierte. Den Grund für den Besuch des amerikanischen Präsidenten formulierte Mao Tse-tung folgendermaßen: "Affairs in the world require consultations... They must not be decided (only) by the two big powers." [2]

Die offizielle chinesische Mitteilung über den Besuch Richard Nixons enthielt den Satz, Ministerpräsident Chou En-lai habe den Präsidenten nach China eingeladen "in Kenntnis des von Präsident Nixon geäußerten Wunsches, die Volksrepublik China zu besuchen." [3]

Die Vereinigten Staaten übernahmen nicht nur diese Version; auch im Schlußkommuniqué von Shanghai akzeptierten sie eine von den chinesischen Verhandlungspartnern vorgeschlagene Form: beide Seiten legten getrennt in entsprechend gekennzeichneten Passagen ihren Standpunkt zu bestimmten Fragen dar, in denen Meinungsverschiedenheiten bestanden. Übereinstimmung wurde ausdrücklich als gemeinsamer Standpunkt herausgestellt.

Das Schlußkommuniqué stellte primär einen Interessenkatalog der beiden Staaten im ostasiatisch-pazifischen Raum dar:

Unterschiedliche Auffassungen kamen - bei beiden Seiten in gleicher Reihenfolge - in Bezug auf Indochina, Korea, Japan, Indien-Pakistan und Taiwan zum Ausdruck; hinzu kamen bestimmte Gegensätze, die generell aus der Unvereinbarkeit der gesellschaftlich und ideologisch verschiedenen Systeme resultieren.

---

1) Remarks on Departure From the White House for a State Visit to the People's Republic of China. February 17, 1972. In: Public Papers of the Presidents... 1972, S. 367

2) The President's Trip to China, a.a.O., S. 15

3) Joachim Glaubitz, a.a.O., S. 194

Für alle Gebiete (Indien und Pakistan ausgenommen) forderte China den Abzug der amerikanischen Streitkräfte, wobei auffällt, daß direkte Abzugsforderungen nur in Bezug auf die auf Taiwan stationierten Truppen gestellt wurden. Die USA sagten diesen Abzug zu, außerdem den aus Indochina, der von der chinesischen Seite aber - wie für alle anderen Gebiete auch - nur indirekt gefordert wurde. Das Interesse, das an "einer friedlichen Lösung der Taiwan-Frage durch die Chinesen selbst" [1] bekundet wurde, konnte den Interessen der Vereinigten Staaten kaum im Wege stehen, da eine Lösung am Verhandlungstisch den amerikanisch-taiwanesischen Verteidigungsvertrag nicht außer Kraft setzen konnte: der Vertrag schützt Taiwan ausdrücklich nur gegen einen bewaffneten Angriff von außen, nicht aber gegen eine Veränderung des gesellschaftlichen Systems. Der militärische Schutzschirm als solcher blieb erhalten und Peking hatte immerhin in dem Kommuniqué zum ersten Mal auf seine Standardforderung verzichtet, die amerikanischen Verteidigungsabmachungen mit Taipeh müßten unter allen Umständen für null und nichtig erklärt werden.

Die Zurückhaltung, die Peking in Bezug auf seine Abzugsforderungen aus den übrigen erwähnten Gebieten übte, resultierte aus der berechtigten Hoffnung, daß die amerikanische Truppenpräsenz im asiatisch-pazifischen Raum zwar keine Bedrohung für China darstellen, aber den sowjetischen, japanischen und süd-koreanischen Kräften in diesem Raum entgegenwirken könnte, solange China noch keine größere militärische Kapazität erreicht hatte. [2]

Hinsichtlich der Vietnam-Frage stellte Peking eindeutig fest, daß eine Lösung dafür in Vietnam selbst und nicht in Peking gefunden werden müsse.

---

1) Vgl. das Kommuniqué vom 27. 2. 1972, in: Public Papers of the Presidents, 1972, a.a.O., S. 378

2) Vgl. hierzu die Wende vom 12. August 1978: Friedensvertrag zwischen der Volksrepublik China und Japan.

Übereinstimmung herrschte in dem auf beiden Seiten geäußerten Willen, den begonnenen Kontakt durch Austauschprogramme auf verschiedenen Gebieten zu intensivieren. Dazu folgte in der Erklärung eine Aufzählung der Kontaktbereiche mit einer gewissen Betonung auf den Faktoren Wissenschaft und Technologie. Neben der ebenfalls angekündigten "fortschreitenden Entwicklung der Handelsbeziehungen zwischen beiden Ländern" [1] stellte ein wissenschaftlicher Beitrag zur zivil- und verteidigungstechnischen Weiterentwicklung Chinas natürlich einen beträchtlichen Reiz dar.

Ein weiterer Punkt der Übereinstimmung, der beiderseitige Hegemonieverzicht im asiatisch-pazifischen Raum und die zusätzliche Übereinkunft, sich gegen hegemoniale Bestrebungen irgendeines anderen Landes oder einer Ländergruppe zu wenden, wies die dritte pazifische Großmacht in gewissem Sinne in ihre Schranken und stellte außerdem eine Sperre für Japan dar, falls es sich einerseits an die Sowjetunion anzuschliessen versuchen oder andererseits eine allzu selbständige Politik in der Region zu betreiben versuchen sollte.

Sosehr die neueröffneten Beziehungen zu der Volksrepublik China mit berechtigter Hoffnung als Beginn eines "process with immense potential for the betterment of our people and the building for peace in Asia and the world" [2] betrachtet werden konnten, die langfristig in verschiedenster Weise positiv wirksam werden konnten, war es bestimmt auch am Ende des Jahres 1972 noch zu früh zu der Aussage "... we have moved to concrete measures which are improving relations and creating more positive conditions in the region" [3], wenn man bedenkt, wie schwer es den asiatischen Nachbarstaaten gefallen war, in dem neuen Kräftefeld ihren Standort zu finden.

So knüpften die Thais irritiert diplomatische Beziehungen zu Bangladesch an, einem Staat, der gegen den Willen der Vereinigten Staaten und der Volksrepublik China, aber mit sowjetisch-indischer Hilfe entstanden war.

---

1) Joint Statement, 27. 2. 1972, a.a.O., S. 379

2) Shaping A Durable Peace, S. 10

3) ebenda

Indonesiens Staatschef Suharto betonte auf einer Australien- und Asienreise die Blockfreiheit seines Staates.

Die Philippinen, Malaysia, Thailand und Indonesien kamen überein, ihre nationale Wehrbereitschaft gegen die kommunistische Infiltration zu expandieren und zu intensivieren.

Thieu sprach sich für eine südostasiatische Neutralitätszone aus; unter Einbeziehung Südvietnams.

Die Mongolei nahm diplomatische Beziehungen zu Tokio auf.

Am Tage vor Nixons Eintreffen in Peking gab die nordkoreanische Regierung die Abreise ihres Außenministers zu Gesprächen in Moskau bekannt.

Indira Gandhi sah im Pekinger Gipfel das Fernziel "to forge some sort of a new power group" und warnte: "India will not be bound by any decision which seeks to dictate terms to Asian countries." [1]

Hanoi beschuldigte Washington dunkler Machenschaften zur Fortführung eines andauernden neo-kolonialistischen Krieges und in Saigon verlieh eine aus Nguyen Van Thieu's Reihen finanzierte Zeitung ihrer Besorgnis über die "Aufrichtigkeit" des amerikanischen Alliierten Ausdruck.

Die gleichzeitig vermeldete Weigerung einer "Majorität" [2] der südvietnamesischen Bevölkerung, eine von fremden Mächten aufoktroyierte Einigung zur Beendigung des Vietnamkrieges zu akzeptieren, konnte ausserdem Nixon's vierten Friedenspunkt, Vietnam in einen "ehrenhaften Frieden" zu führen, eher irritieren denn unterstützen.

Betrachtet man die Reaktionen der Staaten Süd-, Ost- und Südostasiens und berücksichtigt die praktisch nicht-existente Reaktion der offiziellen sowjetischen Medien einerseits und die übliche Verdammung des amerikanischen Schrittes andererseits, so scheint es allein den westlichen Staaten, darunter Israel, und natürlich den europäischen Verbündeten überlassen gewesen zu sein, positiv auf das chinesisch-amerikanische Rapprochement zu reagieren.

---

1) zit. aus: The Peking Summit As Other Saw It. In: Newsweek, March 6, 1972, S. 18. Zur hier angeführten Reaktion der anderen zitierten Staaten siehe ebenda.

2) ebenda

c) These 3: "Peace must draw upon the vitality of our friends." [1]

Zu den Freunden, die wieder als "major pillars" der amerikanischen Außenpolitik bezeichnet werden, zählt Richard Nixon nach wie vor neben Westeuropa den Verbündeten Japan, dessen Reaktion auf die neue China-Politik der Vereinigten Staaten allerdings von Mißtrauen und der Befürchtung, durch eine chinesisch-amerikanische Axis im Pazifik in die Isolation gedrängt zu werden, bestimmt war. [2] Hierin und in der Tatsache, daß Europa auch im Jahre 1972 vorrangig um innereuropäische Einigungsfragen bemüht war, dürfte der Grund für die Kritik der Nixon-Administration liegen, daß "our alliances with Western Europe and Japan ... had not kept pace with the changed international environment." [3]

Wie sich die traditionelle Einheit mit der neugewonnenen Vielfalt der Beziehungen arrangieren sollte, stand in der Vorstellungswelt der amerikanischen Führung längst fest:

> " Before, we were allied in containment of a unified Communist danger. Now Communism had taken various forms; our alliances had stabilized the European and Northeast Asian environments; and we had laid the foundation for negotiation. We had to decide together not only what we were against, but what we were for." 4)

Es scheint ein Truismus, daß eine Entscheidung über gemeinsam verfolgbare Wünsche und Ziele zum Wohle der Allgemeinheit schwerer zu erlangen sei als die Einigung auf gemeinsame Feinde und über die Behandlung derselben. Doch hatte sich schon in den beiden Administrationen vor Nixon und dann natürlich verstärkt nach dessen Amtsantritt und praktisch simultaner Ankündigung neuer Friedensstrategien sehr schnell erwiesen, daß die facettenreichen Ausformungen all dessen, was im weitesten Sinne

---

1) Shaping A Durable Peace, S. 6

2) vgl. zur japanischen Situation besonders die Beiträge von Joachim Glaubitz: Japan im Schatten der amerikanisch-chinesischen Kontakte. In: Europa-Archiv, 27. Jg., Folge 3 / 1972, S. 101 – 110 und Das amerikanisch-chinesische Gipfeltreffen vom Februar 1972.a.a.O., S. 198

3) loc. cit., Anm. 1)

4) ebenda

als Ost- und Entspannungspolitik bezeichnet und betrieben wurde, durchaus nicht einfacher im contra als im pro zu entscheiden war und gerade das begrenzte Unvermögen, sich auf gemeinsame Absagen zu einigen, in hohem Maße die Verständigung für interne Fragen im atlantischen wie im japanisch-amerikanischen Bündnisverhältnis komplizierte.

Die Anmerkung Richard Nixon's,

> " America had been the automatic source of political leadership and economic power. Now we needed new modes of action that would accomodate our partner's new dynamism. The challenge was to reconcile traditional unity with new diversity. While complete integration of policy was impossible, pure unilateralism would be destructive." 1)

weist somit direkt auf die Intention der Deklaration des "Year of Europe" von 1973 hin [2], wie es in Kapitel F. noch besprochen werden wird.

Aus der Diskussion von Entscheidungen und deren außen- wie innenpolitischen Modalitäten im vierten Jahr der Nixon-Administration konnte auch das Vietnam-Problem nach wie vor nicht ausgespart werden:

d) These 4:"Peace required the ending of an ongoing war." [3]

Es kann nicht die Aufgabe dieser Untersuchung sein, längere Überlegungen über Verlauf und tieferen Sinn oder Unsinn des Vietnamkrieges anzustellen. Da Richard Nixon - mit tiefem Recht und ganz im Sinne seines Vietnamunterhändlers und Trägers nicht nur des theoretischen Unterbaus der hier dargestellten Friedensstrategien, Henry Kissinger - für die Erfüllung seiner Doktrin auch nach Erfüllung der vor allem innenpolitisch übermächtig gewordenen Friedensforderung für Vietnam streben mußte, nimmt jedoch dieser Punkt seiner "Friedenstabelle" einen zentralen Platz in der Außenpolitik der Vereinigten Staaten des Jahres 1972 ein.

---

1) Shaping A Durable Peace, S. 6

2) vgl. hierzu die Ausführungen im Teil III des außenpolitischen Jahresberichts 1972: Strengthening Partnerships. "Europe and the Atlantic Alliance", S. 76 - 95 und "Japan", S. 95 - 108

3) loc. cit., Anm. 1)

Es hätte - ganz abgesehen von der unabweislichen Notwendigkeit der Beendigung dieses dreißigjährigen Krieges - eine Absurdität bedeutet, ein weltweit gespanntes Friedenskonzept zu verfolgen und gleichzeitig eine Kriegsengagement des eigenen Landes als "schwarzen Fleck" auf einer solchen Friedenslandkarte zu belassen.

So bestätigt auch Richard Nixon, daß "our approach to the Vietnam conflict and our shaping of a new foreign policy were inextricably linked." [1] Und nicht nur die Außenpolitik war damit zu koordinieren. Sowohl die südvietnamesische Bevölkerung als auch die amerikanische erwartete eine für beide Seiten akzeptable Lösung:

> " We could not continue on the course we inherited, which promised neither an end to the conflict nor to our involvement. At the same time, we would not abandon our friends, for we wanted to shape a structure of peace based in large measures on American steadiness. So we sought peace with honour - through negotiation if possible, through Vietnamization if the enemy gave us no choice. The phased shifting of defense responsibilities to the South Vietnamese would give them the time and means to adjust. It would assure the American people that our involvement was not open-ended. It would preserve our credibility abroad and our cohesion at home." [2]

In einem Essay über die Vietnam-Verhandlungen [3] aus dem Jahre 1969 beschreibt Henry Kissinger nicht nur die Phase der Gespräche vor den ebenso geheimen wie später berühmten Pariser Verhandlungen, sondern stellt auch sehr umfangreiche Überlegungen über den Sinn von Waffenstillstandsvereinbarungen als Mittel der Kriegsbeendigung und als Ausgangspunkt für Wiedervereinigungsschritte der beiden Vietnams an. So sollte sich trotz des verheißungsvollen, von den an der Pariser Vietnam-Konferenz beteiligten drei vietnamesischen Unterhändlern und der amerikanischen Regierung unterzeichneten "Abkommen(s) über die Beendigung

---

1) Shaping A Durable Peace, S. 6

2) ebd., S. 7

3) The Vietnam Negotiations. In: Henry A. Kissinger: American Foreign Policy, a.a.O., S. 99 - 135

des Krieges und die Wiederherstellung des Friedens in Vietnam" vom 27. Januar 1973 [1] eine (zwar im Zusammenhang mit einer möglichen amerikanischen Beteiligung an Koalitionsgesprächen der vietnamesischen Regierungen) hier geäußerte finstere Befürchtung Henry Kissinger's am 30. April 1975 doch noch bewahrheiten: "the collapse of Saigon." [2]

e) These 5: "Peace needed America's strength." [3]

Die Stärke der Vereinigten Staaten, einer der drei Pfeiler der Nixon-Doktrin, zeigte sich 1972 unter den großen Entspannungsbemühungen intensiver Überprüfung unterworfen. Modifizierungsvorschläge für die Konzeptionen der Teilstreitkräfte konzentrierten sich im Hinblick auf den rapiden Ausbau der sowjetischen Flotte auf eine Modernisierung der Marine und unter Berücksichtigung der konventionellen Streitkräfte als erheblich an Bedeutung gewinnende Komponente im Falle kriegerischer Auseinandersetzungen außerdem auf eine Straffung der Armee und - in gewissem Umfang - eine Modernisierung der Luftwaffe.

Durch die in den ersten Ansätzen schon seit Amtsantritt Präsident Nixons vorhandenen Pläne zur Reformierung der nationalen Streitkräfte aus dem Wehrpflichtsystem heraus zur Berufsarmee [4] mußte eine solche Programmatik an gewissen zu erwartenden Personalproblemen orientiert werden.

---

1) In: Europa-Archiv, 28. Jg., Folge 5 / 1973, S. D 112 - 120

2) op. cit. in Anm. 3, S. 127

3) Shaping A durable Peace, S. 7

4) vgl. hierzu besonders die Anmerkungen Richard Nixons zur Reform des Wehrsystems aus dem Jahre 1972:
   a) A Strong Defense: The Guardian of Peace. In: Annual Message to the Congress on the State of the Union. January 20, 1972, S. 46
   b) Strategy For Peace. In: Annual Budget Message to the Congress, Fiscal Year 1973, January 24, 1972, S. 85
   c) Statement About Progress Toward Establishment of an All-Volunteer Armed Force, August 28, 1972, S. 825 - 826
   a, b und c alle in: Public Papers of the Presidents 1972, a.a.O.

   Durch Veränderungen im Einberufungsprozess, die eine Reduzierung der zum Wehrdienst eingezogenen Soldaten von 299 000 im Jahre 1968 auf 50 000 im Jahr 1972 und einen Anstieg der Freiwilligen allein 1971 von 59 auf 75 % erwirkt hatte, und durch unterstützende Maßnahmen

Fortsetzg. siehe folgende Seite

Für alle Teilstreitkräfte bedeutete dies nicht lediglich eine Mehrbelastung durch notwendig werdende Reformen im Militärhaushalt und ein verstärkt berufsorientiertes Angebot für die künftigen Berufssoldaten; vielmehr erwartete man sich ein für die Handhabung fortgeschrittener Technologie und anspruchsvollerer Verteidigungskonzeptionen notwendiges professionelles Interesse, das die Streitkräfte "billiger, schlagkräftiger und effektiver" [1] gestalten sollte.

Gerade im Rahmen der Nixon-Doktrin, die eine gewisse Selbstverantwortlichkeit in der Verteidigung ihrer Verbündeten propagierte, wurde die in verstärktem Maß auf Reserveeinheiten abgestützte Berufsarmee als im Interesse der Verbündeten der Vereinigten Staaten flexibler und je nach Spezialisierung der einzelnen Waffengattungen gezielter einsetzbare Streitmacht betrachtet.

In Zahlen bedeutete die Straffung des Heeres keine Verringerung der vorhandenen 13 Divisionen [2], von denen die vier in Europa stationierten ebenfalls dort belassen werden sollten. Für einen raschen Einsatz im Verteidigungsfall außerhalb des amerikanischen Territoriums war geplant, die beiden Luftlandedivisionen als kurzfristig einsetzbare "strategische Reserve" [3] beizubehalten, um das breitest mögliche Einsatzspektrum abzudecken:

> " The threats which our general purpose forces and mobility forces must be capable of meeting range from a minor contingency, requiring one to two brigades to a Warsaw Pact attack on NATO, requiring a number of divisions." 4)

Fortsetzung d. Anm. 4) d. vorhergehenden Seite:

im Budget und in der die militärischen Laufbahnen betreffenden Streitkräftestruktur, die den Wehrdienst positiver gestalten sollten, konnte man im August 1972 als fixes Datum für die Abschaffung der allgemeinen Wehrpflicht den Juli 1973 festlegen. Vgl. hierzu: O. cit., Anm. 2 c)

1) Hubert G. Collins: Die militärische Macht der USA im Dienste des Friedens. Teil II: Die US-Armee wird gestrafft.
In: Amerika-Dienst, Hintergrundmaterial, Nr. 20 / 1972, S. 2

2) für Zahlenvergleiche in US-Streitkräftestärken 1972 siehe T. N. Dupuy und Wendell Blanchard: The Alamanac of World Military Power. Arthur Barker Ltd., London, 1972, S. 11 - 15, hier bes. S. 11

3) Collins, loc. cit., Anm. 1)

4) National Security Strategy of Realistic Deterrence. Secretary of Defense Melvin R. Laird's Annual Defense Department Report, FY 1973. Washington, D.C., 2. 8. 1972, S. 102

Die Luftwaffe ihrerseits, in ihrer Verteidigungskapazität von Verteidigungsminister Laird als noch lückenhaft [1] bezeichnet, unterwarf sich 1972 massiven Modernisierungsbestrebungen, die sich im taktischen wie im strategischen Bereich [2] bewegten. Als besonders interessant waren die für das Haushaltsjahr 1973 geforderten Mittel für die Weiterentwicklung der "Schlüsselsysteme" [3] "conus", eines den Horizont überlaufenden Radarsystems (OTH-B, Over-the Horizon radar), und AWACS (Airborne Warning and Control System), eines als Luftkommandostand benutzbaren Frühwarnflugzeuges, einzuschätzen.

Außerdem gewann im Rahmen der Nixon-Doktrin ein völlig neues Konzept eines an den Einsatzort "transportablen Flugplatzes" [4] Bedeutung in dem Bemühen, die US-Luftwaffe ständig auf dem technologisch neuesten Entwicklungsstand zu halten.

Mit dem 1971 ins Amt gekommenen Oberbefehlshaber der Marine, Admiral Elmo Zumwalt, ergänzten sich ideal die reformfreudigen Modernisierungspläne des Verteidigungsministeriums, die sich angesichts des schon oben erwähnten Flottenausbaus der Sowjetunion auf die Verteidigungskonzeptionen der nuklearen Abschreckung konzentrierten.

Gerade im Hinblick auf die Anstrengungen der zahlenmäßig sowieso stärkeren Marine der UdSSR bildeten die 15 Angriffs-Flugzeugträger, zu denen die 76 000 Tonnen schwere, atomgetriebene "Enterprise" [5] gehörte, und die 3 ASW- (anti-submarine warfare) Träger zusammen mit der 140 Schiffe starken U-Boot-Flotte, davon 41 mit ballsistischen Raketen ausgerüstete, atomgetrieben U-Boote [6], einen starken und für die Abschreckungsdoktrin

---

1) vgl. "Air Defense" In: National Security Strategy of Realistic Deterrenc op. cit., S. 74 f

2) vgl. hierzu Teil III der Serie von Hubert G. Collins: Die militärische Macht der USA im Dienste des Friedens: Die US-Luftwaffe wird modernisiert. In: Amerika-Dienst, Hintergrundmaterial, Nr. 21 / 1972, S. 1 - 4

3) loc. cit. in Anm. 1), S. 74 - 75

4) loc. cit. in Anm. 2), S. 3

5) vgl. Dupuy und Blanchard, a.a.O., S. 13

6) 10 dieser U-Boote waren mit "Poseidon"-Raketen und 21 mit "Polaris"-Raketen bestückt. Die restlichen 10 wurden 1972 gerade von Polaris auf Poseidon umgerüstet.
Vgl. Hierzu loc. cit., Anm. 3), ebenda

der Vereinigten Staaten und der NATO unverzichtbaren Kern ihrer Verteidigung.

Für beide erwähnten Schiffsarten, die Flugzeugträger wie die U-Boote, war der Ausbau der vorhandenen Systeme sowie die Einführung neuer Typen zur Vervollständigung des Verteidigungspotentials der Marine geplant, um "der Bedeutung der Flottenmacht der Vereinigten Staaten" [1] auch aufgrund der Nixon-Doktrin gerecht werden zu können.

Schließlich gab es - trotz allen nachträglichen Zweifels an der Verbindlichkeit der Doktrin per se und der Richtigkeit dieser Auslegung - den Pfeiler der "Stärke" in Richard Nixons außenpolitischem Grundsatzprogramm, den es zu wahren und zu sichern galt, um die Basis der Verhandlungen wie im Falle der Moskauer Gespräche zu haben:

> " With this step we have enhanced the security of both nations. We have begun to check the wasteful and dangerous spiral of nuclear arms which has dominated relations between our two countries for a generation. We have begun to reduce the level of fear by reducing the causes of fear, for our two peoples and for all peoples in the world." [2]

Der absolute Wille zur Aufrechterhaltung der hinter so großen Zielen stehenden Stärke schlägt sich ebenfalls in Nixon's Lagebericht über seine Moskauer Reise nieder:

> " No power on earth is stronger than the United States of American today. And none will be stronger than the United States in the future.
>
> This is the only national defense posture which can ever be acceptable to the United States. This is the posture I ask the Senate and the Congress to protect by approving the arms limitation agreements to which I have referred. This is a posture which, with the responsible cooperation of the Congress, I will take all necessary steps to maintain in our future defense programs." [3]

---

1) Hubert G. Collins: Teil I der Serie "Die militärische Macht der USA im Dienste des Friedens: Die US-Marine rüstet sich für Zukunftsaufgaben." In: Amerika-Dienst, Hintergrundmaterial, Nr. 19 / 1972, S. 2

2) bez. auf den ABM-Vertrag vom 26. Mai 1972.
Richard Nixon: Address to a Joint Session of the Congress..., June 1, 1972, a.a.O., S. 662

3) ebd., S. 663

Macht oder Stärke, mit welchen Begriffen auch immer argumentiert wird, bedeutet in einer solchen Diskussion das nukleare Verteidigungspotetial der Vereinigten Staaten. Jede der drei Teilstreitkräfte suchte in ihren individuellen Modernisierungs- und Ausbauprogrammen zu der Gesamtheit der strategischen Stärke in einer Weise beizutragen, die der Nixon-Administration den Weg zur Realisierung ihrer Vorstellungen von "lasting peace and freedom through national security strategy of realistic deterrence and a foreign policy strategy of vigorous negotiation" [1] ebnen konnte.

f) These 6: "Peace involved a fresh dimension of international cooperation." [2]

Diese neue Dimension internationaler Zusammenarbeit folgte dem zu Beginn der siebziger Jahre immer stärker werdenden Ruf nach der Notwendigkeit, nicht lediglich den Versprechungen fortschrittlicher Technologie und sich daraus erschließender neuer Dimensionen [3] nachzugeben, sondern an Schutz und Erhaltung des ökologischen Gleichgewichts sowie einer Verbesserung der weltweiten Sozialstrukturen tätig zu werden.

Gemäß der 1969 initiierten und im Rahmen der NATO 1971 verwirklichten Idee des "Committee on the Challenges of Modern Society" [4], für die sich vor allem Daniel Patrick Moynihan [5] engagiert hatte, erklärte Richard Nixon auch bezüglich des Jahres 1972 in der Retrospektive, die Zusammenarbeit "jenseits traditioneller Vorstellungen von Doktrin und Geographie ... mit Freund und Feind, in den Vereinten Nationen und in anderen Foren zum Zwecke der Partnerschaft auf globaler Ebene" [6] beschlossen zu haben.

---

1) vgl. Tabelle 3, S. 159 in: Statement of Secretary of Defense Melvin R. Laird ..., March 9, 1971, a.a.O.

2) Shaping A Durable Peace, S. 7

3) so z.B. der Raumfahrt und den daraus resultierenden Erkenntnissen über extraterrestrische Vorgänge und Bedingungen sowie der irdischen Nutzung solcher Forschungsergebnisse.

4) vgl. hierzu S. [illegible] und [illegible]

5) Moynihan hatte zum Beraterstab Nixons gehört, bevor er 1972 zum Botschafter der Vereinigten Staaten in Indien ernannt wurde

6) Shaping A Durable Peace, S. 7

Aus der Perspektive gegenwärtiger westlicher Politik wird gerne übersehen, daß die Außenpolitik der Nixon-Administration nicht lediglich aus Kombinationen von sicherheits- und wirtschaftspolitischen Strategien unter dem Vorzeichen der Entspannung bestand. Auch in den Nixon-Jahren wurde traditionell die Politik der Verfechtung der Menschenrechte, der Unterstützung für Dekolonisierungsbemühungen dritter Länder und der Wahrung internationalen Rechts sowie die Stärkung der Vereinten Nationen in diesen Fragen zumindest deklaratorisch verfolgt.[1)]

Außerdem war selbstverständlich, daß die die erste Nixon-Administration übergreifende außenpolitische Programmatik wie die der Schaffung neuer Friedensordnungen weder an humanitären Fragen noch an den durch Evolution von Gesellschaft und Ideologie veränderten Bedingungen vorbeigehen dürfte oder würde.

Wie bei allen Regierungen, die sich jemals historischer Schritte im Sinne innovatorischer Politik "schuldig" machten, mußte es das Schicksal der Regierung Nixon sein, die durch die Konzentration auf Groß- bzw. Supermachtdétente und die intensiven Friedensbemühungen um Vietnam wie Nahost Präokkupation mit "großer Weltpolitik" auf der Ebene reinen Krisen- und Kriegsmanagements suggerierte, in der Perzeption der weniger betroffenen und beteiligten Länder sich der Vernachlässigung im weniger spektakulären Tagesgeschäft der internationalen Beziehungen schuldig zu machen.

Spätestens im Spiegel der außenpolitischen Jahresberichte wird jedoch deutlich, daß durchaus umfassende Programme bestanden und Aufgaben wahrgenommen wurden, die über die reine Kriegsverhütung hinweg wichtige Lebensbereiche auch peripherer Länder berührten und aus den Bemühungen um die "global challenges of peace" [2)] nicht auszuklammern waren. Zu diesen Herausforderungen gehörten damals wie heute die Fragen, die im weitesten Sinne die Seerechtskonferenz der Vereinten Nationen zu lösen sucht, die Ziele der Raumfahrttechnik mit ihrer Be-

---

1) Vgl. Shaping A Durable Peace, S. 209 - 214

2) ebd., S. 215

deutung für die verschiedensten militärischen und zivilen Aspekte technologischer Entwicklung, das Interesse an wissenschaftlich-technologischem und kulturellem Austausch, die Bedrohungsaspekte des internationalen Terrorismus und dessen Bekämpfung, Probleme globaler Bevölkerungspolitik, das drängende Energieversorgungsproblem und die damit verbundenen Schritte zur Sicherung von Energiequellen sowie die wachsende Problematik internationalen Umweltschutzes. [1]

g) These 7: "Peace demanded the responsible participation of all nations." [2]

Auf der Basis der Nixon-Doktrin, die nun endgültig als zentraler Ansatzpunkt für die Beziehungen zu den Verbündeten im Pazifik u n d im atlantischen Raum bestätigt und als formendes Element in den Beziehungen zu Lateinamerika, Asien und Afrika bezeichnet wird [3], erinnert Richard Nixon in dieser die vorhergehenden fünf Programmpunkte für die Errichtung eines dauerhaften Friedens umspannenden, zentralen Forderung daran, daß die schon so oft bemühte, durch die Entwicklungen der Nachkriegszeit veränderte Welt einer neuen Philosophie bedürfe, die zwei grundsätzliche Prinzipien wiederspiegeln und miteinander vereinen würde:

> " A structure of peace requires the greater participation of other nations, but it also requires the sustained participation of the United States." [4]

Die vordringliche Absicht, den Beitrag anderer Staaten zu einer neuen Friedensstruktur durch einen Aufruf zu intensivierter Übernahme von Lasten und Verantwortlichkeiten zu vergrößern, sollte in der Folge einen wirtschaftlichen und sicherheitspolitischen Ausgleich zwischen den Vereinigten Staaten und ihren Bündnispartnern herbeiführen.

In diesem graduellen Einpendeln zwischen Überengagement und eben jenen Tendenzen, die spätestens nach dem Pariser Vietnamabkommen Befürchtungen

---

1) Shaping A Durable Peace, S. 215 - 229

2) ebd., S. 8

3) ebd., S. 7

4) ebenda

hinsichtlich eines potentiellen "Neoisolationismus" [1] auslösen sollten, lag laut Richard Nixon die eigentliche Absicht der Nixon-Doktrin. Eine "Neue Definition" amerikanischer Führungsgrundsätze, nicht eine "Aufgabe" derselben, sollte die Phase des "verantwortlichen Gleichgewichts" [2] mit den atlantischen wie pazifischen Partnern kennzeichnen:

> " The Nixon Doctrine recognizes that we cannot abandon friends, and must not transfer burdens too swiftly. We must strike a balance between doing too much and thus preventing self-reliance, and doing too little and thus undermining self-confidence.
>
> " The balance we seek abroad is crucial. We only compound if we modify our protective or development resposibilities without giving our friends the time and the means to adjust, materially and psychologically, to a new form of American participation in the world.
>
> " Precipitate shrinking of the American role would not bring peace. It would not reduce America's stake in a turbulent world. It would not solve our problems, either abroad or at home." [3]

Gerade an diesen Worten sollte sich im "Jahr Europas", 1973, das "neue" Konzept für die Beziehungen zwischen den atlantischen Partnern orientieren. Es existieren verblüffend konsequente Äußerungen zu diesem Thema sowohl in dem hier vorliegenden außenpolitischen Jahresbericht vom 3. Mai 1973 und in der Kissinger-Rede vom 23. April 1973, dem Aufruf zur Erneuerung der atlantischen Partnerschaft, als auch in allen

---

1) diese isolationistischen Tendenzen, zu Beginn der siebziger Jahre erstmals seit Roosevelts und Trumans Kriegs- und Nachkriegspolitik wieder als Verhaltenmodus der amerikanischen Öffentlichkeit gegenüber der Außenpolitik ihrer Regierung zu beobachten, waren vornehmlich sicherheitspolitisch, also im Sinne eines Abbaus militärischen Engagements außerhalb der Vereinigten Staaten zu verstehen.

Helmut Handzik zeigt in einer Studie "Zur Frage des Verhältnisses von nationalem Konsens und sicherheitspolitischem Engagement der USA insbesondere in Europa" auf, daß "Isolationismus als eine Politik, deren wichtigster Grundsatz auf der Überzeugung beruht, daß für die Wahrung der Rechte und Interessen der Nation Bündnisse nicht erforderlich sind", als "besonders richtungsweisendes Element in der Geschichte der amerikanischen Außenpolitik" zu betrachten ist, dessen Ursprung auf die Gründerjahre der Vereinigten Staaten zurückführt und begrenzt bis in die heutige Zeit nachwirkt.
Vgl. Helmut Handzik: Der isolationistische Impuls in den USA. SWP - S 256, Januar 1977

2) alle aus: Shaping A Durable Peace, S. 8

3) ebd., S. 8 - 9

drei vorhergehenden Jahresberichten zur Außenpolitik der Vereinigten Staaten in den Jahren 1969 bis 1971. Daß solche Überdeckungen vorhanden waren, wird jedoch hauptsächlich in der Rede von Henry A. Kissinger zum "Year of Europe" transparent.

h) These 8: "Peace had a domestic dimension." [1]

Genauso wie ein Friedensprogramm den internationalen Zusammenhalt fordert, mußte Richard Nixon seine eigene Nation daran erinnern, daß nur ein beständiger innenpolitischer Rückhalt eine beständige Außenpolitik garantieren kann.

Geduld und Verständnis der amerikanischen Bevölkerung waren jedoch strenggenommen schon seit dem Kampf zwischen der isolationistischen Strömung und der massiv interventionalistischen Tendenz Theodore Roosevelts anläßlich der Diskussion um die Frage des Eintritts der Vereinigten Staaten in den ersten Weltkrieg permanent überbeansprucht worden. Nur allzugern wird vergessen, vor welchem Hintergrund die Gründung der Vereinigten Staaten von Amerika erfolgte und wie wenig eigentlich eine so junge Nation unter diesen Vorzeichen durch den alten Kontinent Europa zunächst belastbar sein durfte. Hinzu kommt, daß revisionistische Historiker in den zwanziger Jahren den Beweis antraten, daß nicht nur dieser Weltkrieg, sondern auch die innenpolitischen Auseinandersetzungen Nordamerikas, also der Unabhängigkeitskrieg von 1775 bis 1783, sowie der Bürger- bzw. Sezessionskrieg von 1861 bis 1865, vermeidbar gewesen wären. [2]

Nach der umstrittenen Phase des "New Deal" Franklin D. Roosevelts, der dazu angelegt gewesen war, die sozial- und wirtschaftspolitischen Verstrickungen innerhalb der USA in gesetzlich geregelte Bahnen zu lenken, bildete die angesichts des sich anbahnenden Konflikts neu entstandene Auseinandersetzung zwischen Isolationisten und Internatio-

---

1) Shaping A Durable Peace, S. 9

2) vgl. hierzu: R. B. Nye und J. E. Morpurgo: Geschichte der USA. Goldmann, München, 1964, S. 659 ff

nalisten [1] um einen möglichen Eintritt der Vereinigten Staaten in den 2. Weltkrieg eine weitere Belastung der Nation. Der Weltkrieg selbst, und erst recht das daruf folgende vielfältige außenpolitische Engagement der amerikanischen Regierung nach 1945, das den weiten Weg von der Truman-Doktrin bis zu den kriegerischen Auseinandersetzungen in Vietnam gehen mußte, hatte im amerikanischen Volk wenig Bereitschaft hinterlassen, eine "positive Vorstellung von der Welt und unserem Platz in derselben" [2] zu gewinnen.

Im Zusammenwirken mit dem atlantischen Partner, den Staaten Westeuropas, mußte nun erstmals auf "Politik auf gleicher Ebene" [3] umgedacht werden. Richard Nixon, der 1972 in seinem außenpolitischen Jahresbericht vom 3. Mai 1973 als ein Jahr bezeichnet, in dem trotz "wechselnder Strömungen" eine positive Evolution" [4] stattgefunden hat, stand am Ende seiner ersten Amtszeit doch endlich vor der Möglichkeit, anhand der ersten Erfolge, die seine Politik der "neuen Friedensordnungen" - seine "neue Ära" - inzwischen zeitigte, die amerikanischen Verfechter des "Fortress America" [5] und die europäischen Vertreter der Idee einer separatistischen EG vor ein Projektjahr verstärkter gemeinschaftlicher Wirtschafts- und Sicherheitspolitik zu stellen.

Welches die Enttäuschungen und die Erfolge des "voratlantischen Jahres" waren, und welche Punkte auf der"unbeendeten Agenda" [6] für 1973 stehenbleiben konnten oder mußten, schildert Richard Nixon in diesem Jahresbericht unter dem Aspekt "Strengthening Partnerships". [7]

---

1) Der bei der Wahl Franklin Delano Roosevelts in beiden Häusern an eine bedeutende demokratische Mehrheit gekommene Kongress hielt konsequent an einer isolationistischen Neutralitätspolitik fest, während Präsident Roosevelt und sein Außenminister Cordell Hull sowie ihre Berater schon ab 1935 Amerika ermahnten, daß die Sicherheit der Vereinigten Staaten von der weltpolitischen Lage nicht zu trennen sei.

2) Shaping A Durable Peace, S. 9

3) Max Silberschmidt: The United States and Europe. Rivals and Partners. Harcourt Brace Jovanovich, New York, 1972, S. 202

4) loc. cit. in Anm. 2)

5) loc. cit. in Anm. 3)

6) Shaping A Durable Peace, S. 13

7) ebd., S. 75 - 132

II. Die Stärkung der Partnerschaften: Europa und die Atlantische Allianz

Es ist auch nach längerer und intensiverer Lektüre der außenpolitischen Jahresberichte der Nixon-Administration und nach Abwägen der hier statuierten Meinung gegen Vorgänge im Sinne von historischer Nachweisbarkeit immer wieder überraschend, wie weitgehend die atlantischen Beziehungen im Bild eines ungetrübten Verhältnisses der USA zu ihren europäischen Verbündeten dargestellt werden.

Alle zu Beginn dieses Kapitels von "Shaping A Durable Peace" so definitiv formulierten Aussagen lassen sich jedoch weitgehend relativieren:

> " The United States has regularly renewed its commitment to the flourishing of trans-Atlantic unity with our oldest and closest allies." [1]

Natürlich hatten die Vereinigten Staaten, angefangen bei der Verkündung des Planes für den wirtschaftlichen Wiederaufbau Europas durch den damaligen Außenminister George C. Marshall am 5. Juni 1947 [2] über die Mitunterzeichnung des Nordatlantikvertrages am 4. April 1949 durch seinen Nachfolger Dean Acheson [3] bis hin zu gegenwärtigem Engagement auf westeuropäischem Territorium [4] viel in das Atlantische Bündnis investiert.

---

1) Shaping A Durable Peace, S. 76

2) Der Marshall-Plan bezog sich ursprünglich nicht lediglich auf Westeuropa, sondern schloß die Sowjetunion und ihre späteren Verbündeten in das Angebot mit ein. Stalin lehnte jedoch ab und gründete als Antwort das "Kominform", ein Informationsbüro zur Koordinierung der kommunistischen Parteien der sowjetischen Satellitenstaaten, das 1948 zu Freundschafts- und Beistandpakten mit der Sowjetunion sowie 1949 zur Gründung des Rats für gegenseitige Wirtschaftshilfe (COMECON) führte.
Vgl. Handbuch der NATO, Frankfurt 1957, S. 23 ff und dtv-Atlas zur Weltgeschichte, Bd. 2, Deutscher Taschenbuch Verlag, München 1966, S. 227 - 231

3) ermöglicht durch eine von Senator Vandenberg im April 1948 unter Übereinstimmung mit dem State Department vorbereitete und am 11. Juni 1948 im amerikanischen Senat mit überwältigender Mehrheit (64 gegen 4 Stimmen) angenommene Resolution.
Vgl. "Die Vandenberg-Entschließung" in: Handbuch der NATO, loc. cit., S. 34

Anm. 4) siehe folgende Seite

Spätestens mit der Eskalation des Vietnamkrieges 1965 jedoch, als sich die innerpolitische und -gesellschaftliche Opposition in den Vereinigten Staaten gegen das massive außenpolitische Engagement verstärkte und bis hin zu Watergate mit innenpolitischen Problematiken anderer Art koppelte, wurde der amerikanische Beitrag zum "Gedeihen transatlantischer Einheit" mühsam und somit weniger attraktiv. Insbesondere das wachsende Konfrontiertsein mit innereuropäischen Problemen primär im Hinblick auf eine europäische Integration [1] mußte die mit eigenen Schwierigkeiten ausgelastete Nation ermüden.

Der "älteste und engste" Verbündete Westeuropa war in seinem Verbündetenstatus, gemessen an der Länge des Bestehens der Vereinigten Staaten von Amerika und ihres Engagements in Bündnissen, so alt nicht, als daß er in seiner Beziehung zu seinem "jungen" Verbündeten USA nicht hätte gestört werden können. Somit spricht Richard Nixon mit einigem Grund davon, daß

> " No aspect of U.S. foreign policy commands greater attention and care than our relations with Western Europe " 2),

schlägt aber fünf Jahre später dieser Überzeugung nachträglich ins Gesicht, indem er Europa, das er zentral in seiner Doktrin zum Pfeiler amerikanischer Außenpolitik machte, und nach Vietnam, der UdSSR und China zum Hauptaugenmerk derselben erhoben hatte, in seinen Memoiren [3] mitsamt der Doktrin unter den großen Entspannungs- und Kriegsbeendigungsschritten am Ausgang der siebziger Jahre untergehen läßt. [4]

Anm. 4) der vorhergehenden Seite:

interessanterweise von 1949 an eben die Entscheidungen, die nicht nur die heutige Lebensfähigkeit der Bundesrepublik mitbestimmten, sondern umgekehrt in ihrer institutionalisierten, gegenwärtigen Form (NATO und EG) wiederum in ihrer Lebensfähigkeit von der Mitbestimmung der Bundesrepublik abhängen.

---

1) Vgl. hierzu besonders Dieter Dettke: Allianz im Wandel, a.a.O., Teil II: Die Akteure und ihre Interessen. S. 59 - 176

2) op. cit., Anm. 1)

3) vgl. RN: The Memoirs of Richard Nixon. Sidgwick & Jackson, London, 1978

4) auch Helmut Sonnenfeldt konnte keine sprüchige Erklärung für diesen Umstand finden.

Besonders unverständlich muß erscheinen, daß dieses Europa, das Richard Nixon in dem Jahresbericht vom 3. Mai 1973 in der veränderten Landschaft der internationalen Beziehungen zu Beginn der siebziger Jahre in seinen Problemen wie seinen Chancen als hinlänglich wichtig erachtete, um den Beziehungen mit ihm ein ganzes Jahr programmatisch zu widmen, und dessen Bedeutung sich in beiden Nachfolgeadministrationen primär auf wirtschaftlichem Sektor bewiesen hat, im heutigen Denken eines ehemaligen Präsidenten der Vereinigten Staaten wenig bis nicht existent zu sein scheint.

Natürlich sollte eine historisch-deskriptive Analyse von Politik nicht durch unterschiedlich gelagerte Gewichtungen oder auch die Erinnerungslücken derer belastet sein, die über bestimmte Zeitspannen hinweg an der Formulierung und Ausübung solcher Politik teilhatten. Es liegt in der Natur der Sache, daß sich über längere Zeiträume hinweg Perspektiven verschieben und teils bewußt, teils unbewußt in der Retrospektive anders perzipiert werden. [1)]

Bei Richard Nixon ist jedoch besonders auffallend, daß in seiner Perzeption offensichtlich jene Atlantischen Beziehungen, die Anfang der siebziger Jahre als Basis für eine erfolgreiche Entspannungspolitik konsolidiert werden sollten, und deren internen Veränderungen Rechnung zu tragen daher so intensiv besprochen wurde, nunmehr nicht mehr Beachtung benötigen, als man gewöhnlicherweise "laufenden Aufgaben" zugestehen kann. [2)]

---

1) Martin Hillenbrand nennt einen solchen Vorgang "a rewriting of history".

2) Anders als Helmut Sonnenfeldt hatte Martin Hillenbrand, zu Beginn der Nixon-Administration Under-Secretary of State for European Affairs und nachfolgend Botschafter der Vereinigten Staaten in der Bundesrepublik Deutschland, eine mögliche Erklärung für diesen Umstand geäußert: "Europe ... was not the scene of dramatic successes except in terms. ...If you're trying to write about the things you think important and that outweigh some of the negative features of your administration, then you emphasize the (visit to Moscow and the) policies associated with the summit meetings and SALT I and the ... opening to China and those aspects of your policy. I think that's probably the reason why Western Europe and NATO play such a relatively small role in these memoirs..." (Paris, 2. November 1978)

Noch 1973 schreibt Nixon in seinem außenpolitischen Jahresbericht:

> " The alliance between the United States and Western Europe... was the principal means of forging the common policies that were the source of Western strength in an era of tension and confrontation." [1]

Auch läßt die durch alle Jahresberichte hindurch zurückverfolgbare konsequente Betonung der durch die "period of transition" notwendig gewordenen Verfolgung neuer Richtlinien in der Allianz an eine den Ost-West-Beziehungen gleichrangige West-West-Politik glauben:

> " Both sides of the Atlantic had to recognize that a new balance of power in the world would challenge our unity." [2]
>
> " ... the altered strategic environment created totally new problems of deterrence and defense."
>
> " Expansion of the European Community ... added a new political dimension to economic integration." [3]

Die "drei fundamentalen Aspekte" [4] der atlantischen Beziehungen - die wirtschaftlichen, die militärischen und die politischen - hatten durch eine Veränderung der Prinzipien, die ihnen zugrunde liegen, ein neues Aktionsmuster erforderlich gemacht; alle drei Faktoren waren, wie John F. Kennedy es als vermutlich erster genannt hat, in "Interdependenz" [5] zu bringen.

---

1) Shaping A Durable Peace, S. 76

2) ebenda

3) ebd., S. 77

4) ebenda

5) Diese Art von Interdependenz war zu jenem Zeitpunkt noch explizit auf die Beziehungen der westlichen Länder untereinander formuliert: ausgehend von der Verfassung der Vereinigten Staaten, die aufbauend auf der Unabhängigkeitserklärung den Folgeschritt tat und nicht "independence" sondern "interdependence" unterstrich, also "not the individual liberty of one but the indivisible liberty of all", entstand vornehmlich in den Nationen Westeuropas ein "Geist der Interdependenz". An diese Entwicklung knüpfte Kennedy die Hoffnung, daß ein starkes und Vereintes Europa, das man nicht als Rivale sondern als Partner betrachte, " will be capable of playing a greater role

Fortsetzung d. Anm. s. folgende Seite

Der moderne Sprachgebrauch hat aus dieser wechselseitigen Beeinflussung, der gegenseitigen Abhängigkeit von Staaten [1], den Begriff "linkage" entstehen lassen, wobei der Ursprung dieses Begriffes als nicht geklärt gilt. [2]

Was Richard Nixon nun unter dem Dach des "linkage" vereint wissen will, stellt er unter den Leitgedanken Wirtschaft, Sicherheit und Politik anhand politischer Realität und Planung gegeneinander:

— " In economics, members of the European Community, individually and collectively, stressed regional autonomy, while the United States remained dedicated to the integrity of an open international system."

— " in developing a new and more equitable international economic system that enables the Europeans to reinforce their unity, yet provides equitable terms for the United States to compete in world markets," [3]

Fortsetzung d. Anm. 5) der vorhergehenden Seite:

in the common defense, of responding more generously to the needs of poorer nations, of joining with the United States and others in lowering trade barriers, resolving problems of commerce, commodities, and currency, and developing coordinated policies in all economic, political, and diplomatic areas. We see in such a Europe a partner with whom we can deal on a basis of full equality in all the great and burdensome tasks of building and defending a community of free nations."

Aus diesen Gründen seien die Vereinigten Staaten "ready for a Declaration of Interdependence" und

" prepared to discuss with a united Europe the ways and means of forming a concrete Atlantic partnership between the new union now emerging in Europe and the old American Union founded here 175 years ago."

John F. Kennedy: Address at Independence Hall, Philadelphia, July 4, 1962. In: Public Papers of the Presidents of the United States, John F. Kennedy 1962. U.S. Government Printing Office, Washington, D.C., 1963, S. 538

---

1) und dieses in der West-West-Beziehung vornehmlich innerhalb von Bündnissystemen, völlig anders als in der heute vorrangig gewordenen Anwendung auf die Nord-Süd-Beziehungen.

2) Das Wort hatte sich, wie der Begriff für die Entspannungspolitik, détente, im Sprachgebrauch der Nixon-Administration eingebürgert, um eine Kurzformel für einen sehr komplexen Sachverhalt benutzen zu können. Weder Nixon noch Kissinger sollen die eigentlichen Urheber gewesen sein. Der Begriff war an ungeklärter Stelle entstanden und in der Presse benutzt worden.

3) Shaping A Durable Peace, S. 77

Der "individuell" wie auch "kollektiv" betriebene Hang zur "regionalen Autonomie" der Mitglieder der europäischen Gemeinschaft, der im Widerstreit zum amerikanischen Festhalten an der "Integrität eines offenen internationalen Systems" stand, steht zwar nicht im Widerspruch zu dem Wunsch der US-Administration, durch ein Tarieren im internationalen Wirtschaftssystem eine Verstärkung europäischer Einheit einerseits sowie gerechtere Handelsbedingungen für die Vereinigten Staaten auf dem Weltmarkt andererseits zu erlangen; trotzdem drängt sich hier erneut die Frage auf, wie weit die Einheit Europas wirklich als amerikanisches Ziel glaubhaft erscheinen kann und nicht im Sinne einer drohenden Ausweitung bzw. Intensivierung der oben bemängelten "regionalen Autonomie" verstanden werden muß.

Betrachtet man diesen Sachverhalt einmal losgelöst von der Problematik wirtschaftlicher Verflechtung, und auch getrennt von den sicherheits- und außenpolitischen Interessen auf beiden Seiten des Atlantiks (die auf viel offensichtlichere Weise eine gemeinsame Basis haben), so bleibt lediglich abzuwägen, ob ein Vereinigtes Europa letzten Endes ein kooperativerer Partner zu sein verspricht, oder ob gerade dieses Europa aufgrund eines gestärkten Selbstvertrauens die Konsultation mit dem Partner USA verringern würde.

Henry Kissinger betrachtete in seinem Werk "The Troubled Partnership" die Einheit Europas als "kein Allheilmittel für atlantische Meinungsverschiedenheiten." [1] Ganz im Gegenteil befand er:

> " Sie könnte die Differenzen in vieler Beziehung sogar eher vergrößern als verkleinern. In dem Maße, in dem Europa Gestalt annimmt, wird es immer besser imstande sein, auf Unterschieden zu bestehen, die im letzten Grunde eher strukturell als personell bedingt sind. Ausdrücke wie 'unteilbare Interessen' sind zutreffend, solange man sie auf die Verteidigung Europas oder die Ost-West Beziehungen anwendet, im übrigen wirken sie beinahe wie Gemeinplätze. Eine kluge Bündnispolitik wird nicht alles auf die Erwartung abstellen, man könne auf weltweiter Basis gemeinsame Stellungnahmen entwickeln; sie wird auch der Tatsache Rechnung tragen, daß die Interessen Amerikas und Europas nicht überall identisch sind." [2]

---

1) Henry A. Kissinger: Was wird aus der westlichen Allianz ? Econ-Verlag, Wien, Düsseldorf, 1965, S. 270

2) ebenda

Da die Architektur Nixon'scher Außenpolitik in allen Bereichen Kissingers Handschrift trug, darf man annehmen, daß auch in den von ihm und seinem Stab erarbeiteten außenpolitischen Jahresberichten [1] diese fundamentale Erkenntnis berücksichtigt worden ist. Vielleicht wird gerade deshalb an einer Stelle wie dieser, an der versucht wird, die Grundlinien gemeinsamen Handelns zu revidieren, um die Einbrüche zwischen jeweiligen nationalen Interessen und der Bündnispolitik aufzufangen, so bewußt mit dem Begriff europäischer Einheit jongliert.

Verteidigungspolitisch konnte am Einheitswunsch nichts zu deuten bleiben; auf diesem Sektor unterlag das ewige Theorie-Praxis-Problem weniger der interpretierenden Diskrepanz zwischen Wunsch und Realität, sondern viel greifbarer der Auseinandersetzung zwischen bündnisinterner Planung und politischer Machbarkeit.

Die Partner der Atlantischen Allianz hatten ihre Verteidigungsstrategien den veränderten Gleichgewichtsverhältnissen mit der Sowjetunion anzupassen und gleichzeitig in den Rüstungsbegrenzungs- sowie Truppenreduzierungsverhandlungen neue Positionen abzustecken; dazu mußten jedoch die Verteidigungsbeiträge im Bündnis sowohl durch standardisierende Maßnahmen als auch durch eine Umverteilung der Verteidigungslasten den neuen Erfordernissen angeglichen werden:

— " Militarily, unity was the predominant factor: the NATO allies operated on the principle of integrated forces and common strategic planning. But forces designed when the United States enjoyed an unqualified strategic advantage had not been fully adjusted to the reality of a more nearly equal strategic balance with the Soviet Union."

— " in providing a strong defense with the forces necessary to carry out a realistic strategy in light of the nuclear balance of the 1970's while meeting our mutual defense commitments with an equitable sharing of the burdens;" [2]

---

1) vgl. hierzu Anm. 5) auf S. 70

2) Shaping A Durable Peace, S. 77

Doch auch hier bedeutete die Umsetzung der Planung in die Realität eine Entwicklung, die auf beiden Seiten des Atlantiks zu Mißverständnissen und Auseinandersetzungen führte. [1)]

Gerade in der ersten Nixon-Administration hatte die Frage von pro- oder anti-amerikanischem Sentiment noch eine entscheidende Rolle in der Beziehung der Europäer untereinander gespielt. Besonders Frankreich und die Bundesrepublik, die sich im Umbruch ihrer rein bilateralen Beziehungen zueinander, aber auch in einer schwierigen Übergangsphase im Zusammenspiel mit den Vereinigten Staaten insofern befanden, als speziell die Bundesrepublik ihre francophonen [2)] wie amerikanophilen Tendenzen gegeneinander abzuwägen hatte, standen im Brennpunkt transatlantischer Interessen.

Frankreich, in seiner außen- und sicherheitspolitischen Geschäftsführung auch Anfang der siebziger Jahre noch entscheidend geprägt vom "Erbe" de Gaulle's und somit an die "nationale Verteidigungshoheit, also Ablehnung von Strukturen militärischer Integration" [3)] im Rahmen des atlantischen Bündnisses und an die "ausschließliche Verfügungsgewalt über die Nuklearstreitkräfte, also die Weigerung, Gemeinschaftslösungen in Aussicht zu nehmen, die eine nukleare Teilhabe zum Inhalt haben" [4)] gebunden, verhielt sich bezüglich MBFR nach wie vor ableh-

---

1) J. Robert Schaetzel, partiell in der Kennedy- und Johnson-Administration (1962-1966) "Deputy Assistant Secretary of State for Atlantic Affairs" und danach (1966-1972) Botschafter der Vereinigten Staaten bei den Europäischen Gemeinschaften in Brüssel, machte speziell der Nixon-Kissinger-Administration den Vorwurf, daß die Einheit zwischen den Atlantischen Partnern, hier (vgl. Anm. 2, op. cit.) als "prädominanter Faktor" bezeichnet, empfindlich durch die selektive Konsultation, die mit den einzelnen Bündnispartnern bzw. einzelnen Mitgliedern der EG und weniger bis gar nicht kollektiv in den entsprechenden Gremien stattfand, gestört worden sei.
Vgl. J. Robert Schaetzel: The Unhinged Alliance: America and the European Community. Harper & Row, New York, 1975

2) Der Begriff ist hier nicht von Alfred Grosser übernommen, wird jedoch von diesem als wahrhaft politischer bezeichnet.

3) Walter Schütze: Frankreichs Außenpolitik im Wandel von de Gaulle zu Pompidou. In: Europa-Archiv, 27. Jg., Folge 1 / 1972, S. 13

4) ebenda

nend [1], womit es die Ostpolitik der Bundesrepublik nicht gerade hilfreich unterstützte; bezüglich der SALT-Verhandlungen und der ersten Vertrags- und Abkommensunterzeichnung zur Begrenzung strategischer Offensiv- und Defensivwaffen zwischen den USA und der UdSSR [2] im Mai 1972 mußten sich alle Europäer, besonders aber die europäischen Nuklearwaffenstaaten Frankreich und Großbritannien in die Rolle des Zuschauers verwiesen fühlen.

Speziell für Frankreich war mit dem Passus

> " The USA and the USSR attach major importance to preventing the development of situations capable of causing a dangerous exacerbation of their relations. Therefore, they will do their utmost to avoid military confrontations and to prevent the outbreak of nuclear war. They will always exercise restraint in their mutual relations, and will be prepared to negotiate and settle differences by peaceful means. Discussions and negotiations on outstanding issues will be conducted in a spirit of reciprocity, mutual accomodation and mutual benefit." 3)

der Grundstein für seine besonders durch Jobert so offen und so heftig ausgetragene Kritik am 1973 folgenden Abkommen über die Verhinderung eines Atomkrieges [4] zwischen den USA und der UdSSR gelegt.

---

1) vgl. hierzu auch Uwe Nerlich: Die Rolle beiderseitiger Truppenverminderung in der europäischen Sicherheitspolitik. In: Europa-Archiv, 27. Jg., Folge 5 / 1972, S. 161 - 168

2) der Vertrag über ABM (antiballistic missile systems), das Interimsabkommen über weitere strategische Offensivwaffen, ICBM und SLBM (intercontinental ballistic missile und submarine-launched ballistic missile) -launchers, sowie das daran angeschlossene Protokoll, alle vom 26. Mai 1972 in Moskau.

3) In: Text of the Basic Principles of Relations Between the United States of America and the Soviet Socialist Republics. May 29, 1972, Absatz 2. In: Public Papers of the Presidents, Richard Nixon 1972, a.a.O., S. 633

4) U.S.-Soviet Agreement on the Prevention of Nuclear War. Text in: Kissinger and Detente, a.a.O., S. 152

Die Bundesrepublik, ihrerseits wie Großbritannien deutlich als Befürworter der MBFR-Verhandlungen auftretend, mußte sowohl in bezug auf die sich seit Jahren wiederholenden Drohgebärden aus der Richtung Mansfield'scher Truppenabzugsbemühungen als auch als durch ihre ostpolitischen Neuordnungsinitiativen [1] den traditionell Ostpolitik betreibenden Staat Frankreich ablösende Kraft [2] ihren Stellenwert im Bündnis speziell zwischen Frankreich einerseits und den Vereinigten Staaten andererseits neu definieren und festlegen.

In der Forderung der Vereinigten Staaten, die amerikanisch-europäische Zusammenarbeit auch

> — " in building a common framework for diplomacy to deal with fundamental security issues - such as mutual and balanced force reductions - in the new international environment, reconciling the requirements of unity with those of national interest " [3]

lebensfähig zu erhalten, konnte sich folglich das vitale Interesse der Bundesrepublik Deutschland an den MBFR-Gesprächen bestätigt sehen.

Da sie auf westlicher Seite unter den Teilnehmern an den Wiener Verhandlungen durch ihre Grenzlage zu Staaten des Warschauer Pakts eine Art Schlüsselterritorium bildet [4], galt es, sich in der Konfrontation mit den teilnehmenden Staaten des Warschauer Pakts [5] frühzeitig eine Position zu sichern, aus der heraus "einseitige Rückzüge der Verbün-

---

1) vor der Unterzeichnung des Grundlagenvertrages im Dezember 1972 immerhin schon verankert in den Verträgen von Moskau und Warschau (1970) und dem Viermächteabkommen über Berlin sowie dem Transit-Abkommen mit der Deutschen Demokratischen Republik (1971).

2) Alfred Grosser weist in seiner Bestandsaufnahme über "die westeuropäischen Länder und die USA seit dem Krieg" darauf hin, daß die "großen deutschen Verzichte" der Verträge von 1970/72, geschehen "im Interesse der Entspannung, des Friedens und der menschlichen Beziehungen mit den Einwohnern des anderen deutschen Staates... im Westen sofort wieder ein gewisses Mißtrauen weckte(n)" und speziell Pompidou "sehr empfindlich auf die Prestigeverlagerung von Paris nach Bonn" reagierte.
vgl. Alfred Grosser: Das Bündnis. Carl Hanser Verlag, München, Wien, 1978, S. 348 - 349

3) Shaping A Durable Peace, S. 78

4) die anderen westeuropäischen Teilnehmer - Großbritannien, Belgien, Luxemburg und die Niederlande - befinden sich ja wie die nordamerikanischen Partner USA und Kanada nicht in dieser spezifischen Grenzsituation.

5) neben der Sowjetunion die DDR, Polen und die Tschechoslowakei

deten zu verhindern bzw. deren destabilisierende Wirkungen aufzufangen" [1] möglich sein mußte.

Die Planungen zu "vertrauensbildenden Maßnahmen" [2], schon im März 1971 von der Bundesrepublik bei der NATO angeregt, sollten einen Brückenkopf zu entsprechenden Verhandlungen zur Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) bilden. [3]

Im vierten Jahresbericht der Nixon-Administration liest sich der Verknüpfungsaspekt von MBFR und KSZE eher umgekehrt.

Etwas mißtrauisch als eine Konferenz "weitgehend symbolischen" Charakters bezeichnet, deren Ziel und Zewck eine Bestätigung des "territorialen und politischen status quo in Europa" [4] sein würde, werden die ursprünglichen Bedenken am Sinn einer solchen Konferenz zunächst einmal ungewöhnlich scharf formuliert:

> " We were sceptical about symbolic acts that failed to deal with the substance of East-West tensions. The urgent issues of European security were the tensions over Berlin and Germany and the military confrontation in Central Europe. We could not hand over our responsibilities in Berlin to a European conference. If we could not make progress on a central issue such as Berlin, the results of a broad conference would be illusory. To stimulate an atmosphere of detente through symbolic gestures could only lead to disillusionment and insecurity. " [5]

---

1) Helga Haftendorn: Abrüstungs- und Rüstungskontrollpolitik. In: Hans-Peter Schwarz (Hrsg.): Handbuch der deutschen Außenpolitik. R. Piper & Co. Verlag, München, 1975, S. 528

2) z.B. Vorankündigung von Manövern bzw. Austausch von Manöverbeobachtern zwischen der NATO und dem WP sowie Bewegungsbeschränkungen.

3) vgl. Helga Haftendorn, loc. cit., S. 528 und 529

4) Shaping A Durable Peace, S. 89

5) ebd., S. 90

Als Voraussetzung für die "Akzeptabilität" [1] einer solchen Konferenz wurde allerdings nicht nur das Sicherheitsproblem Berlin oder "Deutschland" bzw. das sich nicht zuletzt daraus ergebende Sicherheitsrisiko militärischer Konfrontation in Zentraleuropa genannt. Vielmehr spannten die Vorstellungen über breite Lösungswünsche für "territoriale wie politische Fragen" [2] der potentiellen Teilnehmerstaaten einen Bogen bis hin zur Begrenzungsproblematik der strategischen Rüstung der beiden Supermächte.

Erst als 1970 die Bundesrepublik ihre Verträge mit der Sowjetunion und Polen und die Vier Mächte 1971 das Abkommen über Berlin [3] abgeschlossen hatten und der Bogen außerdem 1972 durch den Vertragskomplex zwischen den USA und der UdSSR zu SALT I [4] gespannt war, hielt es die amerikanische Regierung anläßlich eben dieses Gipfeltreffens vom Mai 1972 für gegeben, ihre Zustimmung zu einer Europäischen Konferenz zu geben.

All die vorbereitenden Aktionen, die letztendlich eine KSZE ermöglichten, führten laut Richard Nixon's Jahresbericht "Shaping A Durable Peace" nunmehr zur weitaus "spezifischeren und zentraleren Sicherheitsfrage" [5] der beiderseitigen und ausgewogenen Truppenreduzierungen in Europa. "Zentral", nicht nur im geographischen Anwendungsbereich der geplanten Truppenrückzüge und -verminderungen, wollten die Vereinigten Staaten diese Verhandlungen auch für die Behandlung von Fragen der atlantischen politischen Einheit verstanden wissen:

> " Perhaps more than any other single issue, the problem of force reductions crystallizes the basic issue of reconciling Alliance unity and national diversity. We will need an unprecedented degree of unity on fundamental military and political security questions. The outcome of the negotiations will affect the entire Alliance, regardless of who sits at the table or which forces are reduced. Indeed, the very process of negociating will test our common purposes." 6)

---

1) Shaping A Durable Peace, S. 90

2) ebenda

3) all vgl. Kap. II., 2. c): Ost-West-Beziehungen in Europa

4) Vgl. S. 70, loc. cit. in Anm. 1)

5) ebd., S. 91

6) ebenda

So sehr vor dem Hintergrund solcher Mahnungen vornehmlich im "Jahr Europas" Friktionen in der Verfolgung der "gemeinsamen Ziele" auftreten sollten, hielten dennoch die Vereinigten Staaten an der Auffassung fest, daß sie die "Sicherheit des Bündnisses nicht den sowjetisch-amerikanischen Beziehungen unterordnen" [1] wollten und sich der europäischen Bedenken in dieser Hinsicht voll bewußt seien. Das Schwanken der Westeuropäer, zumindest in den politisch gewichtigeren Partnerstaaten Bundesrepublik Deutschland, Frankreich, Großbritannien und Italien zwischen einer gewissen Entspannungseuphorie und einer eher skeptischen Haltung [2] gegenüber den sowjetisch-amerikanischen Annäherungsschritten findet in der Aussage, die "wiederholte amerikanische Versicherung", die Sicherheit der Allianz als vorrangig zu behandeln, habe die europäische Sorge um diese Frage "nicht erleichtern" [3] können, ihre Bestätigung.

Die Frage der "Atlantischen Partnerschaft und Europäischen Einheit" [4], wie auch in den vorhergehenden Jahresberichten ein zentraler Aspekt der Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und Westeuropa, sollte sich jedoch herausgehoben aus den europäischen Verhandlungen auf der Ebene der Ost-West-Beziehungen wieder auf die drei vordringlichen Dimensionen der Allianz konzentrieren:

- die wirtschaftliche Dimension,
- die verteidigungspolitische und militärische Komponente und
- die rein diplomatischen Beziehungen innerhalb des Bündnisses, letztere im Kontext der sich verändernden Lage im internationalen System.

---

1) Shaping A Durable Peace, S. 92

2) vgl. hierzu auch die Anmerkungen im Kapitel "Entspannung in Europa" von/in Walter Laqueur: Europa vor der Entscheidung. Kindler, München, 1978, S. 228 - 277, bes. S. 235

3) loc. cit. in Anm. 1)

3) ebd., S. 78

1. Atlantische Partnerschaft und Europäische Einheit

a) Die wirtschaftliche Dimension

Ein dominanter Faktor europäischer Einigungspolitik auf dem wirtschaftlichen Sektor dürfte zweifelsohne der mit dem Vertrag vom 22. Januar 1972 besiegelte Beitritt des Vereinigten Königreichs und der Republik Irland, sowie Dänemarks und Norwegens zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) und zur Europäischen Atomgemeinschaft (EAG) [1] gewesen sein.

Die lange und komplizierte [2] Vorgeschichte zur Erweiterung der Europäischen Gemeinschaften um diese vier Staaten, deren initiative Absichtserklärungen auf den 10. bzw. 11. Mai 1967 zurückdatieren und die nach Institutionalisierung der Verhandlungen am 30. Juni 1970 immerhin noch über 18 Monate mit den Mitgliedstaaten berieten [3], findet im vorliegenden Jahresbericht keinerlei Erwähnung.

Die offizielle Erklärung des Weißen Hauses [4], am 22. Januar 1972 in Key Biscayne veröffentlicht, in der die Unterzeichnung des Vertrages "begrüßt" und als "historischer Akt" bezeichnet wird, versichert die Europäische Gemeinschaft der weiteren Unterstützung durch die Vereinigten Staaten und "bekräftigt" erneut die Auffassung, "daß die engste Zusammenarbeit zwischen den Vereinigten Staaten und dem entstehenden Europa ein Grundpfeiler der amerikanischen Außenpolitik ist."[5]

---

1) Siehe hierzu den Vertrag vom 22. Januar 1972 über den Beitritt des Königreichs Dänemark, Irlands, des Königreichs Norwegen und des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und zur Europäischen Atomgemeinschaft. In: Europa-Archiv, 27. Jg., Folge 5 / 1972, S. D 123 - 125

2) kompliziert vor allem in den nationalen Mechanismen der Meinungsbildung sowie Entscheidungsfindung, aber auch schwierig in Entscheidungsstruktur und -prozess bei den Verhandlungen mit den schon vorhandenen Mitgliedstaaten.

3) eine Übersicht hierüber findet sich in der "Zusammenfassung der Ergebnisse der Beitrittsverhandlungen, veröffentlicht durch die Kommission der Europäischen Gemeinschaften am 19. Januar 1972" (gekürzt). In: Europa-Archiv, 27. Jg., Folge 5 / 1972, S. D 115 - 122

Fortsetzung d. Anm. s. folgende S.

Ein gutes Jahr später scheint dieser "Notenoptimismus" gedämpft. Es wird zugegeben, daß die Vereinigten Staaten auf dem Polster, das sie in der Nachkriegszeit zum Wiederaufbau seiner Wirtschaft vorgegeben hatten, von dem sich einigenden Europa und dessen wirtschaftlicher Integration die Entwicklung einer "signifikanten politischen Dimension" erwartet hatten, die Amerika "von vielen Bürden befreien" [1] würde. Ein solches burden-sharing in der rein ökonomischen Dimension sollte besonders auf den Gebieten der Außenhandels- und der Währungspolitik [2] in ein gemeinsames Vorgehen einmünden.

Aufbauend auf seiner Erklärung vom 15. August 1871, in der er vier Punkte [3] zu einer neuen Wirtschaftspolitik der Vereinigten Staaten

---

Fortsetzung d. Anm. d. vorhergehenden Seite:

vgl. außerdem hierzu weitere Stellungnahmen der zusammenfassenden Darstellung "Probleme der europäischen Einigung". Die Beitrittsakte zur Erweiterung der europäischen Gemeinschaften. ebd., S. D 111 - 134

4) White House Statement About A Treaty Admitting New Members Into The European Economic Community. January 22, 1972.
In: Public Papers of the Presidents, 1972, a.a.O., S. 77 - 78

5) ebd.,S. 78

---

1) Shaping A Durable Peace, S. 78

2) hier insbesondere der "fundamentalen Reform des internationalen Währungssytems", ebd., S. 79

3) Die ersten beiden Punkte beziehen sich rein innenpolitisch auf die Notwendigkeit, neue Arbeitsplätze für die rund 2 Mio. aus Vietnam zurückgekehrten Soldaten zu schaffen und die das Ansteigen der Lebenshaltungskosten, also die inflationären Tendenzen im Lande, zu stoppen.

Die anderen beiden Punkte stellen sich unter dem Aspekt einer innenpolitischen Maßnahme mit internationaler Dimension dar: der Schutz der Position des amerikanischen Dollars als Säule weltweiter monetärer Stabilität, durch einerseits die zeitweilige Aufhebung der Goldkonvertibilität des Dollars und andererseits die ebenfalls temporäre Erhebung einer Zusatzsteuer von 10 % auf sämtliche Importe in die Vereinigten Staaten.

Vgl. hierzu: Address to the Nation Outlining a New Economic Policy: "The Challenges of Peace". August 15, 1971
In: Public Papers of the Presidents, Richard Nixon, 1971, a.a.O., S. 886 - 891

unter dem Aspekt "The Challenge of Peace", d.h. einer sich einem Frieden in Vietnam zuneigenden Situation, deklarierte, hatte Richard Nixon noch in seinem Bericht zur Lage der Nation vom 20. Januar 1972 [1] die "neue Verhandlungsperiode an der internationalen Wirtschaftsfront" [2], die mit einer neuen internationalen Wirtschaftsordnung die Nation Amerika, ja den ganzen Globus an einen internationalen Wendepunkt gebracht habe, gefeiert.

In dem eine Woche später dem Kongress übermittelten Wirtschaftsbericht [3] betonte er die Nützlichkeit der internationalen Beratungen zur Stabilisierung der Wechselkursraten, einer damit verbundenen Reform des internationalen Währungssystems, einer Reduzierung der Handelsschranken, die sich teilweise höchst ungünstig für die Vereinigten Staaten auswirkten, sowie einer davon ausgehenden Wiederaufhebung der amerikanischen Zusatzimportsteuer und einer ausgewogeneren Verteilung der Verteidigungslasten im Bündnis.

Und auch in einer am 27. Oktober 1972 abgegebenen Erklärung über die Zusammenarbeit mit der Europäischen Gemeinschaft, die die am 19. und 20. Oktober 1972 in Paris zusammengetretene Gipfelkonferenz der Mitgliedstaaten der erweiterten Europäischen Gemeinschaft kommentierte, hieß es noch wohlwollend:

> " ... I wish to reaffirm our commitment to work with the members of the European Community for reform of the international economic system in a way which will bring about a new freedom of world trade, new equity in international economic conduct, and effective solutions to the problems of the developing world.
>
> ... The October 21 Summit declaration is evidence that our European partners are equally dedicated to the success of these efforts..." [4]

---

1) Annual Message to the Congress on the State of the Union, January 20, 1972. In: Public Papers of the Presidents, 1972, a.a.O., S. 41 - 74

2) ebd., S. 50

3) Annual Message to the Congress: The Economic Report of the President. January 27, 1972. In: Public Papers..., 1972, loc. cit., S. 111 - 114

4) Statement About United States Cooperation With the European Community. October 27, 1972. ebd., S. 1049

Die Erklärung, die die EG-Mitgliedstaaten nach Beendigung der Konferenz abgegeben hatten , beinhaltete im Wesentlichen eine Bekräftigung des Willens zur Zusammenarbeit der europäischen Länder für sozialen und wirtschaftlichen Fortschritt innerhalb der Gemeinschaft auf der Basis der Regelung und Koordinierung regionaler Problemstrukturen.

So wurde allein im Bereich der Wirtschafts- und Währungspolitik ein ganzer Katalog von Beschlüssen vorgestellt, die im Laufe des Jahres 1973 verwirklicht werden sollten. Darunter fiel u.a. die Errichtung eines Europäischen Fonds für währungspolitische Zusammenarbeit, der es der Gemeinschaft ermöglichen sollte, durch intensivierte Maßnahmen wie z.B. konzertierte Aktionen der Notenbanken eine gemeinsame Position zu schaffen, durch die eine Reform des internationalen Währungssystems möglich und tragbar werden könnte.

Außer einer entsprechenden Regionalpolitik wurden auch im Bereich der Sozial-, Umwelt- und Energiepolitik, sowie der Industrie-, Wissenschafts- und Technologiepolitik anzustrebende Grundlagen für ein gemeinsames Vorgehen genannt.

Beim Thema "Außenbeziehungen" einigte man sich auf die übliche Versicherung, daß man den wachsenden Anforderungen an Europa wohl gewahr sei und in diesem Rahmen besonders die Ziele und Maßnahmen der Entwicklungshilfepolitik der Gemeinschaft unterstützen und ausbauen wolle, wofür ebenso wie für die Förderung eines ausgewogeneren Welthandels das Jahr 1973 als programmatischer Fixpunkt gewählt wurde.

Sowohl in der außenpolitischen Zusammenarbeit als auch in der Institutionenpolitik wurde vereinbart, bis zum 30. Juni 1973 Verbesserungsvorschläge in einem Bericht der Außenminister einzubringen bzw. schon praktische Maßnahmen betreffend der gemeinsamen Handlungs- und Entscheidungsverfahren zu ergreifen.

Über alle Planungen und Entschlüsse wurde abschließend das Fernziel gesetzt, bis zum Ende der siebziger Jahre "die Gesamtheit der Beziehungen der Mitgliedstaaten in eine Europäische Union umzuwandeln." [1)]

---

1) Vgl. zu allen Punkten die Erklärung der Konferenz der Staats- bzw. Regierungschefs der Mitgliedstaaten der erweiterten Europäischen Gemeinschaften in Paris am 19. und 20. Oktober 1972. In: Europa-Archiv, 27. Jg., Folge 21 / 1972, S. D 502 - 508, hier bes. S. D 508

Letztere Willenserklärung entsprach gänzlich der wiederholten Beteuerung der Regierung Nixon, sie unterstütze und wünsche die Europäische Einigung. Die "Bühne" für "umfassende Gespräche mit unseren europäischen Partnern" [1] sei errichtet, heißt es, die zu klärenden Fragen seien keine abstrakten und die Europäische Einheit stehe außer Frage, ebenso wie die Notwendigkeiten der gemeinsamen internen und externen Politik, die diese Einheit förderten. [2]

Was also hatte Richard Nixon veranlaßt, den Europäern vorzuwerfen, sie verfolgten wirtschaftlichen Regionalismus [3], wollten aber gleichzeitig Verteidigungsschutz und ein unvermindertes politisches Engagement Amerikas erhalten? Die sich aus dieser Einschätzung ergebende "fundamentale Frage" stellt sich für Nixon so:

> " Can the principle of Atlantic unity in defense and security be reconciled with the European Community's increasingly regional economic policies?" [4]

Vergessen scheinen die optimistischen Wirtschaftsprognosen, mit denen amerikanische Finanz- und Wirtschaftsexperten das Jahr 1972 eingeläutet hatten. Man hatte der Außenwirtschaft der Vereinigten Staaten einen "Exportüberschuß", eine "Verbesserung der Zahlungsbilanz" und eine "verstärkte Kreditnachfrage" [5] prophezeit.

Vergessen scheint auch ein weiterer positiver Aspekt zu Jahresbeginn: die gemeinsame Erklärung der Vereinigten Staaten und der Europäischen Gemeinschaft vom 11. Februar 1972, in der umfassende Außenhandelsgespräche im Rahmen des GATT (General Agreement on Tariffs and Trade) für das Jahr 1973 beschlossen wurden [6], und die Finanzminister John

---

1) Shaping A Durable Peace, S. 80

2) ebd., S. 81

3) ebd., S. 79

4) ebenda

5) vgl.: Optimistische amerikanische Wirtschaftsprognosen. Übereinstimmende Erwartungen für 1972. In: NZZ, 1. 1. 1972

6) Zum Text der gemeinsamen Erklärung vom 11. Februar 1972 vgl.: 1973 Global Trade Talks proposed. In: U.S. Wireless Bulletin, 14. 2. 1972, S. 3 - 4

B. Connally als "step forward in the effort to assure fair trade practices, an effort that began with President Nixon's announcement of last August 15" [1] lobte.

Spätestens durch die Ereignisse vom Mai 1972 war die geplante neue Währungsordnung durch innenpolitische Meinungsverschiedenheiten [2] und außenpolitische Interessendivergenzen betreffend der Mechanismen der Koordination von Währungs- und Handelsfragen [3] an die Schwelle eines "High summer for monetary non-reform" [4] geraten.

Mitte Juni stürzte das Pfund auf einen neuen Tiefstkurs und die Regierung Großbritanniens sah sich gezwungen, den Sterling-Kurs freizugeben. Die Bundesrepublik, im Gegensatz zu Frankreich zu diesem Zeitpunkt noch fest entschlossen, einem "Floating" aus dem Wege zu gehen, d.h. an vereinbarten Wechselkursen gegenüber dem Dollar [5] festzuhalten, erwog bereits Mitte Juli eine solche Freigabe als mögliche "Zwischenlösung zur außenwirtschaftlichen Absicherung bis zur Neuordnung des Weltwährungssystems." [6]

---

1) Treasury Statement on U.S.-Common Market Accord. In: U.S. Wireless Bulletin, 14. 2. 1972, S. 1

2) Arthur F. Burns, Vorsitzender des Federal Reserve Board, der Notenbank der Vereinigten Staaten, war mit einem Reformvorschlag zur Neuordnung des internationalen Währungssystems und mit der Auffassung, der Dollar könne trotz der vorangegangenen Abwertungen auch weiterhin als Reservewährung gelten, auf den Widerstand und die Kritik des Finanzministeriums gestoßen, obgleich sich der IMF (International Monetary Fund) und verschiedene ausländische Stimmen positiv dazu geäußert hatten.

3) Die USA hatten dem Ministerrat der OECD (Organization for Economic Cooperation and Development) für diese Frage eine besondere Arbeitsgruppe vorgeschlagen, deren Schaffung von den Europäern jedoch abgelehnt worden war, da sie im amerikanischen Vorschlag eine Behinderung der Zuständigkeiten des IMF und GATT sahen.

4) In: The Economist, June 17, 1972, S. 81 - 82

5) so geschehen in sogenannten "Smithsonian Agreement" des Zehnerclubs vom 18. Dezember 1971 in Washington. Vgl. hierzu:Remarks Announcing a Monetary Agreement Following a Meeting of the Group of Ten. December 18, 1972. In: Public Papers of the Presidents, 1971, a.a.O., S. 1196, Anm. 1 und: Der Dollar muß sich selber retten. In: Die ZEIT, 14. Juli 1972, S. 27

6) Sondergutachten zur währungspolitischen Lage im Juli 1972. Bundesrat : Drucksache 414 / 72, Bonn, 11. Juli 1972, S. 7

Auf der Londoner Währungskonferenz, zu der am 17. und 18. Juli 1972 die Finanzminister der erweiterten Gemeinschaft zusammentrafen, konnten sich die Europäer trotz des massiven Dollarzustroms an die europäischen Notenbanken nicht zum Floaten ihrer Währungen durchringen.

Statt dessen stützte der Federal Reserve Board einen Tag nach Beendigung der Konferenz zum ersten Mal seit den unseligen Entwicklungen nach dem 15. August 1971 durch massive Devisenkäufe den Dollar. [1)]

Arthur Burns, durch das Ausscheiden von Finanzminister John Connally aus dem Amt in seiner Position gestärkt, sah sich nunmehr in der Lage, zu seinen Reformvorschlägen vom Frühjahr zurückzukehren, in denen er u.a. eine Verstärkung der Konsultation und Kooperation zwischen den Industriestaaaten und einen Abbau der Bedeutung des Goldes für den internationalen Markt befürwortet hatte.

Daß jedoch gerade die Kombination dieser beiden Punkte des Burns'schen Programms auf ebensowenig Beachtung wie Verständnis stoßen sollte, beweist allein die seit Anfang August 1972 im Gespräch stehende Planung Frankreichs und Italiens, den Goldpreis bis hin zu einer Verdoppelung zu erhöhen.

Die Bundesrepublik, im Sinne einer Vormachtstellung auf dem währungspolitischen Sektor eher ein Rivale Frankreichs, verhielt sich zurückhaltend bis ablehnend. [2)] Der IMF, der - hauptsächlich wohl durch den sich verstärkenden Preisunterschied des Goldes vom privaten zum offiziellen Markt - Alternativen zum Gold als Reservewährung empfahl [3)], schien durch diese Überlegung eine Goldpreiserhöhung ebenfalls nicht befürwortet zu haben.

---

1) Vgl.: Zum ersten Male: Die USA stützen den Dollar. In: SZ, 21. Juli 1972, S. 23

2) Vgl. hierzu: Französisch-italienische Goldpläne stoßen auf viele Vorbehalte. In: Das Handelsblatt, 3. August 1972, S. 1 und Gold: A French Viewpoint. In: The Times, 4. August 1972, S. 17

3) Vgl. das Kapitel "the role of gold" in: Reform of the International Monetary System. A Report by the Executive Directors to the Board of Governors. International Monetary Fund, Washington, D.C., 1972, S. 34 - 36

Die Regierung der Vereinigten Staaten selbst verhielt sich ruhig. Richard Nixon stand nun, ein Jahr nach seiner Geschichte machenden Rede, die er als einen der sechs kritischen Schritte im Hinblick auf seine Wiederwahl [1] bezeichnet hatte, praktisch am Vorabend dieser Wahl.

Während die europäischen Medien eine Art Jahresbilanz zogen [2] und ihm im Bereich der nationalen Wirtschaft durchaus gewisse Erfolge bescheinigten, im Bereich der internationalen Wirtschaft allerdings Schwächen und Verzerrungen [3] vorwarfen, stellte sich für den Präsidenten der Vereinigten Staaten im Herbst 1972 primär die Frage, ob ihm die Wählerschaft den Schritt zu den Lohn- und Preiskontrollen, mit dem er eine neue Ära inneramerikanischer Wirtschaftspolitik eingeleitet hatte, als Fähigkeit zu handeln und als Fähigkeit, "leadership" zu zeigen, honorieren würde.

Ob aus den Provisorien des Jahres 1972 eine echte neue Politik für seine zweite Amtszeit und darüberhinaus weiterführend für dieses Jahrzehnt entstehen würde, konnte sich erst nach der Wahl erweisen.

Soweit es die Zusammenarbeit mit Westeuropa betraf, schien er zumindest für 1973 diesbezüglich ein Rezept zu kennen:

> " If ... we can confront our economic differences in the same spirit of partnership developed in defense, we can reinforce Atlantic unity." [4]

---

1) Vgl. Theodore H. White: The Making of the President 1972. Bantam, New York, 1973, S. 88

2) so z.B. im Beitrag: Nixons wirtschaftliches Sanierungsprogramm auf der Waaage. Zwischenbilanz nach Jahresfrist. In: NZZ, 16. August 1972, S. 13

3) ebd. wird Fred Bergsten, einer der früheren Wirtschaftsexperten Richard Nixons, zitiert, der in einer Studie zur Erklärung vom 15. August den Vorwurf ausgesprochen hatte, der in anderen Zusammenhängen später oft an Henry Kissinger gemacht wurde:

> " ... daß die neue Wirtschaftspolitik vor dem Hintergrund der Reisen Präsident Nixons nach Peking und Moskau eine bizarre Außenpolitik spiegele: Krieg gegenüber den Freunden, Konzessionen gegenüber den traditionellen Feinden."

4) Shaping A Durable Peace, S. 81

b) Verteidigung im Bündnis

Richard Nixon bleibt auch in der Bestandsaufnahme der Bündnisverteidigung des Jahres 1972 seinem Prinzip treu, zunächst den positiven Grundaspekt der Atlantischen Allianz vor ihrem historischen Hintergrund zu würdigen. So weist er gleich zu Beginn seiner Ausführungen bezüglich der gemeinsamen Verteidigungspolitik darauf hin, daß noch kein militärisches Bündnis der Neuzeit so lange und so erfolgreich den Frieden bewahrt habe. Da der Verteidigungsauftrag eindeutig war, konnten in der Einigung über die Modalitäten für die Durchführung entsprechender Maßnahmen kaum Probleme entstehen, und die nukleare Verteidigungsstrategie hatte sich bis Mitte der sechziger Jahre als voll funktionsfähig erwiesen:

> " Unity had come naturally in military affairs because the threats to Europe were unambiguous, the requirements to meet them were generally agreed upon, and the basic strategy of nuclear retaliation was credible and effective." 1)

Schon zum Ende der Johnson-Administration, deutlich jedoch mit Beginn der Amtszeit Richard Nixons, sah sich die Regierung der Vereinigten Staaten mit einem veränderten strategischen Umfeld konfrontiert. Die sowjetische Aufrüstung auf dem Gebiet strategischer Waffen und ein gewisser Wechsel im amerikanischen Rüstungsverhalten von reinen Ausbauprogrammen weg zu einer qualitativen Verbesserung ihres Wehrpotentials hin hatte der Welt der Nuklearwaffenmächte ein völlig verändertes Kräftegleichgewicht beschert. Diese "annähernde strategische Parität" 2) veränderte nicht nur das Verhältnis der beiden Supermächte zueinander per se; nun galt es außerdem, den primären Konfliktraum einer potentiellen kriegerischen Auseinandersetzung, Europa, mit neuen strategischen Optionen, die den Einsatz konventioneller Streitkräfte in eine Verteidigungskonzeption einbeziehen würden, auszustatten.

---

1) Shaping A Durable Peace, S. 81

2) ebd., S. 82

Die Phase der "assured destruction" [1], der Doktrin einer "gesicherten Zerstörung", deren "Abschreckungskalkül darin (lag), daß die Sowjetunion mit einem unbegrenzten Angriff auf Westeuropa die nukleare Vernichtung riskierte" [2], hatte folglich einer "new doctrine of flexible response to meet threats with means other than immediate retaliation" [3] weichen müssen.

Diese Doktrin der "flexiblen Erwiderung", durch die das Bündnis anstrebt, "ein Abschreckungskonzept zu verwirklichen, dessen Glaubwürdigkeit sich unter den veränderten nuklearstrategischen Bedingungen darauf gründet, dem Gegner differenzierte und angemessene Gegenmaßnahmen auf der von ihm gewählten Aggressionsebene anzudrohen" [4], entsprach nicht nur einer Anpassung an das veränderte strategische Kräfteverhältnis. Sie stellte vielmehr auch eine logische Fortsetzung jener "doktrinären" Überlegungen dar, die u.a. Henry Kissinger schon Ende der fünfziger Jahre angestellt hatte.

Seine Überlegungen zur "Notwendigkeit einer strategischen Doktrin" [5] nahmen einen Kernaspekt der NATO-Doktrin der flexiblen Erwiderung in rein theoretischen Überlegungen, die nicht an bestimmte Formen oder Anwendungsbereiche von militärstrategischen Doktrinen gebunden waren, voraus. Basierend auf der Feststellung, daß eine solche Doktrin "über das Problem der Wahl eines Waffensystems hinaus" bestimmend bzw. nachgerade die Form für die Sicherung der Zukunft einer Gesellschaft sei [6], legte er hier schon den gedanklichen Grundstein zu einer Doktrin, wie sie die der "flexible response" auch darstellt:

---

1) Das Konzept der "assured destruction" bezeichnet die Fähigkeit, zivilen Einrichtungen wie Industrieanlagen sowie der Bevölkerung einen praktisch unüberwindbaren Schaden zuzufügen.

2) Wilhelm-Nikolai Germann: Zur Rolle und zu den Entwicklungsmöglichkeiten der französischen und britischen Nulearstreitkräfte unter den absehbaren sicherheitspolitischen Rahmenbedingungen. SWP - S 255, Ebenhausen, November 1976, S. 83

3) op. cit. in Anm. 2)

4) loc. cit., Anm. 2), S. 58

5) vgl. Kapitel 12 in: Henry A. Kissinger: Kernwaffen und auswärtige Politik. R. Oldenburg, München, 1959, S. 341 - 370

6) ebd., S. 341

> " Die grundlegende Erfordernis für die amerikanische Sicherheit ist eine Doktrin, die uns in den Stand setzt, angesichts der Herausforderungen, denen wir unweigerlich gegenüberstehen werden, zweckmäßig zu handeln. Sie wird die Aufgabe haben zu verhindern, daß wir uns andauernd überraschen lassen. ...Da unsere Politik so ausdrücklich auf Abschreckung gegründet ist, muß unsere Doktrin besondere Aufmerksamkeit auf die Feststellung verwenden, wie die andere Seite ihre Risiken bewertet. Abschreckung wird erreicht, wenn der Gegner nicht mit irgendeinem Gewinn aus der Handlung, die wir zu verhindern suchen, rechnen kann; ... eine strategische Doktrin (muß) diejenigen Kräfte feststellen können, welche das Geschehen der Gegenwart bewegen, und die Mittel finden, es in die gewünschte Richtung zu lenken." 1)

Bereits vier Jahre nachdem Henry Kissinger diese Gedanken formuliert hatte, ergriff die Regierung Kennedy Maßnahmen zur Fassung solchen Alternativdenkens in die bis heute gültige Doktrin, die "selbst noch für den Fall eines allgemeinen Atomkrieges die größtmögliche Zahl von Entscheidungsmöglichkeiten" 2) zulassen sollte.

Was Verteidigungsminister Robert S. McNamara in einer Ansprache vor den "Fellows of the American Bar Foundation" am 17. 2. 1962 im Rahmen der neuen Strategie formulierte, beinhaltete wesentliche Punkte der Überlegungen Kissingers:

> " Unsere neue Politik verleiht uns genügend Flexibilität, unter verschiedenen Operationsplänen zu wählen, verlangt aber nicht, daß wir uns im Voraus auf eine bestimmte Doktrin oder auf die Bekämpfung bestimmter Ziele festlegen. Wir werden einzig auf ein System verpflichtet sein, das uns befähigt, unsere Streitkräfte in kontrollierter und überlegter Weise einzusetzen wie es den Interessen der Vereinigten Staaten, unseren Alliierten und dem Rest der Freien Welt am besten dient." 3)

---

1) Henry A. Kissinger, op. cit., S. 343

2) Henry A. Kissinger: Was wird aus der westlichen Allianz ? a.a.O., S. 121

3) Robert S. McNamara: Ansprache am 17. 2. 1962 vor den "Fellows of the American Bar Foundation", Chicago Department of Defense, Office of Public Affairs, News Release No. 239 - 262, S. 6 - 7, zit. in: Henry A. Kissinger, loc. cit. in Anm. 2)

Daß einzelne, rein militärstrategische Punkte damals äußerst umstritten waren und es weit über die Nixon-Ära hinweg bis heute geblieben sind, soll hier nicht diskutiert werden.

Der für diese Analyse wichtige Punkt liegt darin, daß - wie bereits wiederholt erwähnt - grundlegende Konzeptionen amerikanischer Außenpolitik in der und für die Atlantische Allianz sich ebenso kontinuierlich, wie sie über Jahre hinweg gewachsen waren, in der Perzeption der Nixon-Administration hielten. Dies mag als einer der Beweise dafür gelten, daß schon gegen Ende der ersten Amtszeit Richard Nixons evident geworden war, daß seine Außenpolitik gegenüber Freunden und Verbündeten im Gegensatz zur Phase des großen Umbruchs in der Politik gegenüber gegnerischen Staaten, vor allem der beiden großen Gegengewichte Sowjetunion und Volksrepublik China, eine traditionelle und kontinuierliche war.

Zur Kontinuität in einer Bündnispolitik gehört allerdings auch der Wille der Bündnispartner, sich veränderten Struktur- und Kräfteverhältnissen im internationalen System anzupassen.

Unstimmigkeiten und Unvereinbarkeiten innerhalb einer militärischen Allianz, wie sie die NATO in den sechziger Jahren zunehmend verzeichnen mußte, konnten auf Dauer gesehen den Verteidigungskapazitäten der Nordatlantischen Vertragsstaaten alles andere als zuträglich sein. In "Shaping A Durable Peace" werden beiden Seiten des Atlantiks Negativpunkte angerechnet, durch die der Kräftevergleich mit dem sowjetischen Streitkräftepotential in Osteuropa wenig günstig ausfallen konnte. Standen auf sowjetischer Seite Modernisierungs- und - hauptsächlich im Zuge der Invasion der Tschechoslowakei - Truppenverstärkungsmaßnahmen an, so waren auf der Seite der in Westeuropa stationierten amerikanischen Truppen Reduzierungen und auf gemeinschaftlicher NATO-Ebene nicht die geringsten Modernisierungs- und Ausbauanstrengungen zu verzeichnen.

Die Verteidigungsausgaben, in den fünf Jahren vor Richard Nixon's Amtsantritt gemessen an realer Kaufkraft ständig gesunken, hatten sich zu Ungunsten der Aufwendungen für Waffen und Material vermehrt auf die Kosten für den personellen Bereich der Streitkräfte verlagert. Das sogenannte "burden-sharing", die Verteilung der Verteidigungslasten im Bündnis, bildet schließlich mit zwei anderen Ungleichgewichten

zwischen den atlantischen Partnern einen Kernpunkt amerikanischer Kritik an Westeuropa.

Nicht nur ein relatives Überengagement durch hohe Truppenstärken gemessen an der "Unterbilanz" der Zahlungen wird konstatiert; die fehlende Übereinstimmung über einen ausgewogenen und gleichen Stand der Materialversorgung und -deponierung bei "kritischer Munition" zeigt sich als ebenso kontroverser Punkt wie der Vorwurf, daß trotz einer übereinstimmenden Haltung zur Bedeutung der konventionellen Verteidigung speziell Europa nicht bereit sei, den "nicht-nuklearen Kapazitäten" Priorität einzuräumen. [1]

Um sich vor diesem Hintergrund von den einengenden Mechanismen simplen Auf- und Gegenrechnens [2] zu befreien, weist Richard Nixon jedoch an dieser Stelle seines Jahresberichtes darauf hin, daß in den Jahren 1969 und 1970 die Vereinigten Staaten gemeinsam mit ihren Verbündeten eine "searching reexamination" der Verteidigungspolitik unternommen hätten, denn

> " The real issues were whether those forces [3] were the instruments of an agreed and rational strategy, whether their presence made an essential difference, and whether the burdens of commitment were shared equitably." [4]

Auf diese Überprüfung hin hatten sich die Bündnispartner im Dezember 1970 programmatisch darauf geeinigt, ein langfristiges Verteidigungsprogramm zur Verbesserung der "vorhandenen konventionellen Streitkräfte" und ein Fünf-Jahres-Programm zur "Verbesserung und Modernisierung" der europäischen Streitkräfte durch erhöhte Materialausgaben durchzuführen. Weiterhin war man darüber einig, daß der "Beitrag substantieller U.S.-Streitkräfte für die Verteidigung Westeuropas unverzichtbar" sei, den weiterhin zu gewährleisten die Vereinigten Staaten sich "unter der Voraussetzung gleicher Bemühungen durch die Alliierten" [5] verpflichteten.

---

1) vgl. zu allen diesen Punkten: Shaping A Durable Peace, S. 82 - 83

2) dies bezeichnet Richard Nixon als regelrecht "nutzlos". Vgl. ebd., S. 83

3) gemeint sind die amerikanischen Truppen in Westeuropa

4) loc. cit. in Anm. 2)

5) alle ebenda

c) Ausbauprogramme und Teilung der Verteidigungslasten

Basis dieser "gleichen Bemühungen" mußten die Verteidigungsausgaben der einzelnen NATO-Staaten sein. In den Tagesordnungspunkten "Force Improvements" und "Sharing the Defense Burden" [1] des Jahresberichtes für 1972 wird hervorgehoben, daß die europäischen NATO-Staaten trotz Inflation ihre Nettoausgaben sowohl 1971 als auch 1972 um drei bis vier Prozent erhöhten. In realen Zahlen bedeutete dies, daß die NATO als Gesamtheit nach einem vorübergehenden Höchststand im Jahre 1969 [2] und einem Einbruch im darauffolgenden Jahr bis 1972 ihre Verteidigungsausgaben auf die bislang größte Summe [3] im Bündnis hinaufgeschraubt hatte. Bedenkt man allerdings, daß davon allein knapp über zwei Drittel der Gesamtsumme [4] von den Vereinigten Staaten bestritten wurden, so wird eher verständlich, wieso Amerika sich mit dem europäischen Beitrag unzufrieden zeigte - und dieses auch dann, wenn man die Unterschiede in den Gesamtausgabenbereichen der Haushalte zwischen den Vereinigten Staaten und den westeuropäischen Ländern berücksichtigt.

Trotz alledem ergibt, wie in einem ihrer Verteidigungsweißbücher die Bundesregierung ganz zu Recht anmerkt, "ein Vergleich der Anteile der Verteidigungsausgaben am Bruttosozialprodukt ... keine zulängliche Aussage über den militärischen Wert der Verteidigungsanstrengungen." [5]

---

1) Shaping A Durable Peace, S. 83 - 84

2) Die NATO-Verteidigungsausgaben beliefen sich 1969 auf insgesamt 104 735 Mio. Dollar. Vgl. hierzu Elke Thiel: Die Verknüpfung währungs- und stationierungspolitischer Zielsetzungen in den deutsch-amerikanischen Beziehungen. SWP - S 259, Ebenhausen, März 1978, S. 41. Die hier angeführte Statistik ist der Military Balance, IISS, London, 1965 - 1976, entnommen.

3) Die Summe betrug 1972 113 248 Mio. US-Dollar. Schon nach dem Tief 1970 (99 526 Mio Dollar) steigerten sich die Ausgaben um durchschnittlich 10 074 Mio. jährlich.

4) Die Verteidigungsausgaben der USA betrugen 1972 in Mio US-Dollar: 77 639, die der größten europäischen Mitgliedstaaten Großbritannien 7889, Frankreich 7360 und Bundesrepublik Deutschland 16 012 (einschließlich Berlin-Hilfe).
Für diese und weitere Zahlenvergleiche siehe Elke Thiel, loc. cit. in Anm. 2), ebd.

5) Weißbuch 1973 / 74. Zur Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland und zur Entwicklung der Bundeswehr. Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, Bonn, 1974, S. 219

Abgesehen von Uneinheitlichkeiten in den einzelnen Bewertungskriterien muß vor allem berücksichtigt werden, daß "die tatsächlichen Verteidigungsanstrengungen eines Landes ... sich vor allem an Personalstärke, Ausrüstung und finanzieller Ausstattung seiner Streitkräfte ablesen (lassen)." [1]

Auch Richard Nixon weist in seinem Jahresbericht auf eben diesen Sachverhalt hin, nur legt er den Maßstab für den Wert der europäischen Streitkräfte in der NATO wiederum doch primär an der reinen Kostenverteilung an:

> " Improvements in European forces are the most important aspect of sharing the defense burden. As almost all European defense expenditures are directly related to NATO, increased European effort means in practice that the U.S. share is less. This is an appropriate solution, since the United States maintains forces to meet global commitments and therefore devotes a much higher share of its economic product to defense than do the Europeans." [2]

Gerade im letztgenannten Punkt liegt für die Regierung der USA das Hauptproblem im Vergleich der Verteidigungsausgaben des Bündnisses. Durch die Stationierung ihrer Truppen in Europa wird in der Zahlungsbilanz der Vereinigten Staaten ein Nettodefizit von 1.5 Milliarden US-Dollar errechnet und die Tendenz auch im Hinblick auf den Verfall des Dollars als steigend betrachtet. Die Bundesrepublik Deutschland, durch ihre zumeist im Zwei-Jahres-Turnus immer neu ausgehandelten Offsetabkommen [3] mit den Vereinigten Staaten quasi als löbliche Ausnahme unter den Europäern positiv erwähnt, gerät gleichzeitig unterschwellig unter Kritik:

---

1) Weißbuch 1973 / 74, op. cit., S. 217

2) Shaping A Durable Peace, S. 84

3) Das letzte Devisenausgleichsabkommen, das unterzeichnet wurde, galt bis zum 30. Juni 1975. Danach, in einem Treffen von Helmut Schmidt und Nixons Nachfolger Gerald R. Ford, wurde beschlossen, wegen der inzwischen eingetretenen Veränderungen im internationalen Währungssystem diese Art von Devisenausgleich zu beenden. Vgl. Elke Thiel: Die Verknüpfung währungs- und stationierungspolitischer Zielsetzungen..., a.a.O., S. 107 - 109

> " As a general principle, we should move toward a lasting solution under which balance of payments consequences from stationing U.S. forces in Europe will not be substantially different from those of maintaining the same forces in the United States... Eliminating the periodic requirement to renegotiate a temporary arrangement with only one ally would strengthen the solidarity of the Alliance as a whole." 1)

Die Solidarität der Allianz, vom amerikanischen Präsidenten kurz nach seiner phänomenalen Wiederwahl 2) auch im Nordatlantikrat erneut beschworen, war allerdings 1972 neben den fast schon üblich zu nennenden Vorstößen Mansfields in Richtung auf einen US- Truppenabbau in Europa durch die Äußerungen des demokratischen Präsidentschaftskandidaten George McGovern nicht gerade pfleglich behandelt worden.

Mansfield, wie eh und je ein Verfechter des Abzuges von amerikanischen Truppen aus Westeuropa, hatte im Jahr 1972 seiner Argumentation einige neue Komponenten beigefügt. Nachdem der Majoritätenführer der Demokraten im Senat gleich zu Jahresbeginn auf der ersten Fraktionssitzung im Rahmen seines Legislativprogrammes für die neue Sitzungsperiode im Kongress "promoting the readjustment of America's overextended costly and self-debilitating military role elsewhere in the world, notably in Western Europe" 3) als eine seiner Maximen genannt hatte und mithin den Teil der Nixon-Doktrin, die sich auf einen sukzessiven Abzug amerikanischer Streitkräfte aus den südostasiatischen Kampfgebieten bezog, auch auf Europa angewandt sehen wollte, zielte im weiteren Verlauf des Jahres auch sein Senatskollege George McGovern auf unilaterale Maßnahmen der Vereinigten Staaten hin. Einseitig mußten diese Maßnahmen den Europäern in zweierlei Hinsicht erscheinen: zum einen in direkter Wirkung durch eine von McGovern angestrebte Reduzierung der amerikanischen Truppenstärke von rund 300 000 auf ungefähr 130 000 Mann 4) und zum

---

1) Shaping A Durable Peace, S. 84

2) Richard Nixon hatte sich in einem als "landslide" bezeichneten Wahlsieg mit 60.7 % vor seinem demokratischen Gegenkandidaten George McGovern, der 37.5 % der Stimmen erhielt, seine zweite Amtszeit sichern können.

3) Mansfield Sets Goals at Party Caucus. In: Washington Post, 26. Januar 1972, S. 2

Fortsetzg. Anm. 4) s. folgende S.

anderen in indirekter Wirkung durch eine von ihm geforderte drastische Kürzung des sich der 100 Milliarden-Dollar-Grenze nähernden Verteidigungshaushaltes der Nixon-Administration um 30 Milliarden. [1]

Der Senator, der noch in der Endphase seines Wahlkampfes einen seiner engsten Berater, den Harvard-Professor Abram Chayes, nach Europa entsandt hatte, um die Bedenken der Europäer hinsichtlich möglicher neoisolationistischer Tendenzen in seinem außenpolitischen Programm zu zerstreuen [2], befand sich ob dieser "harten" Zahlen trotz aller Versicherungen, daß die Vereinigten Staaten "auch weiterhin sehr eng mit unseren europäischen Freunden zusammenarbeiten" [3] müßten, in einer Position, auf die die Europäer zu diesem Zeitpunkt weder eingehen wollten noch konnten. Gerade in dieser Phase massiv betriebener Entspannungspolitik war der Partner Amerika in seiner Rolle als "Flaggschiff" unverzichtbarer denn je geworden.

d) Die Rolle der Streitkräfte der Vereinigten Staaten

Das Gebäude der Ost-West-Verhandlungen stand dank der soweit geschlossenen Verträge und Vereinbarungen in einem über Fundamente schon herausgehobenen Stadium. Nach den bilateralen Abmachungen zwischen den USA und der UdSSR, dem Viermächteabkommen über Berlin und den dazugehörenden Vereinbarungen auf deutscher Ebene bis hin zur Unterzeichnung des Grundvertrages zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik am 21. Dezember 1972 waren endlich die Voraussetzungen für MBFR und KSZE geschaffen. Wohl wissend,

---

Fortsetzung Anm. 4) der vorhergehenden Seite

Vgl. hierzu die Auszüge aus einer Fernsehpressekonferenz europäischer Auslandskorrespondenten in Washington mit Senator McGovern, ZDF, 2. 9. 1972, in: BPA-Abt. Nachrichten, Referat II/4, Deutsche Gruppe, S. 34

1) Vgl. bes. Stephen S. Rosenfeld: Europeans Hasty To Fear McGovern. In: Washington Post, 22. September 1972, S. 2, sowie McGovern Unit Assails Nixon Defense Budget. In: IHT, 22. 9. 1972, S. 3 und: McGovern Unit Backs Principle of Arms Cuts. In: Washington Post, 22. 9. 1972, S. 2 und auch: McGovern's Verteidigungsprogramm, NZZ, 23. 9. 1972, S. 3

2) siehe die Anmerkung von Abram Chayes hierzu in einem Brief an den ECONOMIST: McGovern and Europe. In: The Economist, September 30, 1972, S.

3) Stephen S. Rosenfeld, loc. cit. in Anm. 2)

"daß ohne die Vereinigten Staaten Sicherheitsfragen in Europa nicht zu entscheiden sind" [1], hatte schließlich die Sowjetunion die USA als Partner für beide Gespräche akzeptiert.

Grundlage solcher Gespräche mußte mehr denn je die Wahrung eines ausgeglichenen Kräfteverhältnisses in Europa sein; unerläßlich für ein solches - und wenn auch relatives - Gleichgewicht war also gerade zu einem solchen Zeitpunkt die bleibende politische und militärische Präsenz, die unter allen Umständen erhalten bleiben mußte:

> " The conditions of this decade require the United States to maintain substantial forces in Europe. In conditions of near strategic parity, a strong capability to defend with non-nuclear forces becomes increasingly important...
> The balance of conventional forces in the center of Europe would be seriously upset by the unilateral withdrawal of a substantial number of U.S. forces. Unless our reductions were completely replaced by European forces, deterrence would be weakened. In the event of hostilities, a weaker conventional defense could confront the Alliance with the choice of either capitulating or using nuclear weapons immediately." [2]

Die alleinige Verteidigung Europas durch Truppen der westeuropäischen Bündnispartner konnte jedoch auch unter dem Aspekt verstärkter Verteidigungsanstrengungen von dieser Seite des Atlantiks kein ernsthafter Diskussionspunkt werden. Selbst durch massivste Ausbauanstrengungen auf dem Waffen- und Personalsektor hätten sich die Europäer kaum jemals in die Lage versetzt sehen können, dem sowjetischen Verteidigungspotential, addiert mit dem der Partnerstaaten des Warschauer Pakts, ein adäquates Gegengewicht zu bieten. Richard Nixon selbst erklärt in seinem vierten außenpolitischen Jahresbericht:

> " If ... we and our allies maintain our strength, we can contribute to political stability, reduce the likelihood of war, and conduct a credible diplomacy to negotiate a mutual reduction of forces." [3]

---

1) So Egon Bahr in einem Fernseh-Interview mit Günter Gaus im Südwestfunk Baden-Baden vom 4. Juni 1972

2) Shaping A Durable Peace, S. 85

3) ebenda

Die etwas ungeschliffenen, aber deshalb nicht minder zutreffenden Worte Egon Bahrs, "das amerikanische commitment oder die amerikanische Bindung an Berlin und Europa wird sich nicht verändern, weil die Amerikaner keine Selbstmörder sind" [1], kleiden sich somit in der offiziellen Version der Exekutive der Vereinigten Staaten in die diplomatischere, elegantere und - im steten Rückgriff auf die entsprechenden Implikationen, die der Nixon-Doktrin inhärent waren - differenziertere Aussage zur unabdingbaren Voraussetzung partnerschaftlicher Stärke im Bündnis für die Verhandlungen im Rahmen der Entspannungspolitik:

> " We cannot enter serious negotiations if, at the outset, we or our allies allow our positions to weaken. I intend to maintain an effective American military contribution to the alliance and to pursue negotiations for a mutual force reduction that will create a viable balance in which the incentives for attack are effectively eliminated." 2)

e) Unvollendete Aufgaben

Aus diesem Bekenntnis zur Allianz leitet Richard Nixon unter dem Aspekt der noch unvollendeten Aufgaben im amerikanisch-europäischen Bündnis vier "längerfristig" zu behandelnde Fragen ab, für deren systematische Behandlung er Ende 1972 die Zeit für gekommen sieht:

Erstens werden alle Bündnispartner im weiteren Verlauf der siebziger Jahre die Kosten für technologisch ausgereiftere Waffen aufbringen sowie erhöhte Ausgaben auf dem Personalsektor leisten müssen; ein hohes Maß an Verteidigungsbereitschaft muß erhalten bleiben, auch wenn die Wehrpflicht in den Vereinigten Staaten abgeschafft [3] oder andernfalls die Länge der Einberufungszeit verkürzt werde.

---

1) Egon Bahr, Fernsehinterview, op. cit., Anm. 1)

2) Shaping A Durable Peace, S. 85

3) Am 27. Januar 1973 erklärte Verteidigungsminister Melvin Laird sechs Monate vor dem geplanten Termin die Wehrpflicht für beendet. Das "selective service system", also die Registrierung aller männlichen Bürger der Vereinigten Staaten ab 18 Jahren blieb zunächst noch bestehen.

Zweitens müsse im Lichte dieser Entwicklungen eine genauere Definition für eine "angemessene" Verteidigung in der NATO gefunden werden. Besonders sei der Begriff der "Vorneverteidigung" genau zu definieren. Nicht zuletzt sei in diesem Kontext das Maß an Verteidigungsanstrengungen für die einzelnen Kampfphasen im Verteidigungsfalle - auch in bezug auf Zeitdauer und Zweck - zu überprüfen. Und außerdem: würde die logistische Komponente im Falle anhaltender Kampfhandlungen funktionsfähig erhalten bleiben können?

Drittens stellt sich auch bei der Erhaltung einer hohen konventionellen Verteidigungskapazität die Frage nach der nuklearen Doktrin. Wann, auf welche Weise und mit welchem Ziel sollten taktische Nuklearwaffen eingesetzt werden? Wie wirken sich unabhängige, nationale nukleare Streitkräfte [1] auf Entscheidungen, die im Bündnis getroffen werden müssen, aus? Und würden solch ausschlaggebende Problematiken innerhalb der Allianz im neuem institutionellen Rahmen überprüft werden müssen?

Viertens - und im Zusammenhang mit den fortschreitenden Ost-West-Verhandlungen wichtiger denn je - müßte die Allianz sich Gedanken darüber machen, wie das Verhältnis von den bestehenden und den geplanten Verteidigungsprogrammen zu den "diplomatischen Bemühungen um einen Truppenabbau", sprich Truppenreduzierungsverhandlungen einzuschätzen sei, [2]

Diese Punkte waren nicht neu. Die letzte NATO-Ministertagung des Jahres 1972, die am 7. und 8. Dezember in Brüssel zusammengetreten war, hatte die von Nixon in seinem wenige Monate später veröffentlichten Jahresbericht genannten Ziele schon in ihrem Schlußkommuniqué zusammengefaßt [3] und zur Agenda für die Allianz erhoben. Die Europäer waren mit den USA und Kanada in den Gesprächen dieser beiden Sitzungstage ziemlich übereinstimmend zu der Auffassung gekommen, daß gemeinsame Verteidigungsanstrengungen im Bündnis mit der beiderseitigen und ausgewogenen Truppenverminderung in Europa gekoppelt werden sollten, was seinen

---

1) Kissinger macht in seinen Memoiren keinen Hehl daraus, daß die Vereinigten Staaten die französischen und britischen Nuklearstreitkräfte stets mit Mißfallen und Mißtrauen betrachtet hätten. Vgl. Henry A. Kissinger: White House Years, Little, Brown and Company, Boston, Toronto, 1979; Malaise of the Western Alliance, S. 81 - 86

2) zu allen vier Punkten siehe Shaping A Durable Peace, S. 86

3) vgl. Das Communiqué der NATO-Ministertagung. In: NZZ, 11. 12. 1972

Ausdruck in der Betonung im Schlußkommuniqué dahingehend fand, daß " der Verteidigungsbedarf der NATO in unmittelbarer Beziehung zu der Realität der militärischen Schlagkraft des Warschauer Pakts steht." [1]

Um diese Beziehung in ein Gleichgewicht zu bringen, in dem beide Seiten trotz geringerer Truppenstärken zu einem größeren Stabilitätsfaktor im internationalen Sicherheitssystem gelangen könnten, schlägt Richard Nixon abschließend drei parallele Verfahrensweisen vor, die Voraussetzung für eine gemeinsame Sicherheitskonzeption, vor deren Hintergrund mit dem Osten verhandelt werden sollte, sein müßten:

> " ... first, to continue the effort to bring our forces to the level and quality required by the doctrine of flexible response; second, to review the strategic options involved in conducting a nuclear defense if necessary; and third, to prepare within the Alliance a military-political framework that integrates defense planning with the diplomacy of negotiating mutual and balanced force reductions." [2]

Die ganze Tendenz ging also 1972 bzw. Anfang 1973 auf eine konzeptionelle Stärkung der Allianz zu, obgleich die vielen Kritikpunkte, die die Vereinigten Staaten über die vier Jahre der ersten Nixon-Administration hinweg gegenüber dem westeuropäischen Bündnispartner angesammelt hatten, eher auf das Gegenteil hätten hinweisen müssen.

Die kontoversen Äußerungen der amerikanischen Exekutive und Legislative bezüglich des Beitrages zur NATO und der Garantien für die Verteidigung Westeuropas hatten es den Europäern immer wieder schwer gemacht, der Versicherung des US-Präsidenten, die Vereinigten Staaten würden niemals "die Sicherheit Europas oder die Interessen unserer Alliierten" [3] gefährden, Glauben zu schenken.

---

1) op. cit., Anm. 3). Vgl. außerdem: Conclusion of NATO Ministerial Session. In: Atlantic News, Jg. 6, No. 487, Brüssel, 9. Dezember 1972, S. 1 - 3

2) Shaping A Durable Peace, S. 87

3) ebd., S. 94

Zu tief hatten sich Zweifel an der amerikanischen Zuverlässigkeit und Glaubwürdigkeit eingegraben, und zu tief war der Zwiespalt zwischen solchen Zweifeln und der Zuversicht geworden, Amerika würde endlich nach nunmehr zu erwartendem Disengagement in Südostasien sich nicht nur der Allianz per se zuwenden, sondern außerdem die westeuropäischen Entspannungsbemühungen [1] in das Nixon'sche Konzept einer globalen Friedensstruktur einbauen.

2. Diplomatie in der Allianz: Interessen und Kritik

Gerade diese ersten Entspannungsbemühungen der Europäer waren es jedoch gewesen, die Richard Nixon veranlaßten, in diesem vierten und letzten außenpolitischen Jahresbericht die kritische Passage über die unterschiedlichen Sicherheitsinteressen der europäischen und amerikanischen NATO-Partner abzudrucken, die in Kissinger's Rede zum "Year of Europe" so große Unruhe in der europäischen Reaktion hervorgerufen hatte:

> " International diplomacy is still conducted by nation states. The European members of NATO have regional interests, which they must accord priority, and each ally has a national stake in European security. Increasingly in recent years, however, individual European states have pursued their bilateral relations with the Soviet Union as well as with other members of the Warsaw Pact.
>
> The United States has vital interests outside of Europe, and must deal bilaterally with the Soviet Union on strategic matters and on many global issues. Each member of NATO, however, has an interest in, and is affected by, the development of U.S.-Soviet relations; our allies wish to influence our relations with the Soviet Union to strengthen their own security. At times our allies have urged the United States to be more flexible in approaches to the Soviet Union; in other periods, they have criticized us for moving too fast or too far in relations with Moscow." [2]

---

1) de facto und de iure allein an den deutschen Ostverträgen hinlänglich meßbar

2) Shaping A Durable Peace, S. 87

Angesichts dieser so von Richard Nixon formulierten Zwiespältigkeit der europäischen Politik gegenüber den Vereinigten Staaten hatte nach den traditionellen Herbsttagungen der NATO [1], in denen man sich nicht nur zu einer Stärkung der kollektiven Verteidigung in der Allianz bekannt, sondern auch deren unmittelbare Interdependenz mit Entwicklungen im internationalen System betont hatte [2], der amerikanische Partner erneut nachZuckerbrot und Peitsche gegriffen.

Helmut Sonnenfeldt, des Präsidentenberaters Spezialist für Europafragen, hatte in Vertretung von Henry Kissinger auf einer Konferenz über "The Future of European-American Relations" [3] die Europäer zu intensiviertem burden-sharing aufgefordert und in der laut Presseberichten erfolgten Aussage, man verhandle mit der Sowjetunion über die Verteidigung Europas partiell "because 'it has not proved possible' to do so among the Allies" [4] Gelegenheit gefunden, das ursprünglich

---

1) Die Bezeichnung "Herbsttagung" bzw. "-konferenzen", ebenfalls traditionsgemäß verwendet, ist insofern etwas irreführend, als diese Konferenzserie der NATO-Gremien stets erst Ende November beginnt und sich teilweise bis tief in den Dezember hinein hinzieht. Die Konferenzen finden im breiten institutionellen Rahmen der NATO statt. 1972 waren es die 18. Jahrestagung der NATO Parlamentarier Konferenz (North Atlantic Assembly), die Ministertagung der EUROGROUP der NATO, der Ausschuß für Verteidigungsplanung (Defence Planning Committee; DPC), in dem die Verteidigungsminister der damals noch 14 militärisch integrierten Mitgliedstaaten (ohne Frankreich) tagen, die Versammlung der Western European Union (WEU- Assembly) und die Vollkonferenz der Außen- und Verteidigungsminister aller Mitgliedstaaten der NATO im Nordatlantikrat (North Atlantic Council).

   Vgl. auch: Dokumente zur europäischen Sicherheitspolitik. In: Europa-Archiv, 28. Jg., Folge 3 / 1973, S. D 51 - 76

2) Vgl. Kommuniqué der Ministertagung des Nordatlantikrats in Brüssel am 7. und 8. Dezember 1972. Ebd, S. D 75, Absatz 19

3) diese Konferenz fand im Dezember 1972 in Columbia im US-Bundesstaat Maryland statt.

4) Ronald Koven: U.S. to Be Tough With Europe. In: Washington Post, 10. 12. 1972

Kissinger zugeschriebene Wort "that it sometimes seems easier for Washington to deal with its adversaries than with allies" [1] zu wiederholen. Die Beteuerung, die Vereinigten Staaten hätten keinerlei Absicht, ihre Allianz mit Westeuropa zugunsten einer mit der Sowjetunion oder China aufzugeben, mußte die Europäer hinlänglich beruhigen, war eine solche Option doch sowieso zu unwahrscheinlich. Die Äußerung, man habe mit den Europäern "concrete irritants translatable into domestic political issues" [2] war jedoch allenfalls geeignet, das Gegenteil zu bewirken.

Die Nixon-Administration, deren offizielle Meinung sich durch solche wie andere Äußerungen ja genügend oft und deutlich den europäischen NATO-Partnern mitgeteilt hatte, hielt nun aber die Zeit zum Handeln für endgültig gekommen:

> " The United States will never compromise the security for Europe or the interests of our allies. The best reassurance of our unity, however, lies not in verbal pledges but in the knowledge of agreed purposes and common policies. For almost a decade the Alliance has debated questions of defense and detente - some urging one course, others a different priority. Now the debate should end. We must close ranks and chart our course together for the decade ahead. ...
>
> 1973 is the Year of Europe because of the historic opportunities we face together. The United States, Canada, and Western Europe have a decisive contribution to make to a healthy world economy and to a new peaceful international order. These are new creative tasks for our partnership." [3]

Das Jahr Europas hatte begonnen.

---

1) Ronald Koven, a.a.O.

2) ebenda

3) Shaping A Durable Peace, S. 94

F. DAS " JAHR EUROPAS "
DIE REDE VON HENRY A. KISSINGER AM 23. APRIL 1973 : DER AUFRUF ZUR ERNEUERUNG DER ATLANTISCHEN PARTNERSCHAFT

I. Die weltpolitische Lage zu Beginn des Jahres 1973

Als Henry A. Kissinger am 23. April 1973 anläßlich des Jahrestreffens von Associated Press in New York seine denkwürdige Rede zum "Jahr Europas" hielt, befand sich die Regierung der Vereinigten Staaten in einem denkbar ambivalenten Verhältnis zur Weltpolitik im Allgemeinen und ihren Beziehungen zu den westeuropäischen Verbündeten im Besonderen.

Die großen Schritte in Richtung eines "dauerhaften Friedens" waren durch die entspannungspolitischen Präliminarien und nachfolgende institutionalisierende Maßnahmen an den Haupt- und Brennpunkten amerikanischer Ostpolitik vollbracht und weitgehend sanktioniert.

Die Annäherung an China war spätestens mit dem ebenso kontroversen wie triumphalen Einzug der Volksrepublik in die Vereinten Nationen [1] bestätigt und die Entspannung mit der Sowjetunion zumindest auf dem sicherheitspolitischen Sektor durch die Abkommen zu SALT I in Moskau vom Mai 1972 besiegelt. [2] Drei Tage nach der Inauguration Präsident Nixons zu seiner zweiten Amtszeit konnte die Administration ihren dritten und - vorerst noch - innenpolitisch bedeutsamsten Erfolg feiern: Henry Kissinger und Le Duc Tho paraphierten am 23. Januar 1973 in Paris nach fast fünf Jahren des Verhandelns eine Waffenstillstandsvereinbarung; die Unterzeichnung des Waffenstillstandabkommens zwischen

---

1) Die Generalversammlung der Vereinten Nationen hatte am 25. Oktober 1971 mit überwältigender Stimmenmehrheit die Aufnahme der Volksrepublik China und den gleichzeitigen Ausschluß der Republik China, Taiwans, beschlossen. Die Resolution wurde bei 17 Enthaltungen mit 76 gegen 35 Stimmen angenommen.
Vgl. Lester A. Sobel: Kissinger and Detente, a.a.O., S. 109

2) Siehe hierzu besonders: US-Soviet Relations: Breakthrough on Two Fronts. In: Henry A. Kissinger: White House Years, a.a.O., S. 788 - 841

den Vereinigten Staaten, Nordvietnam, Südvietnam und der Provisorischen Revolutionsregierung fand am 27. Januar durch die Außenminister der genannten Parteien ebenfalls in Paris statt.[1)]

Bezüglich einer Entspannungspolitik in Europa stand man nach einem Beschluß des NATO-Rats vom 31. Mai 1972 in Vorgesprächen zur späteren Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE); zwischen November 1972 und Juni 1973 fand auf multilateraler Ebene eine Serie von Konsultationsgesprächen zur Vorbereitung einer KSZE in Helsinki statt.

Praktisch parallel erfolgten auf eine Initiative einiger NATO-Staaten gegenüber den Staaten des Warschauer Pakts, die heute noch an den Gesprächen teilhaben [2)], die Vorgespräche zu beiderseitigen, ausgewogenen Truppenreduzierungen (MBFR, mutual balanced force reductions), in denen von Januar bis Juni 1973 die in der militärischen Integration befindlichen Mitgliedstaaten der NATO sowie sämtliche Mitglieder des Warschauer Pakts berieten.

Soweit erschien das amerikanische Entspannungspaket sowohl für die eigenen Zielsetzungen der Vereinigten Staaten als auch für die Interessen im Bündnis mit Westeuropa hinlänglich sorgfältig und auch erfolgreich zusammengestellt. Die Politik gegenüber China, der Sowjetunion und Vietnam schien nicht nur Zeit und Raum zu schaffen für die europäische Sicherheitskonferenz und die Rüstungskontrollgespräche bezüglich Europas; sie ließ außerdem hoffen, daß nun endlich der Zeitpunkt gekommen sei, die ständigen Wirtschafts- und Währungsprobleme sowie die ewige Kontoverse um die beiderseitigen Verteidigungsbeiträge zwischen den atlantischen Partnern einer für beide Seiten zufriedenstellenden Lösung zuzuführen.

---

1) Alle drei genannten Schritte zur amerikanischen Politik des "Shaping A Durable Peace" beschreibt Henry Kissinger explizit im Teil 4 seiner Memoiren: 1972: From War To Peace. In: White House Years, a.a.O., S. 1047 - 1476

2) Es handelte sich auf Seiten der NATO um die Vereinigten Staaten, Großbritannien, Kanada, die Bundesrepublik Deutschland und die BENELUX- Staaten, auf Seiten des Warschauer Pakts um die UdSSR, Polen, die DDR, CSSR und Ungarn.
Vgl. Helga Haftendorn, Abrüstungs- und Entspannungspolitik..., a.a.O., S. 270

In dieser Gesamtkonstellation wird nun die oben erwähnte Ambivalenz der amerikanischen Außenpolitik zu Beginn des Jahres 1973 transparent. Noch an der Vorstellung der "pentagonalen Welt" festhaltend [1], in der "by continuing to revitalize our traditional friendships, and by our missions to Peking and Moscow, we were able to establish the base for a new and more durable pattern of relationships among the nations of the world" [2], wird im Sinne der in den außenpolitischen Jahresberichten verfolgbaren Eskalation in der Betonung der Eigenverantwortlichkeit jeglicher Bündnispartner einerseits und der Beschwörung der Bindungen an die gemeinsamen Bündnisverpflichtungen andererseits ein Bezugsfeld geschaffen, in dem "die Staaten ständig mit den Alternativen der Zusammenarbeit zum gemeinsamen Gewinn oder des einseitigen Eingriffs zum letztlich beiderseitigen Verlust konfrontiert [3] werden. Denn

> " Einerseits impliziert das pentagonale Weltbild eine Gleichwertigkeit zwischen den einzelnen Polen, die für Europa sicherlich schmeichelhaft ist, aber nicht der Wirklichkeit entspricht. Diese neue "Multipolarität" suggeriert eine Art von Unabhängigkeit und gleichmäßiger politischer wie auch psychologischer Distanz zwischen den Fünf, die nicht nur die militärische Abhängigkeit Westeuropas von den Vereinigten Staaten ignoriert, sondern jene gewachsene Sonderbeziehung zwischen den beiden Partnern vernachlässigt, die trotz aller Vertrauenskrisen immerhin eines der erfolgreichsten Experimente in der Geschichte der internationalen Politik darstellen.
>
> Daraus folgt, daß die Beziehung zwischen Europa und Amerika andere Verhaltensmaßstäbe hat und erfordert als die Beziehung der USA zu ihren Gegenspielern Sowjetunion und China. Dieses letztere Verhältnis bewegt sich auf dem klassischen Feld des Manövrierens um Positionen und der gegenseitigen Eindämmung. Das europäisch-amerikanische Verhältnis hingegen, in das auch Japan zunehmend einzubeziehen wäre, bewegt sich auf dem Spielfeld der politischen, wirtschaftlichen und finanziellen Interdependenz und auf dem Nährboden gemeinschaftlicher gesellschaftlicher Werte." [4]

---

1) Wie es in den ersten beiden offiziellen Stellungnahmen seiner zweiten Amtszeit, der Inaugurationsrede vom 22. 1. 1973 und der State of the Union Message vom 2. 2. 1973 wieder durchklingt.
Vgl. The Second Inaugural Address of President Nixon. In: Department of State Bulletin, Vol. LXVIII, No. 1754, February 5, 1973, S. 125 - 127 und the State of the Union. In: Department of State Bulletin, Vol. LXVIII, No. 1757, February 26, 1973, S. 217 - 219

Fortsetzg. d. Anm. s. folgende S.

Das "Jahr Europas", das die europäischen Bündnispartner nach Jahren des "benign neglect" wieder in den Focus des amerikanischen Interesses rückte, hatte demnach mehrere Funktionen zu erfüllen, von denen die erste und wichtigste wohl das Ziel einer Konsolidierung der atlantischen Solidarität gewesen sein dürfte, auf deren sicherem Boden die Politik der Entspannung aufrechterhalten und in weitere Gebiete hineingetragen werden sollte.

Der Zeitpunkt war sicherlich günstig gewählt. Nicht nur hatte das Jahr 1973 für den amerikanischen Präsidenten mit der Konfirmierung jenes Paukenschlages begonnen, mit der er das vorangegangene Jahr praktisch als Krönung beschließen konnte. [1] Die Entwicklungen in der ersten Nixon-Administration waren außerdem in so großen Schritten und in solcher Windeseile vorgenommen worden, daß Amerika nun Ruhe brauchte. Nach dem großen Erfolgen von 1972 und dem zumindest formalen Abschluß des Problems Vietnam, das die Vereinigten Staaten lange Jahre innenpolitisch zerrissen hatte, befand man sich nun in einer Phase des Atemholens, einem Moment, der eigentlich wie geschaffen war "for slowing the pace of power." [2]

Fortsetzung der Anmerkungen der vorhergehenden Seite:

2) The Second Inaugural Address of President Nixon, op. cit., S. 125

3) Josef Joffe: Arbeitsnotiz betr. Grundlagen und Prinzipien der Atlantischen Beziehungen. Überlegungen und Materialien für eine Erklärung zum Thema der Kissinger-Rede vom 23. 4. 1973. Stiftung Wissenschaft und Politik, Ebenhausen, 22. Juni 1973, S. 8 (zitiert mit der Genehmigung des Verfassers).

4) ebenda

---

1) Im November 1972 war Richard Nixon in einer "landslide"-Wahl mit 60.7 % (das bedeutete 47.167.319 Stimmen gegenüber 29.168.509 Stimmen, also 37.5 % für seinen demokratischen Gegner, George Mc Govern. Vgl. Appendix A, The Voting of 1972, in: Theodore H. White, a.a.O., S. 502) der abgegebenen Wählerstimmen wieder zum Präsidenten gewählt worden. Zu diesem Zeitpunkt war Watergate schon ein halbes Jahr alt; dennoch hatte sich die amerikanische Bevölkerung für den Präsidenten entschieden.

2) Theodore H. White, S. 495

Auch Henry Kissinger resümiert in seinen Erinnerungen das Gefühl, an einem Ziel angelangt zu sein:

> " We stood, ... at the threshold of a period of national reconciliation that would be given impetus by the unique opportunity for creativity I saw ahead. Perhaps America had found the way to merge the idealism of the early Sixties with the sterner pragmatism of the recent past. China was now an important friend; we had built a new basis for stable relations with the Soviet Union through a Berlin agreement, the first strategic arms limitation treaty, and an agreed code of international conduct. The diplomatic revolution that had been brought about opened up an extraordinary opportunity for American diplomacy. This, in addition to the dispelling of our Vietnam trauma, was a reason for enormous hope. " 1)

Die daraus resultierende Agenda für die Allianz besiegelt er mit der gleichen Argumentation wie 1973 [2]:

> " We had eased relations with adversaries; it was now time to turn to reinvigorating relations with friends, and to resolving unsolved problems. We had decided to make 1973 the Year of Europe, to reaffirm our Alliance ties with the Atlantic Community - and also Japan. We would show that these ties were stronger and deeper than the tentative new relations with Communist countries. On the basis of Alliance cohesion and vitality we would test the real opportunities for détente." 3)

Wie die Kissinger-Rede vom 23. April 1973 im Einzelnen und gemessen an den weiteren Ereignissen des Jahres 1973 zu bewerten ist, soll im Folgenden versucht werden. Da es heute schwer nachvollziehbar ist, inwieweit sich Richard Nixon, in dessen Memoiren das Europa gewidmete Jahr nochnichteinmal in seiner deklaratorischen Phase Erinnerungswert zu haben scheint [4], dieser offensichtlich gänzlich Kissinger zuzu-

---

1) Henry A. Kissinger: White House Years, a.a.O., S. 1474

2) d.h. im Außenpolitischen Jahresbericht für 1972, Shaping A Durable Peace, a.a.O.

3) White House Years, loc. cit.

4) die den außenpolitischen Ereignissen von 1973 gewidmeten Seiten zentrieren in den Geschehnissen um Vietnam, dem zweiten sowjetisch-amerikanischen Gipfeltreffen vom Juni 1973 und dem Yom Kippur Krieg vom Oktober 1973. Vgl. RN: The Memoirs of Richard Nixon, a.a.O., Kap.: The Presidency 1973 - 1974, S. 761 - 968

schreibenden Programmatik bewußt war, und da es außerdem als erwiesen betrachtet werden darf, daß Richard Nixon zu diesem Zeitpunkt schon mehr mit Watergate als mit der Außenpolitik seiner Administration beschäftigt war, wird sich die Analyse, soweit es sich um die Politik der Exekutive handelte, weitgehend auf Henry Kissingers Perzeptionen stützen.

Die Diskrepanz zwischen der schon im Januar desselben Jahres der Administration zugeschriebenen Absicht, 1973 zum "Jahr Europas" zu erklären [1] und der Tatsache, daß sich fünf Jahre danach [2] erwiesen hatte, daß in der Perzeption des Präsidenten Europa offensichtlich kaum eine Arena erwähnenswerter dramatischer Ereignisse darstellte, ist so offensichtlich, daß dies als das einzig mögliche Vorgehen erscheint.

---

1) Siehe President Nixon's News Conference of January 31, in: Department of State Bulletin, Vol. LXVIII, No. 1756, February 19, 1973, S. 195

2) nämlich mit Erscheinen der Nixon-Memoiren 1978

II. "Eine neue Ära": amerikanisch-europäische Beziehungen im Bezugsfeld eines interdependenten internationalen Systems

Die ersten Gedanken, die Henry Kissinger einleitend zu seiner Rede über "The Year of Europe" [1] bezüglich einer Begründung zur Deklaration dieses speziellen Jahres äußert, stellen - wie schon mehrmals erwähnt - eine gänzlich logische Schlußfolgerung der atlantischen Beziehungen nicht erst seit der Nixon-Administration dar.

Schon vor 1969 spielte die Allianz zwischen den Vereinigten Staaten und Westeuropa eine zentrale Rolle in der Gesamtheit der Politik des Westens in der Nachkriegszeit. Kissinger sieht in dieser grundlegenden Konstellation "the political framework for American engagements in Europe and ... the definitive end of US isolationism." [2]

Europa, mit der Gesamtheit der westlichen Welt in eine neue Ära eines gestärkten Selbstbewußtseins und dadurch geprägten konsolidierten Selbstverständnisses getreten, sah sich in gewisser Gemeinschaft mit den Vereinigten Staaten durch einschlägige Entwicklungen hauptsächlich der sechziger und zu Beginn der siebziger Jahre nicht nur in der Lage, mit einer Neubestimmung der atlantischen Beziehungen konfrontiert zu werden, es bestand im Gegenteil nachgerade die Notwendigkeit, die atlantische Solidarität über eine "Bestätigung der anerkannten Normen internationalen Verhaltens hinaus" [3] neu zu formulieren und festzulegen.

Kissinger selbst liefert in der vorliegenden Rede in bester Tradition der außenpolitischen Jahresberichte der Nixon-Administration die dadurch schon hinlänglich bekannten Argumente wirtschafts-, sicherheits-, macht- und entspannungspolitischer Provenienz:

---

1) Volltext der Rede in: The Department of State Bulletin, Vol. LXVIII, No. 1768, May 14, 1973, S. 593 - 598 und ebenso in: Gerhard Mally: The New Europe and the United States. Lexington Books, Lexington, Mass., 1974, S. 29 - 37 (aus arbeitstechnischen Gründen wird im folgenden aus diesem Abdruck zitiert).

2) Henry A. Kissinger: The Year of Europe, in: Mally, loc. cit., S. 29

3) Josef Joffe, a.a.O., S. 5

— " The revival of Western Europe is an established fact as is the historic success of its movement toward economic unification.

— " The East-West strategic military balance has shifted from American preponderance to near equality, bringing with it the necessity for a new understanding of the requirements of our common security.

— " Other areas of the world have grown in importance. Japan has emerged as a major power center. In many fields, 'Atlantic' solutions, to be viable, must include Japan.

— " We are in a period of relaxation of tensions. But as the rigid divisions of the past two decades diminish, new assertions of national identity and national rivalry emerge.

— " Problems have arisen, unforeseen a generation ago, which require new types of cooperative action. Ensuring the supply of energy for industrialized nations is an example." [1]

Er bezeichnet diese Faktoren als Auslöser einer "dramatischen Veränderung des psychologischen Klimas im Westen" [2] und sieht darin einen Wandel, den er als die "tiefgreifendste gegenwärtige Herausforderung" [3] an die westlichen Führungsmächte bezeichnet.

Stellt man Henry Kissinger in Anrede, und ein Blick in seine früheren Schriften läßt dies als zulässig erscheinen [4], daß er den Wandel in den Beziehungen der Atlantischen Allianz schon in den sechziger Jahren erkannt und kritisch betrachtet hatte, so wirken diese Faktoren jedoch weniger als wirklich initiale Auslöser denn als in all ihrer Variabilität konstante Quelle kontinuierlicher Wandelbarkeit einer schon Jahre andauernden Evolution der westlichen Welt im allgemeinen und des atlantischen Bündnisses im besonderen.

---

1) Henry A. Kissinger, The Year of Europe, op. cit., S. 29 - 30

2) ebd., S. 30

3) ebenda

4) das betrifft besonders seine Ausführungen in dem 1965 erschienenen Band "The Troubled Partnership" und die in erster Auflage 1969 erschienene Sammlung seiner Aufsätze: "American Foreign Policy"

Hier begeht Henry Kissinger auch den ursprünglichen "Denkfehler", der an einer späteren Stelle der Rede Ausdruck in der Kontroversen auslösenden Äußerung über den Gegensatz von globalen Interessen seitens der Vereinigten Staaten und regionalen Interessen seitens Westeuropas findet. Er konstatiert im Europa des Beginns der siebziger Jahre das Vorhandensein einer neuen Generation, die bar der persönlichen Erfahrung eines Krieges und seiner Wirren Stabilität als garantiert betrachte. Diese Generation, an eben diese Stabilität gewöhnt, fühlt sich der Einheit, die diesen Frieden erst ermöglicht hat, und auch der Anstrengung, die seine Erhaltung erfordert, weniger verpflichtet. Diese Feststellung ist sinnvoll und berechtigt; sie entspricht einer Erfahrung, die die Geschichte seit Anbeginn der Menschheit lehrt.

In den Vereinigten Staaten sieht Kissinger zu diesem Zeitpunkt eine Ermüdung durch jahrzehntelange globale Verpflichtungen und Lasten, die, akzentuiert durch die "Frustrationen" [1] des Krieges in Südostasien, eine ablehnende Haltung gegenüber einer Erhaltung globaler Engagements auf der Basis einer überwiegenden amerikanischen Verantwortung haben entstehen lassen.

Diese Feststellung ist marginal. Sicherlich trifft es zu, daß die amerikanische Bevölkerung durch die langjährige Einbindung in den Vietnamkrieg das Interesse an Sicherheitsgarantien in Übersee weitgehend verloren hatte. Und sicherlich mußten, nachdem die Vereinigten Staaten seit Ende des 2. Weltkrieges immer irgendwo auf dem Globus in einer Helferrolle gestanden hatten, auch hinsichtlich weniger eklatanter Einbindungen außenpolitisch Ermüdungserscheinungen auftreten. Der Fehler liegt jedoch in der den unterschiedlichen Verpflichtungen Europas und der Vereinigten Staaten inhärenten Differenzierung zwischen einer als "garantiert" betrachteten Stabilität für den europäischen und einer von "globalen Lasten" letztlich instabil gehaltenen Situation für den amerikanischen Bündnispartner.

---

1) The Year of Europe, a.a.O., S. 30

Stabilität oder Instabilität haben beide Kontinente seit Beginn der sechziger Jahre gleichermaßen erfahren. Nach der Bewältigung der Prinzipien der vierziger Jahre [1], die Problematiken grundsätzlich globaler Natur einzubinden hatten und der Problematisierung des an regionalen Aspekten ausgerichteten Kalten Krieges der fünfziger Jahre brachten die sechziger Jahre erste Anklänge an Entspannungspolitik, Verselbständigung einzelner Politiken auf beiden Seiten des Atlantiks und Fragen wirtschaftlicher Interdependenz, die den Weg in die siebziger Jahre wiesen. Diese letzte Phase hatte die Trennung nach globalen und regionalen Problemstrukturen der Nachkriegsjahre aufgehoben und - wie heute auch außerhalb des Bündnisses weltpolitische Realität - ein interdependentes System regionaler u n d globaler Interessenstrukturen geschaffen.

Diese "Ära des Übergangs" lastete dem europäisch-amerikanischen Bündnissystem Spannungen auf. Die in engem Zusammenhang mit der Koordination autonomer Maßnahmen der Staaten Westeuropas bis hin zu einschlägigen Integrationsbestrebungen stehenden primär wirtschaftlichen Prozesse [2] wurden in den USA als Argument dafür benutzt, daß die Europäer zu ihrem Anteil der Lasten an der gemeinsamen Verteidigung keinen ausreichenden Beitrag beisteuern würden. [3] Andererseits warf Europa den Vereinigten Staaten vor, daß sie eine Politik verfolgten, die auf eine wirtschaftliche Spaltung Europas aus sei, die Europa verteidigungspolitisch bzw. militärisch im Stich lasse und im diplomatischen Bereich Europa übergehe. [4]

---

1) ausgehend von der von Churchill und Roosevelt formulierten "Atlantik-Charta" vom 14. 8. 1941 in der am 26. 6. 1945 unterzeichneten Charta der Vereinten Nationen konsolidiert.

2) hier als "economic self- interest" bezeichnet; vgl. "The Year of Europe" S. 30

3) dies steht in direktem Bezug zu den Aktivitäten der Mansfield-Gruppe

4) Für diesen von Kissinger in seinen Ausführungen zum "Jahr Europas" ebd., S. 30) aufgelisteten Kriterien europäischer Kritik an den USA sollte es allerdings speziell 1973 eine ganze Reihe von Ereignissen geben, die diesen Vorwurf nachträglich als durchaus berechtigt erscheinen lassen. Schon im Jahr zuvor war mit dem europäischen Bündnispartner im Rahmen von SALT I wie beim Moskauer Gipfel so gut wie nicht über die gemeinsame Prinzipienerklärung der USA und UdSSR

Fortsetzg. s. folgende Seite

Ausgehend von den Äußerungen, die Richard Nixon im Juli 1971 in Kansas City bezüglich einer pentagonalen Welt, oder richtiger der "five great power centers in the world today" [1] getan hatte, war in Westeuropa das Gefühl wach geworden, Nixon setze Europa mit der Sowjetunion, China und Japan gleich. [2]

Die Empfindlichkeiten, die in der europäischen Reaktion bezüglich dieser unglücklichen Formulierung entstanden, waren in enge Verbindung mit übersimplifizierten Perzeptionen des ausgangs der Nixon-Administration geprägten und primär von Kissinger propagierten "Linkage"-Begriffes zu bringen. Linkage, im Deutschen am zutreffendsten in den Begriff "Verknüpfung" zu übersetzen, gehörte zu den drei Prinzipien [3],

---

Fortsetzung v. Anm. 4) der vorhergehenden Seite:

beraten worden, obgleich Artikel 2 und 3 sich auf sicherheits- und entspannungspolitische Gebiete erstreckten, die die rein bilateralen Beziehungen zwischen den beiden Ländern überschritten. Das am 22. Juni 1973 in Washington unterzeichnete Abkommen zur Verhinderung eines Atomkrieges, das eine gewisse Fortsetzung bzw. Ausformulierung des Artikels 2 der Moskauer Prinzipienerklärung bedeutete, war ebenso wenig intensiv mit den Europäern beraten worden. Das eklatanteste Beispiel vernachlässigter und versäumter Konsultationen zeigten jedoch die Ereignisse im Oktober 1973, als die Vereinigten Staaten rein militärisch die Unterstützung Westeuropas benötigten, um die Lufttransporte von Waffen und Material zur Verstärkung Israels von europäischen Territorien aus zu sichern, ihnen bis hin zur nachfolgenden "Energiekrise" - jedoch - nicht zuletzt aus der Furcht heraus, der europäisch-arabische Dialog könne sich verselbständigen - weitgehend ein politisches Mitspracherecht verwehrten.

---

1) siehe James A. Nathan und James K. Oliver, a.a.O.

2) Helmut Sonnenfeldt, zu diesem Zeitpunkt in Kissinger's Beraterstab und Mitglied des NSC, bezeichnet diese Äußerungen als "totally extemporaneous" und kommentiert korrigierend:

" ... there was no intention on Nixon's part ... to equate the Europeans in sort of terms of value to the Soviets and Chinese; he was just making an observation about the way their power was distributed and he wasn't suggesting that the United States' relationship with each of the other four centers of power was precisely the same."

(Ebenhausen / Isar, 19. 7. 1978)

3) diese Prinzipien oder Grundsätze umfaßten "The principle of concreteness" (ein Eingehen auf konkrete Interessenstrukturen im beiderseitigen Spannungsfeld), "the principle of restraint" (Entspannung auf der Grundlage beiderseitiger Zurückhaltung, basierend auf einer "carrot-and-stick"-Politik) und "the principle of linkage". Siehe H.A.Kissinger: White House Years, a.a.O., S. 128 - 130

die in der Übergangsperiode zwischen Nixon's Wahl zum Präsidenten und seinem Amtsantritt für die Behandlung der amerikanisch-sowjetischen Beziehungen richtungweisend sein sollten. Linkage, grob gesehen zunächst als eine Verknüpfung von sicherheits- und wirtschaftspolitischen Interdependenzen interpretierbar, erfährt in Henry Kissinger's Erinnerungen an seine Jahre im Weißen Haus folgende konkrete Definitionen:

> " In our view, linkage existed in two forms: first, when a diplomat deliberately links two seperate objectives in a negotiation, using one as leverage to the other; or by virtue of reality, because in an interdependent world the actions of a major power are inevitably related and have consequences beyond the issue or region immediately concerned."
>
> " We saw linkage ... as synonymous with an overall strategic and geopolitical view. To ignore the interconnection of events was to undermine the coherence of a l l policy."
>
> " The most difficult challenge for a policymaker in foreign affairs is to establish priorities. A conceptual framework - which 'links' events - is an essential tool."
>
> " Linkage, therefore, was another attempt of the new Administration to free our foreign policy from oscillations between overextension and isolation and to ground it in a firm conception of the national interest." 1)

Wie an diesen Ausführungen zu erkennen ist, lag das Problem der oben erwähnten Übersimplifizierung also in der Intention, linkage erstens fälschlicherweise als ein e x c l u s i v auf das Verhältnis der USA zur UdSSR (obgleich ursprünglich für diese spezielle Beziehung konzipiert) anwendbares Prinzip zu betrachten und zweitens die Vorstellung zu übermitteln, die Sicherheitsgarantie solle strikt gegen ökonomische Konzessionen ausgehandelt, also als "bargaining device" benutzt werden.

Einer solchen Fehlperzeption der Europäer entgegen soll zufolge Stimmen aus der Nixon-Administration die Regierung die grundlegendere Ansicht vertreten haben, daß im Falle sich verstärkender Friktionen oder Spaltungstendenzen in den wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den Ver-

---

1) White House Years, a.a.O., S. 129 - 130

einigten Staaten und Westeuropa oder Teilen Westeuropas eine Art "playback" auf die sicherheitspolitische Zusammenarbeit etwa im Sinne eines Drucks der öffentlichen Meinung oder z.B. auch der Einstellung des Kongresses zum Verteidigungsbudget stattfinden könnte. Außerdem wurde befürchtet, daß ökonomische Interessendivergenzen und Streitpunkte die verteidigungspolitischen Beziehungen unterwandern und somit auch Unterstützung Mansfields und der Mansfield Resolution bedeuten könnten, was speziell in den Verhandlungen um die deutsch-amerikanischen Devisenausgleichsvereinbarungen, einem "typische(n) Beispiel einer 'linkage'-Bildung zwischen verschiedenen 'issue-areas'" [1], Probleme aufgeworfen hatte.

Diese speziellen Problemelemente spielten sicher eine Rolle, als Kissinger sich veranlaßt sah, in seiner Rede zum "Jahr Europas" die Europäer wie folgt zu kritisieren:

> " Europeans appeal to the United States to accept their independence and their occasionally severe criticism of us in the name of Atlantic unity, while at the same time they ask for a veto on our independent policies - also in the name of Atlantic unity." [2]

Kissinger betrachtete Linkage als "Realität", nicht als eine "Entscheidung" [3], die wie alle Außenpolitik in einen konzeptionellen Rahmen eingebunden werden mußte. In diesen Rahmen gehörte folgerichtig auch die atlantische Politik, die an das Bündnis gestellte Herausforderung, "whether a unity forged by a common perception of danger can draw new purpose from shared positive aspirations." [4]

---

1) Elke Thiel: Die Verknüpfung währungs- und stationierungspolitischer Zielsetzungen in den deutsch-amerikanischen Beziehungen, a.a.O., S. 17

2) The Year of Europe, S. 30

3) White House Years, S. 129

4) loc. cit. in Anm. 2)

Die folgende Aussage:

> " If we permit the Atlantic partnership to atrophy or to erode through neglect, carelessness, or mistrust, we risk what has been achieved, and we shall miss our historic opportunity for even greater achievement " [1]

war demnach eine Bestärkung der seit 1969 bestehenden Auffassung, daß gerade in einer Zeit, in der die Phase amerikanischer Dominanz in der Allianz ihr Ende erreichte, die europäische Einheit essentiell eine europäische Initiative sein mußte und daß Europa, das im Zuge einer Abschwächung imperialer Verhaltensweisen der Vereinigten Staaten ermutigt werden sollte, seine eigenen Interessen zu definieren [2], nunmehr verstärkt eine tragende Rolle für die atlantische Einheit zufallen mußte.

Henry Kissinger läßt an dieser Stelle den von den außenpolitischen Jahresberichten der Nixon-Administration hinlänglich bekannten Exkurs folgen, in dem er unter Hinweis auf die Veränderungen, die der Westen nach Kriegsende in den vierziger und fünfziger Jahren durchlaufen hatte, erneut die Bedeutung atlantischer Zusammenarbeit "as dynamic a force in building a new structure of peace" betonte, in der die atlantischen Nationen sich in einem "fresh act of creation" zusammenfinden müßten, um gemeinsam die Basis zu einer "new era of creativity in the West" [3] zu schaffen.

Es sei der Ansatz des Präsidenten, sich umfassend um die atlantischen Probleme zu bemühen. "Umfassend" bedeutet in diesem Zusammenhang die oben angeführte, Kissinger'sche Perzeption des "linkage" [4]:

> " the political, military, and economic issues in Atlantic relations are linked by reality, not by our choice nor for the tactical purpose of trading one off against the other." [5]

---

1) The Year of Europe, a.a.O., S. 30

2) so interpretiert Helmut Sonnenfeldt Kissinger's Gedankengang

3) alle loc. cit. in Anm. 1)

4) vgl. Anm. 3), op. cit.

5) The Year of Europe, S. 30 - 31

Die Lösung dieser Probleme sieht Henry Kissinger nur auf der obersten Entscheidungsebene als erreichbar. Er kleidet diese Auffassung in sehr drastische Worte, indem er sie als der Chance nicht für würdig befindet, sollte sie den "Technikern" [1] überlassen bleiben.

Diese Bemerkung muß als Seitenhieb nicht nur gegen das State Department oder die Außenministerien der atlantischen Partnerstaaten ,die, wie bereits erwähnt, im Verlauf des Jahres 1973 noch hinreichend Gelegenheit bekommen sollten, mangelnde Kosultation zwischen den USA und Westeuropa zu beklagen [2], gewertet werden. Auch das zentrale Koordinierungsgremium der Allianz, die NATO, mußte sich in einer ihrer wichtigsten Funktionen im internationalen Sicherheitssystem, dem "Prozess des Informationsaustauschs, Ratgebens und der Entscheidungsfindung, als politische Kosultation in der NATO bekannt" [3], angegriffen fühlen.

---

1) Die Bezeichnung "Techniker" dürfte Kissinger auf die Experten im State Department gemünzt haben, die, angefangen bei ihrem Minister, William P. Rogers, während der Zeit Kissingers als Sonderberater des Präsidenten für Nationale Sicherheitsfragen, ständig übergangen wurden, sei es, weil Kissinger und Nixon über die sog. "back channels" (von Kissinger wiederholt in seinen Memoiren in einer Weise erwähnt, die sie als legitimes und wirksames Element in der Durchführung außenpolitischer Operationen auszeichnet, von einem der Männer, die mit dem Arbeitsstil des Weißen Hauses Probleme hatten, Elmo Zumwalt, damals Chief of Naval Operations, kritisch beleuchtet wurde. Siehe Elmo R. Zumwalt, Jr.: On Watch. Quadrangle, The New York Times Book Co., New York, 1976, S. 395 - 423: Kissingerology) mit auswärtigen Nationen berieten, sei es, weil bei Beratungen auf "höchster Ebene" oft die Zeit und Gelegenheit fehlt, Informationen und Beschlußfassungen jeglicher Art hinlänglich gegenzuchecken.

   Das kritisierte auch Martin Hillenbrand: "That's the great fallacy of that kind of highlevel communication, because that means that experts who are liable to find things wrong, legally wrong or technically wrong in such declarations, never get a chance to examine the document." (Paris, Atlantic Institute, 2. 11. 1978)

2) vgl. Anm. 4 auf S. [illegible]

3) Roger Hill: Political Consultation in NATO. Wellesley Papers 6 / 1978, Canadian Institute of International Affairs, Toronto, S. 9

Ergänzung zu Anm. 4) auf der vorhergehenden Seite:

   vgl. hierzu auch: G. Warren Nutter: Kissinger's Grand Design. Foreign Affairs Study 27, American Enterprise Institute for Public Policy Research, Washington, D.C., 1975, S. 18 - 19

Es erscheint nachträglich als äußerst verwunderlich, daß innerhalb der NATO (und hier speziell in ihren politischen und militärischen Hauptquartieren in Brüssel und Mons) keinerlei in der Öffentlichkeit erklärte heftige Reaktionen auf diesen Punkt der Rede Kissinger's erfolgten. Schließlich konnte nicht übersehen werden, daß

> " Political consultation in NATO is vital because inter-allied consultation and diplomacy are not adequate in themselves to handle all the questions coming before the alliance. Some collective system of information exchange, advice-giving, and decision-making is imperative if the allies are to deal with common problems in a coherent manner and preserve their strength and influence. Only NATO is able to provide this service at the present time." 1)

Angesichts solcher Haltungen gegenüber den eigenen Bündnispartnern und deren diplomatischem Apparat verliert die Aussage, man wolle durch eine "Wiederbelebung gemeinsamer Ideale und Ziele" mit seinen Freunden im Jahre 1973 das gleiche Gefühl eines "historischen Erfolges" erzielen, das 1972 durch die veränderten Beziehungen zum Gegner die "Bürde der Angst und des Argwohns" 2) erleichtert habe, einiges an prinzipieller Glaubwürdigkeit.

---

1) Roger Hill, op. cit., S. 130
Der Kanadier Roger Hill war von 1969 bis 1973 politischer Berater im NATO-Sekretariat.

2) alle siehe: The Year of Europe, S. 31

III. Die Agenda für die Zukunft: Eine neue Atlantikcharta

Vor dem der "neuen Ära" beschriebenen Hintergrund erscheint auch der Vorschlag, bis zum Jahresende eine "neue Atlantikcharta" [1] ausgearbeitet zu haben, die Ziele für die gemeinsame Zukunft stecken sollte, als äußerst fragwürdig. Dieser Entwurf, der

> " builds on the past without becoming its prisoner; deals with the problems our success has created; creates for the Atlantic nations a new relationship in whose progress Japan can share" 2)

sollte die Europäer, Kanada und schließlich Japan im Rahmen des "Year of Europe" in eine neue, interdependente Struktur des internationalen Systems einbinden, in der es den Vereinigten Staaten gestattet sein würde, ihrer Politik "eine Neuordnung ihrer Beziehungen zu ihren politisch relevanten Partnern zu erleichtern." [3]

Daß jedoch gerade die alte Atlantikcharta, wie sie sich in ihrer ursprünglichen Bedeutung darstellt, nicht nur irrelevant sein mußte, weil sie auf andere, nämlich kriegsbedingte Verhältnisse zugeschnitten war, denenzufolge es um die "Bewältigung eines gemeinsamen Feindes und deshalb um die Definition eines kleinsten gemeinsamen Nenners" [4] ging, sondern auch weil sich bis zu Beginn der siebziger Jahre die Problemstellung der amerikanisch-europäischen Beziehungen deutlich verändert hatte, wird in Kissinger's Vorschlag zur Neuschreibung einer "Charta" nicht berücksichtigt.

---

1) The Year of Europe, S. 31

2) ebenda

3) Josef Joffe: Macht und Mächte in der internationalen Politik. Zum Strukturwandel des internationaeln Systems. Sonderdruck aus: Sicherheitspolitik. Analysen zur politischen und militärischen Sicherheit. Hrsg. von Klaus-Dieter Schwarz, 3. Auflage, Osang-Verlag, Bad Honnef-Erpel, 1979, S. 31

4) bei der sich laut Churchill au erdem keiner der Signatarstaaten der Atlantikcharta hinsichtlich der Zukunft Deutschlands gebunden fühlen mußte.

Zit. aus und vgl.: Josef Joffe: Arbeitsnotiz betr. Grundlagen und Prinzipien der Atlantischen Beziehungen, a.a.O., S. 2

Der Weg von der interdependenten Welt John F. Kennedys bis zum Konzept des "linkage" Henry Kissingers, beide, wie oben beschrieben, auf einer ähnlichen Konzeption basierend, beide der Tatsache Rechnung tragend, daß wirtschaftliche und militärische Abhängigkeitsstrukturen mit einer größeren beiderseitigen politischen Unabhängigkeit harmonisiert werden müßten, wird also höchstens der Idee einer grundlegend "anderen", nicht aber einer "neuen" [1] Atlantik-Charta gerecht.

Hinsichtlich solcher Interdependenzen, die in das europäisch-amerikanische Verhältnis schließlich auch die neugestalteten amerikanisch-sowjetischen Beziehungen einbrachten, erscheint es dennoch nachträglich als befremdend, daß einige Reaktionen in Europa auf den Vorschlag Kissingers ziemlich negativ ausfielen. Michel Jobert, 1973 / 74 Außenminister im Kabinett von Georges Pompidou und Protagonist dieser negativen Reaktionen, kleidet im zweiten Band seiner Erinnerungen seine Eindrücke bei der Lektüre [2] der Kissinger-Rede in folgende, den Amerikanern als unnötig heftig erscheinende, den europäischen Sentiments im Frühjahr 1973 aber eher in ihrem Sinn gesprochene Worte:

> " Je tournais les pages du discours d'Henry Kissinger: quelle tranquille assurance, dans l'affirmation de la primauté américaine sur le monde occidental, quelle détermination dans la volonté d'organiser son camp, en répartisant les tâches et en assignant les places, quelle brutalité aussi pour exiger de l'Europe, dans son organisation économique et sa défense, la subordination et une contribution en échange de l'exercice du droit de suzeraineté." [3]

Was hatte die europäischen Gemüter aber wirklich erregt? Die "Agenda for the Future", ein in ökonomischer, verteidigungspolitischer und diplomatischer Hinsicht gänzlich auf der Linie der bisher veröffent-

---

1) im Sinne einer Neuauflage

2) Jobert und seine europäischen Kollegen hatten den Text der Rede am Ostersonntag 1973 erhalten

3) Michel Jobert: L'autre regard. Bernard Grasset, Paris, 1976, S. 288. Vgl. ergänzend ebd., S. 287 - 289 und den ersten Band seiner Memoiren: Mémoires d'avenir. B. Grasset, Paris, 1974, S. 231 - 233

lichten Jahresberichte liegender Themenkatalog, wies keine Besonderheiten im Sinne neuer, unbekannter Richtlinien auf. Hier sprach der zukünftige Außenminister der Vereinigten Staaten [1] in seiner ersten vollständigen öffentlichen Rede als Berater des Präsidenten über die zukünftigen Beziehungen zwischen den Partnern des atlantischen Bündnisses, wie sie in den Jahren seit Amtsantritt Richard Nixons konsekutiv geplant und auch phasenweise verwirklicht worden war.

Die Betonung des Interesses an einer europäischen Einigung, verankert in der wirtschaftlichen Integration der Staaten der Europäischen Gemeinschaften und auch die Maßnahmen gegen die Friktionen, die hinsichtlich der Zahlungsbilanzdefizite und des protektionistischen Drucks von Seiten der USA im Zusammenspiel mit europäischen Zweifeln an der Richtigkeit amerikanischer Investitionspolitik und ihrer währungspolitischen Rahmenbedingungen entstanden waren, hatten auf jeder außenpolitischen Agenda zwischen 1969 und 1972 gestanden. Der Plan, wirtschaftliche Rivalitäten zugunsten gemeinsamer Lösungen zu überwinden, hatte genauso bestanden wie die Absichtserklärungen und auch der demonstrierte Wille, zur gemeinsamen Verteidigung im Bündnis zu stehen. Dies hatte sich z.B. in der Aufrechterhaltung der substantiellen Zahlen konventioneller, in Europa stationierter US-Truppen bewiesen; die Diskussion über ein ausgewogenes burden-sharing in der Allianz mußte selbstverständlich fortgesetzt werden. Die Grundlage zu den MBFR-Gesprächen, die in Europa komplementär zu den weiterführenden Verhandlungen zur Begrenzung strategischer Rüstung zwischen den USA und der UdSSR geführt werden sollten, war schon vor 1973 gelegt worden. Die NATO-Doktrin der "flexible response" in ihren konventionellen und nuklearen Komponenten inclusive damit verbundener Dislozierungs- und logistischer Fragen war nach wie vor der Diskussion über einen fortlaufenden Ausbau unterworfen, einer Diskussion, die bis heute anhält.

Die Fortschritte in der Ost-West-Diplomatie, im Zuge derer aufbauend auch auf bilateralen Verträgen europäischer Staaten, so z.B. den Ost-

---

1) was zu erheblichen Sensitivitäten bei William Rogers, dem amtierenden Außenminister, und dem State Department führte.

verträgen der Bundesrepublik, die Entspannungspolitik vorangetrieben wurde, werden erneut als Erfolg kollektiver Bemühungen bezeichnet, deren weitere Erfolge wiederum, wie in den Jahren vorher, vom Vorhandensein eines grundsätzlichen Konsensus zwischen den atlantischen Partnern abhängig gemacht werden. Auch die hier sehr offensichtlich gezeigte Kritik an der Amerika manchmal unzulänglich erscheinenden Solidarität der Europäer dürfte kaum als etwas Neues erschienen sein. Das alte Problem, daß die Vereinigten Staaten mit einigem Mißvergnügen periodisch eine mangelnde Kooperationsbereitschaft Westeuropas feststellten, während die Europäer im Gegenspiel ebenso häufig mangelnde Konsultationsbereitschaft ihrer amerikanischen Partner bemängelten, war zu einem fast routinemäßigen Bestandteil gegenseitiger Kritik geworden.

Dennoch zeigt sich im letzten Absatz der "Agenda For the Future" [1] aus Kissinger's Rede zum "Jahr Europas" deutlicher abgehoben von ähnlichen Ausführungen in den außenpolitischen Jahresberichten [2] eine Schärfe in der Formulierung, die vor allem in seinem schon 1961 veröffentlichten Band "The Necessity For Choice" [3] zum Ausdruck gekommen war:

> " We have no intention of buying an illusory tranquility at the expense of our friends. The United States will never knowingly sacrifice the interests of others. But the perception of common interests is not automatic; it requires constant redefinition. The relaxation of tensions to which we are committed makes allied cohesion indispensable, yet more difficult. We must ensure that the momentum of détente is maintained by common objectives rather than by drift, escapism, or complacency." [4]

---

1) The Year of Europe, S. 32 - 36

2) inclusive des zwei Wochen später veröffentlichten 4. Jahresberichtes

3) Henry A. Kissinger: The Necessity For Choice. Harper & Brothers, New York, 1961.
Kissinger hatte seine Kritik so formuliert: "Since the creation of the Marshall Plan and of NATO, we have been in effect barren of ideas, evading difficult choices, drawing on capital" (S.100). Weiter meint er: "If the Alliance is to regain its cohesion it must realize that it is impossible to combine the advantages of partnership with all the benefits of independent action. Without a truly common position Western rivalries will either paralyze negotiations or enable the Soviet Union to use them to demoralize the West" (S. 166). Seine Konsequenz war finster: " Unless the North Atlantic group of nations develops a clearer purpose it will be doomed" (S. 101).

4) loc. cit. in Anm. 1), S. 36

Das "Momentum der Entspannung" war es also gewesen, die Sorge um das feinmaschige Gewebe frisch geknüpfter Beziehungen zum ehemaligen Gegner, das den Weg in eine neue Friedensordnung sichern sollte.

Hier sei an die Drei-Säulen-Theorie der erweiterten Nixon-Doktrin erinnert, innerhalb derer "Strategie für den Frieden" eine Politik der Stärke und Partnerschaft im Bündnis die Politik der Verhandlungen im Rahmen der détente stützen sollte. Das Spektrum potentieller Konflikte [1] war durch die "National Security Strategy of Realistic Deterrence" [2] abzudecken, innerhalb derer im abgestuften Verbund mit den Bündnispartnern regionale wie globale Konflikte abgeschreckt werden sollten. In diesem Punkt endlich findet sich die tiefere Begründung für den meistkritisierten Passus aus der Kissinger-Rede zum "Year of Europe":

> " The US has global interests and responsibilities. Our European allies have regional interests. These are not necessarily in conflict, but in the new era neither are they automatically identical." [3]

---

1) Das Spektrum umfaßte folgende Konfliktarten: politische Agitation, staatsgefährdene Tätigkeit im Sinne von politischer Unterwanderung bis hin zur Subversion, Guerillakriege, konventionelle Kriegführung im sog. "sub-theater" und "theater" und nukleare Kriegführung im Operationsgebiet sowie den strategischen Nuklearkrieg.
Vgl. Statement of Secretary of Defense Melvin R. Laird vom 9. März 1971, a.a.O., Tabelle 4, S. 161

2) ebenda

3) Year of Europe, S. 31

IV. Globale versus regionale Interessen 1973: Beispiele divergierender Sicherheitsinteressen im Bündnis

Die globalen Interessen und Verpflichtungen der Vereinigten Staaten, eingebettet in den Prozess der Ost-West-Entspannung bei gleichzeitiger Aufrechterhaltung von Bündnisverpflichtungen nicht nur im atlantischen Raum [1] hatten sich bis 1973 fast ausschließlich an Kriterien für eine globale Stabilisierung orientiert.

Hierin lag die erste Schwierigkeit für das atlantische Bündnis. Jede regional ausgerichtete Allianz ist mit dem Problem konfrontiert, daß "einige ihrer Mitglieder Interessen außerhalb des Gebietes, welches das Bündnis umschließt, verfolgen, was zu einer Teilung seiner Mittel führt." Dies bringt mit sich, " daß einige der anderen Partner von der Furcht befallen werden können, in Auseinandersetzungen hineingezogen zu werden, nur weil sie mit einer Macht alliiert sind, die ein zu breites Interessenspektrum besitzt." [2]

Am Beispiel des Vietnamkrieges geschah dieses "Hineingezogenwerden" von Bündnispartnern indirekt. Durch vorübergehende Truppenabzüge zugunsten einer Verstärkung der US-amerikanischen Einsatzkapazitäten in Vietnam mußten die Europäer sich die Frage stellen, ob die Vereinigten Staaten mit den reduzierten Einheiten ihre Schutzgarantie für diese Region hinreichend aufrechterhalten könnten.

---

1) Im Rahmen kollektiver Sicherheitssysteme gehörten die Vereinigten Staaten außer der NATO weiteren Vertragsorganisationen an: in der westlichen Hemisphäre der Organization of American States (OAS), deren Charta 1948 von den USA und 20 lateinamerikanischen Staaten unterzeichnet wurde; im Fernen Osten gehören die USA seit 1951 zusammen mit Australien und Neuseeland dem ANZUS-Pakt an; bilaterale Verträge zu kollektiver Verteidigungsbereitschaft wurden 1946 mit den Philippinen, 1952 mit Japan, 1953 mit der Republik Korea und 1954 mit der Republik China, Taiwan, geschlossen. Außerdem beteiligten sich die Vereinigten Staaten seit 1959, obgleich nicht als Signatarstaat, so doch organisatorisch an der Central Treaty Organization (CENTO), die Staaten des Mittleren Osten zusammenschloß. Vgl. Monro MacCloskey: Pacts For Peace. Military Research Series, Richard Rosen Press, New York, 1967

2) Otto Pick und Julian Critchley : Collective Security. Macmillan, London, 1974, S. 18

Den nächsten Anlaß zur Sorge gab die Rüstungskontrolldiplomatie zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion, die im Zuge von SALT und MBFR das bislang stabile europäische Kräfteverhältnis zugunsten eines neuen globalen Gleichgewichts zwischen den Supermächten gefährden konnte. Natürlich waren beide Möglichkeiten gegeben: eine negative Entwicklung, in der Europas Sicherheit durch "das Entstehen eines militärischen oder psychologischen Ungleichgewichts oder das Empfinden von sozialer und ideologischer Verletzbarkeit" [1] in Frage gestellt bzw. gefährdet wäre. Die andere Möglichkeit lag in der positiven Entwicklung einer Stabilisierung des Kräfteverhältnisses zwischen beiden Supermächten, innerhalb derer sich die Allianzpartner beider Blöcke ein gleichbleibendes Sicherheitskontingent bei gleichzeitig sinkenden Verteidigungslasten würden sichern können. [2]

Zwei weitere Probleme um die divergierenden Sicherheitsinteressen zwischen den Vereinigten Staaten und Westeuropa sollten sich erst im weiteren Verlauf des Jahres 1973 ergeben, sind aber symptomatisch für jene unterschiedlichen Auffassungen auf beiden Seiten des Atlantiks, die ursprünglich Anlaß zu Kissinger's Kritik gegeben hatten.

Als Richard Nixon und Leonid Breschnew anläßlich ihres einwöchigen Gipfels in Washington, Camp David und San Celemente im Juni 1973 außer einer Prinzipienerklärung, die sogenannte "guidelines" für den künftigen Verlauf der SALT-Verhandlungen manifestieren sollte, und mehreren Abkommen zu verschiedenen Sektoren der Zusammenarbeit am 22. Juni 1973 zudem ein "Abkommen über die Verhinderung eines Atomkrieges" [3] unterzeichneten, war ein neues Beispiel für ein unilaterales Vorgehen der Vereinigten Staaten in Verfolgung ihrer globalen

---

1) Pierre Hassner: The Political Aspects of European Security. In: David Carlton und Carlo Schaerf (Hrsg.): International Terrorism and World Security. Croom Helm, London, 1975, S. 174

2) vgl. ebenda

3) Agreement between the United States of America and the Union of the Soviet Socialist Republics on the Prevention of Nuclear War. In: Department of State Bulletin, Vol. LXIX, No. 1778, July 23, 1973, S. 160 - 161

Interessen gegeben. Im Lichte der Bemerkungen Henry Kissingers vom April 1973 mußte dies neuen Zündstoff für die Debatte im atlantischen Bündnis über die Verschiedenheit von regionalen und globalen Interessen liefern.

In dem Abkommen hatten die USA und die UdSSR vereinbart, "dringende Konsultationen" zu beginnen, wann immer die Beziehungen zwischen ihnen und einem anderen Land "appear to involve the risk of nuclear conflict." [1] Beide Nationen gelobten, eine Verschlechterung in den Beziehungen mit jedwelchem Land dann zu vermeiden, wenn eine miliärische Konfrontation oder ein Krieg daraus zu entstehen drohe, sowie auf die Androhung von Gewaltanwendung gegen jegliches Land zu verzichten. Beiden Seiten würde erlaubt sein, ihre Verbündeten, weitere Staaten sowie die Vereinten Nationen über ihre Konsultationen zu unterrichten. Außerdem enthielt das Abkommen eine Klausel, die den Unterzeichnenden zusicherte, daß keine der im Abkommen enthaltenen Passagen das im Artikel 51 der Charta der Vereinten Nationen verankerte individuelle oder kollektive Selbstverteidigungsrecht und auch nicht die jeweiligen Bündnisverpflichtungen beeinflußen bzw. beeinträchtigen sollten. [2]

In seiner am Tag der Unterzeichnung abgehaltenen Pressekonferenz erläuterte Henry Kissinger das Abkommen als wichtigen Bestandteil der seit 1969 verfolgten Zielsetzung, eine "Struktur des Friedens" zu schaffen, "by which we mean an international system less geared to the management of crises, less conscious of constant eruptions of conflict, in which the principal participants operate with a consciousness of stability and permanence." [3]

Unter Hinweis auf die Moskauer Prinzipienerklärung vom 29. Mai 1972 [4],

---

1) so festgelegt in Artikel 4 des Abkommens, op. cit. in Anm. 3)

2) siehe Artikel 6 des Abkommens

3) Dr. Kissinger's News Conference, Washington, June 22, in: The Department of State Bulletin, Vol. LXIX, No. 1778, July 23, 1973, S. 141

4) Basic Principles of Relations Between the United States and the Union of Soviet Socialist Republics, May 29, 1972, a.a.O.

in der Ansätze zum Abkommen über die Verhinderung eines Atomkrieges niedergelegt waren, erinnerte Kissinger daran, daß man versucht habe, gewisse "Verhaltensprinzipien" zu entwickeln, "by which the two great nuclear countries could guide their expectations and by which both in relations to each other and in their relations to third countries, they could calm the atmosphere and replace purely military measures by a new attitude of a cooperative international system." [1]

Diese Absicht sollte die Bündnispartner voll mit einschließen. Die NATO, laut Kissinger vor dem Abkommensschluß gründlich konsultiert, sollte wie andere in den Vorzug eines enger gezogenen Schutzschirms der Vereinigten Staaten gelangen. Die Europäer fühlten sich jedoch erneut von den USA übergangen und bevormundet. Es bestand die Furcht, daß nun erst recht im Falle künftiger Konfliktsituationen die beiden Supermächte zugunsten ihrer globalen Vormachtstellung das "regional-europäische vom bipolar-globalen Gleichgewicht" [2] entkoppeln würden.

Schon wenige Monate darauf, im Oktober 1973, ereigneten sich anläßlich des vierten Nahostkrieges neue Pannen in den Konsultationsmechanismen des atlantischen Bündnisses, die Europa erneut fürchten ließen, die Vereinigten Staaten wollten ihre regionalen (Bündnis-) Interessen im westeuropäischen Raum zugunsten globaler Entspannungsbemühungen zurückstellen.

Die Versäumnisse der Vereinigten Staaten gegenüber ihren europäischen Bündnispartnern während der Zeit des Oktoberkrieges waren nicht nur das Ergebnis von Verwirrung und Überraschung über den völlig unerwarteten Ausbruch des Krieges am 6. Oktober, der Israel unvorbereitet und schlecht ausgerüstet traf [3], sondern auch der Absicht, Europa aus der politischen Dimension des Nahostkonflikts zugunsten einer unilateralen Diplomatie des Konfliktmanagements der Vereinigten Staaten

---

1) Dr. Kissinger's News Conference, op. cit. in Anm. 1)

2) Josef Joffe: Arbeitsnotiz ..., a.a.O., S. 14

3) vgl. hierzu Julian Critchley: Warning and Response. A Study of Surprise Attack in the 20th Century and an Analysis of its lesson for the Future. Crane, Russak & Company, New York, 1978, S. 72 - 80

auszusparen. Letzteres mag daran gelegen haben, daß die Europäer zögerten, eine gemeinsame Position zum Konflikt zu beziehen, oder es gar ablehnten - wie im Falle Großbritanniens - Israel oder die Vereinigten Staaten in ihrer militärischen Hilfe für Israel zu unterstützen. Nur die Bundesrepublik verhielt sich - wenn auch mehr indirekt - hilfreich "by not commenting on the use of its American bases for the resupply of Israel for ten days." [1] Durch eine Meldung in einer deutschen Zeitung, daß "amerikanische Truppen ein unter israelischer Flagge segelndes israelisches Schiff in Bremerhaven mit Material beladen" [2] wurde allerdings auch diese Politik des "Augenzudrückens" beendet; die deutsche Regierung verlangte daraufhin, die Waffenlieferungen für Israel von der Bundesrepublik aus einzustellen. Am 25. Oktober erklärten die Vertreter der britischen und französischen Regierungen im Atlantikrat:

> " The war is taking place within territories that are not covered by the Atlantic Alliance, and that America consequently can act with the understanding that Europe will not feel obliged to become involved." [3]

Im weiteren Verlauf des Krieges entzogen auch Italien, Spanien, Frankreich, Griechenland und die Türkei den Vereinigten Staaten die Erlaubnis, ihren Luftraum für Nachschublieferungen nach Israel zu überfliegen.

Nach vorübergehenden Lieferstops für die Vereinigten Staaten und die Niederlande spitzte sich auch die Versorgungslage auf dem Rohölsektor zu. Libyen, das sich als Fürsprecher für einen Waffenstillstand zeigte, drohte mit einem Öl-Embargo gegen Westeuropa für den Fall, daß ein solcher nicht zustande käme. Er kam zustande, jedoch nur für einen Tag, den 22. Oktober. Nach einem zweiten Anlauf zu einem Waffenstillstand, zu dem am 23. Oktober der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen eine Resolution verabschiedet hatte, führte ebenfalls zu keinem Erfolg.

---

1) Thomas Blau: Consultations in NATO During and After the October War. In: Carlton und Schaerf, a.a.O., S. 236 - 237

Diese bestätigte außerdem auch Helmut Sonnenfeldt

2) Thomas Blau, loc. cit., S. 237

3) zitiert ebenda

Auf den Vorschlag Sadats hin, daß die Amerikaner und die Sowjets gemeinsam eine Friedenstruppe stellen sollten, um die Einhaltung des Waffenstillstands zu überwachen, reagierten die Vereinigten Staaten negativ. Die Sowjetunion jedoch hielt Truppen in Osteuropa in Bereitschaft. Auf die Drohung der UdSSR hin, im Falle einer Nichtkooperation der USA unilateral zu handeln, entschloß sich das Weiße Haus am Morgen des 25. Oktobers, eine weltweite Alarmbereitschaft [1] auszulösen. Die Europäer, erst Stunden später informiert, waren schockiert. London und Bonn vereinten sich in der Kritik, daß die Vereinigten Staaten durch unilaterale Entscheidungen die Allianz gefährdet hätten. Im NATO-Hauptquartier in Brüssel reagierte man gelassener: hier wurde das Ganze als eine rein amerikanische Angelegenheit bezeichnet.

Die Vereinigten Staaten, mit globaler Entspannungspolitik und Elimination all jener Faktoren, die die neuen Stabilisierungstendenzen im internationalen System gefährden konnten, präokkupiert und die europäischen Staaten, auf Bewahrung der regionalen, primär wirtschaftlichen Einigungsprozesse bedacht, hatten sich nunmehr, da sich eine "begrenzte Harmonisierbarkeit der inneren Möglichkeiten und äußeren Notwendigkeiten aller westlichen Industrienationen" [2] aufzeigten, auf eine neue Politik des "Gleichgewichts zwischen Eigeninteresse und gemeinsamem Interesse" [3] zu konzentrieren.

Die Hoffnung für die Zukunft der atlantischen Allianz, in der die "globalen Interessen" der Vereinigten Staaten die "regionalen Interessen" der Europäer stets in sich tragen (und tragen müssen) und die Henry Kissinger am Ende seiner Rede zum Jahr Europas als "historic opportunity for this generation ... to build a new structure of

---

1) Dieser Alarm, als Defcon 3 eingestuft, bedeutete Defence Condition 3 auf einer Skala von 5 mögliche Defcons. Defcon 1 bedeutet Krieg. Siehe dazu Tad Szulc: The Illusions of Peace. Foreign Policy in Nixon Years. The Viking Press, New York, 1978, S. 746

2) Uwe Nerlich: Washington und Bonn. Entwicklungsstrukturen im deutsch-amerikanischen Verhältnis.
In: Karl Kaiser und Hans-Peter Schwarz (Hrsg.): Amerika und Westeuropa. Belser Verlag, Stuttgart und Zürich, 1977, S. 331

3) The Year of Europe, S. 32

international relations for the decades ahead" [1] bezeichnet, lag nunmehr auf Wegen, denen ein "vitaler Aspekt der Allianz-Theorie" [2] inhärent sein muß:

> " the national interests of allies are never completely identical and only people who regard politics in terms of irreconcilable absolutes look to this total identity of interests. The adjustment of interests even among allies is a very involved and delicate process, and compromise is almost always the result of political bargaining." [3]

In Henry Kissinger's Worten heißt das 1973:

> " We must identify interests and positive values beyond security in order to engage once again the commitment of peoples and parliaments. We need a shared view of the world we seek to build." [4]

---

1) The Year of Europe, S. 36

2) Otto Pick & Julian Critchley, a.a.O., S. 18

3) ebenda

4) The Year of Europe, S. 32

G. SCHLUSSBETRACHTUNG

Zusammenfassend stellt sich am Ende dieser Untersuchung primär die Frage, ob die Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und Westeuropa in den Jahren 1969 - 1973 als erfolgreich betrachtet werden können. Gerade im Hinblick auf die gegenwärtige Situation in den atlantischen Beziehungen ist es von Bedeutung, festzustellen, inwieweit die während der außenpolitisch besonders prägsamen Phase der Nixon-Administration verfolgte Europa-Politik der USA Relevanz für eine zukünftige Bündnispolitik erwirken konnte.

So sollte zunächst festgestellt werden, daß die Politik der Nixon-Administration gegenüber den europäischen Bündnispartnern nicht nur in ihrer Doppelfunktion von Sicherheit und Entspannung, also einer Art Junktim zwischen Verteidigungspolitik und détente zu sehen ist. Natürlich war in der ursprünglichen Verknüpfung der Politik der Partnerschaft und Stärke mit einer Politik der Verhandlungen der Versuch gemacht worden, nationale Interessen jenseits jeglicher regionalen oder globalen Orientierung zu gemeinsamem, erfolgreichem Handeln in der Verfolgung solcher Ziele zu koordinieren. Es darf jedoch nicht vergessen werden, daß eine vorrangige Zielsetzung der Vereinigten Staaten in ihrer Bündnispolitik mit Westeuropa darin gesehen wurde, die natürlich gewachsenen, traditionellen Bindungen, die in ganz andere Bereiche als die der gemeinsamen Verteidigung hineinreichten, in einer Weise neu zu definieren, die den substantiellen Sinn eines Bündnisses zwischen Staaten gleicher wirtschaftlicher, ideologischer und gesellschaftlicher Orientierung und Ordnung bestätigt.

Das gesamte europäische Programm der Regierung Nixon stand unter dem Eindruck der Notwendigkeit eines Konzeptes, das sich vor dem Hintergrund der neu formulierten globalen Grundsätze an Faktoren orientieren mußte, die die atlantischen Beziehungen unter Berücksichtigung der gemeinsamen Grundwerte westlicher Demokratien in eine Balance zwischen den Präokkupationen einzelner, nationaler Interessen mit den Notwendigkeiten gemeinsamer, also transnationaler Interessen bringen würde.

In einer internationalen Umwelt, in der Interdependenzen zwischen wirtschaftlichen, militärischen, politischen und kulturellen Faktoren ein Gefüge von Verpflichtungen geschaffen hatten, innerhalb dessen sich als oberste Zielsetzung eine Erhaltung systemübergreifender Strukturen der Zusammenarbeit herauskristallisierten, war die Außenpolitik der Vereinigten Staaten gegenüber Westeuropa sowohl von Erfolgen als auch von Mißerfolgen getragen.

Als Nation mit explizit pragmatischer Prägung waren die USA einer Politikführung unterworfen, "that is primarily given to problem solving rather than problem managing." [1] Da die meisten politischen und zwischenstaatlichen Probleme jedoch nicht im Sinne physischer Lösungen zu bereinigen sind, standen die Vereinigten Staaten im Zuge ihrer unter Richard Nixon und Henry Kissinger neuformulierten außenpolitischen "Philosophie" besonders in den atlantischen Beziehungen vor der Aufgabe, ihre Verpflichtungen gegenüber der westlichen Allianz "nichtphysischen" Lösungen zuzuführen.

Im einzelnen bedeutete dies, nach den Festlegungen, die durch die großen internationalen Durchbrüche während der ersten Nixon-Administration erfolgt waren, im atlantischen Bündnis ein Klima zu schaffen, innerhalb dessen ein Gefühl für politische Mitverantwortung aller Bündnispartner entstehen konnte.

Die partiell massiven Interessendivergenzen, die in den Jahren 1969 - 1973 das Verhältnis zwischen den Vereinigten Staaten und Westeuropa kennzeichneten, hatten dies nicht immer leicht gemacht.

Die entspannungspolitischen Präliminarien, die im Zuge institutionalisierender Maßnahmen im Sinne einer Aufnahme diplomatischer Beziehungen zur Volksrepublik China und der Unterzeichnung komplexer Vertrags- und Abkommenswerke über die Begrenzung strategischer Rüstung sowie der Festlegung von Prinzipienkatalogen für eine künftige Zusammenarbeit mit der Sowjetunion die großen Schritte in Richtung eines "dauerhaften Friedens" vollbracht und weitgehend sanktioniert hatten,

---

1) Helmut Sonnenfeldt in einem Vortrag am Amerika-Institut der Universität München, Juni 1978

waren im europäischen Raum durch vorbereitende Konsultationen für eine Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) und für Verhandlungen über beiderseitige und ausgewogene Truppenreduzierungen (MBFR) im Rahmen der NATO und des Warschauer Pakts ergänzt worden.

Die Beendigung des Krieges in Vietnam führte zu einer Entspannung auf dem militärischen bzw. verteidigungspolitischen Sektor, die die zeitweise recht kontroversen Positionen sowohl innerhalb der Regierung der Vereinigten Staaten als auch im Zusammenspiel mit ihren Bündnispartnern ordnen und neu definieren konnte.

Wirtschaftliche Interessendivergenzen, die primär vor dem Hintergrund der durch die Stationierung amerikanischer Truppen auf westeuropäischem Territorium und damit verbundener Fragen des Lastenausgleichs sowie auf dem Währungssektor bestanden hatten, waren 1973 durch die "Wiedergewinnung währungspolitischer Handlungsfreiheit auf amerikanischer Seite" sowie vor allem durch die Tatsache, daß "ein deutlicher Meinungsumschwung im amerikanischen Kongress zugunsten einer Beibehaltung der US-Truppenstärke in Westeuropa" [1] stattgefunden hatte, weitgehend entspannt worden.

Die kritische Reaktion der europäischen Bündnispartner auf die Schliessung eines Abkommens zwischen den USA und der UdSSR über die Verhinderung eines Atomkrieges im Juni 1973 und ihr ambivalentes Verhalten gegenüber den Geschehnissen im vierten Nahostkrieg vom Oktober desselben Jahres schließlich führten zu einer Situation, in der folgendes Grundprinzip heute noch bestimmend für die Allianz sein muß:

Im gegenwärtigen internationalen System - und hier sowohl innerhalb als auch außerhalb von festgefügten Bündnisstrukturen - können ständig wiederkehrende Diskrepanzen in den jeweiligen nationalen Interessen aller an den internationalen Beziehungen beteiligten Akteure nur auf dem Wege verstärkter Konsultationen gelöst werden.

---

1) Elke Thiel: Die Verknüpfung währungs- und stationierungspolitischer Zielsetzungen in den deutsch-amerikanischen Beziehungen. a.a.O., S. 237

In diesem Sinne befand sich trotz aller Friktionen in den amerikanisch-europäischen Beziehungen der Jahre 1969 - 1973 das Bündnis auf dem Wege zu einem verstärkten gegenseitigen Verständnis, in dem die Erfolge der Europapolitik der Nixon-Administration begründet sind, und welches bis heute seine Bedeutung in der Erkenntnis einer fundamentalen Notwendigkeit bewahrt hat:

" We have to operate in a world of compromise." [1)]

---

1) Helmut Sonnenfeldt, Starnberg / 13. September 1978

H. ANHANG

I. Literaturverzeichnis

	Seite
Dokumente	178
1. Amtliche Veröffentlichungen der USA	178
a) Kongress	178
b) Regierung	179
2. Amtliche Veröffentlichungen der BRD	180
3. Sonstige Dokumente	180
Handbücher und Nachschlagewerke	184
Monographien und Sammelwerke	185
Aufsätze in Zeitschriften und Sammelwerken	189
Tagespresse, Fernsehen / Rundfunk	191

Dokumente

1. Amtliche Veröffentlichungen der USA

a) Kongreß

THE DECLARATION OF INDEPENDENCE - 1776. In Congress, July 4. 1776. The Unanimous Declaration of the Thirteen United States of America. Documents Illustrative of the Formation of the Union of the American States, 69th Congress, 1st Session, House Document No. 398. U.S. Government Printing Office, Washington, D.C., 1927

DEPARTMENT OF DEFENSE APPROPRIATIONS FOR 1971. Hearings before a Subcommittee of the Committee on Appropriations, House of Representatives, 91st Congress, 2nd Session, Subcommittee on Department of Defense, Part 1. U.S. Government Printing Office, Washington, D.C., 1970

LAIRD, Melvin R.: Defense Report. Statement of Secretary of Defense Melvin R. Laird beofre the House Subcommittee on Department of Defense Appropriations on the Fiscal Year 1971 Defense Department Program and Budget. February 25. 1970. U.S. Government Printing Office, Washington, D.C., 1970

LAIRD, Melvin R.: Statement of Secretary of Defense Melvin R. Laird before the House Armed Services Committee on the Fiscal Year 1972 - 1976 Defense Program and the 1972 Defense Bud et, March 9, 1971. Washington, D.C., 3. 1. 1971

MANSFIELD, Mike: Western Europe and the New Economic Policy. Report of Sen. Mike Mansfield to the Committee on Foreign Relations, United States Senate, October 1971. Washington, D.C., 1971

NIXON - THE THIRD YEAR OF HIS PRESIDENCY. Congressional Quarterly, Washington, D.C., 1972

NORTH ATLANTIC TREATY ORGANIZATION COMMITMENTS. H.A.S.C. NO. 92 - 52. Hearings before the Special Subcommittee on Armed Services, House of Representatives, 92nd Congress, 1st and 2nd Sessions, U.S. Government Printing Office, Washington, D.C., 1972

UNITED STATES FOREIGN POLICY FOR THE 1970's. Analysis of the President's 1973 Foreign Policy Report and Congressional Action. Prepared for the Committee on Foreign Affairs by the Foreign Affairs Division, Congressional Research Service, Library of Congress, October 7, 1973. U.S. Government Printing Office, Washington, D.C., 1973

UNITED STATES MILITARY COMMITMENTS TO EUROPE. H.A.S.C. NO. 93 - 41. Hearings before the Ad Hoc Subcommittee of the Committee on Armed Services, House of Representatives, 93rd Congress, 2nd Session, U.S. Government Printing Office, Washington, D.C., 1974

b) Regierung

THE DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Washington, D.C.,
Vol. LXV, No. 1683, Sept. 27, 1971 / Vol. LXVIII, No. 1754, Feb. 5, 1973 / Vol. LXVIII, No. 1756, Feb. 19, 1973 / Vol. LXVIII, No. 1757, Feb. 26, 1973 / Vol. LXVIII, No. 1768, May 14, 1973 / Vol. LXIX, No. 1778, July 23, 1973

LAIRD, Melvin R.: National Security of Realistic Deterrence. Secretary of Defense Melvin R. Laird's Annual Defense Department Report, FY 1973. Washington, D.C., 2. 8. 1972

LAIRD, Melvin R.: Secretary of Defense Melvin Laird's Annual Defense Department Report, April 3, 1973. Washington, D.C., 1973

NIXON, Richard M.: United Staes Foreign Policy For the 1970's. A New Strategy For Peace. A Report by the President of the United States to the Congress, February 18, 1970, United States Information Service, Washington, D.C., 1970

NIXON, Richard M.: United States Foreign Policy For the 1970's. Building For Peace. A Report to the Congress by Richard Nixon, President of the United States, February 25, 1971. Washington, D.C., 1971

NIXON, Richard M.: United States Foreign Policy For the 1970's. The Emerging Structure of Peace. A Report by Richard Nixon to the Congress, February 1972. Washington, D.C., 1972

NIXON, Richard M.: United States Foreign Policy For the 1970's. Shaping A Durable Peace. A Report by President Richard M. Nixon to the Congress, May 3, 1973. Washington, D.C., 1973

PUBLIC PAPERS OF THE PRESIDENTS OF THE UNITED STATES, John F. Kennedy, 1962. U.S. Government Printing Office, Washington, D.C., 1963

PUBLIC PAPERS OF THE PRESIDENTS OF THE UNITED STATES, Richard Nixon, 1969. U.S. Government Printing Office, Washington, D.C., 1971

PUBLIC PAPERS OF THE PRESIDENTS OF THE UNITED STATES, Richard Nixon, 1970. U.S. Government Printing Office, Washington, D.C., 1971

PUBLIC PAPERS OF THE PRESIDENTS OF THE UNITED STATES, Richard Nixon, 1971. U.S. Government Printing Office, Washington, D.C., 1972

PUBLIC PAPERS OF THE PRESIDENTS OF THE UNITED STATES, Richard Nixon, 1972. U.S. Government Printing Office, Washington, D.C., 1974

ROGERS, William P.: United States Foreign Policy 1971.
A Report of the Secretary of State, William P. Rogers.
U.S. Government Printing Office, Washington, D.D., 1972

ROGERS, William P.: United States Foreign Policy 1972.
A Report of the Secretary of State, Washington, April 19, 1973.
U.S. Government Printing Office, Washington, D.C., 1973

U.S. WIRELESS BULLETIN. Washington, D.C.,
21. 1. 1970 / 5. 3. 1970 / 5. 3. 1970 / 6. 10. 1970 / 14. 2. 1972

2. Amtliche Veröffentlichungen der Bundesrepublik

BUNDESPRESSEAMT. Abteilung Nachrichten, Referat II / 4, Deutsche Gruppe. Auszüge aus einer Fernsehpressekonferenz europäischer Auslandkorrespondenten in Washington mit Senator McGovern, ZDF, 2. 9. 1972

BUNDESRAT. Drucksache 414 / 72, Bonn, 11. Juli 1972

VERTRAG ÜBER DIE GRUNDLAGEN DER BEZIEHUNGEN, 8. 11. 1972.
Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, Bonn, 1972

WEISSBUCH 1970. Zur Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland und zur Lage der Bundeswehr. Hrsg. vom Bundesminister der Verteidigung. Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, Bonn, 1970

WEISSBUCH 1973 / 74. Zur Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland und zur Entwicklung der Bundeswehr. Hrsg. vom Bundesminister der Verteidigung. Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, Bonn, 1974

3. Sonstige Dokumente

ABKOMMEN ÜBER DIE BEENDIGUNG DES KRIEGES und die Wiederherstellung des Friedens in Vietnam vom 27. Januar 1973. In: Europa-Archiv, 28. Jg., Folge 5 / 1973, S. D 112 - 120

BOTSCHAFT DES PRÄSIDENTEN DER VEREINIGTEN STAATEN, Richard M. Nixon, an den Nordatlantikrat vom 3. Dezember 1970. In: Europa-Archiv, 26. Jg., Folge 3 / 1971, S. D 73 - 74

DOKUMENTE ZUR EUROPÄISCHEN SICHERHEIT und zur westlichen Verteidigungspolitik. In: Europa-Archiv, 25. Jg., Folge 4 / 1970, S. D 75 - 100

DOKUMENTE ZUR EUROPÄISCHEN SICHERHEITSPOLITIK. In: Europa-Archiv, 28. Jg., Folge 3 / 1973, S. D 51 - 76

EMPFEHLUNGEN DER NORDATLANTISCHEN VERSAMMLUNG während ihrer 14. Jahreskonferenz in Brüssel vom 11. bis zum 15. November 1968. In: Europa-Archiv, 24. Jg., Folge 1 / 1969, S. D 23 - 25

ENTWURF EINER RESOLUTION für Konsultationen über die Rolle der NATO in den siebziger Jahren, im amerikanischen Senat eingebracht von Sen. Charles Mathies am 14. Oktober 1970. In: Europa-Archiv, 26. Jg., Folge 3 / 1971, S. D 61

ERKLÄRUNG DER KONFERENZ DER STAATS- BZW. REGIERUNGSCHEFS der Mitgliedstaaten der erweiterten Europäischen Gemeinschaften in Paris am am 19. und 20. Oktober 1972. In: Europa-Archiv, 27. Jg., Folge 21 / 1972, S. D 502 - 508

ERKLÄRUNG DER MINISTER der am integrierten Verteidigungsprogramm der NATO beteiligten Länder vom 2. Dezember 1970 über die "Allianz in den siebziger Jahren" (Anlage zum Kommuniqué des Nordatlantikrats vom 4. Dezember). In: Europa-Archiv, 26. Jg., Folge 3 / 1971, S. D 79 - 82

ERKLÄRUNG DES AMERIKANISCHEN AUSSENMINISTERIUMS vom 17. Mai 1971 betr. beiderseitige und ausgewogene Truppenverminderungen in Europa. In: Europa-Archiv, 26. Jg., Folge 14 / 1971, S. D 348 - 349

ERKLÄRUNG DES DEUTSCHEN BUNDESKANZLERS, Willy Brandt, vor dem Bundestag am 24. Juni 1971. In: Europa-Archiv, 26. Jg., Folge 14 / 1971, S. D 342 - 344

ERKLÄRUNG DES FRANZÖSISCHEN AUSSENMINISTERS, Maurice Schumann, zur Einleitung einer außenpolitischen Debatte der Nationalversammlung am 28. April 1970. In: Europa-Archiv, 25. Jg., Folge 11 / 1970, S. D 245 - 256

EXECUTIVE ORDER 107000 by President Eisenhower, Further Providing For the Operations Coordinating Board, February 27, 1957. In: Henry M. Jackson, The National Security Council. Praeger, New York, 1965, S. 299 - 301

FERNSEHINTERVIEW DES FRANZÖSISCHEN STAATSPRÄSIDENTEN, Georges Pompidou, am 23. Juni 1971 (Auszug betr. Europa-Politik). In: Europa-Archiv, 26. Jg., Folge 14 / 1971, S. D 340 - 342

KISSINGER, Henry A.: The Year of Europe. Address Delivered to the Associated Press Annual Luncheon, New York, April 23, 1972. In: Henry A. Kissinger: American Foreign Policy. Exp. Ed., W. W. Norton & Company, New York, 1974, S. 163 - 177

KISSINGER, Henry A.: Statement on the Atlantic Alliance before the Senate Foreign Relations Committee. Monday, June 27, 1966 (Xerokopie)

KOMMUNIQUÉ ÜBER DIE MINISTERTAGUNG der Zehnergruppe in Washington am 17. und 18. Dezember 1971. In: Europa-Archiv, 27. Jg., Folge 1 / 1972, S. D 23 - 24

KOMMUNIQUE DER MINISTERTAGUNG des Nordatlantikrats in Brüssel am 7. und 8. Dezember 1972. In: Europa-Archiv, 28.Jg., Folge 3 / 1973, S. D 72 - 76

KOMMUNIQUE ÜBER DIE MINISTERTAGUNG des Nordatlantikrats am 15. und 16. November 1968 in Brüssel. In: Europa-Archiv, 24. Jg., Folge 1 / 1969, S. D 26 - 28

KOMMUNIQUE ÜBER DIE SITZUNG DER VERTEIDIGUNGSMINISTER der Europäischen Gruppe in der NATO am 1. Dezember 1970 in Brüssel. In: Europa-Archiv, 26. Jg., Folge 3 / 1971, S. D 73

NORDATLANTIKVERTRAG vom 4. April 1949. In: Handbuch der NATO. Frankfurt a.M., 1957, S. 345 - 348

PRESSEVERLAUTBARUNG ÜBER DIE 181. TAGUNG DES RATES der Europäischen Gemeinschaften am 11. und 12. Dezember 1971 (Auszug betr. Beziehungen zu den Vereinigten Staaten). In: Europa-Archiv, 27. Jg., Folge 1 / 1972, S. D 22

PROBLEME DER EUROPÄISCHEN EINIGUNG. Die Beitrittsakte zur Erweiterung der Europäischen Gemeinschaften. In: Europa-Archiv, 27. Jg., Folge 5 / 1972, S. D 111 - 134

REDE DES AMERIKANISCHEN AUSSENMINISTERS, William P. Rogers, vor der Belgisch-Amerikanischen Gesellschaft in Brüssel am 6. Dezember 1969 über Fragen der europäischen Sicherheit (Auszüge). In: Europa-Archiv, 25. Jg., Folge 4 / 1970, S. D 83 - 85

REDE DES STELLVERTRETENDEN AMERIKANISCHEN AUSSENMINISTERS, Nicholas Katzenbach, vor der Versammlung der Westeuropäischen Union in Paris am 16. Oktober 1968 über die atlantische Partnerschaft In: Europa-Archiv, 24. Jg., Folge 1 / 1969, S. D 3 - 9

REDE DES BRITISCHEN AUSSENMINISTERS, Sir Alec Douglas-Home, im Unterhaus am 6. Juli 1970 (Auszüge betr. Europa-Politik). In: Europa-Archiv, 25. Jg., Folge 15 - 16 / 1970, S. D 377 - 378

REDE DES BRITISCHEN PREMIERMINISTERS, Edward Heath, im Unterhaus am 2. Juli 1970 (Auszüge betr. Außenpolitik). In: Europa-Archiv, 25. Jg., Folge 15 - 16 / 1970, S. D 375 - 377

REDE DES BRITISCHEN VERTEIDIGUNGSMINISTERS, Denis Healey, vor dem British Atlantic Committee in London am 6. November 1968 über die NATO und den britischen Beitrag (gekürzt). In: Europa-Archiv, Folge 1 / 1969, S. D 12 - 16

REFORM OF THE INTERNATIONAL MONETARY SYSTEM. A Report by the Executive Directors to the Board of Governors. International Monetary Fund, Washington, D.C., 1972

SCHLUSSAKTE DER KONFERENZ ÜBER SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT IN EUROPA vom 1. August 1975. In: Europa-Archiv, 30. Jg., Folge 17 / 1975, S. D 437 - 484

STATEMENT OF PRESIDENT KENNEDY Abolishing the Operations Coordinating Board. February 19, 1961. In: Henry M. Jackson: The National Security Council. Praeger, New York, 1965, S. 304 - 305

VERTRAG VOM 22. JANUAR 1972 ÜBER DEN BEITRITT des Königreichs Dänemark, Irlands, Des Königreichs Norwegen und des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und zur Europäischen Atomgemeinschaft. In: Europa-Archiv, 27. Jg., Folge 5 / 1972, S. D 123 - 125

VERTRAG ZWISCHEN DER BUNDESREPUBLIK Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik vom 26. Mai 1972. In: Europa-Archiv, Folge 13 / 1972, S. D 320 - 328

ZUR AUSSENPOLITIK DER NEUEN BRITISCHEN REGIERUNG. In: Europa-Archiv, 25. Jg., Folge 15 - 16 / 1970, S. D 375 - 378

ZUSAMMENFASSUNG DER ERGEBNISSE DER BEITRITTSVERHANDLUNGEN, veröffentlicht durch die Kommission der Europäischen Gemeinschaften am 19. Januar 1972 (gekürzt). In: Europa-Archiv, 27. Jg., Folge 5 / 1972, S. D 115 - 122

Handbücher und Nachschlagewerke

CROZIER, Brian (Hrsg.): Annual of Power and Conflict 1973 - 1974
Institute for the Study of Conflict, London, 1974

DUPUY, T.N. / BLANCHARD, Wendell (Hrsg.): The Almanac of World Military Power. Arthur Barker Limited, London, 1972

DTV-ATLAS zur Weltgeschichte. Band 2. Deutscher Taschenbuch-Verlag, München 1966

HANDBUCH DER NATO. Frankfurt am Main, 1957

MAC CLOSKEY, Monro: Pacts For Peace. Military Research Series, Richard Rosen Press, New York, 1967

NATO. FACTS AND FIGURES. NATO Information Service, Brüssel, Januar 1976

POSER, Günter: Die NATO. Werdegang, Aufgaben und Struktur des Nordatlantischen Bündnisses. Günter Olzog Verlag, München, Wien, 1979

SOBEL, Lester A. (Hrsg.): Kissinger and détente. Facts on File, New York, 1975

STEBBINS, Richard P. / ADAM, Elaine P. (Hrsg.): American Foreign Relations 1973. A Documentary Record. New York University Press, New York, 1976

U.S. FOREIGN POLICY 1972 - 1973. The Critical Issues.
Collier Books, New York, 1972

Monographien und Sammelwerke

ACHESON, Dean: Macht und Diplomatie. Verlag für Politik und Wissenschaft, Köln, 1958

BALDWIN, David A. (Hrsg.): America in an Interdependent World. Problems of United States Foreign Policy. University Press of New England, Hanover, New Hampshire, 1976

BELL, Coral: The Diplomacy of Detente. The Kissinger Era. Martin Robertson, London, 1977

BRANDON, Henry: The Retreat of American Power. Doubleday & Company, Garden City, New York, 1973

CARLTON, David / SCHAERF, Carlo (Hrsg.): International Terrorism and World Security. Croom Helm, London, 1975

CHACE, James / RAVENAL, Earl C. (Hrsg.): Atlantis Lost. U.S.-European Relations After the Cold War. New York University Press, New York, 1976

COMMAGER, Henry S. / MORRIS, Richard B. (Hrsg.): The Spirit of Seventy-Six. The Bobbs Merrill Company, Inc., Indianapolis, New York, 1958

CRITCHLEY, Julian: Warning and Response. A Study of Surprise Attack in the 20th Century and an Analysis of its Lesson for the Future. Crane, Russak & Company, New York, 1978

DETTKE, Dieter: Allianz im Wandel. Amerikanisch-europäische Sicherheitsbeziehungen im Zeichen des Bilateralismus der Supermächte. Alfred Metzner Verlag GmbH, Frankfurt am Main, 1976

DEUTSCH, Karl W.: Politische Kybernetik. Modelle und Perspektiven. Rombach, Freiburg im Breisgau, 2. Aufl.,1970

GARNETT, John C. (Hrsg.): The Defense of Western Europe. Macmillan, London, 1974

GERMANN, Wilhelm-Nikolai: Zur Rolle und zu den Entwicklungsmöglichkeiten der französischen und britischen Nuklearstreitkräfte unter den absehbaren sicherheitspolitischen Rahmenbedingungen. SWP - S 255, Ebenhausen, November 1976

GRAUBARD, Stephen R.: Kissinger. Portrait of A Mind. W. W. Norton, New York, 1974

GROSSER, Alfred: Das Bündnis. Carl Hanser Verlag, München, Wien, 1978

HAFTENDORN, Helga: Abrüstungs- und Entspannungspolitik zwischen Sicherheitsbefriedigung und Friedenssicherung. Bertelsmann Universitätsverlag, Düsseldorf, 1974

HANDZIK, Helmut: Der isolationistische Impuls in den USA. SWP - S 256,Ebenhausen, Januar 1977

HELLMAN, Donald C.: Japan and East Asia. The New International Order. Praeger, New York, Washington, 1972

HILL, Roger: Political Consultation in NATO. Wellesley Papers 6 / 1978, Canadian Institute of International Affairs, Toronto, 1978

JACKSON, Henry M. (Hrsg.): The National Security Council - Jackson Subcommittee Papers on Policy-Making at the Presidential Level. Praeger, New York, Washington, 1965

JOBERT, Michel: Mémoires d'avenir. Bernard Grasset, Paris, 1974

JOBERT, Michel: L'autre regard. Bernard Grasset, Paris, 1976

JOFFE, Josef: Arbeitsnotiz betr. Grundlagen und Prinzipien der Atlantischen Beziehungen. Überlegungen und Materialien für eine Erklärung zum Thema der Kissinger-Rede vom 23. 4. 1973 . SWP, Ebenhausen, Juni 1973

JONES, Alan M. Jr. (Hrsg.): U.S. Foreign Policy in a Changing World. The Nixon Administration 1969 - 1973. David McKay Company, Inc., New York, 1973

KAISER, Karl / SCHWARZ, Hans-Peter (Hrsg.): Amerika und Westeuropa. Gegenwarts- und Zukunftsprobleme. Belser Verlag, Stuttgart, Zürich, 1977

KAISER, Karl: Die europäische Herausforderung und die USA. Piper, München, 1973

KALB, Marvin and Bernard: Kissinger. Little, Brown and Company, Boston, Toronto, 1974

KAPLAN, Lawrence S. (Hrsg.): NATO and the Policy of Containment. D.C. Heath and Company, Boston, 1968

KISSINGER, Henry A. : American Foreign Policy. Exp. Ed., W.W. Norton & Company, Inc., New York, 1974

KISSINGER, Henry A.: Kernwaffen und Auswärtige Politik. R. Oldenbourg Verlag, München, 1959

KISSINGER, Henry A.: The Necessity For Choice. Prospects of American Foreign Policy. Harper & Brothers, New York, 1961

KISSINGER, Henry A. (Hrsg.): Problems of National Security, F.A. Praeger, New York, Washington, 1965

KISSINGER, Henry A.: Was wird aus der westlichen Allianz ? Econ-Verlag, Wien, Düsseldorf, 1965

KISSINGER, Henry A.: White House Years. Little, Brown and Company, Boston, Toronto, 1979

KRAFT, Joseph: The Grand Design - From Common Market to Atlantic Partnership. Harper & Brothers, 1962

KRIPPENDORF, Ekkehart: Die amerikanische Strategie - Entscheidungsprozesse und Instrumentarien der amerikanischen Außenpolitik. Suhrkamp-Verlag, Frankfurt am Main, 1970

LAIRD, Melvin R.: The Nixon Doctrine. American Enterprise Institute for Public Policy Research, Washington, D.C., 1972

LANDAU, David: Kissinger. The Uses of Power. Houghton Mifflin Company, Boston, 1972

LAQUEUR, Walter: Europa vor der Entscheidung. Kindler, München, 1978

LINDEN, Frank van der: Nixon's Quest For Peace. Robert B. Luce, Inc., Washington, New York, 1972

MALLY, Gerhard: Interdependence. The European-American Connection in the Global Context. Lexington Books, Lexington, Mass., 1976

MALLY, Gerhard: The New Europe and the United States. Lexington Books, Lexington, Mass., 1974

MARTIN. Laurence M.: The Nixon Doctrine in Europe. Symposium Paper: National Strategy in a Decade of Change. Foreign Policy Research Institute & Stanford Research Institute, Airlie House, Warrenton, Virginia, Feb. 1972

MAYNE, Richard (Hrsg.): The New Atlantic Challenge. Charles Knight & Company Ltd., London, 1975

MAZLISH, Bruce: Kissinger. The European Mind in American Foreign Policy. Basic Books, Inc., New York, 1976

MORRIS, Roger: Uncertain Greatness. Henry Kissinger and American Foreign Policy. Harper & Row, New York, 1977

NATHAN, James A. / OLIVER, James K.: United States Foreign Policy and World Order. Little, Brown & Company, Boston, Toronto, 1976

NEWHOUSE, John: Cold Dawn. The Story of SALT. Holt, Rinehart and Winston, New York, 1973

NUTTER, G. Warren: Kissinger's Grand Design. Foreign Affairs Study 27, American Enterprise Institute for Public Policy Research, Washington, D.C., 1975

RN: The Memoirs of Richard Nixon. Sidgwick & Jackson, London, 1978

NYE, R. B. / MORPURGO, J. E.: Geschichte der USA. Goldmann, München, 1964

PICK, Otto / CRITCHLEY, Julian: Collective Security. Macmillan, London, 1974

THE PRESIDENT'S TRIP TO CHINA. Bantam Books, New York, Toronto, 1972

RISSENER JAHRBUCH 1977 / 78. Internationales Institut für Politik und Wirtschaft, Haus Rissen, Hamburg, Dezember 1977

ROSTOW, Walt W.: The Diffusion of Power 1957 - 1972. Macmillan, New York, 1972

SAVELLE, Max: Die Vereinigten Staaten von Amerika. Magnus, Essen, 1975

SCHAETZEL, J. Robert: The Unhinged Alliance: America and the European Community. Harper & Row, New York, 1975

SCHELL, Jonathan: The Time of Illusion. Vintage Books, New York, 1976

SCHWARZ, Hans-Peter: Handbuch der deutschen Außenpolitik. R. Piper & Co. Verlag, München, Zürich, 1975

SCOTT, Andrew M. / DAWSON, Raymond H. (Hrsg.): Readings in the Making of American Foreign Policy. The Macmillan Company, New York, London, 1965

SILBERSCHMIDT, Max: The United States and Europe. Rivals and Partners. Harcourt Brace Jovanovich, New York, 1972

STOESSINGER, John G.: Henry Kissinger: The Anguish of Power. W.W. Norton & Company, Inc., New York, 1976

SZULC, Tad: The Illusions of Peace. Foreign Policy in the Nixon Years. The Viking Press, New York, 1978

THIEL, Elke: Die atlantischen Beziehungen im Zeichen währungspolitischer Veränderungen. SWP - S 201. Ebenhausen, Februar 1972

THIEL, Elke: Die Verknüpfung währungs- und stationierungspolitischer Zielsetzungen in den deutsch-amerikanischen Beziehungen. SWP - 259, Ebenhausen, März 1978

WHETTEN, Lawrence L.: Contemporary American Foreign Policy. Lexington Books, D.C. Heath and Company, Lexington, Mass., 1974

WHITE, Theodore H.: The Making of the President 1972. Bantam Books, New York, 1973

WILLS, Gary : Nixon Agonistes. The Crisis of the Self-Made Man. Houghton Mifflin Company, Boston, 1969/70

WOLF, Dieter O.A.: "Präsidenten-Krieg" in Vietnam ? Oldenbourg, München, 1973

WOODSTONE, Arthur: Nixon's Head. St. Martin's Press, New York, 1972

ZUMWALT, Elmo R. Jr.: On Watch. Quadrangle, The New York Times Book Co., New York, 1975

Aufsätze in Zeitschriften und Sammelwerken:

BLAU, Thomas: Consultations in NATO During and After the October War.
In David Carlton / Carlo Schaerf (Hrsg.): International Terrorism and World Security. Croom Helm, London, 1975, S. 234 - 247

DESTLER, I.M.: Can One Man Do?
In: Foreign Policy, No. 5, Winter 1971 - 72, S. 36 ff

GARNETT, John C.: European Security and an Enlarged Community.
In John C. Garnett (Hrsg.): The Defence of Western Europe.
Macmillan, London, 1974, S. 57 - 86

GLAUBITZ, Joachim: Das amerikanisch-chinesische Gipfeltreffen vom Februar 1972.
In: Europa-Archiv, 27. Jg., Folge 6 / 1972, S. 193 - 198

GLAUBITZ, Joachim : Japan im Schatten der amerikanisch-chinesischen Kontakte.
In: Europa-Archiv, 27. Jg., Folge 3 / 1972, S. 101 - 110

HAFTENDORN, Helga: Abrüstungs- und Rüstungskontrollpolitik.
In Hans-Peter Schwarz (Hrsg.): Handbuch der deutschen Außenpolitik. R. Piper & Co. Verlag, München, 1975, S. 523 - 530

HASSNER, Pierre: The Political Aspects of European Security.
In David Carlton / Carlo Schaerf (Hrsg.): Inernational Terrorism and World Security. Croom Helm, London, 1975, S. 173 - 188

HILLENBRAND, Martin J.: Die USA und die EG: Spannungen und Möglichkeiten.
In Karl Kaiser / Hans-Peter Schwarz (Hrsg.): Amerika und Westeuropa. Belser Verlag, Stuttgart, 1977, S. 288 - 300

HOFFMANN, Stanley: No Trumps, No Luck, No Will: Gloomy Thoughts on Europe's Plight.
In James Chace / Earl C. Ravenal (Hrsg.): Atlantis Lost. U.S.-European Relations After the Cold War. New York University Press, New York, 1976, S. 1 - 46

JOFFE, Josef:Amerikas "Neue Außenpolitik". Referat zum Kolloquium "Amerika zwischen Moral- und Realpolitik" am 14./15. 11. 1977 in Haus Rissen.
In: Rissener Jahrbuch 1977 / 78, Haus Rissen, Hamburg, Dez. 1977, Nr. 12/77 - 1/78

JOFFE, Josef: Macht und Mächte in der internationalen Politik. Zum Strukturwandel des internationalen Systems.
Sonderdruck aus Klaus-Dieter Schwarz (Hrsg.): Sicherheitspolitik. Analysen zur politischen und militä ischen Sicherheit. 3. Aufl., Osang-Verlag, Bad Honnef-Erpel, 1979, S. 25 - 54

KALTEFLEITER, W.: Europe and the Nixon Doctrine: A German Point of View.
In: Orbis, Vol. 17, No. 1, Spring 1973, S. 75 - 94

KISSINGER, Henry A.: The Lessons of the Past. A Conversation with Walter Laqueur.
In: The Washington Review of Strategic and International Studies, Vol. 1, No. 1, January 1978, S. 3 - 9

KISSINGER, Henry A.: The Policymaker and the Intellectual.
In Andrew M. Scott / Raymond H. Dawson (Hrsg.): Readings in the Making of American Foreign Policy. The Macmillan Company, New York, London, 1965, S. 320 - 333

KISSINGER, Henry A.: The Vietnam Negotiations.
In: Henry A. Kissinger: American Foreign Policy. Exp. ed., W.W. Norton & Company, New York, 1974, S. 99 - 135

KOHL, Wilfrid L.: The Nixon-Kissinger Foreign Policy System and U.S.-European Relations: Patterns of Policy-Making.
In: World Politics, Vol. XXVIII, No. 1, October 1975, S. 1 - 43

MOORER, Thomas H.: Formulation of National Policy. An Address presented at the Current Strategy Forum, Naval War College, June 1975.
In: Strategic Review, Vol. 3, No. 4, Fall 1975, S. 7 - 12

NERLICH, Uwe: Jenseits der Détente: Großmachtkonkurrenz und Weltwirtschaftsordnung.
Separatdruck aus Sozialwiss. Studien des Schweizerischen Instituts für Auslandsforschung, Band 6 (Neue Folge): Umstrittene Weltwirtschaftsordnung, hrsg. von Daniel Frei, Schulthess Polygraphischer Verlag, Zürich, 1977

NERLICH, Uwe: Die Rolle beiderseitiger Truppenverminderung in der europäischen Sicherheitspolitik.
In: Europa-Archiv, 27. Jg., Folge 5 / 1972, S. 161 - 168

NERLICH, Uwe: Washington und Bonn: Entwicklungsstrukturen im deutsch-amerikanischen Verhältnis.
In Karl Kaiser / Hans-Peter Schwarz: Amerika und Westeuropa. Belser Verlag, Stuttgart, Zürich, 1977, S. 330 - 357

PFALTZGRAFF, Robert L. Jr.: Probleme der Sicherheit Westeuropas unter der Nixon-Doktrin.
In: Europa-Archiv, 26. Jg., Folge 18 / 1971, S. 627 - 638

SCHÜTZE, Walter: Frankreichs Außenpolitik im Wandel von de Gaulle zu Pompidou.
In: Europa-Archiv, 27. Jg., Folge 1 / 1972, S. 11 - 20

SHACKFORD, R.H.: The Working Side.
In: The President's Trip to China. Bantam, New York, 1972, S. 20 - 25

Tagespresse, Fernsehen / Rundfunk

Frankfurter Allgemeine Zeitung

Das Handelsblatt

International Herald Tribune

Neue Zürcher Zeitung

New York Times

New York Herald Tribune

Süddeutsche Zeitung

Sunday Times

The Times

Washington Post

Die Welt

Welt am Sonntag

Die ZEIT

BAHR, Egon: Fernsehinterview mit Günter Gaus. Südwestfunk Baden-Baden, 4. juni 1972

KISSINGER, Henry A.: Fernsehinterview im Landesstudio Düsseldorf des WDR, Oktober 1979

II. Abkürzungsverzeichnis

ABM	Anti-Ballistic Missile
ASW	Anti-Submarine Warfare
AWACS	Airborne Warning and Control System
CCMS	Committee on the Challenges of Modern Society
CIA	Central Intelligence Agency
COMECON	Communist Economy; Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe
DPC	Defence Planning Committee
EAG	Europäische Atomgemeinschaft
EG	Europäische Gemeinschaften
EUROGROUP	European Group (NATO)
EWG	Europäische Wirtschaftsgemeinschaft
FAZ	Frankfurter Allgemeine Zeitung
FY	Fiscal Year
GATT	General Agreement on Tariffs and Trade
GPO	Government Printing Office
ICBM	Intercontinental Ballistic Missile
IHT	International Herald Tribune
IMF	International Monetary Fund
JCS	Joint Chiefs of Staff
KSZE	Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa
MBFR	Mutual Balanced Force Reductions
NATO	North Atlantic Treaty Organization
NSC	National Security Council
NYHT	New York Herald Tribune
NYT	New York Times
NZZ	Neue Zürcher Zeitung
OCB	Operations Coordinating Board
OECD	Organization for Economic Cooperation and Development
SALT	Strategic Arms Limitation Talks
SLBM	Sea Launched Ballistic Missile

SWP	Stiftung Wissenschaft und Politik
SZ	Süddeutsche Zeitung
UN	United Nations
UNO	United Nations Organization
WEU	Western European Union
WP	Warschauer Pakt

Eva-Maria Wüstefeld, Jahrgang 1948, Studium in den Fächern Internationale Politik, Amerikanistik, Neuere Geschichte und Zeitungswissenschaften.

Mehrere fachbezogene Aufenthalte in den Vereinigten Staaten von Amerika, in Großbritannien und in Paris, Frankreich.

Zur Zeit wissenschaftliche Mitarbeiterin der Stiftung Wissenschaft und Politik in Ebenhausen/Isar.